



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

72. Sitzung

5. Wahlperiode

Mittwoch, 17. Juni 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel,
Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes (Erste Lesung)	
Erweiterung der Tagesordnung	– Drucksache 5/2607 –	22
	Minister Dr. Till Backhaus	22
	Wolfgang Griesse, DIE LINKE	24
	Raimund Frank Borrmann, NPD	25
	Ute Schildt, SPD	26
	B e s c h l u s s	27
Aktuelle Stunde Situation nach Einleitung des vorläufigen Insolvenzverfahrens für die Werftunternehmen in Wismar und Rostock		4
Harry Glawe, CDU		4
Minister Erwin Sellering		5
Helmut Holter, DIE LINKE		7, 20
Jochen Schulte, SPD		9
Michael Roolf, FDP		11
Minister Jürgen Seidel		13
Udo Pastörs, NPD		17
Wolfgang Waldmüller, CDU		18
Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT		21
Helmut Holter, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung)		21
B e s c h l u s s		21
	Unterrichtung durch die Landesregierung: Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2006/2007 – Drucksache 5/572 –	27
	Unterrichtung durch die Landesregierung: Europabericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2007/2008 – Drucksache 5/1452 –	27
	Unterrichtung durch die Landesregierung: Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2007/2008 – Drucksache 5/1464 –	27

Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses

– Drucksache 5/2637 –	27
Detlef Müller, SPD	27
Barbara Borchardt, DIE LINKE	29
Michael Andrejewski, NPD	30
Renate Holznagel, CDU	30
B e s c h l u s s	32

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:

Aussetzung der Boden- privatisierung der BVVG

– Drucksache 5/2617 –	32
-----------------------	----

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU

– Drucksache 5/2649 –	32
Ute Schildt, SPD	32
Minister Dr. Till Backhaus	33
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	35
Beate Schlupp, CDU	36
Raimund Frank Borrmann, NPD	37
Sigrun Reese, FDP	37
B e s c h l u s s	38

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Individuelle, wohnortnahe und unabhängige Pflegerberatung noch in diesem Jahr

– Drucksache 5/2632 –	38
-----------------------	----

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 5/2648 –	38
Irene Müller, DIE LINKE	38
Ministerin Manuela Schwesig	39
Beate Schlupp, CDU	39
Ralf Grabow, FDP	40
Jörg Heydorn, SPD	40
Stefan Köster, NPD	41
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	42
B e s c h l u s s	42

Antrag der Fraktion der FDP:

Bahnkonversion

– Drucksache 5/2612 –	43
Toralf Schnur, FDP	43, 50
Minister Volker Schlotmann	44, 51
Regine Lück, DIE LINKE	46
Jochen Schulte, SPD	46
Tino Müller, NPD	47
Peter Stein, CDU	48

Wolf-Dieter Ringuth, CDU	52
--------------------------	----

B e s c h l u s s	53
-------------------	----

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Arbeit der Klassenleiterinnen und Klassenleiter in allen Klassen und in allen Schularten weiterentwickeln

– Drucksache 5/2625 –	53
-----------------------	----

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 5/2646 –	53
-----------------------	----

Andreas Bluhm, DIE LINKE	53, 57
--------------------------	--------

Ministerin Manuela Schwesig	54
-----------------------------	----

Marc Reinhardt, CDU	56
---------------------	----

Hans Kreher, FDP	56
------------------	----

Birger Lüssow, NPD	57
--------------------	----

B e s c h l u s s	58
-------------------	----

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Erleichterte Vergaberegeln für Aufträge und Leistungen konsequent anwenden

– Drucksache 5/2576 –	59
-----------------------	----

Regine Lück, DIE LINKE	59, 64
------------------------	--------

Minister Jürgen Seidel	60
------------------------	----

Jochen Schulte, SPD	61
---------------------	----

Michael Rooff, FDP	62
--------------------	----

Wolfgang Waldmüller, CDU	63
--------------------------	----

Udo Pastörs, NPD	63
------------------	----

B e s c h l u s s	65
-------------------	----

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Standort von Scandlines in Rostock-Warnemünde erhalten

– Drucksache 5/2644 –	65
-----------------------	----

Helmut Holter, DIE LINKE	65, 72
--------------------------	--------

Minister Jürgen Seidel	66
------------------------	----

Jochen Schulte, SPD	68, 73
---------------------	--------

Ralf Grabow, FDP	70
------------------	----

Wolfgang Waldmüller, CDU	70
--------------------------	----

Udo Pastörs, NPD	71
------------------	----

B e s c h l u s s	73
-------------------	----

Antrag der Fraktionen der
SPD, CDU, DIE LINKE und FDP:

Rechtsstreit zum Bombodrom sofort beenden

– Drucksache 5/2650 –	74
-----------------------	----

B e s c h l u s s	74
-------------------	----

Antrag der Fraktion der NPD:

**Volksaufstand vom 17. Juni 1953,
insbesondere im Schulunterricht
angemessen berücksichtigen**

– Drucksache 5/2618 – 74

Stefan Köster, NPD 74, 76

Hans Kreher, FDP 76

B e s c h l u s s 77, 78

Nächste Sitzung

Donnerstag, 18. Juni 2009 77

Beginn: 10.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 72. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung eintreten, möchte ich heute an dieser Stelle an den Aufstand des 17. Juni 1953 erinnern und insbesondere an diejenigen, die damals für ein geeintes, freiheitlich-demokratisches Deutschland eingetreten sind, vor allem aber auch an die Opfer des damaligen Aufstandes.

Der 17. Juni, der nunmehr 56 Jahre zurückliegt, ist zwar kein Feiertag mehr, denn mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 29. September 1990 wurde das Datum der Wiedervereinigung, der 3. Oktober, anstelle des 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag. Der 17. Juni behielt allerdings seinen Status als nationaler Gedenktag, denn die mutigen Demonstranten von 1953 haben Forderungen aufgestellt, die erst mit der Wiedervereinigung erfüllt worden sind. Sie waren die ersten Wegbereiter für Freiheit und Einheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nunmehr treten wir in die Tagesordnung der 72. Sitzung des Landtages ein. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP haben einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 5/2650 zum Thema „Rechtsstreit zum Bombodrom sofort beenden“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Tagesordnungspunkt 10 aufrufen, das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über deren Aufsetzung durchführen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Situation nach Einleitung des vorläufigen Insolvenzverfahrens für die Werftunternehmen in Wismar und Rostock“ beantragt.

Aktuelle Stunde**Situation nach Einleitung des vorläufigen Insolvenzverfahrens für die Werftunternehmen in Wismar und Rostock**

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Einleitung eines vorläufigen Insolvenzverfahrens für die Werftunternehmen in Wismar und Rostock hat nichts an Aktualität in Mecklenburg-Vorpommern verloren. Die derzeitige Situation ist hinlänglich bekannt. Am 5. Juni 2009 hat die Werft Wadan Yards GmbH beim Amtsgericht Insolvenz angemeldet. Das war ein schwarzer Tag für unser Land, ein schwarzer Tag für die Werften, für die Beschäftigten, für die Familien und die Zulieferer, all derer, die mit den Werften verbunden sind.

Meine Damen und Herren, eines muss immer gesagt und festgestellt bleiben: Für die CDU, für die Politik in Mecklenburg-Vorpommern ist klar, wir werden alles tun, um die Rahmenbedingungen so auszugestalten,

(Udo Pastörs, NPD: Immer dieselben Sprüche.)

dass wir Hilfe gewähren können, wenn Konzepte stimmen, wenn die Bedingungen stimmen und wenn wir insgesamt das Schlüssigste von allem hinbekommen, nämlich Bürgschaften gewähren können, Kredite gewähren können. Aber das ist erst einmal Sache des vorläufigen Insolvenzverwalters, der einen Status erhebt, der Konzepte vorschlagen wird und der vor allen Dingen, denke ich, die Investorensuche voranbringt.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage ist: Wie kommen wir weiter in diesen insgesamt schwierigen Bereichen des Landes und wie können wir Unternehmen gewinnen, hier einzusteigen? Wir brauchen nun einmal den Fortbestand. Es ist sehr wichtig, dass wir die jetzt noch vorhandenen Arbeitsaufträge finanzieren können. Dazu brauchen wir verlässliche Aussagen und dazu brauchen wir Banken, die das mitfinanzieren. Ich weiß, dass der Wirtschaftsminister jeden Tag mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium zusammen mit dem Insolvenzverwalter daran arbeitet, diese Dinge voranzubringen, denn es geht am Ende um 7.000 Arbeitsplätze, es geht um Zulieferer, es geht um 2.500 Arbeitsplätze direkt auf den Werften. Hier sollten wir unsere ganze Kraft einsetzen, um die Dinge auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, für die russischen und koreanischen Anteilseigner kann dieses Land nichts. Ich will es noch einmal klipp und klar sagen: Die Enttäuschung aller, bei der Regierung, bei den Bürgern und bei den Abgeordneten, ist riesengroß gewesen, als Insolvenz angemeldet werden musste. Andererseits hat natürlich eine Insolvenz auch Chancen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein bisschen zynisch langsam.)

Und diese Chancen, denke ich, sollten wir nutzen. Das neue Insolvenzrecht der Bundesrepublik Deutschland gibt uns die Möglichkeit, die Betriebe für einen Neuanfang weiter vorzubereiten.

(Udo Pastörs, NPD: Wo kommen die Aufträge her? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und dazu will ich Sie alle aufrufen, meine Damen und Herren. Es geht eben nicht, dass man auf der einen Seite schon die Frage nach Auffanggesellschaften diskutiert, wie es die Linksfraktion mit Helmut Holter an der Spitze tut.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Zu Recht.)

Ja, zu Recht, das sagen Sie.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ja, Sie wissen nicht, was Auffanggesellschaften sind.)

Der Schritt ist noch lange nicht da, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir können doch nicht tatenlos zuschauen.)

Wir müssen, das sei noch einmal gesagt, dafür sorgen, dass wir Aufträge bekommen. Dass die Werften eine Zukunft haben, daran wollen wir alle arbeiten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Auffanggesellschaften sind ein Garant für den Fortbestand. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Und es geht bei den LINKEN und gerade auch bei denen an der Fensterfront immer darum, Effekthascherei zu betreiben und eine Profilierung

(Stefan Köster, NPD:
Sie richten das Land zugrunde.)

auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten in diesem Land voranzubringen.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie versagen lieber.)

Meine Damen und Herren, die Linksfraktion ist nicht gut beraten, dieses Thema Auffanggesellschaft jeden Tag als Monstranz vor sich herzutragen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist keine Monstranz, das ist eine Option auf die Zukunft.)

Meine Damen und Herren, es geht um die Zukunft der Werften, es geht um die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger und es geht um die Zukunft von Arbeitsplätzen auf den Werften. Und damit, denke ich, ist es wichtig, auch in dieser Frage die Psychologie zu bedienen und nicht immer den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Die Landesregierung und die Abgeordneten werden alles unternehmen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch den Zulieferern geholfen wird. Dort, wo wir helfen können, werden wir helfen, dort werden wir auch Darlehensangebote auflegen. Der Wirtschaftsminister wird, denke ich, zu diesem Thema noch die eine oder andere Ausführung machen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie haben doch gar keine Sicherheiten, mehr die Zulieferer, größtenteils.)

Wir brauchen Zuversicht, wir brauchen einen guten Partner, den wir, glaube ich, mit dem Insolvenzverwalter gefunden haben, denn die Zahlung von Löhnen war am 5. Juni dieses Jahres nicht gewährleistet. Die Werftarbeiter haben über das Insolvenzrecht ihre Löhne erhalten. Auch die zweiten Lohnzahlungen haben stattgefunden. Von daher, glaube ich, ist in dieser Frage auch etwas an sozialer Gerechtigkeit eingezogen, denn die Investoren oder die damaligen Eigentümer waren nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ja, sie waren nicht mal in der Lage, die Dinge, die man ausgetauscht hat – es ging um 75 Millionen Euro –, ihren Eigenanteil, den sie in fünf Raten zu 850.000 Euro, also sprich 5 Millionen Euro zahlen sollten, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Auch die Verhandlungen am vorletzten Tag der Anmeldung der Insolvenz haben am Ende nicht dazu geführt, dass man Vertrauen bei den Banken, aber auch bei der Landesregierung erzeugen konnte, um die Dinge voranzutreiben.

Ich will daran erinnern, wir haben dafür gesorgt, dass gerade die Wadan-Werften unter den Rettungsschirm des Bundes gekommen sind. Wir haben darum gerungen und haben Kredite, Bürgschaften aufgelegt. Das Land hat sich engagiert. Da sei auch mal allen Abgeordneten hier im Haus Danke gesagt. Der Finanzausschuss hat sich eingebracht. Und die Fragen, die wir in besonderer Weise auch zu diskutieren und zu begleiten hatten, waren die Dinge auf der Bundesebene. Dort hat man im Bundeskanzleramt, im Wirtschaftsministerium viele richtige Dinge in der Überzeugung getätigt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass die Werften eine Chance brauchen und zum damaligen Zeitpunkt die Konzepte auch gestimmt haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es wurde niemals, wie immer von der Opposition teilweise suggeriert, auf Personen oder auf andere Dinge abgestellt, sondern ganz klar immer auf die Fragen: Gibt es Aufträge? Wie ist die Lage? Kann man daraufhin Bürgschaften ausreichen und dafür dann auch den Lenkungsrat und den Lenkungsausschuss auf Bundesebene bemühen? Das hat alles funktioniert. Hier sage ich auch einmal denjenigen Dank, die in besonderer Weise sehr viel dafür getan haben, einmal dem Wirtschaftsminister, andererseits seinem Staatssekretär Möller.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer schwierigen Entscheidung. Die Weichen werden in den nächsten vier bis sechs Wochen gestellt. Ich fordere Sie auf, insgesamt daran zu arbeiten, damit wir die Werften retten können, den Rahmen zu setzen! Das kann die Politik nur, aber die Entscheidungen muss die Wirtschaft am Ende treffen. Der Insolvenzverwalter ist gefragt. Die Konzepte müssen stimmen. Die Verhandlungen mit den Banken brauchen wir, um insgesamt dann auch die Finanzierung der Fähren und eventuell zukünftige Aufträge sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, die CDU ist bereit, dies alles zu begleiten. – Von daher haben Sie vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Erwin Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wadan-Werften haben am 5. Juni Insolvenz angemeldet. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Schiffbau- und Traditionsland. Die Werften und die maritime Wirtschaft bilden auch heute das Herzstück der Industrie unseres Landes.

(Udo Pastörs, NPD: Es ist aber ein Herzinfarkt eingetreten, Herr Ministerpräsident.)

Man kann sagen, Schiffe sind unsere Autos. Deshalb ist die Insolvenz von Wadan ein schwerer Schlag für Mecklenburg-Vorpommern. Sie betrifft viele Menschen, in erster Linie natürlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Werften, die nichts für die schwierige Situation ihres Betriebes können und die sich große Sorgen um ihre Zukunft machen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, wie salbungsvoll!)

Große Sorgen gibt es auch in den Zuliefererbetrieben und bei den dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Deshalb ist es gut, dass wir heute über dieses Thema hier im Landtag reden, wobei ich auch deutlich sage, es ist sehr wichtig, dass dieses Thema nicht zu parteipolitischen Zwecken missbraucht wird. Landesregierung und Landtag müssen in dieser Frage eng zusammenstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Land und Bund haben von Anfang an alles getan, um den Werften größtmögliche Unterstützung zu geben. Im Dezem-

ber hat das Land einen 60- Millionen-Kredit gewährt, weil die Hilfsprogramme des Bundes noch nicht ange laufen waren und weil es keine Bank gab, die bereit war, der Werft kurzfristig zu helfen. Von diesen 60 Millionen sind inzwischen 48 zurückgeflossen. Wir haben dann mit vielen Gesprächen die Werft unter den Schutzschirm des Bundes gebracht. Wir haben ermöglicht, dass ein 180-Millionen-Darlehen gegeben werden konnte, und wir haben wieder geholfen, als kurzfristig eine Bürgschaft zur Absicherung zweier Aufträge notwendig war.

Meine Damen und Herren, aber nicht nur die Landesregierung hat sich eingesetzt. Viele haben mitgeholfen. Die Bundesregierung hat immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Schiffbauer. Der Landtag, Sie alle hier, haben uns unterstützt und mit den Stimmen der Regierungsfractionen, aber auch mit den Stimmen der LINKEN, den Weg freigemacht, um zu helfen. Dafür besonderen Dank! Eingesetzt hat sich auch die Kommunalpolitik in Wismar und in Rostock, hartnäckig in der Sache und besonnen im Auftreten. Mit der Geschäftsführung vor Ort gab es immer eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Viele Zuliefererbetriebe haben Rechnungen gestundet und so ihren Beitrag geleistet. Betriebsräte und Gewerkschaften haben verantwortlich und maßvoll agiert.

Gerade in schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren, zeigt sich, wie wichtig die funktionierende Sozialpartnerschaft in Deutschland ist. Vor allem aber hat auch die Belegschaft der Werften einen sehr wichtigen Beitrag geleistet, indem sie auf Ansprüche verzichtet hat. Also, meine Damen und Herren, alle haben in schwieriger Situation zusammengestanden und geholfen, wo immer es möglich war.

(Michael Andrejewski, NPD:
Bis auf die Werfteigner.)

Eines allerdings konnten wir nicht, wir konnten keinen Einfluss darauf nehmen, dass der norwegische Konzern seine Werften an russische und koreanische Eigner verkauft hat. Ich kann übrigens nicht verstehen, wenn jemand sagt oder schreibt, die Landesregierung hätte sich die Eigentümer genauer anschauen sollen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das versteht keiner. Reine Polemik ist das.)

Das war ein Unternehmensverkauf, auf den die Landesregierung keinerlei Einflussmöglichkeiten hatte.

(Udo Pastörs, NPD: Weil man sich kein Mitspracherecht eingeräumt hat bei der Mittelvergabe.)

Und, meine Damen und Herren, wir konnten dann auch nicht den neuen Eignern ihre ureigenste unternehmerische Verantwortung abnehmen, die Verantwortung, die versprochenen Aufträge tatsächlich einzuwerben,

(Vincent Kokert, CDU:
Das darf man sogar gar nicht.)

die Verantwortung, einen Beitrag zu leisten, zum Unternehmen zu stehen, wenn es in Schwierigkeiten gerät. Dieser Verantwortung sind die Eigner von Wadan gerade nicht nachgekommen. Sie haben die Werften in Wismar und Warnemünde im Stich gelassen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ausgesaugt haben sie sie.)

Und sagen Sie jetzt bitte nicht, einem Unternehmen mit solchen Eignern dürfe der Staat dann auch nicht beistehen, wie wir das getan haben ab Dezember.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wollen Sie wirklich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sagen, wenn denen Arbeitslosigkeit droht, „Ja Pech, ihr habt den falschen Eigner gehabt,“

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das falsche System.)

„schade, dass ihr von denen gekauft worden seid“?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Natürlich, meine Damen und Herren, müssen wir auch solchen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen helfen, zumal, das sage ich ganz deutlich, wenn wie hier die Geschäftsführung vernünftige Arbeit leistet und ein verlässlicher Partner ist.

Meine Damen und Herren, Schiffbau, die maritime Wirtschaft hat große industriepolitische Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus für ganz Deutschland. Deshalb gilt es, jetzt alles zu tun, um die Chancen für einen Neuanfang zu öffnen. Unsere Werften gehören zu den modernsten und produktivsten Europas. Sie sind in den vergangenen Jahren modernisiert und ausgebaut worden, immer mit Unterstützung der Landesregierung.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Blauäugig.)

Es geht jetzt um hochmoderne industrielle Arbeitsplätze. In einem Schiff steckt heutzutage so viel Hochtechnologie wie in einem Flugzeug. Deshalb ist Schiffbau und gerade der Spezialschiffbau der Motor für die Entwicklung innovativer Technologien und moderner Dienstleistungen. Und eines ist klar, im Kern lebensfähige Industrie, die allein aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in zeitweiligen Schwierigkeiten ist,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist eine Systemkrise, keine Wirtschaftskrise. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

wenn diese Industrie die Krise nicht überlebt, dann kommt sie nicht wieder. Deshalb geht es, meine Damen und Herren, ganz konkret um diese industriepolitische Frage, ob Deutschland auch in Zukunft noch eine Schiffbaunation ist oder ob Schiffe zukünftig nur noch in Südkorea oder Südostasien gebaut werden. Deshalb ist es eben auch von großer strategischer Bedeutung, dass maritime Wirtschaft in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleibt. Ich bin sicher, dass die Bundesregierung das genauso sieht und ich bin deshalb auch zuversichtlich, dass wir weiter auf die Unterstützung der Bundesregierung zählen können. Das ist sehr wichtig in dieser Zeit.

(Michael Andrejewski, NPD:
Bis zur Bundestagswahl. –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Danach ist Feierabend.)

Meine Damen und Herren, was ist jetzt zu tun? Bei Wadan sind jetzt vier Punkte wichtig. Die Arbeiter müssen ihr Geld bekommen. Das ist für Mai geschehen, für Juni und Juli bestehen die rechtlichen Voraussetzungen. Es muss sichergestellt werden, dass die Arbeit auf den Werften weitergeht und dass die Aufträge abgearbeitet werden können. Da geht es konkret um die beiden RoPax-Fähren von Stena. Hier sind wir im Gespräch mit den Auftraggebern, in Gesprächen über die Finanzierung, Stichwort: Massekredit.

Als Drittes müssen wir den einheimischen Zulieferern helfen. Einige von ihnen sind heute hier. Und ich werde selbstverständlich gleich noch, wenn sie das wünschen, mit einer Abordnung von ihnen sprechen, zusammen mit dem Wirtschaftsminister. Sie sollen wissen, dass die Landesregierung selbstverständlich auch an ihrer Seite ist.

Im Wirtschaftsministerium sind ja auch schon viele Gespräche mit ihnen geführt worden. Aber es geht eben bei den Zulieferern um jeden einzelnen Betrieb, um einzelne besondere Situationen, in denen sich der einzelne Zulieferer befindet. Und diese besondere Situation erfordert dann auch individuelle Lösungen. Wir müssen uns das jeweilige Unternehmen anschauen und die notwendige und passende Lösung finden.

Wir haben dazu zum Beispiel die allgemeinen Möglichkeiten erweitert. Bisher gab es schnelle Kredite bis 200.000 Euro für kleine und mittlere Unternehmen. Jetzt haben wir die Grenze auf 500.000 Euro hochgesetzt. Es gibt runde Tische im Wirtschaftsministerium, es gibt eine Hotline.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also es gibt vielfältige Hilfen für die Zulieferer.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Der Wirtschaftsminister wird dazu gleich sicherlich noch einiges ausführen.

Meine Damen und Herren, die vierte Aufgabe ist die schwierigste. Wir brauchen viertens für die langfristige Rettung des Unternehmens

(Udo Pastörs, NPD: Aufträge.)

unabdingbar einen vertrauenswürdigen Investor mit einem tragfähigen Konzept. Das ist jetzt die Aufgabe des Insolvenzverwalters,

(Udo Pastörs, NPD:
Versuchen Sie es mal in Russland.)

den zu suchen, zusammen mit der Landesregierung. Das ist übrigens eine sehr schwierige Aufgabe, die – wie so vieles, was jetzt zu tun ist – nur erfolgreich sein kann, wenn wir nicht alles auf dem offenen Markt besprechen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist genau richtig.)

Dazu gehören natürlich auch die Überlegungen, die wir zu möglichen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten anstellen müssen. Herr Holter, da gab es ja auch eben von den Beschäftigten vom Betriebsrat die Bitte, dass wir nicht in die Öffentlichkeit gehen. Ich biete Ihnen selbstverständlich an, dass wir in dieser schwierigen Lage zusammenstehen, Gespräche führen, uns austauschen über kluge Lösungen. Lassen Sie uns gemeinsam in der Öffentlichkeit vorsichtig sein.

Und eines, Herr Holter, weil wir das sicherlich gleich wieder von Ihnen zu hören bekommen, will ich vorweg-sagen: All das, was jetzt zu tun ist, ist nicht Sache, selbstverständlich nicht Sache allein des Wirtschaftsministers. Es ist auch keine Sache allein für den Ministerpräsidenten. Das ist eine Aufgabe der gesamten Landesregierung, der kommen wir gemeinschaftlich nach. Und wenn, wie ich gelesen habe, Ihre Hauptkritik ist, dass wir in dieser schwierigen Lage häufig zusammen auftreten, dann, denke ich, kann man daraus schließen, dass wir einen guten Job machen, wenn Sie sonst keine Kritik haben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich glaube, ganz im Gegenteil zu Ihnen, dass es sehr wichtig ist, dass wir in dieser Lage demonstrieren, dass wir über die Koalitionsparteien hinweg zusammenhalten und dass dies etwas ist, das wir als wichtige gemeinsame Aufgabe sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Werften sind hochmodern und leistungsfähig.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das CD-Werk war auch leistungsfähig.)

Sie haben eine hoch qualifizierte, hoch motivierte Belegschaft. Wir werden alles dafür tun, dass sie die Chance auf einen Neubeginn bekommen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dass die Arbeitsplätze erhalten werden. Jeder weiß, dass das in diesen schwierigen Zeiten nicht einfach ist.

(Udo Pastörs, NPD: Immer dasselbe.)

Aber die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern stehen hinter dem Schiffbau. Maritime Wirtschaft und Mecklenburg-Vorpommern, das gehört zusammen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass das so bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Holter für die Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Krise hat Mecklenburg-Vorpommern mit all ihren Konsequenzen und Folgen erreicht. Die Aufträge gehen zurück, die Umsätze brechen ein. Finanzierungsschwierigkeiten in den Unternehmen, Engpässe bei der Liquidität, Kurzarbeit, drohender Arbeitsplatzabbau – das sind die Stichworte, die durch die Medien gehen, die aber auch die Menschen im Lande bewegen, uns auch bewegen, nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit. Betroffen sind nicht nur der Schiffbau und nicht nur die Wadan-Werften, sondern die Wadan-Werften stehen für viele Unternehmen, die in Mecklenburg-Vorpommern von der Krise geschüttelt sind und teilweise vor dem Aus stehen beziehungsweise bereits Insolvenz anmelden mussten. Dazu gehören Reedereien, Logistikunternehmen, Holzverarbeiter und viele andere, die durch die Medien gegangen sind.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder mit diesem Thema konfrontiert werden, weil die Probleme zunehmen werden – leider, möchte ich betonen –, aber die Schwierigkeiten werden, so sagen ja auch die Prognosen, nicht abnehmen, eher werden sie zunehmen. Das heißt, es muss agiert werden.

Und das, Herr Ministerpräsident Selling, ist in der Tat meine Kritik. Es ist nicht meine Kritik, dass Sie zusammen auftreten, dazu komme ich noch mal, sondern meine Kritik besteht darin, dass Sie in dieser Krise zu zögerlich handeln, dass Sie auf die sich zuspitzende Situation nicht vorbereitet sind

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch nicht wahr, Herr Holter.
Das ist doch nicht wahr.)

und ganz konkret auf den Werften, was sich seit einem halben Jahr abzeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Fragen Sie doch mal die Belegschaft!
Fragen Sie doch mal die Belegschaft!)

Sie setzen auf das Prinzip Hoffnung und harren der Dinge, die da kommen. Dabei wird die Lage von Tag zu Tag ernster, bereits seit Dezember.

Es ist richtig, und dazu stehen wir auch, dass wir die Landesregierung bei den 60 Millionen unterstützt haben. Hier ist ganz klar, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden muss. Und was erleben wir? Und das will ich in der Tat, auch wenn Sie es schon angesprochen haben, kritisieren. Ich erlebe, dass der Ministerpräsident und sein Stellvertreter im Doppelpack auftreten. Ich frage mich, was ist das für eine Koalition? Ich frage Sie, Herr Selling, ist das Ihr Verständnis von Führung? Für mich sieht Führung anders aus.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist
ein Vorwurf, den versteht doch
überhaupt keiner. Was soll denn das?)

Stellen Sie sich an die Spitze, nehmen Sie die Dinge in die Hand, und sagen Sie deutlich, mit einer Stimme,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

in welche Richtung die Regierung marschieren will.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Heute eben war das so, bis eben war das nicht so. Und ich erwarte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch gar nicht wahr.)

und ich erwarte, dass sich die Regierung

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch gar nicht wahr.)

mit den möglichen Szenarien ernsthaft beschäftigt und vorausschauend handelt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Dazu muss man tatsächlich verschiedene Szenarien entwickeln, man muss verschiedene Strategien entwickeln, und die sind bisher im Nebel, im Sankt-Nimmerleins-Tag verschwunden.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Deswegen möchte ich Sie heute nochmals fragen – wir haben ja gestern Abend eine Wirtschaftsausschuss-sitzung gehabt –: Was ist denn mit der vollmundigen Ankündigung, den Zulieferbetrieben zu helfen? Jetzt sagen Herr Seidel und Herr Selling eins: Ja, das sind alles Einzelfragen. Natürlich sind das Einzelfragen, das weiß ich auch. Aber haben Sie sich denn tatsächlich die Frage gestellt, ob die vorhandenen Instrumente für die Unterstützung auch der Zulieferer tatsächlich ausreichend sind?

Und ich kann in diesem Zusammenhang nicht verstehen, dass Sie unseren Vorschlag ablehnen, den wir Anfang des Jahres eingebracht haben, das Geld, welches Wadan im Dezember bereitgestellt wurde, erneut in einem revolvingen Fonds einzusetzen. Es wäre jetzt die Kasse, um tatsächlich auch den Zulieferern zu helfen. Das ist ein sinnvolles Instrument.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich habe gestern im Wirtschaftsausschuss vernommen, Herr Ministerpräsident, vielleicht wissen Sie es noch nicht, nicht jedem Zulieferer kann geholfen werden. Einige müssen damit rechnen, tatsächlich in die Insolvenz zu gehen.

(Udo Pastörs, NPD: Die meisten, die meisten. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das kann nicht meine Politik sein. Das kann auch nicht Ihre Politik sein. Greifen Sie hier ein!

Und ich verstehe auch nicht, dass Sie in dem Zusammenhang keine Überlegungen anstellen, Eigenkapital ersetzende Darlehen aufzulegen. Dann stünde die Frage, dass man den Verlust nicht ausgleichen kann, überhaupt nicht, denn hier hätten Sie ein gutes Instrument.

Meine Damen und Herren, die Beschäftigten auf den Werften, die Zulieferer und die Menschen in der Region sind in großer Sorge, und wir sind mit ihnen in großer Sorge. Es herrscht Unsicherheit über das, was die Zukunft bringen wird. Vertrauen und Zuversicht sind verloren gegangen. Das haben zumindest Herr Selling und ich eben noch mal bei der Demonstration vor dem Schloss erlebt. Aber heute Arbeitslosigkeit und in einem Jahr Hartz IV, das kann und darf nicht die Perspektive für die Beschäftigten auf den Werften sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das wird es auch nicht sein, Herr Holter.)

Umso wichtiger, Herr Nieszery, ist es, dass wir demokratischen Fraktionen tatsächlich zusammenstehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, dann tun Sie
das mal, dann tun Sie das mal, Herr Holter!)

Ja, machen wir doch. Und deswegen bin ich ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, Sie reden
hier alles schlecht und reden Horrorszenarien
an die Wand. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Ich greife den Vorschlag von Herrn Selling auf. Laden Sie uns ein! Laden Sie uns ein!

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Lassen Sie uns über diese Fragen diskutieren! Bisher sind Vorschläge, die wir gemacht haben, ja abgebugelt worden.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das sind die Fakten.)

Ich vermisse den demokratischen Diskurs in dieser Situation, dass Sie die vernünftigste aller Lösungen finden.

Ich komme noch mal auf die Auffanggesellschaft zurück.

(Zurufe von Ute Schildt, SPD,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Es ist in der Tat nur eine Option.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Hier geht es um die Rettung der Werften.)

Wir sind überzeugt, dass der Schiffbau mit allen seinen Facetten eine Zukunft hat. Er ist und bleibt eine unserer Schlüsselindustrien.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Der Schiffbau ist technologieorientiert und innovativ. Er gehört zu den modernsten der Welt

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und auf den Werften arbeiten bestens ausgebildete und hoch motivierte Kolleginnen und Kollegen. Seit 1990 sind Milliarden von Subventionen in den Schiffbau von Mecklenburg-Vorpommern geflossen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Versenkt worden sind diese Gelder.)

Das war auch gut so, das haben wir unterstützt. Diese öffentlichen Gelder haben zweierlei bewegt:

Erstens. Sie haben geholfen, die maritime Deindustrialisierung Mecklenburg-Vorpommerns zu verhindern und die Werften so zu modernisieren, dass sie wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt sind.

Und sie haben zweitens immer die Verantwortung der Bundes- und der Landespolitik eingefordert.

Aber eines kann Subvention nicht, und zwar die unternehmerischen Strategien ersetzen, das Management kompensieren und schon gar nicht den Wettbewerb zurücknehmen. Und da stellt sich die Frage: Warum wollen wir den Schiffbau erhalten? Wir, ich hoffe, dass wir alle den Schiffbau erhalten wollen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sicher.)

Dafür sprechen vier Gründe:

1. eine lange Tradition
2. eine hohe Wertschöpfung hier im Lande
3. die hohe Exportquote für Mecklenburg-Vorpommern und
4. die enge Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft und der Gesellschaft.

Ich bin der Überzeugung, dass es hier tatsächlich notwendig ist, an einem Strang zu ziehen und die beste Lösung zu finden.

Wir stehen doch heute, meine Damen und Herren, wie in der Vergangenheit vor einer Herausforderung, die Werften zu erhalten. Und da hat Priorität auch für die LINKE – und suggerieren Sie nicht falsche Bilder –,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

es muss ein neuer Investor gefunden werden, der natürlich Eigenkapital und Aufträge hat. Das ist die Hauptoption und die Auffanggesellschaft ist eine Option.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja?
Das kam aber nicht rüber heute.)

Dazu werde ich noch sprechen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Lesen Sie die Presseerklärung richtig!

Deswegen kann ich hier nur sagen, wer die Werften vernachlässigt, vernachlässigt das Land. Herr Selling, jetzt können Sie in der Tat beweisen, wer das Sagen hat. Zeigen Sie Führung und machen Sie die Werften endlich zur Chefsache!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist sicherlich ein sehr emotional aufgeladenes Thema, aber ich bitte trotzdem, Ruhe zu bewahren, um den Redner hier vorne seinen Vortrag ordnungsgemäß absolvieren lassen zu können.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich jetzt auf die Redebeiträge von Herrn Glawe, von Herrn Ministerpräsidenten Selling und vom Kollegen Holter eingehe – ich vermute mal, die weiteren Redebeiträge in der heutigen Aktuellen Stunde werden in die gleiche Richtung gehen –, dann habe ich hier den Eindruck, es gibt im Grunde gar keinen wirklichen Dissens. Ich will jetzt mal auf die Kleinigkeiten – oder Kleinigkeiten ist nicht der richtige Ausdruck – eingehen. Ich will gleich noch einmal auf die Punkte, die Sie, Herr Holter, eben angesprochen haben, eingehen.

Die Grundaussage hier ist, und das ist, denke ich, auch das Entscheidende, wir sprechen, wenn wir über die Werften reden, und ich will jetzt mal nicht nur über Wadan sprechen, obwohl die Aktuelle Stunde sich ja nun explizit mit Wadan in Wismar und Rostock beschäftigt, aber letztendlich trifft es die anderen beiden Werftstandorte, wenn auch noch nicht in der aktuellen Situation, aber doch ähnlich. Die Zulieferbetriebe – oder fangen wir andersrum an –, die Werftunternehmen, Herr Ministerpräsident Selling hat das gesagt, sind der, und die Betonung liegt auf „der“, industrielle Kern in unserem Land.

(Michael Andrejewski, NPD: Der einzige.)

Wenn wir heute über Zulieferbetriebe reden, wenn wir über Werften reden, dann müssen wir uns über eines klar sein: Wenn es diesen Kern nicht mehr gibt, dann gibt es auch in der Perspektive nichts drumherum mehr. Das ist nämlich meistens bei Kernen so.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, richtig. –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Das
schwarze Loch in Mecklenburg-
Vorpommern.)

Das schwarze Loch, das sind Sie!

Und wenn wir in der Vergangenheit – ob es der Kollege Roolf gewesen ist oder Sie, Herr Holter, oder auch ich – über die Zulieferbetriebe gesprochen haben, dann ist es natürlich richtig, dass man die Zulieferbetriebe nicht alle über einen Kamm scheren kann. Wenn die Information zutreffend ist, dann sind es, glaube ich, alleine 260 Unternehmen, die bei Wadan mittelbar oder unmittelbar betroffen sind, und es sind 260 individuelle Fälle und 260 Fälle, die auch individuell betrachtet und gelöst werden müssen, sofern es Schwierigkeiten gibt. Es gibt offensichtlich Unternehmen, die trotz der Insolvenz von Wadan selber nicht in ihrem weiteren wirtschaftlichen Fortbestand gefährdet sind, es gibt Unternehmen, die kämpfen müssen und Unternehmen, die – auch wenn sie kämpfen – keine Perspektive haben. Und es ist ja nun schon durch die Presse gegangen, dass die ersten

Unternehmen tatsächlich schon die Arme, die Waffen, wie immer man das nennen will, gestreckt haben und Insolvenz angemeldet haben.

Wenn wir das auf Dauer vermeiden wollen, wenn wir es für die Zulieferbetriebe vermeiden wollen, dann nützt es allerdings – und da habe ich vielleicht eine etwas andere Auffassung als Sie, Herr Holter – nichts, den Schwerpunkt jetzt auf die Zulieferbetriebe zu richten, sondern dann muss man sich in erster Linie mit den Werften beschäftigen. Denn nur wenn die Werften tatsächlich eine Perspektive haben, werden in diesem Land auch die Zulieferbetriebe eine Perspektive haben.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja eine Binsenweisheit, was Sie da verkünden.)

Wir werden nicht alle Zulieferbetriebe, und das sage ich hier ganz deutlich, auch wenn der eine oder andere in diesem Raum diese Wahrheit nicht hören will, wir werden auch nicht alle Zulieferbetriebe in diesem Land retten können.

(Udo Pastörs, NPD: Was heißt „wir“?
Wer ist „wir“? Sie? Oder wer? –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wenn es jetzt schon so ist, dass Außenstände bei den Zulieferbetrieben in einer Größenordnung, also nur bezogen auf die Wadan-Werft, von 100 Millionen vorhanden sind – das sind die Zahlen, die durch die Presse gehen, ich kann das nicht selber beurteilen, ob die zutreffend sind –, dann wird es auch dazu kommen, dass das eine oder andere Unternehmen tatsächlich in seiner wirtschaftlichen Existenz davon so betroffen ist, dass es nicht weiterarbeiten kann. Dann müssen wir uns tatsächlich überlegen mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien, die wir in diesem Land haben,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Noch.)

wie wir den Beschäftigten eine Perspektive geben. Aber – und ich glaube, das ist das Wichtige an der Sache – die Beschäftigten in allen Zulieferbetrieben, die Beschäftigten in den Werften haben letztendlich dann keine Perspektive, wenn es nicht gelingt, einen neuen Investor zu finden, und zwar einen Investor, der nicht nur Geld bringt, Geld ist nicht mal das Entscheidende in dieser Situation,

(Udo Pastörs, NPD:
Aufträge sind das Entscheidende.)

sondern der tatsächlich Aufträge bringt, die dann diese Wertstandorte weiterentwickeln können.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Na,
den könnt ihr euch ja backen, den Investor.)

Und das, meine Damen und Herren, da bin ich ganz ehrlich, das ist das, was ich von dieser Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten erwarte, wo man wirklich sagen muss, im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist vorrangig Aufgabe des Insolvenzverwalters, mit Investoren zu verhandeln, Perspektivkonzepte zu erwirtschaften, mit den Banken zu sprechen, wo tatsächlich auch zum Beispiel das Thema Massekredite eine Rolle spielen kann, aber das Land muss die Möglichkeiten eröffnen, dass, wenn ein Investor sagt, ich kann hier diese Standorte retten, das Land dann auch die Möglichkeiten nutzt, so, wie wir das in den letzten Monaten getan haben,

(Udo Pastörs, NPD: Aha! –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten tatsächlich dann beizustehen und vor allem die Zeit zu verschaffen, die die Werften insgesamt in diesem Land für ein Weiterarbeiten, gegebenenfalls für einen Neuanfang brauchen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Nach 20 Jahren ist die Zeit abgelaufen.)

Ihre Zeit ist schon vor 50 Jahren abgelaufen.

(Udo Pastörs, NPD: Das sieht aber anders aus. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, ich habe eben über die Zulieferbetriebe gesprochen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Dann
sind wir wohl nur Gespenster, oder wie? –
Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort im Parlament hat jetzt im Moment Herr Schulte, und ich bitte Sie, Ruhe zu bewahren.

Jochen Schulte, SPD: Ich finde es ja nur so bemerkenswert, also erlauben Sie mir an dieser Stelle doch vielleicht mal den Einschub, da sehe ich dann in einer Stadt wie Rostock Plakate hängen von der NPD: „Hände weg von unseren Werften“. Dann weiß ich, dass die Herren, Damen sind ja nicht dabei,

(Michael Andrejewski, NPD: In Rostock schon.)

die Herren von der NPD sich in den letzten Jahren zu keinem Zeitpunkt auch nur einen Dreck um die Werften gekümmert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und auch wenn ich mich hier an dieser Stelle ja regelmäßig nicht zu Inhalten zum Beispiel von Sitzungen des Wirtschaftsausschusses verhalte, weil die nicht öffentlich sind, aber eins, glaube ich, kann man an dieser Stelle sagen: Irgendwelche qualitativen Beiträge zur Lösung dieses Problems

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

habe ich weder öffentlich noch nicht öffentlich

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Bei anderen Ausschüssen auch nicht.)

von Mitgliedern der NPD-Fraktion weder in diesem Haus noch anderweitig gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das Einzige,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

was sie offensichtlich können, und das können sie aber auch wirklich gut,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ist rumpöbeln.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, ich will mich jetzt mal nur an Sie richten, die sich vielleicht ernsthaft mit dem Thema beschäftigen wollen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ist in Ordnung.)

Lassen Sie mich – ich will das nicht alles wiederholen, denn wir haben uns auch außerhalb dieser Aktuellen Stunde lange genug und oft genug, diejenigen zumindest, die ernsthaft an dem Thema arbeiten wollen, mit dem Thema beschäftigt und darüber diskutiert, über alle Fraktionsgrenzen hinaus –, aber lassen Sie mich zum Schluss einen Satz sagen, und das macht vielleicht, zumindest aus meiner Sicht, die Dramatik dessen aus, worüber wir überhaupt reden. Es soll doch in diesem Land keiner glauben, dass die einheimische Zulieferindustrie auf Dauer ohne den industriellen Kern der Werften in unserem Land bestehen bleiben wird. Auch die Zulieferbetriebe, deren Schicksal nicht unmittelbar mit den hiesigen Werften verknüpft ist, weil sie auch andere Unternehmen haben in ihrem Auftraggeberbestand und an sich überlebensfähig sind, auch diese Unternehmen brauchen die Werften in unserem Land als industriellen Kern.

(Udo Pastörs, NPD: Das
sind doch Binsenweisheiten. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie haben gar keine. – Zuruf von
Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und wenn wir uns darüber nicht verständigen können, wie wir den Werften helfen, und zwar vorrangig den Werften,

(Udo Pastörs, NPD:
Na, dann sagen Sie es doch!)

um auf die Art und Weise tatsächlich die gesamte Industrie am Leben zu erhalten,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dann sollten wir uns vielleicht ernsthaft Gedanken darüber machen, dass wir in Zukunft nur noch ein Agrar- und Tourismusland sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Rooff.

Michael Rooff, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einsteigen mit einer Feststellung, die ich hier noch nicht gehört habe, die wir aber, wie ich denke, gemeinsam treffen müssen, nämlich die Feststellung, ohne Werften gibt es keine Zulieferer, aber auch ohne Zulieferer gibt es keine Werften.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und das ist der entscheidende Ansatz, mit dem wir uns aufstellen müssen, denn über 70 Prozent des Know-hows, der Technologie, der Innovation

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

kommt aus den Zulieferern heraus

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

und wir finden nur dann – und das habe ich bisher vermisst – eine wirkliche Antwort darauf, wenn wir beides deutlich als eine Einheit sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wenn der Ministerpräsident sich hier hinsetzt und hinstellt, Entschuldigung, und sagt, die Menschen in M-V stehen hinter ihren Werften,

(Udo Pastörs, NPD: Rhetorische
Sprechblasen, mehr ist das nicht.)

dann ist das eine Feststellung, die wir hier nur unterstützen dürfen. Wenn er aber gleichzeitig sagt, in der Öffentlichkeit müssen wir vorsichtig sein, Herr Ministerpräsident, dann ist das in sich ein Widerspruch, denn die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die hinter ihren Werften stehen, haben einen Anspruch darauf,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

einen Anspruch darauf, von Ihnen und vom Wirtschaftsminister hier zu hören, wie es um die Werften steht und wie es um die Zulieferer steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und ich finde es höchst bedauerlich, dass wir das übliche Szenario hier haben, der Wirtschaftsminister sitzt und wartet, bis die Opposition gesprochen hat, um anschließend sein Redemanuskript hier in reagierender Art und Weise vorzutragen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist das Recht
eines Ministers. Üben Sie noch ein bisschen,
dann dürfen Sie das auch.)

anstatt als Minister nach vorne zu gehen, zu agieren, Verantwortung zu übernehmen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das macht er jeden Tag, Herr Rooff.
Da seien Sie sich mal gewiss.)

und sich dann hier vorne hinzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das, worauf wir Anspruch haben, und das, was wir dringlich brauchen, ist für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Klarheit und Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Wir müssen Klarheit darüber haben, wie die Situation in den Schiffbauunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ist,

(Angelika Peters, SPD: Diese
einzige Wahrheit weiß nur Herr Rooff. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die Wahrheit, wie viele Aufträge wir wirklich noch haben, um sie abzuarbeiten, und die Zulieferer,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tun Sie doch nicht so, als ob Sie nichts wissen! Das wissen Sie doch alles.)

die Zulieferer,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wozu machen wir denn Ausschusssitzungen? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

die Zulieferer und die Werften und ihre Mitarbeiter haben einen Anspruch auf Klarheit in unseren Mitteln und Möglichkeiten, wie wir diese Krise bewältigen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich glaube, Sie wissen mehr als wir. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben in der Tat, ob es 260 betroffene Unternehmen, 170 oder wie viele auch immer sind, wir haben 260 einzelne Probleme. Wir können über keines dieser Probleme eine standardisierte Messlatte halten und mit standardisierten Konzepten versuchen, diese Probleme zu lösen. Aber was wir können, ist, diesen Unternehmerinnen und Unternehmern und auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in diesen Unternehmen klar zu sagen, was wir können und was wir nicht können.

Gestatten Sie mir einfach aus meiner persönlichen Situation heraus, ich bin erst vor zweieinhalb Jahren in die Politik gegangen, vielleicht schlägt noch ein zu großes Herz für Unternehmer in mir drin,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Oh! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

vielleicht habe ich auch eine zu eingeschränkte Sichtweise auf diese Dinge, aber es ist das Wichtigste, das Allerwichtigste, dass den Gesprächspartnern, die sich jetzt an die Ministerien wenden, die jetzt ihre Probleme besprochen haben wollen, dass denen innerhalb kürzester Zeit gesagt wird,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist dem denn nicht so?)

was wir können und was wir nicht können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie doch keine Märchen hier!)

Ich habe, lieber Herr Kollege Nieszery,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist der tägliche Job. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

nicht gesagt, was wir nicht tun, ich habe gesagt – einmal bitte genau hinhören –, was wir tun müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wird doch getan. Das wird doch getan. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Dann hätten wir es gerne hier vom Wirtschaftsminister im Vorfeld auch realisiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Warten Sie doch mal, bis er geredet hat. Sie behaupten hier, was Sie gar nicht wissen.)

Das, was wir, Herr Kollege Nieszery, gestern im Wirtschaftsausschuss in nicht öffentlicher Sitzung gehört haben, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sollten Sie auch nicht zum Besten geben.)

Lassen Sie mich doch einfach ausreden!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Okay.)

... was wir in nicht öffentlicher Sitzung gehört haben, war frustrierend,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ernst, ernst.)

es war eine Stille im Raum. Ich habe den einen oder anderen Kollegen auch noch nie so betroffen gesehen. Das sage ich auch ganz deutlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es ist eben eine ernste Situation.)

Es ist eine ernste Situation, aber es muss Wahrheit und Klarheit

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

in die Bevölkerung getragen werden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür sind Sie gewählt, um dies mit diesem Ernst aufzunehmen.)

wie ernst die Situation ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür sind Sie gewählt. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und wenn wir aus der Opposition – und da nehme ich den Kollegen Holter mit ins Boot – die Dinge kritisch ansprechen, dann sind wir auf einmal die Totengräber von Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das habe ich nie gesagt. Das können Sie mir nicht vorwerfen.)

Aber Sie, die die Verantwortung haben, die Probleme anzusprechen, Sie scheuen sich davor,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir tun aber was.)

diese Probleme in der Klarheit und mit der Wahrheit anzusprechen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch gar nicht wahr. Was reden Sie da für einen Blödsinn?!)

Also wer sich auf der einen Seite darüber beschwert, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine ...

Michael Roolf, FDP: ... dass die Opposition der Totengräber ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch gar nicht wahr. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

der muss sich selber an die Nase fassen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das habe ich nie gesagt. Das habe ich nie gesagt, Herr Roolf.)

was er für Klarheit und für Wahrheit hier ...

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment, Herr Roolf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion.

(Karin Strenz, CDU: Ja, leider.)

Ich bitte Sie, Ruhe zu bewahren, und das Wort „Blödsinn“ muss ich als unparlamentarisch zurückweisen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: In dieser Sache müssen wir endlich zusammenarbeiten. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Michael Roolf, FDP: Wer auch immer den Begriff gewählt hat, dieses Schauspiel der Schuldzuweisung,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dieses Schauspiel – wer, was – bringt überhaupt gar keinen weiter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen Sie doch die ganze Zeit. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da hinten sitzen Unternehmerinnen und Unternehmer und ich weiß nicht, was die empfinden bei unserer Art der politischen Reden, die wir hier halten, ob sie sich darin wiederfinden

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und ob damit Probleme gelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zurufe von Vincent Kokert, CDU)

Das, was wir ...

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist zum Lachen und zum Weinen.)

Sie können ja, Sie können ja noch lauter schreien, es bringt uns nur nicht weiter.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das ist so.)

Es bringt uns nicht weiter. Das, was wir – und dazu sind wir als Liberale sehr deutlich bereit –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dazu beitragen können, ist, Brücken zu bauen, Gesprächsebenen zu öffnen, und dann erwarten wir aber auch, wir erwarten von denen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die Brücken sind da. Sie müssen sie auch beschreiten wollen. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

wir erwarten von denen, die dann auf der Seite der Landesregierung sitzen, dass sie – und das will ich noch mal sehr klar und sehr deutlich sagen – gute Botschaften an die Unternehmer zu bringen, wenn man helfen kann,

(Zurufe von Karin Strenz, CDU, Toralf Schnur, FDP, und Michael Andrejewski, NPD)

aber auch Wahrheiten auszusprechen, wenn man nicht helfen kann. Herausögern, hinhalten, Kopf in den Sand stecken, das hilft keinem in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tut hier kein Mensch. Das tut hier kein Mensch, Herr Roolf.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Roolf.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Seidel.

(Michael Roolf, FDP: Das war jetzt zu erwarten. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Roolf würde das natürlich alles ganz anders machen, wenn er Wirtschaftsminister wäre.)

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst, bevor ich zu den eigentlichen Fakten komme, doch noch eine Vorbemerkung machen.

Herr Roolf, Sie haben zu Recht festgestellt, hier schreien, sich laut oder leise oder wie auch immer in einer Art zu äußern, wie ich es gerade eben aber von Ihnen gehört habe, das hilft in der Tat keinem.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und wissen Sie, wenn Sie jetzt versuchen, daraus eine Art des Herangehens an die Probleme ableiten zu wollen, indem ich mir erlaubt habe, in Respekt vor den Wirtschaftssprechern dieses Hauses nun mal abzuwarten, nachdem ich permanent bei Ihnen berichte, nachdem wir Sie zu Runden bei uns im Ministerium eingeladen haben, nachdem ich im Wirtschaftsausschuss, im Kabinett überall Rede und Antwort stehe, wenn ich jetzt mal Respekt übe und sage, jetzt will ich hören, was da an Vorschlägen kommt, dann muss ich sagen, mir das vorzuwerfen, finde ich nun wirklich,

(Michael Roolf, FDP: Der Vorwurf bleibt, der bleibt.)

also, tut mir leid, unter aller Würde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und, Herr Roolf, eine zweite Bemerkung muss ich schlicht machen, auch deshalb, weil Sie es natürlich wissen. Zu fordern, ich sollte all die Dinge, die wir von morgens bis in die Nacht im Wirtschaftsministerium zu bewegen haben – und das sind die Werften, das sind die Zulieferer, aber nicht nur –, dass ich diese doch bitte schön möglichst jeden Tag auf dem Jahrmarkt ausbreiten soll,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dann will ich Sie ganz deutlich fragen: Wollen wir denn da mal mit Ihrem Unternehmen anfangen?

(Michael Roolf, FDP: Das hat keiner behauptet.)

Nein, das würden Sie auch nie behaupten, das würden Sie auch nie behaupten, das würden Sie auch nie wollen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Insofern noch mal meine Bitte: Lassen Sie uns bitte solche Dinge hier nicht so diskutieren. Das ist der Sache nicht angemessen, das hilft uns in der Tat – Sie haben es gesagt, richtig – keinen Schritt weiter, sondern hier geht es um konkrete Fakten und dazu will ich jetzt kommen.

Meine Damen und Herren, die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Schlüsselindustrie. Das wurde jetzt mehrfach hervorgehoben. Die Zahlen, damit da auch Klarheit herrscht: Wir haben 380 Unternehmen im Bereich der maritimen Industrie, 260 sind insgesamt Zulieferfirmen, aber diese Zahl der 260 Zulieferfirmen dürfen Sie nicht ausschließlich auf Wadan konzentrieren. Das hatte ich aber gestern im Wirtschaftsausschuss versucht deutlich zu machen.

Wir haben insgesamt 80 Unternehmen, die sich mit Schiff-, Boots- und Jachtbau befassen, und davon sind drei Werftunternehmen. Eigentlich müsste man sogar heute noch sagen, es sind schon fast wieder vier. Das freut mich auch, dass es in Boizenburg inzwischen auch wieder einen – wenn auch bescheidenen – Schiffbau gibt. Dort hatten wir ja vor Jahren traurige Erlebnisse.

Übrigens, die Tatsache, dass wir klar formulieren, dass die maritime Industrie Schlüsselindustrie in Mecklenburg-Vorpommern ist, hat auch dazu geführt, dass wir sehr schnell nach meinem Amtsantritt eine Konzeption erstellt haben, die sich überschrieben hat „Zukunftsperspektiven der maritimen Industrie“. Und ich bin auch sehr dankbar, dass sich der Wirtschaftsausschuss sehr schnell mit diesem Konzept befasst hat, Anhörungen gemacht hat, auch Vorschläge gemacht hat, wie man weiterkommen will. Sicherlich werden wir dieses Thema aufgreifen und das, glaube ich, ist auch der richtige Weg.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Märchenstunde.)

Jetzt will ich auch eins gleich an dieser Stelle sagen: Herr Holter, Sie hatten ungefähr so formuliert, wir würden uns erst seit kurzer Zeit mit diesen Fragen beschäftigen. Weil es eben nicht möglich ist, die Dinge wirklich auf dem Jahrmarkt auszubreiten und dies auch nicht zielführend wäre, will ich Ihnen dann nur noch mal der Vollständigkeit halber sagen, dass wir seit einem Jahr, knapp einem Jahr, ein Projektteam bei uns im Hause haben, das sich konkret mit Fragen der Situation befasst. Seit ungefähr Mitte des letzten Jahres läuft nämlich die Thematik, wo wir klarer erkennen konnten oder mussten, muss ich sagen, dass die bis dahin positive Entwicklung so nicht anhalten wird.

(Udo Pastörs, NPD: Schönes Eingeständnis.
Sonst haben Sie was anderes erzählt,
noch vor einem halben Jahr.)

Lassen Sie mich nun zu den konkreten Fakten kommen. Ja, es ist so gewesen, dass im März 2008 die Kaufverhandlungen begannen, wo 70 Prozent der Anteile von Aker Yards an FLC, später FLC West verkauft wurden, dann etwas später, parallel, gingen die restlichen 30 Prozent an STX, ein koreanisches Schiffahrts- und auch Werftunternehmen, einen Mischkonzern, der diesbezüglich die Aktien erworben hat.

Im Juli 2008 wurde der Kaufvertrag – 70 Prozent FLC West – unterzeichnet. Es wurden 248,9 Millionen Euro gezahlt, im Übrigen habe ich vorhin mal gehört, für irgendwelches Geld verscherbelt, da muss man sagen, das war ein in der Branche nur bestaunter Kaufpreis, der damals überhaupt nicht nachvollziehbar war. Aber das ist durch mich nicht weiter zu kommentieren. Ich will noch einmal deutlich das unterstreichen, was der Ministerpräsident hier schon gesagt hat: Wir haben uns weder den russischen Investor noch den koreanischen Investor aussuchen können.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Natürlich nicht.)

Das wissen auch alle,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

die sich mit Aktien beschäftigen, denn sie kaufen selbst Aktien und verkaufen sie und wissen, dass keine Politik der Welt ihnen dort irgendwelche Vorschriften machen kann.

(Udo Pastörs, NPD: Leider.)

Ich will auf ein immer wiederkehrendes Argument eingehen, das dann sagt: Warum habt ihr so auf den russischen Markt gesetzt? Dies ist natürlich sehr stark diskutiert worden, ohne Frage, und ich will noch einmal deutlich sagen, dieser russische Markt hat nach wie vor riesengroße Potenziale, gerade im Schiffbaubereich.

Nein, das geht überhaupt nicht los. Das ist eine unumstößliche Tatsache. Wenn Sie sich mal mit der Wirtschaftsberatungsgesellschaft PwC, damit Sie es auch wissen: PricewaterhouseCoopers, unterhalten würden, dann können die Ihnen glaubhaft nachweisen,

(Udo Pastörs, NPD:
Bedarf ist da, das wissen wir.)

dass es über 700 Schiffe in Russland gibt, die älter als 30, 40 Jahre sind.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Bedarf
ist da, aber keine Finanzierung.)

Das sind im Übrigen noch die Schiffe, die in Stralsund, in Rostock, in Wismar gebaut wurden, die ausgewechselt werden müssen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, aber?)

wo die Kapazitäten allein in Russland überhaupt nicht gegeben sind.

(Michael Andrejewski, NPD:
Haben Sie das Geld? – Zuruf von
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Diese Gespräche sind geführt worden und bleiben auch weiterhin eine Wahrheit.

Ich will auch noch eins sagen zu einem Brief, der in einem „Spiegel“-Artikel erwähnt wurde. Das liegt mir einfach persönlich am Herzen, das klarzustellen, weil am Schluss dieses Artikels behauptet wird, dass der Wirtschaftsminister dieses Landes, Jürgen Seidel, einen Brief eines russischen Finanzmagnaten – Alexander Lebedew, so ist er bezeichnet worden dort – erhalten hätte. Ich kann nur für mich, und das tue ich auch öffentlich, erklären, ich habe einen solchen Brief nicht erhalten. Meine Staatssekretäre habe ich befragt, die haben mir hoch und heilig geschworen, auch sie haben einen solchen Brief nicht erhalten. Also ob es einen solchen Brief gibt, weiß ich nicht. Ich habe ihn jedenfalls nicht bekommen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Vielleicht gibt es ja noch einen Jürgen Seidel.)

Weiß ich nicht.

Zum weiteren Verlauf ist festzustellen, dass die Finanzkrise dazu geführt hat, dass der Welthandel zurückging, dass Frachtraten bis auf 20 Prozent heruntergegangen sind, dass Aufträge storniert wurden, dass keine Neuaufträge ins Land und in die Werften kamen.

Aber im Übrigen will ich schon noch mal deutlich machen, dies ist nicht eine Situation Mecklenburg-Vorpommerns allein, sondern das ist eine Situation des deutschen, ja, des europäischen Schiffbaues allemal, die wir feststellen müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Das
macht die Sache nicht gut.)

Nein, völlig korrekt.

Im Dezember 2008, wenn Sie sich erinnern, ist das Konjunkturpaket I der Bundesregierung beschlossen

worden, also so ungefähr um den Dezember, nageln Sie mich jetzt bitte nicht auf die Woche fest. Und es war so, dass die Banken in dieser Zeit, auch bedingt durch die Finanzkrise, aber eben auch sicherlich durch die Möglichkeiten, die sich plötzlich auftaten, nicht mehr bereit waren, ohne Bürgschaften überhaupt zu finanzieren. Es drohte aufgrund von Liquiditätsschwäche bei den Unternehmen Insolvenz und insofern war es notwendig, hier zu handeln.

Ich bitte wirklich darum, kein Mensch hätte eine andere Auffassung vertreten können, als sie die Landesregierung dort wirklich vertreten hat, dass wir es schaffen müssen, in das KfW-Sonderprogramm hineinzukommen, das genau zu diesem Zweck beschlossen wurde. Und dies war eben nur mit dem Zwischendarlehen von 60 Millionen, das kann ich mir jetzt im Einzelnen sparen, dann auch möglich. Wir haben das so beschlossen. Auch ich möchte mich noch mal bei allen bedanken, die da mitgewirkt haben. Das ging ja auch, wie wir alle wissen, sehr zügig.

Dann ist das Unternehmen Wadan Yards in das KfW-Sonderprogramm aufgenommen worden. Der Kreditrahmen wurde mit 180 Millionen Euro – vom Unternehmen selbst so berechnet – dann auch so zu 90 Prozent verbürgt. Das Landesdarlehen wurde zurückgeführt bis auf 12 Millionen Euro, die stehen blieben, um die Liquidität weiter zu stärken. Allerdings gab es weiter ständige Schwierigkeiten mit Aufträgen, mit Erlösen für fertiggestellte Schiffe, und dies dann auch parallel begleitet vom Ausbleiben von Neuaufträgen.

Im Übrigen haben wir auch dort alle unsere Möglichkeiten genutzt und wir werden das auch weiter tun, um zu Neuaufträgen zu kommen, denn auch da kann man nicht einfach sagen, wir können nichts machen. Es ist schwer und es kann nicht die Aufgabe einer Landesregierung sein, Aufträge zu besorgen. Aber auch dort versuchen wir zum Beispiel, Anfang Juli mit dem Bundeswirtschaftsministerium darüber zu reden, wie es vielleicht gelingen kann, Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die genau diesen russischen Markt ansteuern, denn Anfang der 90er-Jahre ist es möglich gewesen, auch Aufträge über Hermes zu finanzieren unter Einsatz von russischen Staatsgarantien. Ich denke, da liegt unsere Verantwortung, alle Möglichkeiten zu nutzen.

Wenn wir in der Geschichte weitergehen, dann war es so, dass im Mai des Jahres 2009 überraschend die Kreditversicherer ausgestiegen sind, und wie Sie wissen, war es notwendig, sich erneut um eine Bürgschaft zu bemühen, 40 Millionen Euro. Wir wussten, dass das nicht nur 40 Millionen sind, sondern da noch zwei weitere Avale in der Werft anstehen, und es wäre dann am Ende auf 120 Millionen Euro hinausgelaufen. Die Entscheidungen sind positiv gefällt worden. Dann hat es einen ganz kurzfristig erbetenes Krisengespräch bei uns im Hause am Donnerstag, am 04.06., gegeben, wo plötzlich die eingegangenen Verpflichtungen der Gesellschafter nicht mehr erfüllt wurden.

Und, meine Damen und Herren, wenn man eben nicht mehr bereit ist, die notwendigen Chartergarantien zu geben, um die zwei vorhandenen Schiffe verkaufen zu können – so war das besprochen, so war das verhandelt –, wenn man eben nicht mehr bereit ist als Gesellschafter, selbst als Eigentümer, seine eigenen Aufträge, vier Schiffe à 42 Millionen Euro, im Unternehmen zu lassen, und wenn man es nicht schafft, einen Eigenbeitrag von 5 Millionen Euro in Raten zu leisten, dann, denke

ich, muss man klar sagen, dass die gestellte Forderung an das Land, noch mal 75 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, und dies kurzfristig, weder volkswirtschaftlich noch rechtlich durch das Land erfüllbar war, und das habe ich auch deutlich gemacht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es.)

Meine Damen und Herren, es ist dann am 5. Juni zur Insolvenzanmeldung gekommen. Das Amtsgericht hat die Kanzlei Brinkmann & Partner zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt.

Worin bestehen denn nun jetzt die daraufhin zu erledigenden Aufgaben und auch Herausforderungen und in welchen Strukturen war es notwendig, weiter voranzugehen? Ich meine, da gibt es im Großen, wenn man das mal so formulieren darf, zwei Aufgabenbereiche: einmal die, die dem vorläufigen Insolvenzverwalter obliegen, da müssen wir mehr oder weniger zuarbeiten, und zum Zweiten die Aufgaben, die dem Insolvenzverfahren nicht originär unterworfen sind, wo wir eigenen Gestaltungsspielraum haben.

Hier müssen wir uns mit dem Insolvenzverwalter sicherlich permanent abstimmen, aber wir müssen auch ganz deutlich die Interessen des Landes in das Verfahren einbringen. Es muss Ziel sein, unsere Industriestandorte, unsere Standorte der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern und auszubauen. Mecklenburg-Vorpommern steht unverändert vor der Herausforderung, seine wirtschaftliche Basis zu verbreitern. Ich denke, hierzu gibt es gerade jetzt, auch wegen der aktuellen erschwerten Rahmenbedingungen, keine Alternative.

Praktisch gesehen ist es notwendig, konzeptionell eine Entwicklung einzuleiten, die eine Schiffbaukonsolidierung zügig realisieren lässt. Dabei geht es nicht nur um Konsolidierung des eigenen Schiffbaus, sondern es geht zum Beispiel auch um Meerestechnik, es geht auch um regenerative Energien, es geht um maritime Sicherheits- und Umwelttechnik als Bereiche, die hier eine große Rolle spielen.

Was sind die konkreten Schritte, die zunächst über das Wochenende angelaufen sind? Klar war, dass zunächst einmal erste Feststellungen über den Insolvenzverwalter zu treffen waren, Gespräche diesbezüglich mit dem Wirtschaftsministerium geführt wurden. Das Ziel dabei war es, die Lohn- und Gehaltszahlung zu sichern. Das war unmittelbar die erste Handlung am Dienstag. Nach dem Wochenende vom 06. bis 07.06. war der Lohn fällig. Es ging darum, die laufenden Arbeiten fortführen zu können, insbesondere bei den RoPax-Fähren. Es ging damit natürlich unmittelbar darum, die Voraussetzungen für den Neustart zu schaffen. Und es geht darum, die Gewinnung von geeigneten Investoren mit tragfähigem Unternehmenskonzept voranzutreiben.

Hervorzuheben ist ganz besonders – und das will ich auch deutlich hier sagen –, dass nach meiner Auffassung der Insolvenzverwalter selbst sehr verantwortungsvolle Bankengespräche zur Sicherung der Finanzierung der RoPax-Fähren führt. Ich selbst habe am Montag, am 08.06., unmittelbar mit dem Vorstand von Stena Line, Sten Olsson, telefoniert, am nächsten Morgen mit seinem persönlichen Vertreter, der hier nach Mecklenburg-Vorpommern geschickt wurde, gesprochen immer mit dem Ziel, die Weiterbeschäftigung zu sichern. Und das Ergebnis ist, das steht auch heute noch so, dass Stena Line zu seinem Vertrag über die zwei RoPax-

Fähren steht, keine weiteren Risiken allerdings übernehmen will und klar gesagt hat, dass man termin- und qualitätsgerechte Fertigstellung von uns erwartet.

Wie Sie wissen, habe ich am Mittwoch im Wirtschaftsausschuss berichtet. Wir haben auch am Mittwoch unmittelbar danach den Status mit dem Insolvenzverwalter besprochen. Und wir sind noch am Mittwoch, auch das will ich hier deutlich sagen, im Bundeskanzleramt gewesen, weil wir uns nach wie vor der weiteren Unterstützung der Bundesregierung versichern müssen. Diese ist uns auch zugesagt. Und ich muss sagen, darüber bin ich froh, weil dieses Problem für das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht nur ein recht großes, sondern auch ein fast schon übersteigendes am Ende sein wird. Insofern, glaube ich, ist dieser Weg richtig.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Und Sie wissen auch, dass es natürlich nicht ganz selbstverständlich ist, wenn man ins Bundeskanzleramt fährt und sagen muss: Wir müssen erklären, dass der jetzt durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellte Rahmen, also verbürgte Rahmen, in Gefahr gerät, und wir brauchen weitere finanzielle Unterstützung wie auch immer, dann ist das natürlich ein schwieriger Gang. Aber ich bin dankbar, dass zumindest das Verständnis dafür vorhanden ist.

Wir haben am Freitag mit dem Insolvenzverwalter gemeinsam mit Zulieferern gesprochen über Möglichkeiten der Unterstützung, aber natürlich auch über die weitere Kooperation mit den Zulieferern. Das ist ja ganz klar. Sie haben zu Recht gesagt, dass man Schiffbau nicht ohne die Zulieferer machen kann. Das ist unumstritten. Aber, auch das ist richtig, beides hängt untrennbar miteinander zusammen. Beides ist wichtig – sowohl die Werft voranzubringen, aber auch die Zulieferer immer im Blick zu haben.

Lassen Sie mich für das weitere Vorgehen fünf Punkte formulieren, die, glaube ich, jetzt von besonderer Bedeutung sind:

Erstens. Ziel ist nach wie vor die Weiterbeschäftigung, vor allen Dingen jetzt durch die Finanzierungsabsicherung im Bau befindlicher Schiffe, besonders der RoPax-Fähren. Dazu hat es gestern entscheidende Bankengespräche gegeben.

Zweitens. Der Insolvenzverwalter ist gegenwärtig damit befasst, ein Akquiseteam zu finden. Wir werden dieses Akquiseteam sowohl durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Invest in MV“, aber auch durch das Wirtschaftsministerium nach besten Kräften unterstützen.

Drittens. Die bereits im Wirtschaftsministerium bestehende Arbeitsgruppe, die wir im Hinblick auf die Zulieferer haben, ich will deutlich sagen, wir sind seit März – übrigens auch das an Sie gerichtet, Herr Holter – mit dem Zulieferernetzwerk, das wir ja über Jahre, das wissen Sie auch, fördern, also mit MAZA, unterwegs und überlegen, was kann man tun, was ist sinnvoll, um euch zu helfen, mit diesem schwierigen Markt fertig zu werden. Dort hat es seinerzeit zehn Vorschläge gegeben. Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet – und ich denke, vier Vorschläge werden wir auch umsetzen können, einen werde ich Ihnen dann noch nennen –, um in der Tat hier zu helfen. Diese Aktivitäten werden wir jetzt fortsetzen. Wir werden individuell mit jedem Unternehmen reden müssen, weil sich zeigt, dass die Situation immer unterschiedlich ist und hier große Veranstaltungen sehr wenig nützen.

Was sind die vorhandenen Instrumente? Da will ich schon noch mal sagen, weil Sie vorhin anklagten, ihr habt euch darauf nicht vorbereitet, ich will Sie einfach daran erinnern, dass wir bereits im Dezember letzten Jahres eine Reihe von Maßnahmen beschlossen haben. Ich habe Ihnen das übrigens auch gestern im Wirtschaftsausschuss erläutert. Insofern bin ich immer enttäuscht, wenn man dieses Wissen nicht mit in diese Veranstaltung nimmt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ja. –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Weil es verboten ist.)

Erstens. Der Bürgschaftsrahmen ist zusammengelegt worden, was wir früher nicht hatten. Wir haben finanziell gesehen kein Problem, was den Bürgschaftsrahmen von insgesamt 1,155 Milliarden betrifft. Wir haben ihn auch noch mal angemeldet für den nächsten Haushalt mit 300 Millionen obendrauf. Auch das, ohne dass ich jetzt Haushaltsbeschlüssen vorgreifen will, ist zumindest so mit dem Finanzministerium abgestimmt. Ich denke, das Kabinett wird das auch tragen.

Zweitens. Wir haben das Kleindarlehensprogramm verändert. Wir haben eine Zinsverbilligung um 400 Basispunkte durchgeführt.

Drittens. Wir haben uns bemüht, die Konditionen des KfW-Sonderprogramms zu verbessern von 50 Prozent bei Betriebsmittelkrediten bei 50-prozentiger Verbürgung auf 60-prozentige Verbürgung. Das ist gelungen. Wir haben es realisieren können, dass die maximale Bürgschaftsquote bei den Bürgschaften der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern von 80 auf 90 Prozent erhöht wurde. Der Höchstbetrag der Bürgschaften wurde von 1 Million auf 1,5 Millionen angehoben. Wir haben den Betrag im Rahmen der Beteiligung der mittelständischen Beteiligungsgesellschaft von 300.000 auf 750.000 angehoben. Und wir haben jetzt neu – das ist richtig – ein weiteres Instrument, übrigens mit abgesenkten Zinsen, weil vorhin gerade wieder der Zwischenruf kam, das kostet was.

(Udo Pastörs, NPD: Mindestens
50 Prozent dieser Gelder.)

Natürlich kostet ein Darlehen Geld. Das ist richtig. Aber der ist um 400 Basispunkte abgesenkt worden.

(Udo Pastörs, NPD: Immer noch
über 5 Prozent sind das, wenn wir mit
unseren Informationen richtig sind.)

Ich will noch einmal sagen, wir haben diesen Prozentsatz um 400 Basispunkte abgesenkt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Wirtschaftskammern werden in diesem Prozess mit eingebunden und werden ihrerseits die runden Tische nutzen, um in Gesprächen mit den Zulieferern zu bleiben, denn, wir hatten das gestern auch gesagt, von den Zulieferern stehen tatsächlich zwei Drittel mit einem Betrag von 20.000 und kleiner hier zur Rede. Das kann natürlich für eine kleine Unternehmung genauso dramatisch sein. Das will ich gleich sagen. Aber genau um die wollen wir uns ebenfalls kümmern und deswegen nutzen wir das Instrumentarium der runden Tische.

Viertens. Herr Holter, eins ist doch ganz klar: Ich glaube, Sie werden uns im Hause nicht unterstellen, dass die Mitarbeiter nur alle Däumchen drehen und darauf warten, was denn so passiert. Und man muss natürlich nach-

denken über Lösungen, die unter Umständen notwendig werden, weil wir ja auch sehen, dass es speziell in Rostock Probleme gibt, weil dort Vorfertigung passiert, und wenn neue Aufträge nicht kommen, es dann schwierig wird.

(Udo Pastörs, NPD: 1.000 Arbeitsplätze.)

Da denken wir natürlich auch über Lösungen nach. Aber klar muss sein, wir können eine Auffanggesellschaft nicht als das Ziel herausgeben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Macht kein Mensch! Macht kein Mensch, Herr Seidel!)

sondern wir müssen über solche Dinge hinter den Kulissen reden und müssen dafür wie gesagt die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Fünftens. Ich muss ganz deutlich sagen, wir müssen uns weiter um den Schiffbau insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern kümmern. Wir dürfen nicht glauben, dass es nur Sorgen gibt bei Wadan. Wie Sie wissen, gibt es die natürlich bei Hegemann. Die gibt es im Übrigen auch bei Meyer, Neptun – da werden sie nicht so deutlich, da ist der Auftragsvorlauf größer. Auch dort gibt es mit Neuaufträgen große Probleme. Insofern müssen wir den Schiffbau insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern im Blick behalten. Ich sage nur ganz leise an dieser Stelle: Wir haben auch noch die Autozulieferer. Wir haben nach wie vor die Holzindustrie. Wir haben andere Bereiche, für die wir auch nach wie vor zur Verfügung stehen müssen.

Meine Damen und Herren, ich will klar und deutlich sagen: Die Landesregierung tut alles rechtlich Mögliche und volkswirtschaftlich Verantwortbare zur Konsolidierung der maritimen Industrie des Landes. Meine Bitte ist: Wir brauchen eine konstruktive Mitwirkung des Landtages über die Fraktionen, über die Ausschüsse, über das Plenum selbst. Ich werde meinerseits immer zur Verfügung stehen, wenn es um die notwendige Berichterstattung geht. Das gegenwärtige Umfeld ist schwierig. Die Probleme sind, ich will mal sagen, erheblich. Mit den Betriebsräten von Wadan, von Hegemann werden wir regelmäßig sprechen, genauso wie mit den Gewerkschaften.

Und ich will auch deutlich sagen: Egal ob Kritik, Hinweis, Vorschlag oder Mitwirkung – den Unternehmen, vor allen Dingen den Mitarbeitern, hilft nur konstruktives, verantwortungsbewusstes und zielorientiertes Arbeiten. Und jeder Profilierungsversuch, jedes populistische Gehäse um vermeintliche öffentliche Anerkennung macht alles nur schwerer und behindert konzentriertes Handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und ich erlaube mir, uns allen viel Kraft zu wünschen zur erfolgreichen Bewältigung dieser Krise in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Wirtschaftsminister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist kein Jahr her, mein lieber Herr Minister Seidel,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

als Sie in einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses auf die Kritik der NPD an der Fördergeldvergabepraxis mir gegenüber mit dem erhobenen Zeigefinger belehrend entgegneten: Herr Pastörs, Sie haben die Globalisierung nicht verstanden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie auch nicht.)

Heute haben wir wieder einmal ein beeindruckendes Beispiel dafür vonseiten der SPD-CDU-Koalitionsregierung geliefert bekommen, was globalisierte Finanzanarchie praktisch auch für unser Land bedeutet. Seit der Übernahme der Aker-Yards-Werften durch den übel beleumundeten russischen Oligarchen Burlakow war es nur eine Fraktion in diesem sogenannten Hohen Hause, die eindringlich auf das Risiko dieses Deals hingewiesen hat.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Karin Strenz, CDU)

Sie, Herr Minister Seidel, persönlich waren voll des Lobes und malten mit dem Pinsel der russischen Finanzhaie eine rosarote Zukunft der Werftstandorte in unserem Lande an die Wand. Was Sie den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nicht alles erzählt haben! Es sei nun endlich die Möglichkeit geschaffen, zukünftig nicht nur Container-, sondern Spezialschiffe, die die Russen dringend benötigten, in M-V fertigen zu können. Und Sie waren es auch, der die schnelle Bezahlung von 248,9 Millionen für 70 Prozent der Anteile der Aker-Yards-Werften als Beispiel dafür herausstellte, dass man es mit seriösen Investoren zu tun habe.

Herr Minister Seidel, was wir in diesen Tagen in Sachen Werften in M-V erleben, ist eine Demaskierung Ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sehr richtig.)

Ich bezweifle sogar, dass Sie so etwas wie ein wirtschaftspolitisches Konzept hatten. Meine Fraktion hat immer und immer wieder, Herr Schulte,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

nicht nur im Wirtschaftsausschuss, sondern auch mit Anträgen hier im Plenum auf die äußerst zwielichtigen Geschäftsverbindungen des Herrn Burlakow aus Moskau hingewiesen. Sie, meine Damen und Herren der Blockparteien, haben unsere Anträge hierzu jedoch ständig einstimmig abgelehnt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das bleibt auch so! Da können Sie sich drauf verlassen. Das bleibt auch so. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr SELLERING, meine Damen und Herren der Regierung, Sie laufen vor den Realitäten im Lande schon lange davon. Und, Herr Minister Seidel, das Auftreten der Russen in der letzten Woche im Wirtschaftsministerium hat Ihnen hoffentlich die Augen etwas geöffnet, mit was für Leuten Sie sich eingelassen haben.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Was haben Sie eigentlich gedacht, als vor 14 Tagen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie nicht zugehört, was der Minister gesagt hat?)

der russische Finanzzar Burlakow mit seinem Gefolge bei Ihnen unangemeldet Einlass begehrte und von Ihnen ultimativ bis zum nächsten Tag – Freitag, den 5. Juni, wenn meine Informationen richtig sind – 35 Millionen auf die Hand verlangte und gleich im nächsten Satz nochmals 40 Millionen bis zu einem Termin acht Tage später forderte? Das sind keine Verhandlungen, Herr Minister Seidel, die da geführt wurden, das ist Russeninkasso. Die Landesregierung – das wird immer deutlicher – hat mit Leuten zusammengearbeitet, deren Geschäftsgebaren mit Fug und Recht als mafiös bezeichnet werden kann. Sie, meine Herren von der Regierung, haben offensichtlich Angst vor den Russen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Anders ist es nicht zu erklären, warum Sie diese Räuberpistole,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

die hier heute durch die NPD an die Öffentlichkeit getragen wird, nicht schon längst veröffentlicht haben.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nicht anders ist es zu verstehen, dass Sie sich noch vor 14 Tagen begeistert gezeigt haben, dass Wadan von den im Dezember geliehenen 60 Millionen tatsächlich wie vereinbart

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das war doch auch gut. Was soll das?
Das ist doch in Ordnung. Wovon reden Sie?)

52 zurückgezahlt hätte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Kritisieren Sie das jetzt auch noch?)

Dass die Schwierigkeiten sicherlich bald überwunden seien,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Wäre es besser, wenn alles weg wäre?)

man müsse nur durchhalten, bis die Konjunktur wieder anspringt, fabulierten Sie.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Darum geht's. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sagen Sie einmal, Herr Minister Seidel, glauben Sie diese Märchen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

die Sie auch eben hier wieder verbreitet haben, mit den vorhandenen, vielleicht zu ergatternden Aufträgen für Spezialschiffe selber noch?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Minister hat seriös aufgeklärt und keine Märchen erzählt.)

Vor gut sechs Monaten war klar zu erkennen, dass Wadan gegen die Wand gefahren wird, dass auf dem Rücken der kleinen Leute in M-V einige wenige große Kasse gemacht haben,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die haben die Werften ausgeschlachtet.)

dass das Wirtschaftsministerium bis heute gute Miene zum kriminellen Spiel der Russenmafia macht.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das, was Sie hier heute vorgetragen haben, hat seinen Grund nicht nur in dem weltweiten Finanzbetrug, der von Amerika ausging und sich nun metastasenartig über die ganze Welt ausbreitet. Nein, Herr Seidel, Sie haben das schon richtig im Wirtschaftsausschuss erkannt, als Sie den Fragen meines Kameraden Borrmann auswichen

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und die Gegenfrage stellten, ob die NPD nun auch noch die Systemfrage stellen wolle. Die Antwort habe ich Ihnen gegeben: Ja, selbstverständlich stellen wir diese,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hilft den Arbeitern auch dabei, ne? Das hilft den Arbeitern.)

Ihnen, meine Damen und Herren, also den kapitalistischen Betonköpfen. Inklusive ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr gut. Volksverbunden, wie Sie immer sind, Herr Pastörs.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Solche Diskussion hilft ihnen dann aber auf der Werft.)

Inklusive der LINKEN werden Sie aber in Zukunft die Systemfrage nicht nur von der NPD gestellt bekommen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was tun Sie für die Arbeiter auf der Werft?)

sondern von den Menschen,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

nicht nur in Mecklenburg und Vorpommern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich hätte man heute von der Aktuellen Stunde im Plenum beziehungsweise bei den Zuschauern erwarten können, dass alle hier das Gleiche wollen. Und wir erleben eins: Was haben wir hier von der Opposition? Wir haben hier Diffamierungen. Es werden Fehler konstruiert, die nicht da sind. Es werden Schuldzuweisungen gemacht.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Es wird gefordert, ungehemmt gefordert.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Natürlich ist es klar, wenn man nicht in der Regierungsverantwortung ist, kann man das tun. Aber die Frage nach der Verantwortung für diese Situation, die wir haben, die wird ausgeblendet, die wird überhaupt nicht gestellt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir haben eine schwierige Situation und die ist hinlänglich bekannt. Gestern hat der Wirtschaftsminister im anschließenden Ausschuss, in der Vergangenheit und letzte Woche eben auch Rede und Antwort gestanden und die Fakten dargelegt. Und

für mich persönlich ist völlig klar geworden, dass wirklich alles, aber auch wirklich alles getan wird, was hier in dieser Situation in diesem Moment notwendig ist. Ich gehe sogar noch weiter: Es wird alles getan, auch das, was Sie unterstellen, was nicht getan wird.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion hat dieses Thema auf die Tagesordnung genommen, selbstverständlich darum, weil wir natürlich auch größtmögliche Transparenz haben möchten. Ich denke mal, eins eint uns doch über alle Fraktionen hinweg, nämlich dass die 2.500 Arbeitsplätze auf den Werften in Wismar, Rostock sowie die Arbeitsplätze im nachgelagerten Bereich, der Zulieferindustrie, gerettet werden müssen. Die Diskussion in diesen Tagen und heute hat aber verdeutlicht, dass es unterschiedliche Ansätze über die Möglichkeiten der Unterstützung gibt.

Die FDP fordert Darlehensprogramme, die es gibt. Der Herr Wirtschaftsminister hat es ausgeführt,

(Michael Roolf, FDP: Die aber nicht funktionieren. Die funktionieren aber nicht!)

und das wissen Sie auch, die wurden erweitert.

(Michael Roolf, FDP: Sie funktionieren nicht.)

Es gibt Bürgschaften, die erweitert wurden.

(Michael Roolf, FDP: Die funktionieren nicht.)

Gestern im Wirtschaftsausschuss forderten Sie sogar so etwas – Sie haben sich nicht so ausgedrückt, aber in etwa so – wie eine Art Generalquittung der Landesregierung für die Zulieferindustrie. Ich will Ihre Forderungen gar nicht bewerten, dennoch möchte ich festhalten, dass gerade Sie als FDP immer wieder dem freien Markt Wort geredet haben. Sie als Vertreter der reinen Lehre des Marktes wirken mit Ihren Forderungen auf mich unglaublich unwürdig, unredlich und Sie verhalten sich gegenüber den Betroffenen unfair.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich weiß nicht, wo Sie hin wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Hans Kreher, FDP: Der sozialen Marktwirtschaft habe ich das Wort geredet. Keine falschen Unterstellungen!)

Sie fordern und versprechen alles, was Ihnen in den Sinn kommt. Ein Konzept haben Sie selbst nicht. Sie wollen einzig und allein Ihre ...

(Michael Roolf, FDP: Wer hat Ihnen die Rede geschrieben?)

Doch. Sie wollen einzig und allein Ihre politische Profilierung.

(Michael Roolf, FDP: Wer hat Ihnen die Rede geschrieben?)

Sie weichen von Ihren Forderungen nach dem liberalen Markt ab, Hauptsache, Sie werden wahrgenommen und gewählt.

(Hans Kreher, FDP:
Soziale Marktwirtschaft, bitte!)

Meine Damen und Herren, gerade in dieser Situation der Werften und der Zulieferbetriebe, denke ich mal, ist Ihr Denken momentan fehl am Platz.

Bei der Fraktion DIE LINKE haben wir die Forderung, die Eigner zur Sicherung der Werkstandorte heranzuziehen, klar, nach der Insolvenz eine Auffanggesellschaft zu gründen. Für die Zulieferbetriebe soll es Unterstützung durch ein Eigenkapital ersetzendes Programm geben. Gleichzeitig sollen bei der EU Möglichkeiten der Unterstützung sondiert werden. Und bei der Übernahme durch neue Investoren möchten Sie die Übernahmebedingungen im Vorfeld festschreiben.

Hierzu muss ich Ihnen sagen, dass die Zeiten der früheren Staatswirtschaft vorbei sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:

Na, was denn nun? Staat Ja oder Staat Nein?)

Es kann heute niemand mehr vorschreiben, wie Unternehmen zu agieren, sich zu engagieren haben. Der Staat kann halt lediglich unterstützend eingreifen, das wissen Sie. Und diese Staatskonzerne der früheren Zeiten gibt es nicht mehr, wird es nicht mehr geben und wo das hingeführt hat, das wissen wir heute auch.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, egal wie die Unterstützung der Werften durch die Bundes- beziehungsweise Landesregierung aussehen wird, sie wird zum überwiegenden Teil durch Steuermittel finanziert. Und vor diesem Hintergrund ist es meines Erachtens unsere Pflicht, mit Augenmaß zu regieren.

(Irene Müller, DIE LINKE:

Er wusste nicht, was er sprach.)

Eigentümer, der Insolvenzverwalter, aber auch die zukünftigen Investoren dürfen nicht aus der Verantwortung gelassen werden. Gerade im Bereich der Zulieferunternehmen gilt es zu prüfen – das haben wir aber heute auch gehört –, inwieweit diese Unternehmen durch die Insolvenz der Wadan-Werft gefährdet sind oder bereits vorher waren. Hier gibt es entgegen Ihren Annahmen, und das haben Sie heute gehört, intensivste Gespräche, seit März. Und es ist einfach eine Unterstellung zu sagen, man würde da nichts tun. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet.

Ich glaube, ich muss noch hinzufügen ...

(Michael Roolf, FDP: Ich weiß noch nicht, wer die Rede geschrieben hat.)

Herr Roolf, man muss das nicht immer erwähnen. Ich wollte es erwähnen, aber man muss es nicht immer. Ich finde, es ist eine Selbstverständlichkeit. Dies zu unterstellen, dass man es nicht tut, das ist infam.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn das infam ist!)

Meine Damen und Herren, trotz der Probleme an den Werftenstandorten in Wismar und Rostock müssen wir in die Zukunft schauen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Klar, nach der Insolvenz gilt Folgendes, und das wurde auch schon ausgeführt: vordergründig Neuinvestitionen und neue Aufträge zu generieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Nach der Insolvenz ist vor der Insolvenz. –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Von einer Insolvenz in die nächste.)

Also ein Fortführungsszenario und kein Abwicklungsszenario muss im Vordergrund stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Ja, das scheint mir aber nicht so, Herr Roolf.

Hierbei müssen die Bedingungen formuliert werden, und das auf dem schwierigen Markt – und der ist schwierig, aufgrund der Finanzkrise ist die Branche insgesamt sehr, sehr schwierig –, die auch im Interesse unserer Werften bestehen. Aber wir können keine Forderungen aufmachen, die jeden Investor vorher verschrecken.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Unterstützung der Zulieferbetriebe. Aber ich glaube, das muss ich nicht noch mal erwähnen. Herr Wirtschaftsminister Seidel hat ausführlich dazu gesprochen.

Meine Damen und Herren, sollte sich nun kein Investor für die Wadan-Werften in der kurzen Zeit finden, so bleibt als Letztes das Mittel der Auffanggesellschaft. Ja, sehr wohl, da denkt man drüber nach, aber es ist nicht prioritär

(Helmut Holter, DIE LINKE: Auch bei mir
nicht, Herr Waldmüller, auch bei mir nicht!)

beziehungsweise hat nicht erste Priorität. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass dieser Massekredit, um die Aufträge fortzuführen, generiert werden kann. Das ist ja wohl selbstverständlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nichts
anderes sagen wir die ganze Zeit. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dann können die Arbeitnehmer, die keine Arbeit mehr finden, in der Auffanggesellschaft aufgefangen werden, qualifiziert werden, und wir schaffen eben die notwendige Zeit, um weitere Investoren zu suchen.

Meine Damen und Herren, entgegen der Opposition steht die CDU nach wie vor, und das hat sie bewiesen, für die soziale Marktwirtschaft. Wir setzen uns alle für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Werften ein, aber auch für den Erhalt der Zulieferbetriebe. Das machen wir systematisch und, Herr Roolf, ohne Geschrei. Das, denke ich mal, ist auch die Erwartung aller Beteiligten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Schneller Tod!)

Meine Damen und Herren der Opposition, ich lade Sie recht herzlich ein, hören Sie auf, sich aufgrund dieser Situation parteipolitisch profilieren zu wollen. Damit wird niemandem geholfen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist vollkommen richtig.)

Ich wünsche mir, dass wir alle konstruktiv an einem Strang ziehen. Das wäre aus meiner Sicht eines der besten Hilfsprogramme, das allen Beteiligten dient, was die Politik heute tun kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Herr Holter für die Fraktion DIE LINKE.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nicht ein Lösungsansatz in der Rede. –
Michael Roolf, FDP: Ich habe selten
eine so schlechte Rede gehört.)

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwischen gestern Abend 22.00 Uhr und heute Morgen 6.00 Uhr ist etwas passiert, und als ich heute Morgen Nachrichten hörte, vernahm ich, es kommt heute ein 5-Punkte-Programm.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Da war ich ganz gespannt seit 6.00 Uhr bis eben, was denn dieses 5-Punkte-Programm des Wirtschaftsministers enthält.

(Michael Roolf, FDP: Alte Geschichten.)

Ja, ich zuckte mit den Schultern, denn Neuigkeiten habe ich nicht gehört, nur all das, was auch in den vergangenen Wochen bereits angeschoben wurde.

Ich will Sie wirklich fragen, Herr Seidel, und ich kann das so nicht durchgehen lassen, wie Sie hier aufgetreten sind: Was liegt zwischen Ende 2008 und dem Insolvenzantrag am 05.06.2009 beziehungsweise Ihrem heutigen – bleiben wir mal bei den Begriff – 5-Punkte-Programm? Ich sage Ihnen, nichts als Hoffnung, gepaart mit Aktionismus. Ihre Auskünfte im Wirtschaftsausschuss waren dürftig. Szenarien, Strategien haben Sie nicht erkennen lassen. Das haben wir eingefordert.

Und, Herr Roolf, das sah alles sehr fatalistisch und pessimistisch aus. Ich kann Ihnen nur sagen: So packt man die Krise nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Welche haushaltsrechtlichen Vorkehrungen haben Sie mit der Finanzministerin, die jetzt nicht da ist, getroffen, um eine notwendige und auch von mir, ich will das noch mal betonen, prioritär zu behandelnde Privatisierung tatsächlich hier zu unterstützen? Wie viel verlorenen Zuschuss wollen Sie denn geben? Sie müssen das ja nicht in Mark – in Euro und Cent sagt man heute – ausdrücken. Wie weit wird das Engagement des Landes Mecklenburg-Vorpommern gehen? Das gehört doch zu einer Strategie, die man natürlich diskutieren muss.

(Minister Jürgen Seidel:
Wollen Sie das vorher klären?)

Das will ich nicht vorher klären.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
Marc Reinhardt, CDU, und Hans Kreher, FDP)

Herr Seidel und Herr SELLERING, ich bin in der Opposition. Das sind Fragen, die müssen diskutiert werden, und wir sind doch eine öffentliche, eine transparente Gesellschaft.

Und nun will ich etwas sagen zu der Auffanggesellschaft.

(Vincent Kokert, CDU: Das sagen
Sie den Investoren vorher schon, mit
wie viel Geld das Land dabei ist.)

Nun will ich etwas, nun will ich etwas sagen.

(allgemeine Unruhe – Vincent Kokert, CDU:
Gute Strategie, sehr gute Strategie. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich weiß, wie Verhandlungen geführt werden.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Helmut Holter, DIE LINKE: Niemand soll sich nackig machen.

Es geht aber darum, dass wir eine wirtschaftspolitische Strategie erkennen können. Ich kann keine wirtschaftspolitische Strategie dieser Regierung erkennen. Darum geht es.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Genau. –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und nun will ich etwas sagen zu der Auffanggesellschaft. Ich will das noch mal betonen:

(Udo Pastörs, NPD: Sie sitzen
Ihre Amtszeit ab in den Fraktionen.)

Prioritär ist, den Investor zu finden mit Eigenkapital, mit Aufträgen, mit dem Konzept, was wir alle eingefordert haben.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Sind wir uns einig. Sind wir uns einig.)

Wir haben nicht gesagt, mit der Insolvenz muss eine Auffanggesellschaft gegründet werden, sie muss vorbereitet werden, und zwar aus der Insolvenz heraus. Und wenn jetzt seit gestern Abend auch bekannt ist – und Herr Seidel hat es eben noch mal gesagt –, dass beginnend in Warnemünde, und wir wissen ja, dass es Kurzarbeit auf den Werften gibt, das Arbeitsvolumen zurückgeht, muss doch die Frage erlaubt sein: Was soll mit denen passieren, die keine Arbeit auf den Werften haben?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja.)

Werden die entlassen in die Arbeitslosigkeit und stehen in einem Jahr vor Hartz IV oder ist eine Auffanggesellschaft nicht eine Option auf die Zukunft,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Es ist eine Option, ja.)

um die Belegschaft an dem Standort zu halten und den Beschäftigten dann eine Zukunft bei einer hoffentlich erfolgreichen Privatisierung zu ermöglichen?

Und es will doch niemand – das unterstelle ich den Herren dort oben nicht und Ihnen auch nicht –, dass die Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit gehen, sondern wir wollen, dass sie durch das Tal kommen und nicht in Hartz IV landen. Deswegen halte ich diese Auffanggesellschaft für ein probates und für ein richtiges Mittel, aber nicht, wie Sie uns unterstellen, als das alleinige. Es ist eine Option, es ist eine Strategie,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

die vorbereitet und verfolgt wird. Wann die Karte gezogen wird, das muss man situationsbedingt natürlich entscheiden. Da sind wir uns doch wieder vollkommen einig.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Psychologisch
niemals zuerst. Psychologisch niemals zuerst.)

Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich bin der Überzeugung, dass man das – auch ausgehend von den Vorschlägen der IG Metall – aufgreifen sollte, um den Beschäftigten zwei Perspektiven zu bieten, einmal die Privatisierung,

(Vincent Kokert, CDU:
Die sind doch schon privat. Was
soll das mit der Privatisierung immer?)

aber bis zur Privatisierung in der Auffanggesellschaft eine Zukunft zu haben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Ich schließe die Aussprache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen auf Drucksache 5/2644 ein Antrag zum Thema „Standort von Scandlines in Rostock-Warnemünde erhalten“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Bitte, Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen seit einiger Zeit, dass es in dem Unternehmen Scandlines GmbH die Überlegung gibt, den Standort Rostock mehr oder weniger aufzugeben und nach Puttgarden zu verlagern.

Wir stellen diesen Antrag, um erstens die Besorgnis zum Ausdruck zu bringen und zweitens die Landesregierung bei ihren eigenen Anstrengungen zu unterstützen, den Standort zu erhalten und gegenüber der Bundesregierung, insbesondere gegenüber dem Bundesverkehrsminister und Beauftragten für die neuen Länder, Wolfgang Tiefensee, mit Nachdruck für den Erhalt der Arbeitsplätze und damit des Standortes hier in Mecklenburg-Vorpommern einzutreten. Das ist der Antrag.

Die Dringlichkeit ist gegeben, weil wir jetzt politisch handeln müssen und nicht erst im September.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltung? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung einstimmig zugestimmt worden.

Kann ich davon ausgehen, dass wir die Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung beraten? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von den Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP liegt Ihnen auf Drucksache 5/2650 ein Antrag zum Thema „Rechtsstreit zum Bombodrom sofort beenden“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung einstimmig beschlossen worden.

Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung behandeln? – Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes, auf Drucksache 5/2607.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur
Änderung des Landesnaturschutzgesetzes**
(Erste Lesung)

– Drucksache 5/2607 –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Till Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Aktuellen Stunde jetzt in den Naturschutz einzusteigen, jetzt das neue Naturschutzgesetz einzubringen und vor Augen zu haben, welche Probleme wir in den Werften haben, welche Probleme wir auch in anderen Wirtschaftsbereichen haben, fällt mir nicht unbedingt leicht.

Ich will eine Vorbemerkung jetzt an dieser Stelle schon machen: Wenn es ein Bundesland gibt, in dem der Naturschutz und der Umweltschutz eine außerordentlich wichtige Rolle für die weitere Perspektive und Entwicklung dieses Landes darstellt, dann ist es Mecklenburg-Vorpommern.

Auf der anderen Seite bin ich im Übrigen maßlos enttäuscht. Ich bin maßlos enttäuscht, weil sich alle demokratischen Parteien einig waren, dass wir eine große Novelle des Bundesumweltgesetzes haben wollten. Viele, viele Tausende von Stunden ist an diesem Projekt gearbeitet worden. Im Übrigen waren auch unsere Experten aus dem Hause daran beteiligt

(Udo Pastörs, NPD: Experten!)

und eine Partei, nämlich die CSU, hat dieses Projekt verhindert. Ich bedauere das zutiefst, denn dieses Bundesumweltgesetzbuch hätte für uns auch bedeutet, in eine große Novelle einzusteigen mit dem Ziel, unter anderem die integrierte Vorhabensplanung umzusetzen, aber auch das Wassergesetz und andere Gesetze an das große Bundesumweltgesetzbuch anzupassen. Der eine oder andere, der sich damit schon mal auseinandergesetzt hat, weiß, die Dimension dieses Bundesumweltgesetzes wird in etwa gleichgestellt in der Erarbeitung mit dem BGB. Ich bedauere es zutiefst, dass es zu dieser Entwicklung nicht gekommen ist.

Aus diesem Grunde legen wir Ihnen heute unseren Gesetzentwurf vor. Es ist nicht – und das will ich auch an den Anfang stellen – der ganz große Wurf, aber wenn ich mir die beiden Novellen, die großen Novellen ansehe, die es gegeben hat, nämlich die Einbringung seinerzeit 1998, als wir das Landesnaturschutzgesetz auf den Weg gebracht haben, und dann 2002 diejenige, die hier auch schon Verantwortung getragen hat, da hat es die Novelle gegeben, da ist unter anderem das Verbandsklagerecht eingeführt worden, ein wesentliches Element. Und diese

Novelle, die wir heute bringen, ist aus meiner Sicht auch elementar.

All denjenigen – dazu soll es auch gleich noch Diskussionen geben –, die da sagen, dieses Gesetz würde keine Tragweite haben, denen will ich hier und heute sagen, es hat eine große Tragweite, nämlich dass wir die Natura-2000-Gebiete und damit die Umsetzung eines langwierigen Prozesses über Jahre hinweg umsetzen und damit die Natura-2000-Gebiete immerhin in 35 Prozent der Landesfläche Mecklenburg-Vorpommerns unter Schutz stellen und auch EU-Recht und vor allen Dingen Landesrecht nachvollziehen, und zum Zweiten, dass wir die guten Erfahrungen, die wir im Zusammenhang mit der Ökokontierung in Pilotprojekten haben, tatsächlich für das Land Mecklenburg-Vorpommern umsetzen wollen.

Eine Vorbemerkung sei mir an dieser Stelle auch gestattet: Für den, der am Wochenende ein Stückchen den Naturschutz dieses Landes verfolgt hat – leider habe ich da zu wenig von den Verbandsspitzen gesehen oder auch aus den etablierten Parteien –, den will ich auf den Tag des Waldes hinweisen. Aber ich will vor allen Dingen auf den GEO-Tag der Artenvielfalt hinweisen

(Gino Leonhard, FDP: Und auf die Fischerei.)

und auf die Fischerei. Ja, Sie waren zumindest auch mit dabei.

Und wenn wir uns diese Veranstaltungen näher anschaut haben oder auch den Tag des Gartens, dann darf man, glaube ich, auch betonen – ja, ich war überall dabei –, wenn innerhalb von 24 Stunden in einem Gebiet um Klepelshagen herum immerhin 1.700 oder wahrscheinlich deutlich über 1.700 Arten in unserem Bundesland aufgefunden werden, die vom Aussterben bedroht sind, oder Arten, die es eigentlich in Mecklenburg-Vorpommern nicht gibt, dann wird deutlich, wie kostbar unsere Landschaft, unsere Natur in Mecklenburg-Vorpommern ist.

Deswegen kann ich mich an dieser Stelle nur ausdrücklich bei den ehrenamtlichen Naturschützern dieses Landes immer wieder bedanken und ich glaube, sie leisten auch in diesem Lande eine wirklich hervorragende Arbeit.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Ist dürftig, der Applaus für das Ehrenamt, aber so ist es dann.

(Beifall Wolfgang Griesse, DIE LINKE –
Hans Kreher, FDP: Mit mehr Begeisterung
vortragen, dann kommt der Beifall.)

Aber zumindest von meiner Fraktion kam da großer Beifall.

Ja, die Begeisterung, die ich hier vortrage, darf ich dann auch noch mal, Herr Kreher, zum Ausdruck bringen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wenn Sie erkennen, dass wir über eine Million Gäste jährlich in unsere Nationalparke und Biosphärenreservate führen und damit direkt an die Natur heranbringen, sie aufklären und begeistern für unser Land, dann ist das, glaube ich, auch eine hervorragende Sache.

(Hans Kreher, FDP:
Das habe ich lange erkannt.)

Insofern mögen Sie das erkannt haben.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Ich hoffe, dass Sie uns dann auch bei der Gesetzgebung weiter unterstützen werden.

(Hans Kreher, FDP:
Ja, das müssen wir sehen.)

Insofern wollen wir natürlich dieses Gesetz in einer Reihe von Punkten verbessern. Dabei ist für mich besonders wichtig, dass wir die Elemente des Naturschutzes und des Umweltschutzes in den Vordergrund rücken, die auf ein Miteinander, nämlich einen Konsens von Schutz und Nutzung abzielen. Das Gesetz soll die Kräfte im Land stärken, daran arbeiten, die Natur und die Landschaft wirksam in Einklang mit den Menschen zu schützen. Naturschutz ist für die Zukunft des Landes zu wichtig, um ihn denjenigen zu überlassen, die tatsächlich zum Teil Extrempositionen einnehmen, einerseits denjenigen, die jene Anforderungen des Naturschutzes als Zumutung empfinden, sobald damit wirtschaftliche Entfaltung nur im Geringsten eingeschränkt werden soll, und auf der anderen Seite denjenigen, die jeglichen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess kritisch sehen und am liebsten alles verhindern würden.

(Ute Schildt, SPD: Richtig.)

Hier brauchen wir einen möglichst breiten Konsens mit den Zielen, die wir damit verfolgen. Ich halte von beiden Positionen im Übrigen nichts und ich weiß mich dabei in der Mitte dieser Gesellschaft.

Leider ist es manchmal so, dass die sogenannten Extrempositionen in der öffentlichen Wahrnehmung dominieren. Auch das nehmen wir leider immer wieder zur Kenntnis. Das ist sehr bedauerlich und deshalb möchte ich an dieser Stelle noch mal an alle appellieren, diesen Extremen und Extremisten zum Teil nicht das Feld zu überlassen. Ich wünsche mir als Umwelt- und Naturschutzminister, dass sich alle Gutwilligen auf dem Lande, in den Dörfern, in den Städten für die Erhaltung der Naturschätze unseres Landes engagieren und dass sie gemeinsam einen Konsens von Schutz und Nutzung erarbeiten, der für uns alle eine weitere wirtschaftliche Entwicklung sichert, ohne die wertvolle Substanz unserer wunderschönen Natur zu vernichten.

Deshalb liegen die Schwerpunkte des Ihnen vorliegenden Gesetzentwurfes darin, solche Prozesse zu unterstützen, die die Menschen für beide Seiten, nämlich Nutz und Schutz, mobilisieren. Wir wollen Bürokratie vermindern und das Ordnungsrecht auf das Nötigste beschränken, damit die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihre Kreativität für den Schutz der Natur und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, nämlich sowohl die ökologische als auch die ökonomische und soziale Verantwortung in unserem Lande übernehmen.

Das soll vor allen Dingen in zwei Schwerpunkten geschehen, zum einen mit der Einführung der Ökokontierung und zum Zweiten mit der Umsetzung der Natura-2000-Gebiete.

Die Einführung der Ökokontierung ist für mich ein besonders gelungenes Beispiel für diesen Ansatz, nämlich Nutz- und Schutzfunktion miteinander zu verknüpfen. Nach dem von uns erarbeiteten Konzept verbindet sie das Bestreben nach möglichst hochwertigen und wirksamen Kompensationsmaßnahmen mit einer Flexibilisierung der gesetzlichen Anforderungen an das Verfahrensrecht. Auf diese Weise profitieren nämlich beide, sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch der Naturschutz

oder der Naturschutz und die wirtschaftliche Entwicklung. Für Bürgerinnen und Bürger sowie Investoren wird die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung damit deutlich vereinfacht und unsere wunderschöne Natur profitiert von einer besseren Qualität der Kompensationsmaßnahmen. Dagegen wird sich wohl niemand in diesem Hohen Hause aussprechen können.

Worum geht es, meine Damen und Herren? Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung ist Ausdruck des Verursacherprinzips, das heißt, wer der Natur Schaden zufügt, ist verpflichtet, diesen Schaden wieder auszugleichen. Das wollen wir und das werden wir auch mit aller Kraft weiterhin durchsetzen. Die Eingriffsregelung will dabei keine Vorhaben verhindern, sondern sie will und muss dafür sorgen, dass Vorhaben so durchgeführt werden, dass am Schluss ein Schaden für die Natur nicht zurückbleibt, weil die eine Beeinträchtigung ausgeglichen worden ist.

Bislang war es so, dass es ausschließlich Aufgabe des Investors war, sich um entsprechende Maßnahmen und deren Durchführung zu kümmern. Das hat im Übrigen viele Nachteile. Ich will hier nur die Wichtigsten nennen: Die Kompensationsmaßnahmen müssen regelmäßig unter großer zeitlicher Not – und das kennen wir alle – geplant werden, sodass häufig die erstbeste Maßnahme durchgeführt wird, die erstbeste und nicht die allerbeste. Wir wollen die beste Lösung für die Natur erreichen und dies hat oftmals leider zu Verzögerungen bei Investitionen geführt, wie wir alle wissen. Wir wollen jetzt mit der Einführung der Ökokontierung eine Regelung schaffen, die allen ermöglicht, Kompensationsmaßnahmen schon im Vorhinein durchzuführen.

Das hat dann natürlich auch wesentliche Vorteile, so die Verbesserung der Natur. Kompensationsmaßnahmen werden künftig auch ohne Bezug zu einer Investition geplant und durchgeführt. Es lohnt sich also künftig, wenn Bürger etwas für die Verbesserung von Natur und Landschaft tun, denn sie können diesen Vorteil für die Natur im Ökokonto, das heißt, im wahrsten Sinne des Wortes auf die hohe Kante legen.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Das wird dann durch Bescheid der Naturschutzbehörden anerkannt. Ich glaube, das ist ein hochattraktives Modell.

Wir wollen diese zeitlichen Vorteile vor allen Dingen auch dafür nutzen, solche Maßnahmen besser zu planen, um damit eine Höherwertigkeit dieser Maßnahmen durchzusetzen. Ausgleichsmaßnahmen sollen als Kompensationsmaßnahmen in Schwerpunkträumen konzentriert werden. Da kommt im Übrigen auch ein Vorteil der Zusammenführung dieser beiden Häuser zum Tragen, gerade in Flurneuordnungsmaßnahmen, aber auch in übergreifenden Maßnahmen solche Dinge umzusetzen. Auf der anderen Seite wollen wir natürlich den Vorteil mit nutzen, um andererseits mit möglichst geringen Beeinträchtigungen die Natur weiter nutzen zu können, aber sie natürlich auch zu beflügeln, sich zu regenerieren.

Dabei freut mich erstens ganz besonders, dass unter anderem drei Unternehmen des Landes, nämlich die Landgesellschaft, die Stiftung für Umwelt und Naturschutz Mecklenburg-Vorpommern als auch die Landesforstanstalt, gleich drei Institutionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, signalisiert haben, solche Maßnahmen mit anzufassen und umzusetzen. Wo haben wir das sonst im Land, dass wir solch großes Einvernehmen haben?

Zweitens gibt es eine Erleichterung für Bürgerinnen und Bürger sowie Investoren: Wer eine Investition in Mecklenburg-Vorpommern plant – und wir wollen, denke ich, auch weiterhin Investitionen in unserem Land – und durchführen will, kann sich künftig auf diese Investitionen konzentrieren, denn er wird sich nur noch in wenigen Fällen um einen Ausgleich und damit um Schadensausgleich an der Natur und Landschaft zu kümmern haben. Im Regelfall wird eine Maßnahme aus dem Ökokonto erworben und dann ist diese Maßnahme entweder schon umgesetzt worden oder sie gelangt in die Umsetzung.

Der zweite wichtige Änderungspunkt des Gesetzes ist die Umsetzung der Natura 2000. Sie wissen, welche Anstrengungen hier in den letzten Jahren unternommen worden sind, weil die Bundesregierung und die einzelnen Bundesländer ihre Schularbeiten nicht gemacht hatten. Ich hoffe und erwarte nun endlich in Kürze eine endgültige positive Aussage für das, was wir im Land geleistet haben. Ich betone noch mal, 35 Prozent haben wir unter Natura-2000-Schutz gestellt. Mir ist es sehr wichtig, dass einerseits unnötige Bürokratie tatsächlich vermieden wird, andererseits aber gesichert ist, dass die Ausweitung des Schutzgebietsnetzes Natura 2000 wirksam geschützt und weiterentwickelt werden kann. Aus diesem Grunde wollen wir mit dem Gesetzentwurf die Möglichkeit schaffen, die Natura-2000-Gebiete durch Rechtsverordnung der Landesregierung insgesamt pauschal unter Schutz zu stellen.

Im Übrigen weise ich darauf hin, die meisten Bundesländer haben von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht und in ihrem Landesrecht dafür auch die Grundlagen geschaffen, weil sie viele Vorteile bietet. Zum einen kann dadurch vermieden werden, dass alle Natura-2000-Gebiete als Schutzgebiete nach deutschem Naturschutzrecht, also als Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet unter Schutz gestellt werden müssen. Wir haben damit einen vernünftigen Schutzstatus. Und zum Zweiten spart es nicht nur Personal der Landes- und Kommunalverwaltungen in erheblichem Umfang, sondern es vermeidet auch eine Vielzahl von Detailregelungen über Naturschutzeinschränkungen und ihren Ausnahmen und trägt damit maßgeblich zur Deregulierung bei.

Andererseits wird das Organisationsrecht und damit die Notwendigkeit umgesetzt, um wirksamen Schutz der Natura-2000-Gebiete vorzunehmen und dieses zu erreichen. Mit einer Eingriffsermächtigung für die Naturschutzbehörden ist dieses dann gegeben. Wir wollen uns aber nicht auf immer mehr und immer detailliertere ordnungsrechtliche Rahmen konzentrieren, sondern wir wollen letzten Endes Umsetzungsinhalte damit verknüpfen. Das wichtigste Instrument ist dabei für uns die Managementplanung, die von den staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur in hoher Qualität durchgeführt wird. Dort werden jetzt schon gemeinsam mit den Betroffenen in den Konzepten entwickelter Regionen die Maßnahmen zu einem wirksamen Schutz der Natura-2000-Gebiete erreicht und umgesetzt.

Insofern wünsche ich mir, dass wir zügig in die Gesetzesberatungen einsteigen werden, und wünsche dem Gesetzgebungsverfahren viel Erfolg. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Griese für die Fraktion DIE LINKE.

Wolfgang Griese, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ansinnen der Großen Koalition, diesen Gesetzentwurf in der Ersten Lesung ohne Aussprache in den Ausschuss zu überweisen, kann ich durchaus nachvollziehen.

Sie, liebe Frau Schildt, hatten mich sogar darum gebeten, hieraus kein großes Gewese zu machen,

(Ute Schildt, SPD:

Das Thema ist schon interessant.)

aber das Wesen des Gesetzentwurfes hat uns nun doch animiert, einiges hierzu zu sagen, setzt doch diese kleine Novelle des Landesnaturschutzgesetzes die bisherige Linie der Landesregierung in Sachen Natur- und Umweltschutz fort.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Auch gut.)

Da schwingt Deregulieren mit, geltende Standards abzubauen, Umsetzung der minimalen gesetzlichen Erfordernisse beim Naturschutz, maximale Erleichterung von Eingriffen in den Naturhaushalt und Schleifen unserer recht weitgehenden Umweltgesetzgebung auf das Niveau der Kompromisse in Europa und im Bund. Dass man darüber nicht gerne öffentlich redet, ist verständlich. Wir aber wollen darüber reden.

(Minister Dr. Till Backhaus:

Ich rede da sehr gerne drüber.)

Das haben Sie auch teilweise im Widerspruch zur Gesetzesvorlage soeben getan, Herr Minister.

(Minister Dr. Till Backhaus: Hab ich nicht.)

Ich habe es so empfunden.

Wir wollen darüber reden, dass eine 1:1-Umsetzung von Bundes- und Europarecht nicht das ist, was die LINKE will. Wir wollen darüber reden, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern unser vorbildliches Umweltrecht behalten und ausbauen wollen. Und wir wollen darüber reden, dass leider Natur-, Umwelt- und Klimaschutz bei der Großen Koalition nur in Sonntagsreden stattfindet.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Na, na, na!)

Es gab und gibt mindestens in den letzten zehn Jahren nicht ein Projekt, nicht eine Investition, die durch Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes verhindert wurde.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Es sei denn, Sie versuchen das zu verhindern.)

Und wenn Investoren gezwungen waren, Eingriffe in den Naturhaushalt zu minimieren, dann sollten wir alle froh darüber sein.

Schon beim Abschluss des Koalitionsvertrages zwischen der SPD und CDU dieses Landes kritisierte meine Partei DIE LINKE den geringen Stellenwert der Umweltpolitik und ein zu befürchtendes Zurückfahren in Sachen Naturschutz. Und heute macht die Landesregierung damit wieder mal Ernst. Herr Minister Backhaus erklärt uns zum Beispiel die Ökokontierung als Erleichterung

für die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen. Die Wahrheit ist aber – und das ist des Pudels Kern –, Eingriffe in den Naturhaushalt werden im Interesse von Investoren erheblich erleichtert. Diese können sich damit zukünftig freikaufen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist doch von Herrn Methling schon ausprobiert worden. Wort und Tat!)

Außerdem geht der regionale Bezug von Ausgleichsmaßnahmen verloren. Damit verlieren sie aber weitgehend die Akzeptanz und auch natürlich an Wirksamkeit. Wir wollen die besten Kompensationsmaßnahmen, nicht in Klein-Klein, und hier sind wir völlig deckungsgleich, Herr Minister Backhaus. So habe ich es Ihrer Rede soeben entnommen.

Wenn der Minister auf der Pressekonferenz zur Vorstellung dieses Gesetzes das lustige Beispiel mit der Bepflanzung von Knicks, also von Heckenpflanzen, eines ökokontierenden Landwirtes bringt, dessen Nachbarbauer für einen Eingriff in den Naturhaushalt sein Ökokonto aufkauft, so nenne ich das Sand in die Augen streuen. In Wahrheit geht es darum, großen Investoren, wie zum Beispiel auch Dong Energy, ihre erheblichen Eingriffe in die Natur und Umwelt zu erleichtern.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sehr richtig.)

Sie sollen sich zukünftig freikaufen können. Dieses Spiel ist leicht zu durchschauen. Aber so ist das eben in einer Großen Koalition.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das haben Sie unter Methling auch schon gemacht.)

Wenn ein Partner den Umwelt- und Naturschutz nur als Wirtschaftshemmnis begreift und beim anderen Partner nur eine kleine und nicht durchsetzungsfähige Lobby für Umwelt- und Naturschutz vorhanden ist,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ihr seid aber gemein heute. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann kann nichts Besseres herauskommen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Eigentlich habe ich das Wort, Herr Pastörs. Das war eine Zwischenbemerkung von mir.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Sehr richtig, aber trotzdem muss ich den Begriff „heuchlerisch“ hier als unparlamentarisch zurückweisen.

Wolfgang GRIESE, DIE LINKE: Und leider gibt es auch nichts Besseres in Bezug auf Natura-2000-Gebiete. Wenn ich mir da im Paragraphen 21b die neue Verordnungsermächtigung der Landesregierung anschau, schwant mir auch hier nichts Gutes.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ein Schwan kommt selten allein.)

In Ihrer Rede allerdings, sehr geehrter Herr Minister, sprechen Sie von Natura 2000 und stellen es so dar, wie wir es eigentlich wollen. Da sehe ich eine kleine, vielleicht auch gar nicht unerhebliche Diskrepanz.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Zukünftig scheint die Ausweisung von Natura-2000-Gebieten auch vom Einfluss und der Stärke einzelner Ministerien abzuhängen und ein direkter Eingriff von

Regierungsparteien scheint möglich. Die LINKE schließt sich hier der massiven Kritik der Naturschutzverbände an.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das war klar.)

Herr Minister Backhaus, Sie sagten in Ihrer Rede, die Umweltverbände wären Extremisten.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Habe ich überhaupt nicht gesagt. – Ute Schildt, SPD: Hat er überhaupt nicht gesagt.)

Ich glaube, da haben Sie zu hoch gegriffen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Drehen Sie mir jetzt bitte nicht das Wort um!)

Also wenn es nicht der Fall ist, ich habe es so verstanden.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich habe von extremen Positionen gesprochen auf beiden Seiten. – Zurufe von Ute Schildt, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Dann bin ich das, ich bin Opposition und meine Partei auch.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass meine Partei und ich erhebliche Schwierigkeiten mit diesem Gesetzentwurf der Landesregierung haben. Meine Fraktion wird aber dennoch dem Überweisungsantrag für dieses Gesetz stattgeben.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Na, das ist aber gnädig. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Um es aber klar zu sagen, wir sind für die im Gesetzentwurf einzig benannte Alternative. Wir sollten auf diesen, für meine Begriffe nicht vorwärts gewandten Gesetzentwurf besser verzichten. Ich beziehe mich noch mal auf Ihr Entree, Herr Minister, in Ihrer Einführungsrede: Mecklenburg-Vorpommern hat den besten Naturschutz aller Länder des Bundes.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Noch.)

Und ich bin der Meinung, so sollte es bleiben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Till Backhaus, SPD: Da sind wir uns dann auf jeden Fall einig.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Griese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann für die Fraktion der NPD.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Oh, bitte nicht, nee!)

Raimund Frank Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtages! Bürger des Landes! Die Landesregierung legt dem Landtag ein Gesetz zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes in Erster Lesung vor. Sie folgt damit einer Koalitionsvereinbarung der Koalitionsfraktionen. Das ist etwas, was das Parlament insgesamt nicht verpflichtet.

Die Verfasser räumen ein: „Allerdings erfolgt keine umfassende Novellierung des LNatG M-V. Die Gründe hierfür sind bereits in der Kabinettsvorlage Nr. 113/08 ausführlich dargelegt worden.“

Nein, der Landtag ist kein Küchenkabinett der Landesregierung und auch nicht deren Hinterrasse. Wenn das Kabinett seine eigenen Vorlagen ausführlich nur sich selbst darlegt, mag es sich unter die Narzissten begeben. Dem Landtag und den Bürgern des Landes wird dies nicht gerecht.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Warum ist die Landesregierung zu keiner umfassenden Novellierung fähig? Unter welcher Impotenz leidet sie? Sind es fehlende Kompetenzen, Einfallslosigkeit, Faulheit, Bequemlichkeit? Probleme mit dem Naturschutz in unserem Land gibt es doch genug.

Denken wir doch an die ungelöste Fixierung auf neueste Technologien bei der Errichtung großtechnischer Anlagen, die Methusalem-Steinkohlekraftwerke Marke „Dong Energy“ genehmigungsfähig halten. Nein, der wahre Grund einer umfassenden Erneuerung ist die Selbstaufgabe. Die Landesregierung gibt den Löffel ab. Das ist das Kriterium der Europafähigkeit, keine eigenen Vorstellungen mehr von den eigenen Interessen des Landes zu haben.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Haben Sie schon
mal einen Löffel in der Hand gehabt?)

Sie lobt ihre Selbstaufgabe mit einer Nutzung von Spielräumen zur Deregulierung bei einer 1:1-Umsetzung von Bundesrecht. So gesehen wäre die vollständige Auflösung der Legislative des Landes, die vollständige Überführung allen Bundesrechts in Landesrecht die konsequenteste Nutzung von Spielräumen, um der gespielten Demokratie den Raum zu nehmen, der nur noch reserviert ist für Eitelkeit und höfische Gepflogenheiten.

Den Satz, Zitat: „Dies hat für den Normenanwender den entscheidenden Vorteil, dass Rechtsprechung und Literatur, die zum Bundesrecht selbst, aber auch zu gleichlautenden Vorschriften der anderen Länder ergangen sind, zur Auslegung und zum Verständnis des Landesrechts herangezogen werden können“, kann man auch für eine generelle Gleichschaltung der Länder verwenden. Und da er der Landesregierung entschlüpft ist, kann er wohl nicht demokratisch, sondern obrigkeitsstaatlich genannt werden.

Zweitens soll der Gesetzentwurf die Möglichkeit schaffen, zukünftig Natura-2000-Gebiete durch Verordnung unter Schutz zu stellen. Der Bundesgesetzgeber lässt den Ländern diese Kompetenz offen und unser Land soll diesen Lösungsweg beschreiten.

Die Landesregierung räumt ein, dass es teilweise erhebliche Widerstände vonseiten der Naturschutzverbände gab und gibt. Warum dies so ist, darüber schweigt sie sich aus. Stattdessen lobt sie sich selbst über den grünen Klee. Die Möglichkeit der Landesregierung, per Verordnung Gebiete unter Schutz zu stellen, Zitat, „kann in erheblichem Maße zur Deregulierung beitragen, da sie die ordnungsrechtlichen Vorgaben auf ein Minimum beschränkt.“

Im Klartext heißt dies zweierlei:

Erstens. Wenn die Regierung per Rechtsverordnung etwas unter Schutz stellen kann, kann sie diesen Schutz auch wieder durch Rechtsverordnung entziehen.

Zweitens. Wenn die Landesregierung die ordnungsrechtlichen Vorgaben auf ein Minimum beschränken kann, kann sie auch bei geschützten Gebieten durch

ordnungsrechtliche Vorgaben eine Minimierung dieses Schutzes bewirken. Naturschutz per Rechtsverordnung wird zum rechtsverbindlichen Etikettenschwindel, daher die Freude des Entwurfsverfassers und seine Lobhudelei. Das Gesetz öffnet dem regierungsamtlichen Missbrauch, aber auch der Korruption alle Türen. Ein bisschen Backfisch, vielleicht in Form einer Aussicht auf Investition oder Erhalt von Arbeitsplätzen bei Wadan oder CD-Werk Dassow, und schon sprudeln die Rechtsverordnungen wie Milliarden für den Sonderfonds SoFFin.

Über den Natura-2000-Gebieten wird ewig die Sonne scheinen, suggerieren uns Herr SELLERING und seine Küchenkabinetttler. Doch per Rechtsverordnung von Till Backhaus kann sie auch schnell untergehen. Dann schauen die geschützten Froschschenkel in die Backröhre.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Äußerungen in Bezug auf die Mitglieder des Kabinetts erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war Konsens unter den demokratischen Parteien unseres Hohen Hauses, zu der heutigen Novelle bei der Einbringung keine große Aussprache vorzunehmen. Und insofern wollten wir eine Überweisung vornehmen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Weil ihr feiern wollt.)

Wir haben den Wunsch der Fraktion DIE LINKE, am Freitag nicht zu tagen, respektiert und haben uns deshalb vorgenommen, die Tagesordnung auf die beiden Tage zu fokussieren und auch fertig zu werden, meine Damen und Herren,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ab 17.00 Uhr soll Schluss sein.)

und deshalb stringent zu arbeiten.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Weil gesagt
werden soll, was gesagt werden muss.)

Sie wissen, dass eine Einbringung eines Gesetzes in Erster Lesung erfolgt, eine Beratung im Fachausschuss vorgenommen wird

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und dann in einer Zweiten Lesung eine umfangreiche fachliche Diskussion hier im Hohen Haus stattfindet.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das war unser Konsens und so wollten wir das heute machen. Und ich lasse das so auch nicht im Raum stehen, Herr Griese.

Im Übrigen haben wir heute mal wieder das bunte Spektrum aufgenommen – die linke Fraktion, die nichts verändern will, die rechte Fraktion, die alles grundlegend novellieren möchte,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Wir stellen die Systemfrage. –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

und wir, die wir das aufnehmen, was wir in Ausschussanträgen hier im Hohen Haus bereits beraten und jetzt umgesetzt wissen wollen.

(Gino Leonhard, FDP: Ganz genauso ist das.)

Ich freue mich auf eine intensive fachliche Beratung im Ausschuss und beantrage deshalb die Überweisung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schildt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Drucksache 5/2607 zur federführenden Beratung an den Agrarausschuss und zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2006/2007, Drucksache 5/572, und Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Europabericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2007/2008, auf der Drucksache 5/1452, sowie die Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2007/2008, auf der Drucksache 5/1464, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Europa- und Rechtsausschusses auf der Drucksache 5/2637.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Jahresbericht der Landesregierung
zur Zusammenarbeit im Ostseeraum
und zur maritimen Sicherheit
für den Zeitraum 2006/2007
– Drucksache 5/572 –**

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Europabericht der Landesregierung
Mecklenburg-Vorpommern 2007/2008
– Drucksache 5/1452 –**

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Jahresbericht der Landesregierung
zur Zusammenarbeit im Ostseeraum
und zur maritimen Sicherheit
für den Zeitraum 2007/2008
– Drucksache 5/1464 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Europa- und Rechtsausschusses
– Drucksache 5/2637 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Auch wenn die Reihen sich

ziemlich gelichtet haben, gestatten Sie mir, Ihnen hier und heute die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf der Drucksache 5/2637 vorzustellen, eine Beschlussempfehlung zu insgesamt drei Unterrichtungen durch die Landesregierung, zwei Ostseeberichte und ein Europabericht.

Mein ausführlicher Bericht liegt vor Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, darum lassen Sie mich nur einige Punkte hier noch einmal hervorheben. Wir entwickeln hier und heute so eine Art Tradition, wenn ich das so sagen darf, nämlich eine europapolitische Tradition. Fast vor genau einem Jahr haben wir an dieser Stelle auch über unsere Beziehungen im Ostseeraum und über europapolitische Fragen beraten.

Vor einem Jahr, genauer am 3. Juli 2008, ging es um die Verbesserung unserer Aufstellung im Ostseeraum durch die Errichtung einer Repräsentanz in Sankt Petersburg und es ging um unsere Beschlussempfehlung zur Europafähigkeit der Verwaltung. In diesem Jahr ist es wiederum der Ostseeraum und es ist wiederum unser Land in Europa, das wir in dieser abschließenden regulären Landtagssitzung vor der Sommerpause behandeln. Ich denke, wir sind auf dem besten Wege, da eine gemeinsame Übung und sozusagen eine Tradition zu entwickeln.

Ich kann Ihnen versprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Europa- und Rechtsausschuss wird nicht nachlassen und Europapolitik immer wieder auf unsere Tagesordnung setzen. Das ist unsere Pflicht, unsere Verpflichtung aus Artikel 11 der Verfassung unseres Landes, denn danach wirkt das Land an dem Ziel mit, ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und es ist auch unser Bedürfnis. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und es ist auch unser Bedürfnis.

... die europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum zu fördern. Damit habe ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig die Ziffer 1 unserer Beschlussempfehlung vorgestellt.

Gestatten Sie mir noch einen kurzen Rückblick auf die Europawahl: Die Wahlbeteiligung, die Ergebnisse, auch mit dem Blick der Ergebnisse meiner eigenen Partei oder auf die Listenplätze der Kandidaten aus unserem Land für die Europawahl, zeigen uns, dass wir nicht nachlassen dürfen und noch intensiver und deutlicher unser Land in Europa positionieren müssen. Dazu gehört auch, dass wir uns so intensiv wie möglich hier im Landtag mit den Themen sowie mit den entsprechenden Berichten der Landesregierung auseinandersetzen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Auf den ersten Blick können die drei Unterrichtungen doch recht sperrig wirken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

365 Druckseiten im Format DIN A4, voller Text, das muss man schon mögen, um sich da hineinzulesen. Auf den zweiten und dritten Blick verbergen sich dahinter allerdings gleichermaßen knappe und umfassende Darstellungen der Aktivitäten der Landesregierung und weiterer Akteure aus dem Land mit Bezug zur Europäischen Union und zum Ostseeraum.

Kurz zusammengefasst könnte man sagen, wer wissen will, wie verflochten mittlerweile unser Bundesland in Europa und im Ostseeraum ist, der muss sich lediglich diese Unterrichtungen durch die Landesregierung ansehen. Man kann sagen, es handelt sich hier praktisch um ein umfassendes Nachlagewerk. Jedenfalls, wenn man das getan hat, wird einem deutlich, wo man nachfragen muss, um noch mehr zu erfahren. Und da sollten wir auch einmal den vielen Akteuren hier im Land Dank sagen, die an der Zusammenarbeit im Ostseeraum und der Verwirklichung des Ziels der europäischen Integration mitarbeiten, den zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Hochschulen, Kammern und engagierten Einzelpersonen. Wir sollten sie dazu ermutigen, in ihrer Arbeit nicht nachzulassen. So viel zu Ziffer 2 unserer Beschlussempfehlung.

Meine Damen, meine Herren, gerade auch der Europabericht zeigt dabei die wechselseitigen Verzahnungen des Landes mit der Europäischen Union. Und wenn wir uns dann die gestrige Sitzung vor Augen halten, wird deutlich, welche Bedeutung die EU mittlerweile für uns hier besitzt. Mit der Hälfte der gestern von uns nach Zweiter Lesung beschlossenen Gesetze haben wir europäische Vorgaben umgesetzt. Und mit der Hälfte der gestern in Erster Lesung beratenen Gesetzentwürfe haben wir die Umsetzung europäischer Vorgaben auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wenn wir uns das vor Augen halten, dass gestern die Hälfte unserer Gesetzgebung durch die Umsetzung europäischer Vorgaben maßgeblich mit beeinflusst wurde, wird eines ganz klar: Wir müssen versuchen – und daran müssen wir ganz intensiv arbeiten –, bereits die Entstehung der europäischen Vorgaben zu beeinflussen, denn sonst haben wir am Ende nur noch umzusetzen, was uns andere vorsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Das wollen Sie doch.)

Doch diese Einflussnahme im Vorfeld der Entstehung europäischer Vorgaben ist nicht einfach für ein Bundesland, das über wenig formale Einflussmöglichkeiten im europäischen Rechtsgesetzverfahren verfügt.

(Gino Leonhard, FDP: Leider!)

Daher sind wir ganz besonders darauf angewiesen, dass unsere Landesregierung so intensiv wie möglich Lobbyarbeit betreibt, Netzwerke knüpft und pflegt und die Interessen unseres Landes mit einspeist in Brüssel, in die EU und im Ostseeraum.

Und, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wir müssen vor allem selbst aktiv sein und werden auf europäischer und internationaler Ebene, denn für uns als Parlament bedeutet das auch Selbstverpflichtung. Wir haben zum einen die Interessen mitzuformulieren, die die Landesregierung nach außen vertritt. Wir können und müssen außerdem mit unseren Kräften auf das gleiche Ziel hinwirken, die Interessen unseres Landes auf allen Ebenen der EU und im Ostseeraum zu vertreten. Und genau dafür benötigen wir auch die vorliegenden Unterrichtungen.

Das macht auch deutlich, warum sich sämtliche Fachausschüsse damit befasst haben. Denn, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, Europapolitik ist heute – und das sage ich als Vorsitzender des Europaausschusses durchaus mit Bedacht – immer auch Fachpolitik. Deshalb ist es auch eine Art von Verpflichtung gerade

des Europaausschusses, die Fachpolitiker mit einzubeziehen. So viel zu den Ziffern 3 und 4 unserer Beschlussempfehlung.

In Ziffer 5 formulieren wir ein weitergehendes Anliegen. Denn um noch besser nachvollziehen zu können, inwieweit unsere Beschlüsse zu Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee umgesetzt worden sind, fordern wir die Landesregierung auf, dies in den zukünftigen Berichten möglichst weitgehend darzulegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in zwei Punkten noch über den Bericht zur Beschlussempfehlung hinausgehen. Ich hoffe auf Ihr Verständnis, denn damit möchte ich Zeit sparen helfen und muss dann nicht noch im Rahmen der Aussprache reden. Mir ist es ein persönliches Anliegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung für die Erstellung dieser umfangreichen Unterrichtungen ausdrücklich Dank zu sagen. In den 365 Seiten steckt eine Menge Arbeit sowohl von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei als auch der Fachressorts.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Und noch ein abschließender Punkt: Die Unterrichtung durch die Landesregierung mit der Vorlage schriftlicher Berichte ist nicht in dem Sinne zu verstehen, dass wir lediglich einmal in einem oder in zwei Jahren informiert werden. Wir werden, und das entspricht unserer Vereinbarung mit der Staatskanzlei, über wichtige Entwicklungen ständig auf dem Laufenden gehalten. Und das ist auch gut und richtig so.

Erst in der vergangenen Woche sind wir zeitnah informiert worden über die am 10. Juni von der EU-Kommission beschlossene Ostseestrategie. Es handelt sich dabei um die erste großräumige regionale Entwicklungsstrategie der Europäischen Union. Diese Strategie wird begleitet durch einen Aktionsplan, mit dem konkrete Ziele durch konkrete Maßnahmen verfolgt werden. Eines dieser Ziele heißt, die Attraktivität des Ostseeraumes zu erhalten und zu verstärken, insbesondere durch Tourismus, Bildung und Gesundheit. Und hier ist es dem Land gelungen – und das ist, wenn ich das richtig sehe, ein einzigartiger Erfolg für ein Bundesland –, die Federführung für den Bereich Tourismus zu bekommen für die Umsetzung eines EU-Aktionsplanes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Punkt, über den wir in Zukunft sicher reden müssen. Ich denke, wir sind mit unserer Herangehensweise auf dem richtigen Weg. Die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP waren sich einig über die Annahme der Ihnen heute vorliegenden Beschlussempfehlung, die den Beratungsverlauf, wie ich finde, zu den Unterrichtungen im Ausschuss sehr gut widerspiegelt. Vor diesem Hintergrund ist die Beschlussempfehlung im Ausschuss einstimmig angenommen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie im Namen des Ausschusses um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Borchardt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Volksmund sagt: „Gut Ding will Weile haben.“ So oder so ähnlich könnte man auch die vorliegende Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses bezeichnen, denn wir beraten heute gleich drei Unterrichtungen der Landesregierung gemeinsam. Die älteste, der „Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2006/2007“, entdeckt heute nach über eineinhalb Jahren im Ausschuss wieder das Licht der Öffentlichkeit. Herausgekommen ist am Ende die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung, die selbstverständlich auch die beiden weiteren Unterrichtungen der Landesregierung zum Inhalt hat.

Und auch wir, die Fraktion DIE LINKE, möchten uns an dieser Stelle recht herzlich bei der Landesregierung, der Staatskanzlei und der zuständigen Abteilung Europapolitik für die fleißige Arbeit sowie für die Erstellung des Berichtes bedanken. Immerhin gibt dieser Bericht sehr viel Auskunft über die Entwicklung im Ostseeraum, über die Fragen der Europapolitik hier im Land Mecklenburg-Vorpommern, welchen Stellenwert sie hat und was wir gemeinsam zu lösen haben. Der Ausschussvorsitzende ist in seiner Einbringung kurz darauf eingegangen. Von daher, Herr Kollege Detlef Müller, möchte ich – das wird Sie vielleicht überraschen – ausdrücklich auch keine Kritik an dem überaus langen Beratungsverfahren üben. Es ist aus unserer Sicht vertretbar, beide Berichte in einem Guss zu behandeln.

Meine Damen und Herren, aus Sicht meiner Fraktion will ich in aller Kürze zu den Beratungsergebnissen folgende Anmerkungen machen:

Erstens. Wir werden der Beschlussempfehlung zustimmen. Wir halten es für wichtig und richtig, dass sowohl die erreichten Fortschritte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum festgestellt als auch die Arbeit der zahlreich daran mitwirkenden Akteure öffentlich gewürdigt werden. Damit bringen wir zum Ausdruck, dass die Verwirklichung der europäischen Integration, wie sie als Staatszielbestimmung im Artikel 11 unserer Landesverfassung und auch im Artikel 23 des Grundgesetzes festgeschrieben ist, nicht nur Aufgabe der Landesregierung und des Landtages ist. Meine Fraktion hat diesbezüglich weitere Anträge in den Landtag eingebracht, die leider abgelehnt worden sind. Vielmehr wirken dabei neben den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch viele Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Verbände seit Jahren erfolgreich mit.

Dafür gilt allen Beteiligten ein großer Dank, auch mit dem Wissen, dass wir noch lange nicht alle Probleme gelöst haben und wir diese Hilfe und Unterstützung auch weiterhin benötigen. Ich glaube, auch im Namen aller demokratischen Fraktionen sprechen zu können, dass die Vereine, Verbände, die Nichtregierungsorganisationen, die Akteure in diesem Bereich unsere volle Unterstützung auch in Zukunft erhalten werden.

Zweitens. Zur Aufforderung an die Landesregierung, zukünftig alle zwei Jahre im Rahmen des Europaberichtes sowohl über die Integration des Landes in Europa als auch über die Zusammenarbeit im Ostseeraum oder die maritime Sicherheit gemeinsam zu unterrichten, möchte ich nicht näher eingehen. Das ist aus unserer Sicht in

erster Linie eine Verfahrensfrage, zu der man so oder so stehen kann. Vielmehr kommt es meiner Auffassung nach darauf an, dass die Berichte der Landesregierung intensiv im Landtag beraten werden.

Und an dieser Stelle muss ich leider etwas Wasser in den ansonsten gut herangereiften Wein gießen. Herr Kollege Detlef Müller, Sie werden mir sicherlich zustimmen, wenn ich sage, dass es da durchaus Reserven gibt.

(Detlef Müller, SPD: Natürlich, keine Frage.)

Wir brauchen uns nur die Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse anzuschauen, da findet man überwiegend nur Kenntnismnahmen und Empfehlungen für Erledigterklärungen. Damit will ich nicht unterstellen, dass nichts aus den Berichten gemacht wurde. Nein, das sicher nicht. Aber es ist aufgrund fehlender Dokumentationen schwierig zu erkennen, auf welche Schwerpunkte sich die einzelnen Fachausschüsse verständigt haben. Dabei denke ich, dass die Berichte sehr wohl sehr viele Ansatzpunkte zur Selbstbefassung in den Fachausschüssen geben. Ich glaube, das ist auch das Ziel dieser Berichte, fachpolitisch noch mal genau hinzusehen und zu sagen, was müssen wir uns aus Sicht der Fachpolitik noch einmal genau ansehen: zum Beispiel die Befassung mit dem Grünbuch zur Meerespolitik der Europäischen Union, die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Wasser und Boden, die Frage der Nutzung von Förderprogrammen der Europäischen Union im Bereich der Integration von Migranten und Migrantinnen

(Udo Pastörs, NPD: Das ist wichtig.)

oder im Bericht der Zusammenarbeit im Ostseeraum, hier insbesondere in Bezug auf die Frage der Entwicklung von Verkehr und Hafenwirtschaft, hier zum Beispiel die Frage Scandlines, wozu wir uns heute noch verständigt haben, dass wir einen Dringlichkeitsantrag bearbeiten werden.

Ich möchte auch nicht unterschlagen, das will ich an der Stelle sagen, dass sich der Finanzausschuss zumindest aus Sicht der Berichterstattung etwas intensiver damit beschäftigt hat. Der Finanzausschuss beabsichtigt, sich im Jahre 2009 – hier im Bericht steht erstes Halbjahr, ich glaube, das werden sie nicht mehr schaffen, aber wichtig ist, dass sie sich dazu entschlossen haben – die gesamte Finanzpolitik in Brüssel genau anzugucken und als Finanzausschuss sich dieser Frage zu stellen. Und da ist, glaube ich, gerade im Hinblick auf die auslaufende Förderperiode die Frage des Ziel-1-Gebietes dringend notwendig, wenn wir alle davon ausgehen, dass wir die zur Verfügung stehenden Mittel in der nächsten Förderperiode vielleicht nicht mehr haben werden, und wie das Land darauf reagieren muss.

Drittens. Ich habe abschließend vor allem die Hoffnung, dass zukünftig die Fachausschüsse vermehrt einzelne Probleme diskutieren, dokumentieren und letztendlich daraus etwaige Schlussfolgerungen ziehen. Das wird der Europaausschuss allein nicht leisten können. Darin sind wir uns sicherlich einig. Hilfreich dürfte dabei sein, dass die Landesregierung entsprechend des heutigen Beschlusses des Landtages zukünftig darauf eingehen wird, ob und inwieweit Beschlüsse des Landtages insbesondere zur Ostseeparlamentarierkonferenz oder zum Parlamentsforum Südliche Ostsee umgesetzt wurden. Das wird eine echte Unterstützung der Arbeit des Landtages sein. Wir gehen davon aus, dass wir heute der Beschlussempfehlung gemeinsam zustimmen werden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Borchardt.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte meinen, Mecklenburg-Vorpommern sei schon kein deutsches Land mehr, sondern stattdessen Teil einer übernationalen EU-Ostseeregion, in der die einzelnen Völker schon gar keine Rolle mehr spielen. Im Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum ist die Rede von multilateralen Gremien wie VASAB, Vision and Strategies around the Baltic Sea, dem Baltic Sea Forum und HELCOM.

(Ute Schildt, SPD: Brechen
Sie sich nicht die Zunge!)

Das ist in der Tat die Gefahr, dass man sich im deutschen Ostseeraum die Zunge abbricht.

CBSS und KPKR, Task-Forces, Monitoring and Assessment Groups – alles Englisch für Fortgeschrittene, alles vom Ausland dominiert und alles quatscht in unsere Angelegenheiten rein. Natürlich gibt es auch eine Strategie der Europäischen Union für die Ostsee. Das Sagen haben die Europäische Kommission und auch der Europäische Rat, während Deutschland wieder mal Befehle ausführen darf. Kein Wunder, dass unsere Fischerei zugrunde geht. Selbst in unseren Küstengewässern gehört uns schon kein einziger Fisch mehr,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

über den nicht irgendwelche fremden Bonzen zu entscheiden hätten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Genau.)

Dabei haben die Europawahlen und die Kommunalwahlen gerade in Uecker-Randow gezeigt, dass die Menschen die undurchschaubaren Verhältnisse und die Herrschaft Brüssels nicht mehr wollen. Trotz einer Propagandakampagne, wie sie in einem totalitären Staat nicht einseitiger und penetranter sein könnte, ging kaum jemand hin zur Europawahl. Die SPD-Kampagne war nur bedingt erfolgreich. Dass Finanzhaie FDP und heiße Luft DIE LINKE wählen würden, das hat vielen auch eingeleuchtet. Aber viele wussten auch, dass Hartz-IV-Fans SPD wählen, und von denen gibt es zum Glück nicht mehr so viele.

Viel besser war aber noch, dass sich die Bürger im Grenzgebiet, in Löcknitz vor allem, eben nicht als Bewohner irgendeines gesichtslosen Ostseeterritoriums fühlen, sondern als Deutsche.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Deshalb wurde kein Pole in ein Gemeindeparlament gewählt. Die polnische Liste in Löcknitz scheiterte, aber dafür zog die NPD sofort in Fraktionsstärke ein, um dem Stasispitzel-Bürgermeister Meistring alias IM Atze künftig die Hölle heiß zu machen.

(Heinz Müller, SPD: Der mit
großer Mehrheit wiedergewählt wurde. –
Udo Pastörs, NPD: Das beklatschen
Sie noch, Herr Müller, was?)

Und auch in Pasewalk scheiterte der großartige polnische Superunternehmer, für den die Medien bundesweit wochenlang getrommelt hatten. Als Retter Uecker-Randows wurde er hoch gelobt und als Lichtgestalt der gesamten Ostseeregion oder wie auch immer das auf Polnisch heißen mag. Dieser Form der Zusammenarbeit haben sich die Wähler verweigert.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir
haben aber ein anderes Thema. Sie haben
nichts gelesen. Wie immer, wie immer. –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Deshalb ist es höchste Zeit, zu einer nationalen Interessenpolitik zurückzukehren. Alle anderen machen das nämlich auch. Dänemark, Schweden, Finnland, die baltischen Staaten und ganz besonders Polen reden zwar viel vom europäischen Geist, suchen aber in Wirklichkeit nur ihren nationalen Vorteil, was natürlich ist, denn dafür sind Regierungen von Nationalstaaten da. Leider bildet Deutschland da eine Ausnahme. Norwegen ist klugerweise der EU nie beigetreten und wird es hoffentlich auch nie tun.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das
war das Beste, was Norwegen tun konnte.)

Und Russland denkt gar nicht daran, sich irgendwo einbinden und von fremden Mächten dominieren und sich vielleicht noch die Rohstoffe abluchsen zu lassen.

Der Jahresbericht der Landesregierung trieft förmlich vor naiver Europaschwärmerei. Das ist ein Luxus, den man sich leisten können muss. Eine kleine Oberschicht profitiert vielleicht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zahlt drauf.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Kürzlich hat Herr Steinmeier gesagt, er wolle Kanzler aller Deutschen werden – um sie an Brüssel meistbietend zu verkaufen, hätte er noch ehrlicherweise hinzufügen müssen. Wir wollen nicht, dass Mecklenburg-Vorpommern Teil der Ostseeprovinz, einer schlechten Nachahmung des böhmischen Reiches wird, nämlich der Europäischen Union. Wir hoffen vielmehr, dass das 2.000-jährige Jubiläum der Schlacht am Teutoburger Wald auch viele Menschen aller Völker inspirieren möge, um sich von diesem dämlichen Bürokratiemonster zu befreien. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Bravo!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Vizepräsidentin und Abgeordnete Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Andrejewski, dass Sie über den Tellerrand nicht hinausschauen wollen, haben wir hier in diesem Hohen Hause schon sehr häufig erfahren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Über
den Tellerrand gibt es keinen Teller mehr. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber dass Sie die große Bedeutung für Deutschland, für Mecklenburg-Vorpommern noch nicht begriffen haben, das europäische Haus mitbauen zu können,

(Michael Andrejewski, NPD:
Wir wollen ein deutsches Haus.)

das haben Sie wieder dargelegt. Und das ist eigentlich sehr traurig.

(Udo Pastörs, NPD: Wir wollen
ein deutsches Haus in Europa.)

Ich kann Ihnen gleich zu Beginn sagen, diese Jahresberichte sind gut,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Man klaut uns
die Baustoffe. Dagegen sind wir. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

diese Berichte sind wichtig und diese Berichte sind sehr hilfreich:

- gut, weil sie uns umfassend und fundiert über die Aktivitäten des Landes und insbesondere der Landesregierung auf der internationalen Ebene informieren sowohl in der Europäischen Union als auch konkret im Ostseeraum mit einem besonderen Schwerpunkt, eben der maritimen Sicherheit,
- wichtig, weil wir auf der Grundlage der Unterrichtungen erkennen und nachvollziehen können, welche Entwicklungen und Fortschritte es auf den einzelnen Politikfeldern im europäischen Bereich und in der Ostseezusammenarbeit insgesamt gegeben hat,
- hilfreich, weil diese Berichte uns zeigen, wo wir weiteren Handlungsbedarf in der Zukunft haben.

Damit sind diese Berichte für uns unverzichtbar und für unsere parlamentarische Arbeit besonders im internationalen Bereich, aber auch im Rahmen unseres Engagements in den Ostseeparlamentarierkonferenzen und im Parlamentsforum Südliche Ostsee besonders wichtig. Gleichzeitig werden die Berichte über die Aktivitäten als ein Element anerkannt, mit dem die Landesregierung ihren verfassungsrechtlichen Pflichten zur Information des Landtages nachkommt. So ist es mit Recht in der Beschlussempfehlung zu lesen.

Meine Damen und Herren, gerade deswegen haben wir in unseren Beschlüssen zu den Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenzen gefordert, dass uns diese Berichte jeweils im Frühjahr eines Jahres vorgelegt werden. Dadurch können wir sie zur Vorbereitung und als Grundlage für die Erarbeitung der jeweiligen Resolution in diesen Konferenzen nutzen. Deswegen liegt auch bereits der Jahresbericht der Landesregierung „Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2008/2009“ vor.

(Udo Pastörs, NPD: Glauben Sie
das wirklich alles, Frau Holznagel?)

Dafür möchte ich mich an dieser Stelle, auch im Namen meiner Fraktion, ausdrücklich bei der Landesregierung bedanken.

(Udo Pastörs, NPD: Die Schallplatte läuft.)

Meine Damen und Herren, diese Berichte sind wichtige Instrumente, um fundierte Forderungen in die Resolution dieser parlamentarischen Zusammenschlüsse im Ostseeraum einzubringen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich mit seiner Vorgehensweise in dieser Art und Weise ein hohes Ansehen im gesamten Ostseeraum erworben, denn wir beauftragen die

Landesregierung regelmäßig durch Parlamentsbeschluss, die Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee umzusetzen, und lassen uns über die Fortschritte der Zusammenarbeit im Ostseeraum und die Umsetzung dieser Beschlüsse berichten.

Zwischenzeitlich haben auch andere Parlamente teilweise begonnen, unsere Vorgehensweise aufzugreifen, so zum Beispiel Finnland und auch Schweden. Der Deutsche Bundestag hat am 29. Mai erstmals eine Unterrichtung über die vergangene Ostseeparlamentarierkonferenz behandelt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung in einem Bericht an den Erweiterten Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz darüber informiert, welche Entwicklungen es zu den Forderungen der vergangenen Ostseeparlamentarierkonferenz gegeben hat. Und hier nähert sich also auch die Bundesebene unserer Praxis an.

Das ist ein schöner Erfolg für uns alle. Ich denke auch die Frage, die immer gestellt wurde, wie bringen wir die Ergebnisse der Ostseeparlamentarierkonferenz ein, wie bringen wir sie weiter, ist doch hier auf einen ganz guten Weg gekommen.

Eine Folge unserer Praxis ist, dass wir uns in vielen Gremien sachlich fundiert und aktiv eingebracht haben und damit Einfluss über das übliche Maß hinaus erworben haben. Dies schlägt sich auch in der Tatsache nieder, dass wir zusammen mit Finnland und Schweden den Beobachterstatus für die Ostseeparlamentarierkonferenz bei HELCOM ausüben und uns dort aktiv in die Diskussion einbringen können.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Gigantische Erfolge.)

Sie sagen es. Sie sagen es, Herr Borrmann.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Alles wird gut.)

Nun höre ich sicher auch Skeptiker, die sagen: Was bringt uns das und wie viel haben wir davon? Dabei wird viel zu wenig das beachtet, was im ersten Satz der zur Beratung anstehenden Drucksache 5/2637 der Beschlussempfehlung und des Berichts des Europa- und Rechtsausschusses hervorgehoben wird. Deswegen zitiere ich es noch mal, denn auf diesem Gebiet haben wir einen klaren Verfassungsauftrag zu erfüllen: „Artikel 11 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet das Land zur Mitwirkung an dem Ziel, die europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum, zu fördern.“

Dies kann gar nicht oft genug wiederholt werden. Ich denke, das ist ein Satz, den jede Fraktion sich auch noch mal zugute kommen lassen muss.

Sehen wir uns doch nur einmal ein paar der Überschriften in einem der Jahresberichte zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit an: Da geht es um Themen wie Eutrophierung, gefährliche Stoffe, es geht um Biodiversität, um Verkehr und Hafenwirtschaft, um see- und landseitige Hafenanbindungen, die Hafeninfrastruktur, den Seeverkehr in der Ostsee, Seehafenpolitik, Tourismus, Technologie, Energie, Forschung, Raumordnungsfragen, aber auch um Fragen der Bekämpfung der Kriminalität und den Gesamtkomplex der maritimen Sicherheit, um nur mal einige zu nennen.

Die Alternative ist klar: Entweder versuchen wir, auf diesen Feldern jede Möglichkeit der Einflussnahme zu nutzen und Entwicklungen aus unseren eigenen Interessenlagen mit zu beeinflussen oder wir bleiben untätig und müssen uns ohne unser Zutun dann anderen gesetzten Rahmenbedingungen unterwerfen und merken es möglicherweise nicht einmal. Aus meiner Sicht ist Untätigkeit keine Alternative. Und Europa dann für schuldig zu erklären, ist zu einfach. Gerade die maritime Sicherheit ist ein Politikfeld, das für unser Bundesland von vitalem Interesse ist. Hier haben wir unsere Einflussmöglichkeiten über die Ostseeparlamentarierkonferenz und über HELCOM intensiv genutzt, um das Risiko eines großen Unfalls vor unserer Haustür durch eine Vielzahl von bisher getroffenen Maßnahmen erheblich zu verringern.

Im vergangenen Jahr haben sowohl wir als auch die Landesregierung unsere Möglichkeiten genutzt, da, wo wir besonders betroffen sind, bei der Entwicklung im Ostseeraum insgesamt, das heißt bei der Entwicklung und weiteren Ausgestaltung der Ostseestrategie der Europäischen Union. Unser Landtag hat den Vorsitz in einer Arbeitsgruppe Ostseestrategie des Parlamentsforums Südliche Ostsee. Sie hat einen detaillierten Beitrag im Rahmen der Diskussion erarbeitet und ihn der zuständigen EU-Kommission übergeben. Ich möchte an dieser Stelle allen Abgeordneten, die sich hier aktiv eingebracht haben, ganz herzlich danken.

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar, dass es gelungen ist, eine der beiden von der Europäischen Union durchgeführten Stakeholderkonferenzen nach Rostock zu holen. Dadurch war es aufseiten der Landesregierung mit Sicherheit intensiver möglich, Interessen des Landes in die Erarbeitung der Strategie und den Aktionsplan der Europäischen Union einzubringen. Ich denke, das sind die Themen, die wir in den nächsten Wochen und Monaten bearbeiten werden, und zwar der Aktionsplan und die Ostseestrategie.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass sich größtmögliches Engagement und intensives Sicheinbringen sowohl in der Ostseezusammenarbeit als auch in der Europapolitik für unser Land auszahlen. Wir können, so, wie es in der Beschlussempfehlung vorgesehen ist, die Berichtspflichten im internationalen Bereich bündeln und im Hinblick auf den Europabericht strecken. Wir können aber nicht auf regelmäßige fundierte Informationen insbesondere zur Entwicklung im Ostseeraum und zur Implementierung der gefassten Beschlüsse verzichten. Wir brauchen diese Informationen, um unserem Verfassungsauftrag aus Artikel 11 unserer Landesverfassung gerecht zu werden. Von daher wird meine Fraktion natürlich dieser Beschlussempfehlung zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich hoffe, dass sich mit dem Abgeordneten Werner Kuhn im Europaparlament die gute Zusammenarbeit noch weiterhin verbessern kann.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Ich glaube, dass alle Abgeordneten des Landtages, die sich hier eingebracht haben, auf diese Erfahrung zurückgreifen können.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Wir übernehmen dann alles.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 5/2637 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 5/2637 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Beratung des Tagesordnungspunktes 15 entfällt, da der Antragsteller diesen Tagesordnungspunkt von der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die Septemberlandtagssitzung verschoben hat.

Ich rufe damit auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Aussetzung der Bodenprivatisierung der BVVG, auf der Drucksache 5/2617.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:
Aussetzung der Boden-
privatisierung der BVVG
– Drucksache 5/2617 –

Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und CDU
– Drucksache 5/2649 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Bodenpolitik – und das haben wir erst vor Kurzem diskutiert – ist kontinuierlich Thema dieses Plenums, weil es für uns wichtig ist, dass Landwirte zuverlässig mit Boden ausgestattet sind, um die Produktion abzusichern. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass wir im Land eine Größenordnung von Bundesflächen haben, die über die BVVG verkauft werden sollen, und das führt natürlich auch zu einer gewissen Unruhe im Markt. Wir haben in diesen Tagen viel über die Finanz- und Wirtschaftskrise gesprochen und wir haben auch in der letzten Landtagssitzung besprochen, dass diese Krise inzwischen in den Landwirtschaftsbetrieben angekommen ist. Wir beraten über Instrumente, wie wir dort helfen können, unterstützen und flankieren können. Auch morgen werden wir wieder ein solches Thema auf der Tagesordnung haben. Die Landwirte ringen im Moment vor allen Dingen um Liquidität in dieser Krise. In diese Zeit fällt die Hochpreispolitik der BVVG bei Verkehrs-wertverkäufen von landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Meine Damen und Herren, das ist ein gewisser Automatismus, der sich da in der Preisentwicklung fortsetzt, dem die BVVG folgt, Nutzfläche, die die Landwirte dringend benötigen, um ihre wirtschaftliche Grundlage langfris-

tig zu sichern. Schon in den vergangenen Jahren hatten kleinere Betriebe aufgrund der aggressiven Verkaufspolitik der BVVG bei Ausschreibungen so gut wie keine Chance. Natürlich, wir wissen das. Es ist der Auftrag des Bundes, zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen, um Erlöse zu erzielen. Aber auf der anderen Seite schwächt das denjenigen, der auf diesen Flächen landwirtschaftliche Produktion betreibt.

Jetzt kommt hinzu, dass in Krisenzeiten das Kapital in Boden Anlagesicherheit und hohe Renditen sieht und daher die Nachfrage nach landwirtschaftlicher Fläche weiter angeheizt wird. Landwirten, die gezwungen sind, diesen Preiskampf mitzumachen, wird damit Liquidität und Investitionskapital für andere Bereiche entzogen.

Und wir haben in der letzten Sitzung besprochen, dass wir ein Agrarförderprogramm haben, das sehr gern angenommen wird, und dazu braucht man einfach Liquidität. Im Jahr 2008 haben die beiden BVVG-Niederlassungen in Mecklenburg-Vorpommern Erlöse in Höhe von 199 Millionen Euro erzielt. Herr Nagel wird mir das bestätigen, dass dieser Verkauf sehr gut angenommen wird. Die von der BVVG geplanten Erlöse wurden dabei um 47 Millionen Euro übertroffen. Damit betrug der Anteil Mecklenburg-Vorpommerns am Gesamtüberschuss der BVVG circa 35 Prozent.

Diese Zahl, meine Damen und Herren, zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern besonders von den steigenden Preisen für Boden betroffen ist. Im Jahr 2008 wurden von der BVVG circa 13.700 Hektar Acker- und Grünland außerhalb des EALG verkauft. Ich weise noch mal darauf hin, das EALG – zur Erinnerung – ist ja das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, das für einen günstigen Preis den Verkauf an Alteigentümer oder Pächter von Flächen gewährleistet. Für landwirtschaftliche Flächen zum Verkehrswert wurde in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich ein Preis von 7.492 Euro pro Hektar erzielt.

Diese Zahl muss man erst mal verinnerlichen, wenn man weiß, wie hoch der Anteil von Pachtflächen ist und wie viel Fläche die Landwirte unbedingt für wichtig ermesen, eine Preissteigerung von circa 32 Prozent zu 2007. Ein Ende der Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Die BVVG in Mecklenburg-Vorpommern plant für 2009, circa 11.640 Hektar Agrarfläche außerhalb des EALG zu verkaufen. Ein zeitlich befristetes Verkaufsmoratorium bis 2012 bietet die Chance, dass sich der Markt wieder beruhigt und hiesige Landwirte in Zukunft unter realen Bedingungen zum Flächenerwerb wieder zum Zuge kommen.

Gesichert sein muss, dass die infrage stehenden Flächen in der Zeit des Verkaufsstopps weiterhin verpachtet werden. Landwirte, die ihr Betriebskonzept bereits langfristig auf den Bodenkauf der von ihnen gepachteten Flächen bei der BVVG in den nächsten drei Jahren eingerichtet haben und über die dafür vorgesehene Liquidität und die Kreditusage ihrer Bank verfügen, sollen auf eigenen Wunsch von diesem Verkaufsmoratorium ausgenommen werden.

Meine Damen und Herren, das ist noch nicht Bestandteil des Antrages. Wir haben festgestellt, nachdem wir den Antrag eingebracht haben in Gesprächen, dass es viele Anträge gibt zum Verkauf, einige von Landwirten, und die wollen wir natürlich nicht behindern. Landwirte, die diese Fläche im Moment in Nutzung haben, die Verkaufsabsichten vorbereitet haben, sollen darauf auch Anspruch

umgesetzt wissen. Deshalb haben wir Ihnen noch einen Änderungsantrag zu dem bestehenden Antrag vorgelegt und bitten Sie, im Interesse der Landwirtschaft unseres Landes diesem Anspruch Ihre Zustimmung zu geben. Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schildt.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedauere es schon, dass bei einem solch wichtigen Thema die Beteiligung relativ gering ist.

(Gino Leonhard, FDP: Das ist so.)

Wir haben heute Morgen über einen industriellen Schwerpunkt, die Werften in Mecklenburg-Vorpommern, gesprochen. Aber wenn ich mir die Wirtschaftszahlen für diesen so wichtigen Wirtschaftsbereich anschau und vergleiche das auch mal mit anderen Bereichen, Herr Schulte ...

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Er wird mir das auch nachsehen. Ich weiß, ich weiß, Herr Schulte, ich habe ja auch heute Morgen bei der Rede zugehört. Denn es ist ganz bestimmt richtig, dass wir einen Hochtechnologiebereich in dem Werftbereich haben und auf der anderen Seite bitte ich aber auch hier und heute um Verständnis dafür, welche Rolle die Land- und Ernährungswirtschaft in diesem Lande spielt.

Und wenn Sie sich das mal in Ruhe anschauen, ich habe mir die statistischen Daten in den letzten Tagen ganz bewusst noch mal herausgezogen und werde sie deswegen auch an den Anfang meiner Ausführungen stellen. Es wird morgen noch mal kommen, dann ist die Land- und Ernährungswirtschaft, was den Umsatz anbetrifft, die wichtigste Wirtschaftsbranche des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Ute Schildt, SPD: Richtig.)

Und wenn wir das mal alles zusammennehmen – und da bitte ich auch Herrn Nagel und all diejenigen, die in der BVVG oder im Bundesfinanzministerium ein Erbarmen mit uns haben, dies ein Stückchen zu berücksichtigen –, jawohl, die Wirtschaftskrise, die Finanzkrise ist in der Landwirtschaft und auch in der Ernährungswirtschaft teilweise jetzt voll angekommen und schlägt durch. Ich will die Zahl hier noch mal nennen. Die Land- und Ernährungswirtschaft – gemeinsam mit den Forsten und der Fischerei – macht insgesamt einen Umsatz von 8 Milliarden Euro. Wenn ich das in Mecklenburg-Vorpommern mit den Werften vergleichen darf, dann sind es im letzten Jahr tatsächlich 1,5 Milliarden Euro gewesen. Das ist für uns beide, für beide Branchen von allergrößter Bedeutung. Ich habe das heute Morgen zu den Schiffbauern im Übrigen auch gesagt. Wir sitzen hier im wahrsten Sinne des Wortes in einem Boot.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die einen sitzen auf der Brücke,
die anderen im Maschinenraum.)

Die einen haben keine Aufträge mehr und hoffen, dass sie Aufträge bekommen. Und in der Landwirtschaft ist es so, dass sie produzieren, aber keine kostendeckenden Preise erzielen. Und wo ist denn da zum Schluss der Unterschied? Irgendwann sind sie beide infrage gestellt, beide so wichtigen Wirtschaftsbereiche. Und deswegen begrüße ich ausdrücklich und gehe davon aus, dass dieses Hohe Haus diesen Antrag auch mit der Ergänzung heute verabschieden möge. Ich glaube, ich habe immer wieder auf die Grundposition der sozialdemokratischen Bodenpolitik hier aufmerksam gemacht, und zwar seit langer Zeit. Für mich gilt ganz klar, breit gestreutes Eigentum ist Garant für ausgewogene Entwicklung in den ländlichen Räumen. Und mir geht es darum, hier und heute deutlich zu machen, auch gegenüber denjenigen, die diese Flächen vermarkten sollen, müssen, dürfen, dass wir alles dafür tun, in dieser Phase dafür zu sorgen, dass Heuschrecken des Kapitalismus den Boden in Mecklenburg-Vorpommern nicht gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Ihr habt doch
die Türen geöffnet für diese Heuschrecken.)

Es beginnt natürlich und wir wollen ausdrücklich Bewirtschaftungssicherheit für die hier erfolgreich wirtschaftenden Wirtschaftsunternehmen. Das ist Wertschöpfung für unser Land, das ist letzten Endes Beschäftigungssicherung in den ländlichen Räumen. Die Landesregierung und die SPD-Fraktion haben im Übrigen aus meiner Sicht alles dafür getan, auch unter Rot-Rot und in dieser Koalition,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass die landeseigenen Flächen – im Übrigen im Vergleich zu der BVVG – nicht verkauft werden, sondern ausschließlich langfristig verpachtet werden.

(Ute Schildt, SPD: Und das war gut.)

Wir haben dafür gesorgt, dass unsere Unternehmen auch von der BVVG 12-jährige Pachtverträge bekommen haben und diese Pachtverträge dann noch mal auf 18 Jahre verlängert worden sind. Zum Teil ist das leider in Vergessenheit geraten. Wir haben im Übrigen auch dafür gekämpft, dass das Entschädigungsausgleichsgesetz wieder in Kraft gesetzt worden ist, damit diejenigen, die hier wirtschaften, oder auch Alteigentümer, die enteignet worden sind, tatsächlich einen besonderen Vorrang bei der Vergabe von Grund und Boden bekommen haben. Unsere Landwirtschaftsbetriebe – und ich finde, das ist schon eine hoch spannende Aussage – in Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Jahren 1,5 Milliarden Euro in den Kauf von Grund und Boden in Mecklenburg-Vorpommern hineingesteckt. Eigentlich wäre aus meiner Sicht eine langfristige Verpachtung dieser Flächen viel besser gewesen, im Übrigen auch für den Flächeneigentümer, nämlich den Bund, denn dann wären wahrscheinlich diese 1,5 Milliarden Euro für Beschäftigung und Wertschöpfung in diesem Lande investiert worden. Ich glaube jedenfalls, dass das wesentlich besser gewesen wäre.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Unsere Betriebe haben im letzten Jahr, in den letzten Jahren im Übrigen 25 Prozent Eigentum erworben. In keiner Charge der Entwicklung in Deutschland, glaube

ich, kann man sagen, dass in so kurzer Zeit so erhebliches Eigentum damit geschaffen wurde. Und zum überwiegenden Teil, das dürfte auch bekannt sein, ist dieses fremdfinanziert. Was das in Zeiten von schwieriger Wirtschaftssituation bedeutet,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dürfte auch für jeden auf der Hand liegen. Kein neues Bundesland hat sich gegenüber der Bundesregierung hinsichtlich der Privatisierung der ehemals volkseigenen Flächen so engagiert wie Mecklenburg-Vorpommern. Ich will die Punkte hier auch noch mal angesprochen haben, ob es das Kaufpachtmodell war, ob es das Vorkaufsrecht des Landes Mecklenburg-Vorpommern war oder ob es der Erwerb und das Angebot an den Bund von Restflächenkauf war oder auch die Entwicklung eines Bodenfonds.

Wir haben im Übrigen mit der Bundesregierung – dafür sind wir auch heute noch dankbar – im Jahr 2006 neben der Pachtverlängerung auch erreicht, dass 50 Prozent der zu bewirtschaftenden Fläche, nämlich bis zu 450 Hektar, durch die Betriebe, die hier wirtschaften, erworben werden können. Unsere Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern haben diese Möglichkeit natürlich auch wahrgenommen, um diese zum Verkehrswert zu erwerben. Und was ist denn in den letzten Jahren mit dem Verkehrswert passiert? Die aktuellen Zahlen sind hier schon angedeutet worden, die deuten jetzt ganz klar darauf hin, dass wir hier tatsächlich eine Verkehrswertsteigerung haben. Und wenn man sich das anschaut, dass in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2008 18.004 Hektar zusammen mit einem Wert von 103 Millionen Euro oder fast 104 Millionen Euro verkauft worden sind und damit der durchschnittliche Kaufwert gegenüber 2007 um 18,1 Prozent gesteigert worden ist, spricht das eine deutliche Sprache.

Und wem haben wir vor allen Dingen diese Kaufpreissteigerung zu verdanken? Die Antwort kennen Sie aus den vergangenen Diskussionen. Die BVVG ist einer der Preistreiber in der Verkaufspolitik in unserem Bundesland und insbesondere gilt das für Brandenburg und das gilt auch für Sachsen-Anhalt, denn die BVVG verkauft in den letzten Jahren eben im Wesentlichen, was die Verkehrswertverkäufe anbetrifft, nur nach Höchstgebot. Oder die Ermittlung der Preise erfolgt ausschließlich unter Berücksichtigung der durch die BVVG selbst eingereichten Ergebnisse gezielt nach oben. Und diese Preistreiberei wollen und dürfen wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

So ist ja mit Stolz durch die BVVG berichtet worden, dass man die Bodenpreise tatsächlich auf 139 Prozent hat steigern können und damit der Durchschnittserlös in Mecklenburg-Vorpommern bei Verkehrswertverkäufen um die 5.000 Euro war, in Mecklenburg-Vorpommern ohne BVVG, und die BVVG selbst einen Verkehrswertverkauf von 7.492 Euro festgestellt hat. Und dieses wollen und können wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Im Übrigen will ich an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass der Gesetzgeber und wir maßgeblich daran beteiligt waren und mit der Änderung der Flächenerwerbsverordnung ganz eindeutig den Willen zum Ausdruck gebracht haben, indem die Möglichkeit der Heranziehung von Gutachten und Gutachterausschüssen zur Preisfindung für EALG-Verkäufe in das Gesetz

aufgenommen worden ist. Ich erwarte ausdrücklich, dass von dieser Möglichkeit auch bei den Verkehrswertverkäufen in der Zukunft Gebrauch gemacht wird. Und ich glaube auch, dass deutlich wird, wenn man die Zahlen von Frau Schildt betrachtet, die will ich jetzt hier nicht wiederholen, dass es aus meiner Sicht allerhöchste Eisenbahn ist, dass wir jetzt zu einer Lösung kommen.

Es hat gerade Gespräche in Berlin zu dem Thema gegeben, dass wir alles dafür tun, dass nicht nur Liquiditätshilfen auf der einen Seite vollmundig von der Bundesregierung versprochen werden, die im Übrigen auch noch nicht mal das erbringen werden, was man dort versprochen hat, und auf der anderen Seite die Betriebe gezwungen werden, das bisschen, was sie an Liquidität dann noch haben, tatsächlich zum Kauf von Grund und Boden einzusetzen. Das kann in dieser Phase nicht richtig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Daher ist es aus meiner Sicht nur logisch und liegt auf der Hand, dass man den Betrieben nicht auf der anderen Seite tatsächlich Liquiditätsmittel jetzt entzieht. Und deswegen sage ich ausdrücklich, wir brauchen Luft. Für unsere wettbewerbsfähigen Betriebe, die sich für die Zukunft wappnen sollen, fordern wir ganz klar den Verkaufsstopp mit dieser Änderung, die wir Ihnen vorgelegt haben.

Ich will abschließend noch mal zum Ausdruck bringen: Es kann und darf nicht sein, dass der Staat und damit die BVVG zwischenzeitlich in dieser Phase jetzt Boden und damit das Hauptproduktionsmittel der Landwirte in die Hände von Nichtlandwirten oder von reinen Finanzanlegern gibt.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das ist das Problem. Das ist das Hauptproblem.)

Dies wollen wir nicht und damit gehe ich mal davon aus, dass auch die CDU keine andere Meinung zu dem Thema hat.

(Vincent Kokert, CDU: Nee, hat sie nicht.)

Deswegen kann es nur eine Verabschiedung geben und ich werde alles daransetzen, dieses dann auch auf der Berliner Ebene möglichst zügig zu verhandeln, um zu einem Verkaufsstopp zu kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU:
Die CDU applaudiert sogar.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Professor Dr. Tack. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hatte im März dieses Jahres unter der Drucksache 5/2263 und mit dem Titel „Entwicklungschancen im ländlichen Raum erhalten – Bodenzugang für einheimische Landwirtschaftsbetriebe sichern“ einen umfassenden Antrag zur Bodenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern eingebracht, der sich insbesondere kritisch mit der Privatisierungspolitik der BVVG beschäftigte, wie das Herr Minister Backhaus eben auch getan hat. Der Landtag, der Agrarausschuss sowie Gremien der demokratischen Parteien haben sich

in dieser Legislaturperiode mehrfach mit Fragen der Bodenpolitik, insbesondere der Privatisierungspolitik der BVVG befasst. Allen Beteiligten und Betroffenen war und ist klar, dass die aggressive Verkaufspolitik der BVVG die Bodenpreise anheizt,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

und das seit geraumer Zeit. Wir konnten gerade in den letzten Tagen der Presse entnehmen, dass die Bodenpreise für Äcker und Wiesen teuer wie nie sind oder hoch sind wie nie. Ich sage es ehrlich, wir haben uns in unserem Antrag vom März nicht getraut, das zu fordern, was heute auf dem Tisch liegt. Wir wollten realistisch die vorhandenen Instrumente – wie das Grundstücksverkehrsgesetz, das Landpachtverkehrsgesetz und das Reichssiedlungsgesetz – auf den Prüfstand stellen und ihre Weiterentwicklung unter anderem zur Beschneidung der Preistreiberei der BVVG vorantreiben. Das wollen wir selbstverständlich auch heute noch.

Darüber hinaus wollten wir die öffentliche Debatte auf andere nicht agrarstrukturschädigende Formen der Privatisierung wie die Bodenfonds richten. Mit dem heute vorliegenden Antragsinhalt hätte man uns als Opposition, ich sage das sehr höflich, vielleicht nach unserem Wohlbefinden gefragt, zumal wir unseren Antrag zur fachlichen Beratung in den Ausschuss seinerzeit überwiesen haben wollten, und das ist ja auch so geschehen. Auch die Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 2008 kam nicht zu der heutigen Schlussfolgerung.

Der Antrag der Koalition „Agrarstrukturelle Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern durch Privatisierung der BVVG-Flächen sichern“ im Februar des vergangenen Jahres hatte lediglich die Bitte zum Inhalt, man möge auch die örtlichen Gutachterergebnisse in die Kaufpreisfindung einbeziehen. Da war noch keine Rede davon, dass die Große Koalition im Lande der CDU-Kanzlerin und dem SPD-Finanzminister ihren wohl einträglichsten Goldesel für drei Jahre auf Schonkost setzen will. Aber vielleicht standen damals ja auch noch keine Wahlen vor der Tür.

Nun haben der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern und der Geschäftsführer der NOBOMA in ihren Stellungnahmen in der von meiner Fraktion initiierten öffentlichen Anhörung im Agrarausschuss diese klare Forderung geäußert, die da heißt: Die BVVG muss ihre aggressive Verkaufspolitik einstellen.

Meine Damen und Herren, zu Ihrem Antrag gäbe es eine Reihe von Fragen, wie zum Beispiel diese drei:

Erstens. Wie soll nach 2012 die Privatisierungspolitik der BVVG aussehen?

Zweitens. Werden solche Manager wie Herr Dr. Müller in der Zwischenzeit bekehrt und auf ihre Verantwortung für die Agrarstrukturen eingeschworen, die Sie bis jetzt ja gar nicht zur Kenntnis nehmen wollen?

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Und drittens. Soll denn der Grundsatz, dass Eigentum verpflichtet, auch für die BVVG gelten?

Ich glaube nicht, dass Sie die Absicht haben, diese Beschlusslage, die Sie heute herbeiführen wollen, der Großen Koalition in Berlin erfolgreich zu überbringen. Das hätte sonst Herr Minister Dr. Backhaus in Magdeburg auf der Agrarministerkonferenz ganz sicher längst getan. Aber Sie haben vielleicht auch ein nicht gutes Gewissen gegenüber den Landwirten, die in der Krise im

Regen stehen gelassen wurden. Dr. Backhaus hat darauf hingewiesen. Machen Sie nicht die gleiche Symbol- und Ankündigungspolitik, wie die Große Koalition in Berlin. Wenn Sie und wir gemeinsam den ernststen Willen haben, eine andere Privatisierungspolitik des Bodens durch den Bund zu wollen, dann schließen Sie sich den weitreichenden Vorschlägen unseres bereits genannten Antrages an und lassen uns gemeinsam zeitnah zu einer Auswertung der öffentlichen Anhörung und zu konstruktiven und komplexen Schlussfolgerungen kommen.

Ich wiederhole, wir sind auch für eine generelle Einstellung der aggressiven Verkaufspolitik der BVVG, ...

(Vincent Kokert, CDU: Also stimmen Sie unserem Antrag zu.)

Ich bin ja noch nicht fertig.

(Vincent Kokert, CDU: Ach so!)

... habe aber Sorgen, ob dieses von der Großen Koalition zur Kenntnis genommen wird. Ich hoffe es jedenfalls. Wir wollen im Interesse der Landwirte diesem Antrag zustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Professor Dr. Tack.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön Frau Abgeordnete.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Professor Tack, ich denke nicht, dass wir bei diesem Antrag stehen bleiben werden und wenn wir diesen Antrag hier im Parlament verabschiedet haben, das Thema uns dann nicht weiter beschäftigen wird, sondern es ist ein Antrag, der der aktuellen Situation geschuldet ist, dass wir das Thema weiter beraten müssen. Dass nach Lösungen gesucht werden muss, die auch andere Varianten als das, was wir hier jetzt fordern, beinhalten werden, davon können Sie ganz sicher ausgehen.

Es ist von meinen Vorrednern schon angeführt worden, in den zurückliegenden Jahren haben wir uns in zahlreichen Debatten mit der Privatisierung der bundeseigenen landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die bundeseigene Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft BVVG befasst. Dass das Thema nach wie vor aktuell ist, haben wir heute gehört und das hat auch die zurückliegende Anhörung im Agrarausschuss verdeutlicht.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode hat meine Fraktion aus diesem Grund mit Drucksache 4/1235 einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Liquidität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe Mecklenburg-Vorpommerns durch Verpachtung und Verwertung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sichern sollte. Dennoch wird heute nach wie vor insbesondere durch die BVVG an der Bodenpreisschraube gedreht. Preiszuschläge von 50 Prozent bei Verkehrswertverkäufen oder bei Neuverpachtungen machen die Dramatik deutlich.

In Mecklenburg-Vorpommern stehen derzeit noch circa 161.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verwertung durch die BVVG zur Verfügung. Davon werden circa 12.000 Hektar für den EALG-Erwerb bis zum Jahr 2009 benötigt. Gleichzeitig ist im Bereich der Verkehrswertverkäufe eine sehr große Nachfrage zu

verzeichnen. Trotz dieser Nachfrage wird seitens der aktiven Landwirtschaftsunternehmen die derzeitige Verkaufspolitik der BVVG stark kritisiert. Insbesondere wird moniert, dass die in der Bund-Länder-Vereinbarung enthaltenen Regelungen seitens der BVVG nicht berücksichtigt werden. Vielmehr führt die BVVG derzeit eine modifizierte Kaufpreisermittlung durch, die regionale Wertansätze der gutachterlichen Wertermittlung nicht berücksichtigt. Die Flächenabgabe wird, ob Verpachtung oder Verkauf, über Ausschreibung zum Höchstgebot durchgeführt. Hierbei ist festzustellen, dass zunehmend Gebote den Zuschlag erhalten, die losgelöst von betriebswirtschaftlichen Kriterien durch Landwirtschaftsbetriebe abgegeben wurden.

Ich erspare mir an dieser Stelle eine Wiederholung der von mir bereits in der letzten Aussprache zitierten, vom Bundesfinanzministerium an die BVVG erteilten Weisung vom 10. Juli 2007, möchte an dieser Stelle aber nochmals darauf verweisen, dass wir bezweifeln, dass diese Weisung mit der Bund-Länder-Vereinbarung konform geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem sich die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaftsunternehmen in den zurückliegenden Monaten drastisch verschlechtert hat, müssen wir alle Maßnahmen ergreifen, um den Unternehmen das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Aufgrund der Preisstürze im Bereich von Milch- und Getreideprodukten haben zahlreiche Unternehmen mit erheblichen Liquiditätsproblemen zu kämpfen. Um die Liquidität der Unternehmen zu sichern, ist in erster Linie das eigenständige Handeln der Unternehmer gefragt. Meines Erachtens sind in der nunmehr schwierigen Situation Gespräche mit den Hausbanken über Liquiditätssicherung, Tilgungsaussetzung oder die Bereitstellung von Überbrückungskrediten zwingend notwendig. Inwieweit die Gewährung von Bürgschaften möglich ist, bleibt abzuwarten. Eines jedoch ist klar: In dieser schwierigen Situation steht der Erhalt der Liquidität im Vordergrund des wirtschaftlichen Handelns.

Aus diesem Grunde fordern wir im vorliegenden Antrag, die derzeitige Privatisierungspraxis der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH nach dem Treuhandgesetz im Bereich der freien Verkäufe auszusetzen. Ziel unseres Antrages ist es also, die Liquidität der Unternehmen zu schonen und somit deren Existenz zu sichern. Gleichzeitig wollen wir einer Überhitzung des Bodenmarktes und der derzeitigen Monopolstellung der BVVG auf dem Bodenmarkt entgegenwirken. Bisher nutzt die BVVG ihre Position als Marktführer ohne Rücksicht auf landwirtschaftliche Belange entgegen Paragraph 1 Absatz 6 des Treuhandgesetzes aus. Danach soll bei der Privatisierung des volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Vermögens den ökonomischen, ökologischen, strukturellen und eigentumsrechtlichen Besonderheiten dieses Bereichs Rechnung getragen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Ziel unseres Antrages ist letztendlich die Sicherung von Arbeitsplätzen vor Ort und die Gewährleistung einer gesunden strukturellen Entwicklung des ländlichen Raums. Hierzu müssen auf der Bundesebene entsprechende Schritte eingeleitet werden. Insbesondere beim Bundesfinanzminister muss darauf hingewirkt werden, dass die Bund-Länder-Vereinbarung umgesetzt wird und nicht nur die Gewinnmaximierung im Mittelpunkt der Privatisierung steht. Aus diesem Grund bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete Schlupp.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Präsident! Bürger des Landes! Das ist der Hintergrund der BVVG-Geschäfte: SPD-Steinbrück treibt ein doppelt falsches Spiel. Einerseits stützt er die Banken mit Steuergeldern, erhöht die Staatsschulden perspektivisch zum Staatsbankrott und andererseits sucht er den Zeitpunkt des Staatsbankrotts dadurch zu verzögern, dass er das Tafelsilber so teuer wie möglich verkauft. Für die Spekulanten kein Problem, sie haben genug Geld gemacht, das sie jetzt konkurrenzlos auf den Markt für Böden werfen, bevor es den Duft des Spekulationsprofits wieder durch Inflation verloren hat.

In diesem Hase-und-Igel-Spiel der globalen Ökonomie haben die Landwirte zweifellos das Nachsehen. Sie sind die Osterlämmer, die man nach Golgatha führt, um sie zu schlachten.

In dieses Weltgetriebe der gesellschaftlichen Umverteilung versuchen nun Landes-SPD und Landes-CDU, mit ihren geradezu jämmerlich-weinerlichen Anträgen Sand zu streuen. Die Landesregierung soll sich in Abstimmung mit anderen sogenannten ostdeutschen Ländern gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, die Privatisierung auszusetzen, betteln sie kriecherisch. Das ist dann schon alles.

Wir Nationaldemokraten sehen die Systemkrise in einem radikalen Licht:

Erstens. Es darf kein Quadratmeter deutschen landwirtschaftlichen Bodens an Spekulanten verkauft werden.

Zweitens. Es muss eine Aufarbeitung der Bodenreform mit ihren widersprüchlichen Bekenntnissen der BRD-Politiker vor der Wende und ihrem Wortbruch nach der Wende geschehen, die Aufarbeitung des falschen Zeugnisses der Kohl-Regierung, Gorbatschow habe sich als äußere Macht in die innerdeutschen Angelegenheiten gemischt und eine Neubewertung der rechtswidrigen Reform untersagt.

Drittens. Vergabe kleinerer Loseinheiten an Landwirtschaftsbetriebe nach reproduktiv-betriebswirtschaftlichen Einheiten und nicht nach juristischen Personen, um die Bildung kleiner Scheingesellschaften, die in Wahrheit großagrarisches Konglomerate sind, welche die Regelungswirkung kleinteiliger Vergabe umgehen wollen, zu unterbinden.

Viertens. Vergabe nach langjährigem Renditedurchschnitt auf den bewirtschafteten Böden mit Vorzugspreisen für den ökologischen Landbau als Gegenleistung landpflegerischen Wirkens.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bodenpolitik der BVVG direkt oder auch indirekt hat den Landtag in den vergangenen Sitzungen bereits mehrfach beschäftigt. Die Brisanz dieses Themas ist gerade vor dem Hintergrund

der derzeitigen Krisensituation in der Landwirtschaft nicht von der Hand zu weisen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die BVVG zulasten unserer Landwirte eine Erfolgsmeldung nach der anderen verbreitet. Preissteigerungsraten von 17 und zuletzt sogar 32 Prozent, überplanmäßige Einnahmen in Zig-Millionen-Höhe legen dar, welcher Mittelabfluss aus der Landwirtschaft allein zum Erwerb von Flächen stattfindet.

Bereits in der Märzsession wurde ein Antrag der Linksfraktion zur Sicherung des Bodenzugangs für einheimische Landwirtschaftsbetriebe in den Agrarausschuss überwiesen. Am 7. Mai fand, wie von meinen Vorrednern erwähnt, eine öffentliche Anhörung des Agrarausschusses statt. Eine Auswertung dieser Anhörung und eine Beschlussfassung zu dem überwiesenen Antrag erfolgten bisher nicht. Aus diesem Grund waren wir über den hier vorliegenden ranken und schlanken Antrag doch mehr als verwundert, aber ich möchte den Antrag nicht kleinreden.

Wir gehen davon aus, dass Sie sich die Äußerungen des Bauernverbandes zur Aussetzung der Flächenprivatisierung während der Anhörung schnell zu eigen gemacht haben. Mit Ihrem Antrag wollen Sie in Abstimmung mit den anderen ostdeutschen Bundesländern eine weitere Privatisierung der BVVG-Flächen bis auf den Bereich des EALG stoppen.

Sehr geehrte Kollegen von der SPD, Ihr Antrag ist aus unserer Sicht inkonsequent. Der begünstigte Flächenerwerb läuft nunmehr 20 Jahre nach der deutschen Einheit zum 31.12.2009 aus. Dies sehen wir mehr als gerechtfertigt an. Sie kritisieren die hohen Verkaufspreise der BVVG, wollen aber deren weitere Flächenprivatisierung lediglich bis nach 2012 verschieben, ohne die Praxis zu verändern, ohne die Frage zu stellen, was kommt danach.

Sehr geehrte Kollegen der SPD, weder aus dem Antrag noch aus der Begründung geht hervor, was Sie mit dem Antrag nachhaltig bewirken wollen. Wir als FDP wählen in dieser Frage einen anderen Ansatz. Nach unserer Auffassung ist das System der Preisfindung der BVVG zu prüfen und zu überarbeiten.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

So haben wir auch die Aussage des Bauernverbandes während der Anhörung im Agrarausschuss interpretiert.

Das von Ihnen vorgeschlagene bloße Verschieben der weiteren Flächenprivatisierung auf nach 2012 ist unserer Auffassung nach nicht der richtige Ansatz. Auch wir wollen, dass Landwirte unseres Landes ihre Erwerbsgrundlage, den Boden, zu bezahlbaren und wirtschaftlich vertretbaren Preisen erwerben können. Amortisationszeiten von mehr als 40 Jahren allein für den Flächenkauf lehnen auch wir als untragbar ab. Aber auch trotz Krise beabsichtigen Landwirte, weil es in ihr Betriebskonzept passt, Flächen zu kaufen. Bei der Umsetzung des vorliegenden Ursprungsantrages wäre dies dann nicht möglich. Mit Ihrem Änderungsantrag wollen Sie nunmehr heilen. Das eigentliche Problem, die Art der Preisfindung zu prüfen, das haben Sie weder im Änderungsantrag noch im Ursprungsantrag aufgenommen. Deshalb lehnt die FDP den Antrag und den Änderungsantrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Reese.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf der Drucksache 5/2649. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/2649 bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der NPD sowie Gegenstimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/2617 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? –

(Minister Dr. Till Backhaus: Das werden wir aber den Bauern sagen, was die Liberalen so machen. Auf der MeLa kriegt ihr das. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Genau. –
Zuruf von Michael Roelf, FDP)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/2617 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD sowie Gegenstimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Individuelle, wohnortnahe und unabhängige Pflegeberatung noch in diesem Jahr, auf der Drucksache 5/2632.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Individuelle, wohnortnahe und unabhängige
Pflegeberatung noch in diesem Jahr
– Drucksache 5/2632 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/2648 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Müller. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Irene Müller, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Es gibt seit dem 23.05. des Jahres 2008 eine strukturelle Weiterentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes, in dem etliche Dinge verankert sind, die für die zu Pflegenden oder diejenigen, die noch Pflege beantragen wollen, sich sehr positiv auswirken, so zum Beispiel auch die Angelegenheit mit dem Anspruch auf eine Pflegeberatung.

Wie Sie in unserem Antrag in der Überschrift lesen können, geht es dabei um eine unabhängige, individuelle und wohnortnahe Pflegeberatung, also nicht nur um Beratung von der Kasse, bei der ich bin, sondern eine unabhängige Beratung erst einmal, welche Art und Weise von Pflege es überhaupt gibt, was für verschiedene Angebote, welche Alternativen, und in der nächsten Stelle erst, wo kann ich diese Pflege bekommen, also ganz im Interesse derer, die entweder schon gepflegt werden oder noch Pflege beantragen wollen, beziehungsweise ihrer Angehörigen, die diese Pflege beantragen.

Diese Koordinierung und Einrichtung der Pflegestützpunkte war ursprünglich geplant vom Bund in Zusam-

menarbeit mit den Pflege- und Krankenkassen. Das wurde so nicht gebilligt. Der Bund hatte schon eine Zahl genannt, und zwar 20.000 Menschen, Einwohner für einen Pflegestützpunkt. Die Koalition hat sich dahin gehend geeinigt, dass die Einrichtung der Pflegestützpunkte in die Hoheit der Länder gegeben werden soll, dass die Länder sich darüber einigen sollen, wie sie das machen wollen und wie sie agieren wollen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich sehr, sehr schnell geeinigt darüber, dass eine flächendeckende Einrichtung von Stützpunkten sein soll, dass für 20.000 Einwohner ein Stützpunkt sein soll und dass dazu eine Allgemeinverfügung verabschiedet wird, um die Rahmenbedingung zu formulieren. Wir haben auch ein Pilotprojekt im Land Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet, und zwar in Wismar am 15.05. des vergangenen Jahres. Wie das Pilotprojekt sehr schnell gezeigt hat, wurde diese individuelle, vor allen Dingen unabhängige Beratung sehr schnell und sehr intensiv angenommen. Das machte sich bemerkbar in den Zahlen der zu Beratenden aus der Stadt Wismar und Umgebung, denn so ist der Pflegestützpunkt angelegt, für die Stadt Wismar und Umgebung.

Dass es einen weitaus größeren Bedarf an Beratung gibt, stellte sich dadurch heraus, dass es sich sehr schnell rumsprach, dass es eine solche unabhängige Beratung gibt, und sehr wohl auch Bürgerinnen und Bürger aus dem weiteren Umfeld von Wismar und Umgebung Rat und Hilfe suchten. Die Beratungsstelle, vertreten durch eine Beraterin, hat bis zum heutigen Tag unseres Wissens alles getan, um diese Anfragen, diese Bitten um Hilfestellungen auch dementsprechend zu beantworten.

Das ist aber nur ein kleiner Teil von dem, was wirklich an Rat gebraucht wird, und demzufolge unser Antrag für die schnelle Erarbeitung der Allgemeinverfügung, denn in anderen Teilen unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern können die Bürgerinnen und Bürger eben noch nicht das ihnen zugestandene Recht einer unabhängigen und individuellen wohnortnahen Beratung in Anspruch nehmen.

Wie die Beratungsstelle in Wismar anerkannt wird, zeigte uns auch eine Veranstaltung gemeinsam mit dem Seniorenbeirat und dem Behindertenbeirat in Nordwestmecklenburg. Sehr viele lobende Worte waren zu hören über die Art und Weise der Arbeit der Beratungsstelle, auch über die Schnelligkeit, wie sie agiert, auch über die Fach- und Sachkunde. Nach Maßgabe des Bundesministeriums sollten in diesen Stützpunkten, die eingerichtet worden sind als Modell, Erfahrungen gesammelt werden, fachliche Dinge zusammengetragen werden, um daraus dann abzuleiten, wie im Land weiter vorangegangen wird.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Müller, kommen Sie langsam zum Schluss.

Irene Müller, DIE LINKE: Zehn Minuten?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Fünf Minuten.

Irene Müller, DIE LINKE: Nein, nein.

Das sollte ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Fünf Minuten sind von der Fraktion angemeldet worden. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Irene Müller, DIE LINKE: Das sollte ab dem 01.07. des vergangenen Jahres alles vonstattengehen. Aus diesem

Gründe müssen wir ganz nachdrücklich verlangen, dass schnellstens die Allgemeinverfügung ausgesprochen wird, denn nach dem Aussprechen der Allgemeinverfügungen haben die Krankenkassen und Pflegegeldkassen noch sechs Monate, ein halbes Jahr Zeit, mit der Einrichtung voranzugehen. Andere Länder haben es bereits, wir sind dringend dran. Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir ab, inhaltlich ist das nicht nachzuvollziehen. Die Dinge, die da gefragt werden, sind erstens gesetzlich geregelt und zweitens durchs Land schon dargestellt, danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Bundesgesetzgeber hat die Einrichtung von Pflegestützpunkten ermöglicht und ich halte diese Stützpunkte für sehr sinnvoll. Wir müssen uns in der Pflege vernetzen, um noch effektiver zu arbeiten. Ich kann das auch volkstümlicher ausdrücken: Ja, wir wollen unabhängige Informationen und Hilfe aus einer Hand.

Die Entscheidung, ob in den Ländern Pflegestützpunkte errichtet werden, liegt bei den Fachministerien, in Mecklenburg-Vorpommern in meinem Haus. Was tun wir, um die Idee von den Pflegestützpunkten umzusetzen? Auf der Grundlage der neuen Regelung haben die Kommunen, Pflegekassen und das Sozialministerium sich an einen Tisch gesetzt, um den Aufbau von Pflegestützpunkten voranzutreiben.

Der Entwurf einer Allgemeinverfügung liegt vor. Ich will Ihnen die wichtigsten Punkte skizzieren: In jedem Landkreis, jeder kreisfreien Stadt entsteht mindestens ein zentral gelegener Pflegestützpunkt. Im ländlichen Bereich sollen Pflegestützpunkte Beratung anbieten, die mobil vor Ort anzutreffen ist. Träger sozialer Beratungsstellen sollen sich an den Stützpunkten beteiligen. Spätestens nach einem Jahr wird untersucht, ob und wie die Stützpunkte funktionieren, um eventuell nachzusteuern.

Gegenwärtig stimmen wir eine Rahmenvereinbarung zur Errichtung von Pflegestützpunkten mit den Pflegekassen und den kommunalen Spitzenverbänden ab. Diese Vereinbarung beschäftigt sich mit der Organisation, Ausstattung, Finanzierung und Qualität der neuen Stützpunkte. Mein Ziel ist es, die Allgemeinverfügung schnell zu erlassen und Rahmenvereinbarungen abzuschließen.

Die Mittel, mit denen der Bund die Projekte anschieben will, stehen bis zum 30. Juni 2011 bereit. Wir reden hier von bis zu 50.000 Euro je Stützpunkt, wenn sich die Kommunen an den Pflegestützpunkten beteiligen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Sätze zum Pflegestützpunkt Wismar verlieren. Er ist eine Art Sonderfall. Es handelt sich um ein allein vom Bund finanziertes Modellprojekt, das Ende 2008 ausgelaufen ist.

Diesen Stützpunkt führt derzeit die Allgemeine Ortskrankenkasse Mecklenburg-Vorpommern weiter. Wenn die Allgemeinverfügung in Kraft getreten ist, soll er zu einem regulären Pflegestützpunkt für die Hansestadt Wismar umgewandelt werden.

Mein Fazit passt in einen Satz: Die Arbeit für den Aufbau von Pflegestützpunkten ist mit allen Beteiligten in vollem Gange, wir sind in dieser Frage auf gutem Wege. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Reform der Pflege zum 1. Juli 2008 brachte und bringt spürbare Verbesserungen. Besonders Familien, die Angehörige sowie altersverwirrte und geistig behinderte Menschen pflegen, erhalten mehr Leistungen und mehr Unterstützung. Mit individueller Beratung und neuen Strukturen wird die Pflege stärker auf die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften ausgerichtet. Qualitätsstandards und strenge Prüfungen führen zu transparenteren und besseren Pflegeleistungen. Die Reform ist somit eine gute Reform für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte. Mit ihr wird Deutschland den Anforderungen einer modernen Pflege gerecht.

Um die verbesserten Leistungen finanzieren zu können, stieg der Pflegebeitragssatz ab diesem Zeitpunkt um 0,25 Prozentpunkte auf 1,95 Prozent. Kinderlose zahlen 2,2 Prozent. Im Gegenzug sind bereits zum 1. Januar 2008 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesunken. Der neue Satz reicht aus heutiger Sicht aus, die Leistungen der Pflegeversicherung bis etwa 2014/2015 zu finanzieren.

Und die Pflegereform war zwingend notwendig. Bereits heute erhalten viele Menschen ambulante und stationäre Leistungen der Pflegeversicherung. Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 sind die Leistungen bisher nicht verändert worden. In den nächsten Jahren wird es aber viel mehr ältere Menschen geben. Der Pflege- und Betreuungsbedarf wächst also. Dieser Entwicklung musste die Pflegeversicherung angepasst werden. Nur so wird auch in Zukunft eine gute Pflege gewährleistet.

Die Kernpunkte der Pflegereform sind ein Anspruch auf umfassende Pflegeberatung. Das heißt, falls sich ein Bundesland dafür entscheidet, richten die Pflegekassen wohnortnahe Pflegestützpunkte ein, für diese gibt es eine Anschubfinanzierung. Die Länder können aber auch vorhandene Anlaufpunkte nutzen und stärken. Pflegebedürftige und Angehörige, auch Privatversicherte finden so Rat und Hilfe unter einem Dach.

Außerdem haben Pflegebedürftige und deren Angehörige ab 2009 gegenüber ihrer Pflegekasse einen Anspruch auf individuelle und umfassende Pflegeberatung. Sogenannte Fallmanager helfen, die optimale Versorgung zu organisieren, zum Beispiel bei der Suche nach einem geeigneten Pflegeheim, einer Tagesbetreuung, einem Anbieter für „Essen auf Rädern“ oder Angeboten der Altenhilfe.

Ein weiterer Kernpunkt sind verkürzte Fristen. Anträge auf Leistungen der Pflegeversicherung werden in

kürzester Zeit entschieden, im Normalfall innerhalb von fünf Wochen, bei Schwerkranken innerhalb einer Woche. Die Vorversicherungszeit wird von fünf auf zwei Jahre verkürzt.

Es gilt das Prinzip „ambulant vor stationär“. Individuelle und koordinierte Pflegeberatung stärkt die ambulante Pflege. Menschen sollen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Gefördert werden deshalb auch betreute Wohnformen und Wohngemeinschaften, in denen Pflegebedürftige zusammenleben. Sie können zum Beispiel in Zukunft Betreuungsleistungen gemeinsam abrufen und bezahlen, also poolen. Zum Beispiel eine Senioren-WG legt ihr Geld zusammen und teilt sich eine Pflegekraft.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Angehörige pflegen, können eine bis zu 6-monatige Freistellung von der Arbeit in Anspruch nehmen. In der Zeit bleiben sie sozialversichert, beziehen aber kein Gehalt. Ausgenommen von dieser Regel sind Kleinbetriebe mit 15 oder weniger Beschäftigten. Daneben gibt es für akute Fälle Anspruch auf unbezahlte, kurzfristige Freistellung bis zu zehn Tagen.

Zudem steigen die finanziellen Leistungen der Pflegeversicherung. Auch die Leistungen für Demenzerkrankte und Behinderte wurden verbessert. Der zusätzliche Betreuungsbetrag für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alterskompetenz wird im ambulanten Bereich von bisher 460 Euro auf bis zu 2.400 Euro jährlich, abhängig vom Betreuungsbedarf, angehoben.

Darüber hinaus wird die Versorgung altersverwirrter Menschen in Heimen deutlich verbessert. Es gibt besondere Betreuungsangebote wie zum Beispiel sogenannte Betreuungsassistenten. Sie kümmern sich speziell auch um soziale Bedürfnisse wie beispielsweise Spaziergänge und Vorlesen. Dafür werden 200 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Die Qualität der Pflege verbessert sich durch Transparenz und ein besseres Pflegemanagement. Krankenkassen und Pflegeeinrichtungen sind verpflichtet, verbindliche Standards für die Pflegequalität zu vereinbaren. Es gibt ebenfalls strenge Qualitätsprüfungen. So werden ab 2011 ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen einmal im Jahr unangemeldet geprüft. Die Prüfberichte werden in einer verständlichen Sprache veröffentlicht.

Es werden Anstrengungen von Pflegeeinrichtungen gefördert, mit aktivierender Pflege und Rehabilitation gute Pflegeergebnisse zu erzielen. Bereits mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung besteht ein Rechtsanspruch auf Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Engagierte Bürgerinnen und Bürger sollen künftig besser in vernetzte Versorgungsangebote eingebunden werden und eine Schulung durch die Pflegekasse bekommen können. Das betrifft niederschwellige Angebote wie zum Beispiel Betreuungsgruppen, Tagesbetreuung oder Helferinnenkreise zur Entlastung von pflegenden Angehörigen.

In Mecklenburg-Vorpommern, das haben wir schon gehört, befindet sich der Pilotstützpunkt in der Hansestadt Wismar. Der Aufbau der Pilotpflegestützpunkte, das haben wir ebenfalls gehört, wird mit einer Projektförderung von 30.000 Euro je Stützpunkt unterstützt. Und wie die Ministerin ausgeführt hat, ist auch kurzfristig mit der entsprechenden Verordnung zu rechnen, sodass in unserem Land wirklich viel in Sachen Pflege und Umset-

zung der Pflegereform und Pflegeberatung passiert. Und von daher, denke ich, ist auch Ihnen deutlich geworden, spätestens nach den Ausführungen der Ministerin, dass Ihr Antrag überflüssig ist. Von daher werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrte Herr Präsident! Ich kann es relativ kurz machen. Frau Schlupp hat das ja sehr umfangreich ausgeführt, Frau Ministerin hat eine ganze Menge gesagt. Ich will einfach nur an vier Stellen anknüpfen. Die Verhandlungen laufen. Wer sich ein bisschen anstrengt, kann das Protokoll bekommen aus dem Sozialministerium, wo die einzelnen Vertragspartner verhandeln. Ich habe nur vier Sachen:

Ich glaube, dass die Beratung wichtig ist, dass nicht so viele Menschen in Altenheimen landen, sondern mehr zu Hause gepflegt werden. Ich glaube, da sind wir konsensfähig und es gibt keinen, der etwas anderes behaupten wird. Ich glaube, da sind wir alle einer Meinung. Wovor ich Angst habe, ist, dass im Augenblick die Finanzierung ja auf zwei Säulen aufgeteilt ist, auf die Pflegekasse und auf die Kommune. Hier habe ich einfach Angst, wir wissen alle, die wir kommunalpolitisch aktiv sind, die Haushaltskassen der Kommunen sind auch nicht unendlich. Die Frage ist, wie statuen wir die Kommunen in Zukunft aus. Das ist die eine Sorge, die ich habe. Ich hoffe, dass Herr Deiters vom Städte- und Gemeindetag aufpasst und das in den zukünftigen Runden, wo es um die Finanzierung für Kommunen geht, ein Punkt sein wird.

Der zweite Punkt ist, dass, wenn Pflegestützpunkte eingerichtet werden, man wirklich aufpasst, wo gibt es vorhandene Strukturen, und nicht jetzt etwas von oben drüberstülpt, wo vorhandene Beratungsstrukturen kaputt gemacht werden. Das wäre schade, weil da Einiges entstanden ist und das sollte man auch mit einbinden.

Ich glaube, zur Neutralität der Beratungsstellen ist hier einiges gesagt worden. Ich glaube, da sind wir dafür und die FDP wird den Antrag auch ablehnen. – Danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben ja zu diesem Thema Pflegestützpunkte schon eine ganze Menge gehört. Frau Schlupp hat dankenswerterweise umfänglich ausgeführt, welche Verbesserungen das Pflegeweiterentwicklungsgesetz zum 01.01.2009 sonst noch gebracht hat. Da sind ja nicht nur die Pflegestützpunkte. Aber man kann natürlich mal die Frage stellen: Wer hat es erfunden, Herr Koplin? Wer hat sie erfunden, die Pflegestützpunkte? Die SPD, die SPD hat es erfunden.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das ist eine ganz andere Frage.)

Ja, deswegen wird Sie das nicht wundern, dass wir hier heute natürlich vorne stehen und sagen, also Pflegestützpunkte sind heute unser Thema. Und wir hätten uns gewünscht, wenn auf der Bundesebene das Thema Pflegestützpunkte so geregelt worden wäre, dass alle Länder nach einem einheitlichen Verfahren derartige Pflegestützpunkte zu initiieren gehabt hätten. Das ist nicht passiert.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Sie wissen, in einer Koalition mussten wir Kompromisse machen, das mussten wir auch mit Ihnen. Das ist uns manchmal schwergefallen,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

aber auch da wurde ein Kompromiss gemacht und gefunden. Das heißt, wir haben jetzt die Situation,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Dramatisch. –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

dass die Bundesländer selbst darüber zu befinden haben, ob sie Pflegestützpunkte machen oder ob sie das nicht machen. Und da haben wir eine ganze Reihe von unterschiedlichen Ansätzen. Es gibt Bundesländer, die machen keine Pflegestützpunkte, weil sie sie für überflüssig halten. Es gibt Bundesländer, die überlassen es der regionalen Ebene, ob was passiert. Es gibt Bundesländer, die erlassen Allgemeinverfügungen und überlassen alles Weitere dann den anderen Akteuren, und es gibt Bundesländer,

(Irene Müller, DIE LINKE: Da
haben wir uns aber schon entschieden,
deswegen brauchen wir darüber auch
nicht weiter zu philosophieren.)

und es gibt Bundesländer, die erlassen Allgemeinverfügungen und verhandeln Rahmenverträge, die so ausgestaltet sind, dass sich Länder bei diesem wesentlichen Strukturinstrument der Pflegestützpunkte auch beteiligen, weil die Argumentation dort ist, nur derjenige, der sich beteiligt, hat natürlich in Verhandlungen die Möglichkeit, Dinge inhaltlich mitzubestimmen. Das muss man alles abwägen.

Bei allem darf man nicht vergessen, die Finanzierung der Pflegestützpunkte erfolgt aus den Mitteln der Pflegekasse. Das heißt, das wird den Pflegebedürftigen weggenommen. Und wenn man so weit geht, dass man sagt, man entzieht den Pflegebedürftigen Leistungen, dann sollte man nur Dinge tun, die gut sind und die funktionieren. Und die Ministerin hat zu dem Thema vorgetragen, Pflegestützpunkte werden in Mecklenburg-Vorpommern kommen, darauf haben wir uns verständigt,

(Irene Müller, DIE LINKE: Eben.)

aber es ist natürlich sinnvoll und richtig, sich inhaltlich näher auseinanderzusetzen, in welcher Art und Weise man denn Pflegestützpunkte will. Will man nur eine Allgemeinverfügung? Will man eine Allgemeinverfügung plus Rahmenvertrag? Gibt es gegebenenfalls auch Möglichkeiten, sich finanziell an dieser Geschichte zu beteiligen? Das sind alles Sachen, die wohlüberlegt sein wollen. Die stehen bald vor dem Abschluss. Wir sind dabei, diese Dinge vorzubereiten und zum Ende zu führen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das stand in der Antwort auf meine Kleine Anfrage aber anders.)

und deswegen bedürfen wir Ihres Antrages nicht. Also wir müssen uns an der Stelle von Ihnen nicht schubsen lassen und die Kollegin von der CDU hat schon darauf aufmerksam gemacht, wir werden Ihren Antrag deswegen ablehnen. – Danke schön. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für alle Betroffenen und ihre Angehörigen ist die Pflegebedürftigkeit ein Thema, welches viele Fragen aufwirft: Auf welche Leistungen aus der Pflegeversicherung bestehen Ansprüche? In welcher Art und Weise bestehen sonstige sozialrechtliche Ansprüche? Welche finanziellen Regelungen gelten? Wie ist das Verfahren der Begutachtung zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit geregelt? Und so weiter und so fort.

Privatversicherte erhalten unter anderem durch private Pflegeberatung Information, Beratung und Hilfestellung. Seit dem 1. Januar 2009 gehört die Pflegeberatung zur Pflichtleistung der Pflegekassen. Demnach haben Personen, die Pflegeleistungen erhalten, seit Jahresbeginn nach dem Paragraph 7a Sozialgesetzbuch XI Anspruch auf eine persönliche Beratung und Hilfestellung durch einen Pflegeberater/eine Pflegeberaterin bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Sozialleistungen sowie sonstigen Hilfsangeboten, welche auf die Unterstützung von Menschen mit Pflege-, Versorgungs- oder Betreuungsbedarf ausgerichtet sind. Generell sind darunter zu verstehen zum einen die Hilfebedarfserfassung, die Erstellung eines persönlichen Versorgungsplanes sowie die Hilfe und Aufsicht bei der Durchführung des Versorgungsplanes.

Ferner ist zu beachten, dass dieser Beratungsanspruch bereits ab der Antragstellung besteht, wenn ein Hilfe- und Beratungsbedarf erkennbar ist. Die Pflege- und Krankenkassen wiederum sind nach Paragraph 92c Sozialgesetzbuch XI gefordert, entsprechende Pflegestützpunkte einzurichten, wenn die zuständige oberste Landesbehörde es so bestimmt.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist in der Hansestadt Wismar im Rahmen der bundesweit 16 Pilotprojekte ein Pilotpflegestützpunkt eingerichtet. Hier sollen Erfahrungen im Aufbau und Betrieb von Pflegestützpunkten gesammelt, dokumentiert und in Form von Handlungsempfehlungen an interessierte Träger weitergegeben werden.

Die Fraktion DIE LINKE fordert nun also eine individuelle, wohnortnahe und unabhängige Pflegeberatung. Zuvor hatte Frau Müller im Rahmen einer Kleinen Anfrage zu den Pflegestützpunkten in Mecklenburg-Vorpommern Informationen von der Landesregierung eingeholt. Der Antwort konnten wir entnehmen, dass vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 die Personalkosten für die in Wismar tätige Beratungskraft von der AOK Mecklenburg-Vorpommern getragen werden. Gleiches gilt auch für Sachkosten, die vom Vermieter in Rechnung gestellt werden. Mittels einer Allgemeinverfügung zur Errichtung von Pflegestützpunkten in Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt nun die Landesregierung den Aufbau von mindestens einem Pflegestützpunkt je Landkreis beziehungsweise kreis-

freier Stadt. Bis zum Jahresende sollen dann diese Pflegestützpunkte eingerichtet sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das geht gar nicht.)

Die LINKEN wollen mit ihrem Antrag diesem Vorhaben den entsprechenden parlamentarischen Nachdruck verleihen. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Abgeordnete, nein, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich wollte es kürzer machen.

Also zur Erinnerung noch mal: Es geht im Kern um den Paragraphen 7a des XI. Gesetzbuches. Und diese Norm sichert ja den Versicherten, die Leistungen nach dem SGB XI beziehen oder beantragt haben und bei denen erkennbar ein Hilfe- und Betreuungsanspruch besteht, ab dem 01.01.2009 einen umfassenden Anspruch auf eine individuelle Pflegeberatung im Sinne eines individuellen Fallmanagements zu. Dieser Anspruch beinhaltet sowohl die Feststellung des Hilfebedarfs als auch die Erarbeitung eines individuellen Versorgungsplanes mit allen erforderlichen Einzelmaßnahmen bis hin zur Überwachung derselben. Und mit einer so umfassenden Neuregelung soll die Lebenssituation der betroffenen Menschen ebenso wie die ihrer pflegenden Angehörigen deutlich verbessert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Sie wissen, bei uns in Mecklenburg-Vorpommern wurden in den vergangenen Jahren sehr umfangreiche und gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit von gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen, kommunalen und freien Trägern des Gesundheits- und des Sozialwesens bei der Umsetzung der Paragraphen 3 fortfolgende des Landespflegegesetzes gesammelt. Erinnert sei an die engagierte Arbeit des Landespflegeausschusses oder an die Landespflegekonferenzen. Also, denkt man, müsste die Umsetzung des Paragraphen 7a des Sozialgesetzbuches XI eigentlich auch im Land Mecklenburg-Vorpommern eine flink zu bewältigende Aufgabe sein.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Denkt man.)

Nun herrscht bei uns im Land noch viel Unwissenheit und es liegt noch nichts Greifbares vor. Das hat uns also bewogen, diesen Antrag zu stellen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, anders als zum Beispiel im Land Berlin wurden bei uns noch keine Vorarbeiten vorgelegt. Frau Ministerin hat über einige Dinge gesprochen, aber Berlin hat zum Beispiel bereits zum 31.12.2008 die Allgemeinverfügung erlassen und bereits am 9. Mai 2009 den Landesrahmenvertrag gemäß Paragraph 92c zur Einrichtung der Pflegestützpunkte mit allen beteiligten Trägern der Pflegestützpunkte unterzeichnet.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das ist so. Genauso ist es.)

Und wohl wissend, dass die Rechtslage im Stadtstaat Berlin, der Kommune und Land gleichzeitig ist, eine andere ist, könnten die Pflegestützpunktverträge als Muster eines Rahmenvertrages übernommen werden.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Rheinland-Pfalz hat so etwas fertig.)

Diese regeln nämlich vor Ort im Einzelnen unter anderem Träger, Aufgaben, Öffnungszeiten, Finanzierung, Konzeption, Anzahl und Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen, Einbindung der Selbsthilfe, Einbindung ehrenamtlich Tätiger und Einbindung von Vereinen und Verbänden, also alles, was tatsächlich zur Betreuung der pflegebedürftigen Menschen dringend erforderlich ist.

Die Zeit drängt, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Aufgaben sind vielfältig. Trotz des Berichtes der Ministerin heute hier vor dem Plenum, bitten wir darum, dass zu der Frist, die Ihnen im Antrag vorliegt, ein Bericht vorgelegt wird. Es geht auch um die Umsetzung der Empfehlungen des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, und zwar konkret zur Anzahl und zur Qualifikation der Pflegeberaterinnen und Pflegeberater. Es geht darum, wie hoch nach Auffassung des Landes der Anteil der Pflegeberater/-innen sein soll. Soll es so sein, wie die Ministerin sagte, je 20.000 Einwohner einen Pflegeberater, oder wie die Empfehlung des Spitzenverbandes der GKV ist, 1:100 bezogen auf die pflegebedürftigen Menschen? Wie sichert das Land kurzfristig die Qualifikation, Qualifizierung der erforderlichen Pflegekräfte? Wie gestalten sich perspektivisch die Kooperationsbeziehungen zwischen den Trägern der Pflegeberatung, also den Pflegekassen gemäß SGB XI beziehungsweise den Sozialhilfeträgern gemäß SGB XII, und den freien Trägern auf der anderen Seite? Wie werden die bereits bestehenden Sozialberatungen, die im Land hervorragend funktionieren und von verschiedenen Trägern wahrgenommen werden, mit dem neuen System der Pflegestützpunkte verknüpft? Oder anders ausgedrückt: Wie werden wir im Land Bewährtes mit Neuem verbinden? Und wie gestaltet sich schließlich die Finanzierung des Gesamtsystems?

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Wir wissen, bundesweit stehen für diese neue Aufgabe 60 Millionen Euro zur Verfügung. Das bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern 1,28 Millionen Euro. Aber diese Summe, würde man 26 Pflegestützpunkte einrichten, bedeutet etwa 50.000 pro Stützpunkt. Wie ist die sonstige Finanzierung geregelt?

All das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Fragen, die wir uns als Abgeordnete stellen, die wir auch kompetent von der Landesregierung beantwortet wissen möchten. Ich bitte Sie um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf der Drucksache 5/2648. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Nicht. Also, danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2648 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2632 in unveränderter Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2632 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Bahnkonversion, auf Drucksache 5/2612.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Bahnkonversion
– Drucksache 5/2612 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Schnur von der Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben in unserem Land viele Städte, die betroffen sind von dem Thema Bahnkonversion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden über den Umgang mit Bahnkonversion und die Ohnmacht, der die Kommunen in diesem Zusammenhang hier ausgesetzt sind. Mit dem Rückzug der Deutschen Bahn aus der Fläche sind zahlreiche Kommunen mit der Problematik der Bahnkonversion befasst, ja, einige geradezu allein gelassen worden.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Wir nehmen zur Kenntnis, dass für die Stilllegung von Eisenbahnstrecken eine Beteiligung des Landes durch das förmliche Verfahren gemäß Paragraf 11 des Eisenbahngesetzes vorgesehen ist. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass der Landesregierung bis heute keine detaillierten Planungen von Eisenbahninfrastrukturunternehmen über zukünftige Planungen von Bahnbetriebsflächen vorliegen. Was wir in der Praxis feststellen können, ist die Tatsache, dass eine Bundesebene über die Stilllegung befindet und dass dann eine Kommune mit der Aufgabenbewältigung ziemlich allein gelassen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Hans Kreher, FDP: So ist es. –
Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Das heißt, nach Wegfall der eigentlichen Nutzung als Bahnstrecke steht die Frage im Raum, wer kann wie, in welcher Weise und in welcher Zeit ein Nachnutzungskonzept sinnvoll planen und durchführen. Die Frage nach einem sinnvollen Nachnutzungskonzept ist jedoch äußerst problematisch. Hierfür, und das finden Sie in unserem Antrag wieder, müssen zahlreiche Fragen beantwortet werden, beispielsweise: Wie ist die Fläche, die die Kommune erhält, beschaffen? Welche Belastungen liegen eigentlich auf der Fläche? Wie kann die Fläche in Anspruch genommen werden? Welche rechtlichen Instrumente müssen geschaffen werden, damit eine Nachnutzung auf diesen Flächen umsetzbar ist?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind nur einige der Fragen, die eine Kommune bewegen, wenn sie mit der Problematik Bahnkonversion befasst ist. Ebenso wichtig sind alle Fragen nach möglichen Förderungen,

die sich ergeben, wenn man Nachnutzungskonzepte als Kommune anstrebt: Welche finanziellen Möglichkeiten gibt es überhaupt, Nachnutzungskonzepte anzuschließen? Welche nicht finanziellen Möglichkeiten, beispielsweise die Aktivierung von Investoren, gibt es, um Nachnutzungskonzepte mit zu initiieren? Wir Liberalen meinen, dass hierauf Antworten folgen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir Liberalen gehen davon aus, dass ein gut gemachtes Nachnutzungskonzept auch für die regionale Entwicklung zahlreiche Vorteile haben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Genau.)

Hier nur einige:

Erstens. Nachnutzungskonzepte auf Bahnkonversionen können einen hohen Freizeitwert besitzen. Ich denke an Draisinen, vielleicht kennt das der eine oder andere.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Durch gut gemachte Nachnutzungskonzepte können primär ökonomische Effekte entstehen. Gute Nachnutzungskonzepte beleben die örtliche Wirtschaft und schaffen damit übrigens auch Arbeitsplätze. Auch wenn eine rein touristische Nutzung vorgesehen ist, werden Regionen damit gestärkt, weil das Thema weiterer Standortfaktoren mehr und mehr an Bedeutung bei der Wahl des Wohnstandortes der Bevölkerung gewinnt. Keine der Flächen, die wir sonst unter dem Thema Konversion besprechen, bieten sich so sehr für Nachnutzungen an wie die Bahnflächen. Schon immer haben Menschen ein sicheres Gespür für die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Siedlung und Infrastruktur gehabt. Bahnflächen und Wegenetze waren immer Rückgrat und übrigens auch Lebensnerv menschlicher Siedlungstätigkeit.

Unsere Aufgabe besteht nun darin, das Bewusstsein für städtebauliche und regionale Entwicklung für diese außer Betrieb genommenen Flächen wieder in den Vordergrund zu rücken. Hierzu müssen wir die kommunalen und die städtebaulichen Erneuerungen als Landespolitik unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und dabei liegt der Wert eben auf unterstützen, und nicht von oben herab dirigieren. Dabei geht es nicht um Entmündigung der kommunalen Selbstverwaltung. Wir wissen natürlich, dass die städtebaulichen Erneuerungen eine der bedeutendsten kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben sind. Aber es muss uns vielmehr darum gehen, dass wir gemeinsam mit der kommunalen Ebene erreichen, dass die großen Wirkungen der nachgenutzten Flächen auf das Erscheinungsbild von Städten und ländlichen Gemeinden, die damit zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen, eben auch umgesetzt werden können. Die Anrainerkommunen von Bahnflächen haben schon heute massives Interesse, schnellstmöglich diese stillgelegten Flächen zu verwerten.

Deshalb fordern wir eine Landesstrategie im Umgang mit Bahnkonversionsflächen. Wir brauchen Informationen für unsere Kommunen über Anzahl und Beschaffenheit zukünftig freigestellter Bahnflächen. Wir brauchen gemeinsam mit den Kommunen entwickelte Perspektiven für die Nachnutzung von zukünftig freigestellten Bahnflächen, insbesondere aber auch Perspektiven für die touristische Nachnutzung. Ich persönlich kann mir

an der Stelle unter anderem zum Beispiel die Nutzung von Bahnstrecken als Radwege vorstellen und kann das gleich mit ins Gespräch bringen für die nachfolgenden Redner. Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, und bedanke mich an dieser Stelle für die Aufmerksamkeit. Ich entschuldige mich für meine Stimme, wir haben zu viel gefeiert nach der Kommunalwahl.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Schnur.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Herr Schlotmann. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Volker Schlotmann: Kollege Schnur, es kommt nicht auf die Stimme an, sondern auf die Inhalte, die man hier vertritt.

(Hans Kreher, FDP: Richtig, dann wollen wir mal aufpassen, was jetzt passiert. –
Heinz Müller, SPD: Manchmal ist über beides etwas belegt.)

Ja, nun denn.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir natürlich überlegt, was will eigentlich die FDP mit diesem Antrag. Warum stellt sie ihn eigentlich? Und dann habe ich mir überlegt, na ja, gut, das machen sie nicht aus Jux, sondern da steckt was dahinter.

(Michael Roolf, FDP: Minister antreiben.)

Nein, nein, also das unterstelle ich Ihnen nun wahrhaftig nicht

(Michael Roolf, FDP: Nicht? Nein?)

und ich hab ja jetzt schon oft genug mit Ihrem Kollegen Kreher gesprochen über das Thema.

(Michael Roolf, FDP: Er will uns provozieren.)

Er ist ja direkt tangiert und ich weiß allerdings auch, dass es hier nicht nur um Bad Kleinen geht, das hat er mir noch mal ausdrücklich versichert.

(Hans Kreher, FDP: Im Gegenteil, das ging von Herrn Schnur aus.)

Von Herrn Schnur?

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Vielleicht war ja deswegen die Stimme so belegt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Also Spaß beiseite. Was mich ein bisschen gestört hat, ist, Ihr Antrag spricht von einer Strategie. Sie haben hier die ganze Zeit von einem Konzept gesprochen. Da sehe ich schon einen kleinen Unterschied zwischen einer Strategie und einem Konzept. Aber sei es drum, ich will vielleicht mal beginnen mit den Gemeinsamkeiten. Das kann man ja vielleicht mal rausstellen, auch wenn es dann sozusagen als politische Partei und Fraktion nicht immer ganz angenehm ist, aber ich denke, man muss und kann damit leben, wenn die Aussagen, die auch

heute im Laufe des Tages hier öfters getroffen worden sind, wirklich ehrlich gemeint sind, dass man sich in der Sache streiten soll und sich auseinandersetzen soll, und dann gehört das dazu.

Ich denke, wir sind uns hier alle einig, dass zum großen Teil Bahnhöfe und Flächen der Bahn in einem gruseligen Zustand sind. Das ist schlicht und einfach so, es sei denn, man fährt blind durchs Land, und das tun wir, denke ich mir, alle nicht. Und Fakt ist auch der, dass viele dieser Flächen und Immobilien das Ortsbild verschandeln.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Das ist noch ein freundlicher Ausdruck für den jeweiligen Zustand. Und was öffentlich selten diskutiert wird, aber was auch da mit reinspielt, ist natürlich, dass diese Immobilien zum großen Teil immer wieder auch ein Gefahrenpotenzial darstellen aufgrund ihres baulichen Zustandes.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig. –
Hans Kreher, FDP: Ja.)

Ich denke mal, und ich bin auch überzeugt davon, dass dies auf Dauer nicht so bleiben darf und wir alles daran setzen müssen, dass sich das ändert.

Allerdings muss man auch sehen, und das mal ganz kritisch, nicht in Ihre Richtung, da, wo die Deutsche Bahn Grundstücke oder Gebäude nicht mehr benötigt, zum Beispiel, weil sich die heutigen Anforderungen an den Bahnbetrieb geändert haben, werden Flächen auch für die Vermarktung vorgesehen. Die Deutsche Bahn hat 2008 eine Verkaufs- und Verwertungsoffensive für ihre nicht mehr benötigten Liegenschaften eingeleitet. Da sei jetzt mal erlaubt, jenseits aller, na, wie sagt man, Political Correctness, da muss man sich wirklich fragen, die Verkaufsoffensive gibt es seit 2008 ...

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Solange die NPD darüber nicht zu entscheiden hat, Herr Pastörs, darf ich hier alles.

Man muss sich also wirklich fragen, auch als Landespolitik: Welche Wirksamkeit hat diese Offensive eigentlich entfaltet? Was ist konkret dabei herausgekommen? Was ist real, ich sage jetzt mal, im positiven Sinne verwertet? Welche Ergebnisse haben wir?

Vielleicht ist diese Fragestellung als Gemeinsamkeit unser gemeinsamer Bedarf und da will ich mich gerne im Verkehrsausschuss intensiv darüber auseinandersetzen. Dazu muss man dann entsprechendes Datenmaterial auch besorgen. Das würden wir gerne tun, weil ich glaube, wir haben hier einen Entwicklungsgrad, der bei Weitem nicht den Entwicklungsgrad einer Dampfmaschine, also von knapp 15 Prozent erreicht, und das müssen wir auswerten.

Allerdings, und das ist jetzt keine Gemeinsamkeit, sonst hätten wir ja den Antrag nicht gestellt, originär zuständig für diesen Bereich ist nun mal der Eigentümer,

(Michael Roolf, FDP: Völlig richtig.)

das habe ich auch im November des vergangenen Jahres gesagt. Der Eigentümer, das ist die Bahn.

(Michael Roolf, FDP: Selbstverständlich.)

Das ist die Bahn und nicht wir.

Allerdings muss man der Öffentlichkeit sagen, Sie haben es ja heute Morgen auch so angefordert und ich teile das, man muss der Öffentlichkeit sagen, wie funktioniert dieser Prozess eigentlich, damit man weiß, wo können wir überhaupt ansetzen. Man muss ja sehen, einfach nur rumschreiben bringt ja nichts. Auch als Landesregierung möchte ich nicht dastehen, na ja, gut gebrüllt, Löwe, aber nichts gekonnt. Also muss man sich das genau angucken.

Wir wissen, der potenziellen Verwertung eines Bahngrundstückes, ob jetzt nun mit Gebäude oder ohne Gebäude oder bauliche Anlagen, geht ein sehr umfangreicher Prüfungsprozess innerhalb der Bahn voraus. Dessen Ziel ist es letztendlich, die Entbehrlichkeit dieses Gebäudes oder einer Fläche festzustellen, und dabei werden wirklich alle relevanten, aus Sicht der Bahn zumindest alle relevanten Konzernbereiche mit einbezogen. Oft müssen in dem Zusammenhang auch umfangreiche und deshalb kosten- und zeitintensive Rück- und Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Erst danach wird ein Baugrundstück für die Vermarktung freigegeben und die Freistellung beim Eisenbahn-Bundesamt von Bahnbetriebszwecken auf allgemeinem Eisenbahngesetz beantragt. Damit erst wird die Fläche in die allgemeine kommunale Planungshoheit überführt.

Bei der künftigen Nutzung dieser Bahnliegenschaften müssen dann Konzepte der Stadtentwicklungsplanung, Sie haben es angesprochen, der Gemeinden, wie zum Beispiel städtebauliche Rahmenpläne, Flächennutzungs- und Bebauungspläne, berücksichtigt werden.

Lieber Kollege Kreher, auch wenn es eben nicht nur um Bad Kleinen geht, aber das eignet sich natürlich als konkretes Beispiel immer hervorragend, ein aktuelles repräsentatives Beispiel für das eben beschriebene Verfahren sind die Aktivitäten in Bad Kleinen. Sie wissen das wahrscheinlich besser noch als ich, weil Sie damit täglich konfrontiert werden. Sie streben in Ihrer Gemeinde den Ausbau der touristischen Aktivitäten zwischen Bahnhofsgelände und Ufer des Schweriner Außensees an und dafür werden die gut gelegenen und teilweise nicht mehr betriebsnotwendigen Flächen der Bahn AG benötigt. Die Bahn AG prüft derzeit den Umfang dieser verfügbaren Flächen und plant und kalkuliert den Rück- beziehungsweise Umbau. Übrigens, die Gemeinde kann ja, das wissen Sie, bereits parallel Planungen durchführen. Rechtsgültige Beschlüsse kann sie allerdings dann auch erst nach Vorliegen ...

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ja, das ist das Eisenbahn-Bundesamt und deswegen spreche ich es an. Das ist unser Problem. Das heißt also, eine originäre Zuständigkeit der Landesregierung für die weitere Nutzung, Beräumung, Sicherung und anderes der Bahnliegenschaften vermag ich jedenfalls nach wie vor, auch nach sieben Monaten, die jetzt ins Land gegangen sind, nicht zu erkennen. Aber da waren wir ja, so habe ich es gerade wahrgenommen, doch d'accord.

Auch sehe ich, und da unterscheiden wir uns dann aber wirklich grundsätzlich, keine Ansatzpunkte dafür, dass die Entwicklung einer Strategie im Umgang mit den Bahnflächen sinnvoll sein kann. Und ich sage Ihnen auch, warum. Eine Strategie bedeutet, etwas übergeordnet zu machen, was sozusagen allgemeingültig für alle Betroffenen sein soll. Und ich sage Ihnen, die reale Lage, der Zustand und die mögliche Nutzung sind in jedem Einzelfall äußerst unterschiedlich, äußerst unter-

schiedlich. Ich habe mir das selbst auch vor Ort angeguckt. Und von daher sage ich, und das sollte auch der Anspruch einer Regierung, aber vielleicht auch eines Parlamentes sein: Also wir setzen da jetzt nicht von oben irgendetwas drüber, sondern wir gucken uns das vor Ort an und daraus müssen dann die konkreten Maßnahmen abgeleitet werden. Somit, muss ich sagen, war das damalige Verfahren im November vergangenen Jahres, diese Entschließung dann an die Deutsche Bahn zu richten, parlamentarisch sinnvoll und richtig. Das sehe ich nach wie vor so und da können Sie mir vertrauen oder auch nicht. Das obliegt ja Ihrer eigenen Einschätzung. Bei jedem Gespräch mit der Bahn, trotz der Probleme, die es ja vorübergehend bei der Bahn gab mit Zuständigkeiten, wer ist jetzt für was und so weiter, thematisieren wir das ständig, und zwar auf der Basis dieser damaligen Entschließung.

Ich würde einfach um Folgendes bitten: Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, dann sollten wir folgenden Weg suchen. Das ist wie gesagt meine Anregung.

Hier sei übrigens noch mal ganz kurz angemerkt, die Kollegin Lück hat damals angesprochen die Methode, die Nordrhein-Westfalen mit irgend so einer Arbeitsgruppe, wie auch immer, gewählt hatte. Wir haben das sehr gewissenhaft geprüft. Also, ich nehme das schon sehr ernst, was da aus dem Parlament kommt, und ich kann nur sagen, wir sind im Ergebnis dazu gekommen, das mag für NRW eine gute Sache gewesen sein, hat aber auch nicht viel mehr gebracht und eigentlich genauso wenig wie die Situation, wie wir sie hier im Lande vorfinden. Ich komme also zu meinem Vorschlag. Ich würde gerne eine größere Runde organisieren, wo das Verkehrsministerium, wo der Städte- und Gemeindetag, ich glaube, der ist ganz wichtig an der Stelle, zusammen mit der Bahn ...

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ja, aber das ist der entscheidende Punkt, ich will die Bahn am Tisch sitzen haben, weil wir können uns wunderbar einschließen, bis weißer Rauch aufsteigt, und dann gehen wir damit los, aber wir haben nichts gekonnt. Also, na gut, der Papst, das führe ich jetzt nicht weiter aus.

Ich möchte einfach, dass dann auch der Zuständige von der Bahn mit am Tisch sitzt. Das kann zusammen mit dem Verkehrsausschuss oder den verkehrspolitischen Sprechern stattfinden, weil ich glaube, wir müssen mit denen zusammen uns hinsetzen und sagen, das ist unser konkretes Problem und das will ich gelöst haben. Wir haben nämlich eine gute Chance. Ich hatte gestern das Vergnügen, mit meinem Bundesverkehrsminister auf einer Veranstaltung zu sein, und der hat noch mal ...

(Michael Roelf, FDP: Scandlines.)

Nein, nicht zu Scandlines. Sie waren doch da. Ich habe Sie doch begrüßt und angesprochen. Da ging es um den ÖPNV und den Verkehr insgesamt.

Aber er hat ja noch mal sehr deutlich und sehr stolz auf sein großes 500-Millionen-Programm hingewiesen, das insbesondere für Bahnhöfe und andere Liegenschaften eingesetzt werden könnte. Und da muss ich sagen, wenn man das jetzt nicht nutzt und die Bahn darauf festnagelt, dann können wir in sieben Monaten noch mal über das Thema diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Lück. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Regine Lück, DIE LINKE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP fordert von der Landesregierung strategische Überlegungen zur Umnutzung von nicht mehr benötigten Bahnliegenschaften. Im November 2008 haben wir uns schon einmal mit den Bahnliegenschaften beschäftigt. Der Minister hat ja darauf aufmerksam gemacht. Auf Antrag der Regierungskoalition erging ein Appell an die Deutsche Bahn AG, sich entweder um ihre Liegenschaften zu kümmern oder sie zu verkaufen.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Damals ging es hauptsächlich um die Bahnhöfe. Scheinbar hat dieser Appell, außer, dass er sinnvoll schien, nichts gebracht. In Gadebusch will jetzt sogar der Innenminister helfen und mit dem neuen Bahnchef Rüdiger Grube reden. Ein Investor steht bereit, der das leer stehende Bahnhofsgebäude kaufen und investieren will. Aber er kommt nicht zum Zuge, weil die Bahn nicht handelt.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Auch der Bahnhof in Grevesmühlen ist in erbärmlichem Zustand. Dort läuft gerade die Entbehrlichkeitsprüfung durch die Bahn. Es ist offensichtlich, dass das Land kaum Einfluss hat, weil die Bahn als Eigentümerin ein unternehmerisch geführtes Unternehmen ist.

Nach dem Willen der FDP soll jetzt die Landesregierung die Bahnkonversion strategisch vorbereiten. Wir sind uns einig darin, dass Bahninfrastrukturanlagen, die nicht mehr für den Bahnverkehr gebraucht werden, nicht auf Dauer als Brachflächen verkommen, sondern anderweitig genutzt werden sollen. Aber die Landesregierung kann das nicht in die Hand nehmen. Sie kann aus den genannten Gründen allenfalls unterstützend wirken. Das ist unsere Auffassung dazu. Handeln können nur die Bahn als Eigentümerin und Verkäuferin sowie die Gemeinden, wenn sie die Planungshoheit haben.

Aber zunächst einmal müssen wir klären, was zukünftig freigestellte Bahnflächen eigentlich sind. Für mich sind es Bahnflächen, die tatsächlich entwidmet sind. Stillgelegte Strecken oder ungenutzte Bahnhöfe bedeuten noch lange nicht, dass sie freigegeben werden.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Zuerst wird die Entbehrlichkeit von der Bahn geprüft. Für Bahnhöfe und Haltestellen macht dies die DB Station und Service AG, für Schieneninfrastruktur die DB Netz AG. Erst wenn die Entbehrlichkeit festgestellt wurde, kann die Bahn einen Antrag zur Entwidmung beim Eisenbahn-Bundesamt stellen. Das Eisenbahn-Bundesamt als Planfeststellungsbehörde prüft dann, ob die Bahnflächen freigegeben werden können, und erst nach Bekanntgabe der Freistellung der Entwidmung geht die Planungshoheit auf die Gemeinden über. Erst dann kann eine Bauleitplanung erfolgen. Das ist ein komplizierter und sehr langer Prozess

(Hans Kreher, FDP: Jawohl. Genau.)

mit ungewissem Ausgang. Das müssen wir feststellen. Die Landesregierung müsste demnach im Kaffeesatz lesen und das Prüfergebnis von Bahn und Eisenbahn-

Bundesamt voraussehen können, um konzeptionelle Vorstellungen für zukünftig freigestellte Bahnflächen zu entwickeln.

(Hans Kreher, FDP: Nein, die müssen nur die Gemeinden unterstützen.)

Es gibt Strecken, die seit Jahrzehnten stillgelegt sind, aber immer noch nicht freigegeben werden, zum Beispiel die sogenannte Kaiserbahn von Berlin nach Kiel. Dort gab es einen Abschnitt von Hagenow-Land über Hollenbek nach Ratzeburg. Seit 1959 rollt dort kein Zug mehr, aber die Strecke ist nicht entwidmet, weil die Bahn sie bei Bedarf wieder aktivieren will für den Güterverkehr aus Skandinavien zum Beispiel. Dort gibt es einen Abschnitt, der mit Draisinen befahren wird. Sie haben ja auch schon darauf aufmerksam gemacht, Herr Schnur. Vom Erlebnisbahnhof Schmilau kann man bis zum Jugendbahnhof Hollenbek pumpen. Das Ganze findet auf der Grundlage eines Nutzungsvertrages zwischen Draisinenunternehmen und der Bahn statt und das ist nur möglich, weil das eben eine schienengebundene Nutzung ist. Mit anderen Worten, schienengebundene touristische Nutzung kann auch auf stillgelegten, nicht freigestellten Strecken erfolgen. Eine Freistellung ist aber zwingend notwendig, wenn bahnfremde Nutzungen oder Bebauungen erfolgen sollen.

Was allerdings an bahnfremden Nutzungen erfolgen soll, richtet sich nach dem Planungswillen der Gemeinde. Das kann nicht das Land bestimmen. Das ist kommunale Planungshoheit. Diesen Planungswillen kann die Gemeinde aber erst realistisch verfolgen, wenn sie die Planungshoheit auch besitzt. Die Gemeinden können lediglich in unverbindlichen Rahmenplänen Vorstellungen für eine künftige Nutzung von brachliegenden Bahnanlagen entwickeln. Aber das ist nicht immer klug, weil die Bahn den Kaufpreis erhöht, sobald konkrete Investitionsabsichten auch bekannt sind. Natürlich müssen die Gemeinden bei ihren Planungsabsichten die regional- und landesplanerischen Vorgaben beachten. Dies dürfte aber nicht das Problem sein, weil es sich in der Regel um zentrale und relativ kleinflächige Bereiche handelt.

Meine Fraktion und ich lehnen Ihren Antrag ab, denn sinnvoller als ein unrealistisches Konzept für die Schublade ist eine Einzelfallberatung von betroffenen Gemeinden. In diesen Beratungen können sowohl Fragen zum Bauplanungsrecht als auch zu Fördermöglichkeiten geklärt werden, um ehemalige Bahnflächen sinnvoll umzunutzen. – Danke für die Aufmerksamkeit, besonders an die Herren hier vorne.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Michael Roolf, FDP:
Ja, das interessiert die anderen nicht.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete Lück.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Schulte. Bitte schön, Herr Abgeordneter. – Herr Schulte!

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich war noch so fasziniert von dem Redebeitrag von Frau Kollegin Lück, deswegen musste ich den einfach noch mal geistig nacharbeiten. Ich bitte zu verzeihen, dass ich Sie nicht gleich gehört habe. Herrje, was soll ich dazu sagen?

Also, sehr geehrter Kollege Schnur, wir machen ja jetzt, der Minister und ich machen heute mal Arbeitsteilung. Er

ist freundlich gewesen, ich fasse mich jetzt etwas kürzer und bin vielleicht etwas unfreundlicher. Nehmen Sie es mir nicht persönlich übel.

Vielleicht auch ganz zum Anfang das Ergebnis: Wir werden Ihren Antrag natürlich als SPD-Fraktion ablehnen.

(Hans Kreher, FDP: Ob Sie dieses Mal einer Überweisung zustimmen?)

Ich denke mal, das, was in diesem Zusammenhang vonseiten des Landes ausgemacht werden kann, gemacht werden soll, das ist auch in diesem Haus schon debattiert worden vor dem Hintergrund des gemeinsamen Antrages der Koalitionsfraktionen zu diesem Thema Bahnliegenschaften.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich will jetzt auch nicht auf all die Punkte eingehen, die Herr Minister Schlotmann Ihnen schon angeführt hat, aber mal ganz kurz noch zu Ihrem Antrag. Sie fordern eine Strategie der Landesregierung zum Umgang mit Bahnkonversion oder die zu entwickeln und möchten, dass zunächst erst mal – das ist ja auch vom Aufbau durchaus logisch – Anzahl und Beschaffenheit zukünftig freigestellter Bahnflächen dargestellt werden. Nun wissen wir alle, Sie wissen das letztendlich auch, weil Sie selber haben ja zusammen mit dem Kollegen Roolf, im Frühjahr, wenn ich das jetzt richtig im Kopf hab, auch noch eine kleine Anfrage zu diesem Thema gestellt, Sie wissen selber, dass das Land im Grunde gar nicht in der Lage ist, Ihnen einen konkreten Überblick über die entsprechenden Flächen zu geben. Und ich glaube, man darf in dem Zusammenhang auch mal aus dem Nähkästchen plaudern: Sie waren mal tätig als Liquidator eines Unternehmens und haben in dem Zusammenhang auch mit der Deutschen Bahn zu tun gehabt. Ich verspreche Ihnen, die Deutsche Bahn weiß das selber nicht. Aber das steht dann auf einem anderen Standpunkt.

Fakt ist, und da hat die Kollegin Lück ja auch schon drauf hingewiesen, es gibt bestimmte Planungsmechanismen innerhalb der Deutschen Bahn, die auch nach außen wirken, was Anzeigepflichten zum Beispiel angeht gegenüber dem Land. Dann ist das bekannt. Aber da – auch das wissen Sie und ich weiß auch, dass Sie das wissen, weil es steht in der Antwort drin auf die Kleine Anfrage –, da wissen Sie, dass zum Beispiel die Regionalplanung, wenn es dann konkret wird, auch darüber unterrichtet wird. Und uns allen ist nun wiederum das Wissen gemein, dass über die Regionalplanung natürlich die in den regionalen Planungsverbänden beteiligten Gebietskörperschaften auch wieder Kenntnis darüber erlangen, wie das vor Ort aussieht. Also die Fragen, die Sie eigentlich beantwortet haben, wissen die Leute vor Ort schon schneller möglicherweise oder zumindest zeitgleich mit dem, was hier im Land tatsächlich zentral an Informationen eingesammelt werden kann.

Und da komme ich vielleicht mal auf einen guten Gedanken der Liberalen zurück. Man muss nicht unbedingt da Bürokratie schaffen, wo sie überflüssig ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das auch vielleicht gleich, und das waren dann gleich zwei, drei Sätze zur Frage der Regionalplanung – wie gesagt, ich will mich hier kurzfassen –, die Frage der fiskalischen und nonfiskalischen Fördermöglichkeiten des Landes für die Revitalisierung – entschuldigen Sie, schweres Wort – von frei werdenden Bahnflächen. Ich will das jetzt nicht abtun,

weil ich weiß, dass das gerade für kleinere Kommunen natürlich ein Problem ist, dass sie mit solchen Flächen auch fiskalisch umgehen. Aber da stehe ich einfach auf dem Standpunkt, und Herr Minister Schlotmann hat es hier eben deutlich gemacht, dass von seiner Seite aus, vom Haus heraus, durchaus die Bereitschaft besteht, da auch beratend tätig zu werden. Da glaub ich einfach nicht, dass der richtige Weg derjenige sein kann, allen Beteiligten, die da rein theoretisch in Betracht kommen, alle Möglichkeiten aufzuzeigen, die es als Fördermöglichkeiten gibt.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Weil das hängt natürlich auch von der Frage ab ...

Ja, deswegen sage ich ja, man muss das im Einzelfall dann konkret mit dem besprechen. Also da habe ich, erlauben Sie es mir, Herr Kollege Roolf, vielleicht auch eine andere Meinung als Herr Minister Schlotmann. Ich stehe auf dem Standpunkt, das nützt nichts dem Städte- und Gemeindetag, das allgemein mitzuteilen. Vielleicht sollte man im Einzelfall mit den betroffenen Kommunen das Gespräch führen, was die konkrete Bahnfläche betrifft. Das allerdings ist eine Sache, die muss auch nicht hier unbedingt durch den Landtag beschlossen werden. Das können Sie mit der nächsten Kleinen Anfrage bestimmt nachfragen, ob das passiert durch die Landesregierung,

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Michael Roolf, FDP)

und ich denke, vor dem Hintergrund kann man ohne Probleme Ihren Antrag da auch erwähnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die nationale Opposition hat stets Bestrebungen unterstützt, die eine Rückübertragung von bereits privatisiertem Staatseigentum vorsehen, wenn dadurch die Grundversorgung unseres Volkes gesichert werden kann. Bahnstationen sind zweifellos als ehemalige öffentliche Einrichtungen des Personenverkehrs Teil der Grundversorgung gewesen.

Infolge der Privatisierung der Deutschen Bahn konnte man der Bestandswahrung von Bahnstationen vielerorts nicht mehr gerecht werden. Bahnhofsgebäude und anliegende Betriebsflächen sind darüber hinaus als Bestandteile der regionalen Landesarchitektur anzusehen. Die einst prachtvollen Empfangshallen und Lokschuppen im Jugendstilcharakter waren einst Visitenkarten von Mecklenburg und Vorpommern für Gäste und Einheimische gleichermaßen. Sie zu erhalten, sollte eigentlich Aufgabe der Landesregierung sein.

Vor dem Hintergrund, dass die Deutsche Bahn AG beabsichtigt, 41 von insgesamt 56 Bahnhöfen im Land zu veräußern, müssen die Kommunen vom Land darin unterstützt werden, ihre Planungshoheit zur Nachnutzung wahrzunehmen. Der desolate Zustand von Bahnhöfen und Bahnhofsgebäuden im Land belegt diese Notwendigkeit. Nur so kann der bauliche Bestand der Bahnhofsgebäude erhalten werden, der vielerorts auch weiterhin als Abbild der regionalen Identitätsstiften-

den Architektur gelten soll. Insbesondere die jahrelang nicht genutzten Empfangshallen könnten somit vor dem endgültigen Verfall bewahrt werden. Die Nachhaltigkeit hierfür kann darin gesichert werden,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass deren zweckmäßige Nachnutzung mit Landesmitteln gefördert werden muss, Herr Ritter.

Allgemein betrachtet muss die Privatisierung der Deutschen Bahn als gescheitert betrachtet werden. So weit mögen die Liberalen auch in ihrem Antrag nicht gehen. Die Befürworter des grenzenlosen Marktes trugen auch mit der Bundespolitik zur Bahnprivatisierung bei. Jetzt stehen sie vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Fehlpolitik, ohne sich diese eingestehen zu wollen. Der, wie Sie es in Ihrer Antragsbegründung beschreiben, Rückzug der Deutschen Bahn aus der Fläche ist einzig und allein dem Umstand geschuldet, dass das neoliberal ausgestaltete Unternehmen Bahn AG gemäß marktwirtschaftlichen Prinzipien unrentable Bahnstationen einfach abstößt. Demgegenüber steht aus nationaler und sozialer Sicht fest, Bahnhöfe und darauf befindliche Gebäudekomplexe sind mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in Volkseigentum wieder rückzuüberführen. Privatisierung und Veräußerung von staatlichen Gütern sind und bleiben Diebstahl am Volksvermögen. Der Antrag geht uns nicht weit genug, daher lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Michael Roolf, FDP: Das ist schön.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Stein. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Stein, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Roolf wollte was Nettes von mir hören. Damit fange ich gerne an: Man kann der FDP ja eines nicht absprechen, und das ist die Fähigkeit, auf fahrende Züge aufzuspringen. Das ist zumindest sportlich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Okay. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Meine Herren, meine Dame von der FDP! Herr Schnur, gute Nachrüstungskonzepte, und darauf haben Sie ja immer hingewiesen, gute Nachrüstungskonzepte tragen sich bereits heute in einem freien Markt. Ich denke mal, das ist ein Satz, den Sie auch hätten sagen können. Und ich glaube, mir persönlich kann man nicht absprechen, dass ich mich seit Anbeginn meiner Parlamentszugehörigkeit mit dem Thema Bahnliegenschaften intensiv befasst habe. Sie konnten es der Presse entnehmen oder auch unseren Fraktionsfahrten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die wir vor Ort eben gemacht haben, wo wir uns den Nahverkehr, insbesondere auch die Bahnliegenschaften angeguckt haben.

Und nicht zuletzt, Kollege Schulte wies darauf hin: Sie können sich sicherlich daran erinnern, dass wir im November 2008, also noch gar nicht vor allzu langer Zeit, einen Antrag der Koalitionsfraktionen zum Umgang der Bahn AG mit ihren nicht mehr benötigten Liegenschaften zum Beschluss vorliegen hatten.

(Michael Roolf, FDP:

Nein, nicht mehr im Eigentum.)

Hatten Sie da zugestimmt? Sie hatten dem nicht zugestimmt.

(Michael Roolf, FDP:

Weil es ein falscher Ansatz war.)

Demnach kann man Ihnen offensichtlich eine weitere Fähigkeit nicht absprechen – wieder eine Nettigkeit von mir –: Ihre eigenen Fehler kriegen Sie schon noch mit. Warum wir jetzt einen inhaltlich gleichgerichteten Antrag von Ihnen bekommen, das hat nur einen Grund, ganz einfach, Sie ändern hier den Adressaten. Nicht mehr die Bahn AG, so, wie wir es wollten, sondern die Landesregierung soll nun dafür zuständig werden, für Konzepte, für Strategien. Sie können mir eines glauben, unser Minister hat es ja auch ausführlich dokumentiert und vorgetragen, die Landesregierung ist, Herr Schnur, intensiv in Gesprächen mit dem Eigentümer der Flächen. Nicht zuletzt hat es einige Berichte dazu auch von der Bahn AG gegeben. Über die Anzahl, zumindest der vermarktungsfähigen Liegenschaften, finden Sie sogar umfassende Daten im Internet.

Aber jetzt erklären Sie mir doch bitte mal eines: Wieso kommen ausgerechnet die Liberalen auf den Gedanken, hier müsse vorneweg wieder der Staat eingreifen? Gilt nicht vielmehr, und ich glaube, da sind wir uns einig, dass Eigentum auf der einen Seite unantastbar und frei ist, aber dass es auch verpflichtet?

(Hans Kreher, FDP: Aber der Staat
ist doch noch der Eigentümer.)

Ist es nicht eher der Grundsatz der Liberalen, dass Eigentum frei ist, aber auch verpflichtet?

(Hans Kreher, FDP: Das ist
ein Staatsunternehmen.)

Sie verlassen ...

Die Bahn AG ist schon ein Eigentümer ihrer eigenen Flächen.

(Hans Kreher, FDP: Aber der Staat ist
Eigentümer. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Wir befinden uns in einem Prozess und, ich denke mal, da komme ich auch noch zu, einige Dinge sind ja auch schon in der Vermarktung abgewickelt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich
glaube, das sollten Sie noch mal nachlesen.)

Sie verlassen hier wieder, wie so oft, Ihre eigenen Prinzipien und Grundsätze.

(Toralf Schnur, FDP: Nein. –
Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Stattdessen sollen, Sie beschreiben es so, fiskalische oder nonfiskalische Fördermöglichkeiten der Landesregierung benannt werden. Ich bin mir nicht sicher, ob gerade Sie das ernst meinen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie sind
der Koalitionspartner. Denken Sie mal nach!)

Nicht zuletzt, denke ich, hat der Staat und damit der Steuerzahler, aber auch der Bahnkunde über Jahrzehnte viel Geld in das Unternehmen gezahlt und nun ist aus meiner Sicht erst mal das Unternehmen in der Pflicht.

(Zurufe von Hans Kreher, FDP,
und Toralf Schnur, FDP)

Das heißt nicht, dass für geeignete Projekte Förderungen gegeben werden können. Dies aber nicht so, wie Sie es hier wollen und beschrieben haben in Ihrer Begründung, unter landespolitischer Perspektive, sondern, und auch das ist bereits mehrfach vorgetragen, nein, hier ist kommunales Engagement gefragt.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Es sind die Standortgemeinden der Liegenschaften, die sich konzeptionell damit befassen müssen und, nebenbei bemerkt, dies auch seit vielen Jahren doch auch sehr intensiv tun.

(Hans Kreher, FDP: Ja, ja. Aber alleine gelassen.)

Ich nehme mal an, Herr Kreher, Sie leiden darunter auch.

(Hans Kreher, FDP: Ja, genau.
Deswegen weiß ich das ja auch.)

Wir, und damit meine ich, Herr Kreher, jetzt verlassen wir mal die kommunale Ebene, wir reden jetzt hier im Landtag,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

wir, das Land, wir müssen den Kommunen,

(Toralf Schnur, FDP: Die
Kommunen sind doch auch im Land.)

also auch Bad Kleinen, die Unterstützung geben, gegenüber der Bahn AG, dem Eigentümer, ihre berechtigten Anliegen hinsichtlich Ortsbild, Sicherheit und Infrastruktur durchzusetzen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dazu diene unser Antrag im November in hervorragender Weise.

(Toralf Schnur, FDP: Nein, das
stimmt nicht. – Hans Kreher, FDP:
Und was ist dabei rausgekommen?)

Das stimmt wohl. Auch wir haben bereits länger über Ergänzungen im Programm der Konversion beziehungsweise auch der privatisierten Flächen nachgedacht. Wir wollen aber den Eigentümer oder die Eigentümer nicht vorzeitig und vor allen Dingen nicht endgültig zulasten des Landes und seiner Kommunen aus ihrer Verantwortung entlassen. Über die Konjunkturpakete werden bereits einige Bahnhöfe im Land Verbesserungen erhalten. Bei Bad Kleinen habe ich die Informationen jetzt nicht im Detail.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Aber insbesondere im Bereich der Fahrgastinformation, des Wetterschutzes und auch des Empfangsbildes der Eingangsbereiche sind einige Projekte genehmigt worden. Weitere Zusagen haben wir, das wurde vom Herrn Minister auch erwähnt, von der Bahn AG bekommen.

(Toralf Schnur, FDP: Das hat doch
was mit Bahnflächen zu tun.)

Einige Liegenschaften sind in die Verwertung gegangen. Aber auch hier gilt, der neue Eigentümer, vielfach eine Immobilienverwertungsgesellschaft, ist zunächst in der Pflicht, aus den doch oftmals sehr günstig erworbenen Liegenschaften im Einvernehmen mit den betrof-

fenen Kommunen etwas Sinnvolles zu entwickeln. Das dürfte im beiderseitigen Interesse sein. Es macht daher zu diesem Zeitpunkt und auf diese Weise wenig Sinn, mit Konzepten oder Strategien des Landes den Kommunen

(Michael Roolf, FDP: Also, Herr Schlotmann,
haben Sie gehört? Das bringt wenig Sinn.)

und den privaten Eigentümern Vorschläge oder gar Vorschriften zu machen. Lediglich in Einzelfällen kann es einen Sinn geben und er kann auch erkennbar werden. Hier, denke ich, sollten jedoch zuallererst private Mittel und Mittel aus bestehenden Förderprogrammen zum Einsatz kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Kurz zusammengefasst kann man sagen, dass die FDP natürlich ein Thema aufgreift, das zum heutigen Zeitpunkt bereits einen teilweise quälenden Prozess beschreibt. Natürlich müssen wir den Rückzug der Bahn aus ihrer infrastrukturellen Aufgabe, gerade aus der Fläche, kritisieren. Natürlich ist es in den betroffenen Ortschaften ein Problem, wenn Wunden im Ortsbild über Jahre und Jahrzehnte nicht geheilt werden können.

(Hans Kreher, FDP:
Und immer schlimmer werden.)

Und natürlich könnte hierbei dem Land – könnte, wie gesagt – eine gewisse Lenkungsfunktion, wie Sie es in der Begründung beschrieben haben, zukommen.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass es nicht vordergründig konzeptionelle oder strategische Aufgabe einer Landesregierung ist.

(Michael Roolf, FDP: Oh, Herr Schlotmann,
haben Sie das gehört? Das ist Ihre Aufgabe.)

Die Aufforderung zum Tanz ist mit unserem Antrag im November 2008 bereits an die Bahn AG übermittelt worden. Ich kann mich erinnern, und es wurde auch eben noch mal bestätigt,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

dass der Minister sehr froh gewesen ist über die parlamentarische Unterstützung und seitdem auch nicht untätig war. Die Unterstützung hätten Sie damals ja auch geben können, wenn Sie zugestimmt hätten. Dass die betroffenen Kommunen eine geeignete und meinetwegen auch besondere Unterstützung bekommen sollen, ist dabei ja Konsens und vielfach auch schon Status quo.

Und eine letzte Fragerunde sei mir dann noch gestattet, weil es so oft aus Ihren Begründungen nicht hervorgeht. Es gelingt Ihnen ja oft, dann in der Aussprache noch Dinge hineinzuzinterpretieren, die einem nicht sofort ins Auge gesprungen sind.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Aber ich frage mich, wie wollen Sie mithilfe eines Konzeptes oder einer Strategie der Landesregierung an dieser Situation etwas ändern. Der Immobilienmarkt ist gerade im ländlichen Raum kaum in der Lage, notwendige Investitionen zu befördern, und gerade Sie von der FDP, Sie sind doch sonst immer Gralshüter freier Marktkräfte.

(Toralf Schnur, FDP: Das unterscheidet uns.)

Wenn wir jetzt jedem einzelnen Eigentümer, ich verwende jetzt den Begriff „Eigentümer“ noch mal ganz bewusst,

wenn wir jetzt jedem einzelnen Eigentümer von vornherein fiskalische Unterstützung in Aussicht stellen, ist das denn nach Ihrer Meinung in jedem Fall in Ordnung? Was, wenn ein solches Angebot da wäre, dies aber nicht greift?

(Hans Kreher, FDP: Denken Sie mal nach, wie das bei den militärischen Flächen war!
Bei den militärischen Flächen haben wir das doch auch hingekriegt.)

Das war ein großes Konzept ...

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Nein, nein, nein, natürlich nicht, weil es in diesem Fall ja nicht greift. Wir haben es mehrfach vorgetragen bekommen und ich bin der gleichen Meinung, das ist auch die Meinung der CDU-Fraktion, dass in diesem Falle eben die Landesregierung eigentlich nicht der richtige Partner ist, um das zu bewegen.

(Michael Roolf, FDP: Nein. –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Man kann unterstützen, man kann anregen, man kann natürlich auch solche Runden starten, wie Herr Minister das eben vorgeschlagen hat und sicherlich auch tun wird, so kennen wir ihn, aber ...

(Michael Roolf, FDP: Aber er ist so einsam, der Minister.)

Nein, er ist nicht einsam. Wir unterstützen ihn ja ganz kräftig hier.

(Minister Volker Schlotmann: Keine Sorge. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Also, die Unterstützung haben wir im November 2008 sehr einvernehmlich hier gegeben. Wenn Sie nicht dabei waren, jetzt feststellen, Sie hätten gern dabei sein wollen, dann ist das Ihre Sache.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Michael Roolf, FDP: Herr Schnur erklärt Ihnen das noch mal.)

Ich frage Sie abschließend: Wie weit wollen Sie gehen bei nonfiskalischen Lösungen? Machen Sie doch ein einziges Mal einen konkreten Vorschlag, welches Gesetz, welche Zuständigkeit, welches Geld. Und vor allen Dingen: Was ist an dem, was Sie vorschlagen und konzeptionell erarbeiten wollen, neu daran, was es nicht bereits in Gesprächen, Konzepten oder Planungen vor Ort oder an fiskalischen und nonfiskalischen Instrumenten gäbe? Das aufzuschreiben, macht eine gewisse Mühe. Geben Sie sich mal diese Mühe, dann klappt es vielleicht auch mit einer Zustimmung aus unseren Fraktionen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP:
Da kann man nur lachen.)

Und auch wenn ich natürlich wieder eine gewisse Popularität in Ihrem Antrag erkenne, werden wir ihn aus umfassend beschriebenen Gründen ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Stein.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Schnur. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt schade, dass meine Stimme weg ist. Nun gut, ich will mal auf den letzten Beitrag etwas eingehen.

Sehr geehrter Herr Stein, wir haben Ihren Antrag von damals aus dem November abgelehnt, weil es dort um die Flächen ging, die nicht im Eigentum der Bahn sind, und bei unserem Antrag geht es um die Flächen der Bahn.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Genau.)

Das ist ein erheblicher Unterschied. Aber das ist eben das, wenn man unsere Anträge nicht liest. Wir tun das mit Ihnen. Nur das Problem, was Sie da beschreiben, das will ich dann an der Stelle auch noch mal deutlich machen. Sie kritisieren hier immer fortwährend, dass wir eine Strategie fordern. Ich will Ihnen das auch deutlich noch mal sagen. Die Kommunen haben durchaus ein Interesse daran, Unterstützung im Zusammenhang mit den Konversionsflächen zu bekommen. Herr Schulte hat das auch gesagt und der Minister auch. Ich denke, an der Stelle sollten auch wir unterstützend tätig werden.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Wir reden immerhin über, ich sage mal, bestimmt 80 Prozent ehrenamtliche Bürgermeister, die im Grunde genommen, wenn sie denn Bahnflächen bei sich haben, in diesem Zusammenhang betroffen sind und das im Rahmen des Ehrenamtes machen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und Sie haben es ja gesagt, Sie haben in Ihrer beruflichen Tätigkeit damit zu tun gehabt und können sich nur ansatzweise vorstellen, welche Probleme es damit gab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Hans Kreher, FDP: Genau –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wie soll ein ehrenamtlicher Bürgermeister dieses Problem auch nur ansatzweise lösen? Das halte ich für außerordentlich schwierig.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Von daher, sage ich, ist es natürlich notwendig, wenn wir mit der strategischen Maßnahme unsere Kommunen unterstützen und damit auch das Ehrenamt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und lassen Sie mich an der Stelle noch auf etwas eingehen. Wir haben natürlich das Problem, dass die Bahn und die entsprechenden Institutionen eine ganze Zeit benötigen, um überhaupt den Prozess der Entwidmung, Sie haben es Entbehrlichkeitsprüfung genannt, umzusetzen. So, ich kann Ihnen das noch mal sagen, das ist im Wahlkreis von Herrn Ringguth die Bahnstrecke Röbel Richtung Ganzlin oder wo das hingeht. Das sind 30 Kilometer. Da sitzt man schon seit sieben Jahren, ja, seit sieben Jahren, wegen einer Strecke, wo nicht ein einziger Zug langfährt, wo alle planen wollen, dass dort ein Radweg hinkommt. Seit sieben Jahren versucht man, das hinzubekommen, und nur, weil die Bahn es nicht hinbekommt, einen unterschriebenen Zettel an das Amt zu schicken,

bekommt man diese Strecke nicht zum Radweg. Das kann doch nicht sein!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Raimund Frank Bormann, NPD:
Das ist doch gut so.)

Und da sage ich an der Stelle, wenn wir als Landtag mithilfe der Landesregierung eine Möglichkeit finden, dass vielleicht, ich sage mal, bei der Bundesbahn irgendwie der Prozess der Bearbeitung etwas beschleunigt wird, aufgrund dessen, dass man dem ein bisschen mehr Nachdruck verleiht, dann kann es doch nur richtig und gut sein für unsere Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Da kann man doch jetzt nicht mit irgendwelchen faden-scheinigen Argumenten kommen und uns vorwerfen, dass wir an der Stelle, vielleicht, weil wir das Wort „Strategie“ falsch verwendet haben,

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

das vielleicht nicht ganz richtig gemacht haben. Wie gesagt, ich habe selber das Schreiben von diesem Eisenbahn-Bundesamt bekommen, dass sie, jetzt lassen Sie mich lügen, ich glaube, das ist in zwei Monaten, diese Strecke jetzt nun endlich wieder für den Betrieb freigegeben haben und einer Entwidmung, wie von den Gemeinden oder von dem Amt Röbel damals beantragt, noch nicht stattgegeben haben. Da stellt man sich doch Fragen, wie das nach sieben Jahren sein kann. Da sage ich ganz offen, und deswegen bitte ich Sie auch noch mal, deutlich darüber nachzudenken, natürlich nehme ich das mit ein bisschen Genugtuung auf, dass der Minister eine Runde machen will, bei der er die entsprechenden Beteiligten zusammenholt. Wenn das hier in diesem Zusammenhang vom Landtag nicht gefordert ist, dann kann man das, wie gesagt, nur bedauern. Ich hätte mich gefreut, und das will ich auch offen sagen, wenn es im Interesse der Kommunen, und das sollte man dann eigentlich auch mal mitnehmen, im Interesse der Kommunen

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na ja. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh,
im Interesse der Kommunen!)

hier eine strategische und auch eine Unterstützung seitens des Landtags für unsere Bürgermeister gibt. Ich bitte Sie daher auch ganz vehement um Unterstützung unseres Antrags. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Verkehrsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Schlotmann.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Minister Volker Schlotmann: Also, Kollege Schnur ...

(Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! –
Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin, erst mal!)

Mit der hab ich das schon besprochen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der FDP und NPD –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also, sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Kollege Schnur! Ihr Beitrag hat mich so betroffen gemacht, dass ich das glatt übersehen hatte mit der Präsidentin.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der FDP – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Also was mich wirklich ärgert, ist so ein bisschen, die FDP ist ja nun nicht der Robin Hood der Kommunen.

(Toralf Schnur, FDP: Im Moment schon. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie unterstellen mit Ihren Beiträgen hier,

(Reinhard Dankert, SPD:
Sie sind ganz stark vor Ort.)

als wenn wir, wir alle hier die Interessen der Kommunen überhaupt nicht im Blick hätten. Das ist ja Nonsens. Sie mögen ja stark vor Ort sein, aber die Prozentzahlen, das ist immer die Betrachtungsweise, von wo auch immer.

(Michael Roolf, FDP: Wir nähern uns an. –
Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Also, lieber Kollege Kreher, Ihr Interessiertsein habe ich ja jetzt schon wieder wahrgenommen. Aber an einer Stelle, da kann man wirklich sauer werden. Die Kommunen werden doch an der Stelle überhaupt nicht allein gelassen. Also gerade das Beispiel Bad Kleinen, ja, das Beispiel Bad Kleinen: Sie haben das Ergebnis, das Sie haben möchten, noch nicht. Aber allein gelassen – wenn wir mal im Haus auflisten würden, wer mit Ihnen telefoniert, geschrieben, Sie besucht hat und, und, und, das ist ja eine Legion. Also müssen wir mal die Kirche im Dorf lassen. Sie haben Ihr Ergebnis nicht erreicht,

(Hans Kreher, FDP: Aber nur,
weil ich ständig Druck gemacht habe.)

aber nur das,

(Hans Kreher, FDP: Sie sind nicht
von alleine gekommen. Nur, weil
ich ständig Druck gemacht habe.)

aber nur das,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

aber nur das.

So, wenn die FDP ernsthaftes Interesse an einer Änderung dieser Problematik, dieser Verfahrenswege hat, dann maße ich mir an, gebe ich Ihnen mal einen guten Tipp: Sie verfügen über eine Bundestagsfraktion,

(Hans Kreher, FDP: Ja, das hab ich
auch schon gemacht. Hab ich auch
schon, das hab ich auch schon gemacht.)

beauftragen Sie die, beauftragen Sie die Mehrheiten.

(Toralf Schnur, FDP: Kommt ja ab September.
Braucht Ihr ja keine Angst zu haben.)

In der Demokratie ist das eben so.

(Hans Kreher, FDP: Mein Bundestags-
abgeordneter hat sich darum gekümmert.)

Also meine Großmutter hat mal ein kluges Sprichwort gesagt: „Wer schreit, hat Unrecht“. Ich glaube, das trifft hier auch zu. Also ändern Sie das Bundesgesetz, besorgen Sie demokratische Mehrheiten

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP)

und dann können wir uns solche Diskussionen, wo wir ja eigentlich eine gemeinsame Schnittmenge von 70 bis 80 Prozent haben,

(Gino Leonhard, FDP: Transparent.)

das möchte ich jetzt noch mal hier herausarbeiten, sparen, die können wir uns dann sparen.

Und ich sage es noch mal, vielleicht ist das vorhin bei Ihnen nicht angekommen: Ich habe aufgrund meiner Parlamentserfahrung Ihnen gesagt, dass ich vorhabe, auch unter Einbeziehung der Fraktion ein solches Gespräch einschließlich Städte- und Gemeindetag zu führen.

(Toralf Schnur, FDP:
Das ist doch in Ordnung.)

Aber ich habe auch gesagt, vielleicht nicht wörtlich, das war vielleicht ein Fehler, wir bieten natürlich jedem Bürgermeister, genauso wie Ihnen mit Bad Kleinen, jedem anderen Bürgermeister an, wenn ein konkretes Problem vor Ort auftaucht, dann kommen unsere Leute aus dem Ministerium, wir laden ein und dann diskutieren wir. Dafür brauchen wir die Unterstützung gegenüber der Bahn und ich hoffe, da sind wir uns dann wieder einig. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ums Wort gebeten hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Ringuth für die Fraktion der CDU.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
Ralf Grabow, FDP, Toralf Schnur, FDP,
und Raimund Frank Bormann, NPD)

Wolf-Dieter Ringuth, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Dass Bahnkonversion zum offensichtlich wichtigsten Thema am heutigen Tage werden könnte, hätte niemand geahnt.

(Zuruf von Michael Rooff, FDP)

Nachdem der Minister nun noch mal deutlich gemacht hat, dass die Kommunen hier wirklich nicht alleine gelassen sind, komme ich natürlich nicht umhin, auf meinen sehr geehrten Herrn Kollegen Schnur noch einmal einzugehen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Also Herr Schnur hat sich hier eben zum Retter der Kommunen gemacht. Das mutet immer irgendwie schick an. Wenn man aber zentralistisch meint, und zwar von oben her, jetzt müssten ja irgendwelche Leute irgendwas machen,

(Toralf Schnur, FDP: Begleitend.
Wir sagen immer, begleitend.)

dann sollte man eines nicht vergessen, Herr Schnur, es gibt kommunale Selbstverwaltung. Und bei der Frage, wo lassen Sie denken, wo lassen Sie denken,

(Toralf Schnur, FDP: Genau so.)

ja, da sage ich als Kommunalen, immer schön da, wo es hingehört, nämlich da, wo die Menschen ihre Dinge

selber regeln. Das müsste Ihnen irgendwo mal klar werden. Das hat mit Subsidiarität zu tun.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und jetzt will ich Ihnen mal was sagen zu Bahnliegenschaften.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP)

Wenn Sie ein Beispiel machen, mache ich Ihnen jetzt eins.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Die Gemeinde Rechlin hat vor zwei Jahren eine Bahnstrecke für 91.000 Euro gekauft, 13 Kilometer lang, hübsch,

(Toralf Schnur, FDP: Wer
war denn da Bürgermeister?)

geht von der Mecklenburgischen Seenplatte in Rechlin bis nach Mirow, in zwei Landkreisen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Wir haben das gekauft als Gemeinde für 91.000 Euro von der DB Netz. Ich darf mal sagen, nachdem wir nach zwei Jahren die eisenbahntechnische Infrastruktur nach Ausschreibung verkauft hatten, hatten wir ein Grundstück umsonst erworben.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ja, umsonst. Das ist richtig. Umsonst.)

Das haben wir nämlich sozusagen aus dem Wiederverkauf bezahlt gehabt.

Mein lieber Herr Borrmann, wenn Sie keine Ahnung haben, halten Sie doch einfach nur den Mund!

Wissen Sie, was dabei rausgekommen ist?

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ich kenne den Unterschied
zwischen umsonst und kostenlos.)

Herr Borrmann, jetzt ab Herbst fangen wir an, auf der ehemaligen Bahnanlage einen Radweg zu bauen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Hervorragend. – Toralf Schnur, FDP:
Das ist doch in Ordnung.)

So, und wir haben sogar noch so viel Geld übrig behalten, dass wir die Kofinanzierung hinkriegen. Man muss sich bewegen, man muss was machen

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und man muss nicht immer nur nach oben gucken.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Man muss
das auch mal beweisen, Herr Ringuth. –
Toralf Schnur, FDP: Aber nicht jede
Kommune hat Landtagsabgeordnete.)

Die Zeiten sind vorbei und ich will Ihnen einfach sagen, bedenken Sie immer, kommunale Selbstverwaltung heißt anpacken. Und wenn man wirklich nicht alleine klar kommt, geht man irgendwohin und fragt.

(Udo Pastörs, NPD: Erst müssen doch mal
die juristischen Grundlagen vorhanden sein.)

Aber Sie müssen nicht von oben alles steuern wollen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Das hat mit FDP nichts zu tun und das sollten Sie irgendwann einmal lernen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ringguth.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2612. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2612 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Arbeit der Klassenleiterinnen und Klassenleiter in allen Klassen und in allen Schularten weiterentwickeln, Drucksache 5/2625. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2646 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Arbeit der Klassenleiterinnen und
Klassenleiter in allen Klassen und
in allen Schularten weiterentwickeln
– Drucksache 5/2625 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/2646 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In unserer Schulzeit sind wir vielen begegnet. Wenn es darum geht, sich an ihre Namen zu erinnern, dann fällt dies oft schwer. Es sind eben viele, die in dieser Zeit unseren Weg gekreuzt haben. Wird man dann gefragt, ist es meist so, dass uns nicht immer die Namen unserer Klassenkameradinnen und Klassenkameraden auf Anhieb einfallen. Bei Lehrerinnen und Lehrern sind es vor allem die, die uns besonders gefördert haben, aber bei den Klassenleiterinnen oder Klassenleitern sind uns die Namen und die Gesichter auch nach Jahren noch präsent.

Die Tätigkeit als Klassenleiterin oder Klassenleiter verändert sich unter gegenwärtigen Bedingungen permanent. Sie ändert sich, weil gesellschaftliche Rahmenbedingungen einem permanenten Wandel unterliegen. Kinder und ihre Eltern sind anders als vor 20 Jahren. Neue, teilweise ungewohnte Anforderungen und auch Zwänge sind zu bewältigen. Anschauungen, Motivationen und Werte haben sich verändert und Ansprüche an die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mädchen und Jungen steigen kontinuierlich.

Die stetige Beschleunigung dieser Veränderung wird auch im Bildungssystem immer mehr zu einer Herausforderung, der vor allem auch die Klassenleiterinnen und Klassenleiter entsprechen müssen, die vieles mit ihrem persönlichen Engagement kompensieren. Aber allein persönliches Engagement reicht dafür nicht mehr

aus und aus unserer Sicht ist verantwortliche Bildungspolitik gefordert, die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Klassenleiterinnen und Klassenleitern zu verbessern, die diese verantwortungsvolle Arbeit unterstützen und erleichtern. Dazu gehören aus der Sicht meiner Fraktion im Kern zwei Dinge: erstens die Zeit für die Vor- und Nachbereitung dieser anspruchsvollen Tätigkeit und zweitens eine aktuelle und zeitgemäße Weiterbildung von Klassenleiterinnen und Klassenleitern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Antrag zielt hier auf Verbesserungen ab. Gegenwärtig gibt es eine Klassenleiterstunde gemäß Stundentafel nur für die Klassenstufen 5 bis 9 an den Regionalen Schulen und Gesamtschulen pro Schulwoche. Für die Grundschulen, für die Förderschulen und die 10. Klassen an allen Schulen gibt es sie nicht, ebenso wenig für die gymnasiale Oberstufe und an den beruflichen Schulen. Es gibt keine bezahlten Zeiten für die Vor- und Nachbereitung der Aufgaben, die mit dieser Funktion verbunden sind, und es gibt auch keine Abminderungsstunden.

Mit der 5. Änderung des Schulgesetzes, ich will daran erinnern, haben wir zum Schuljahr 2001/2002 erstmals seit 1990 Klassenleiterstunden für die Klassenstufen 5 bis 9 eingeführt. Bevor Sie mir jetzt Populismus vorwerfen, will ich zugestehen, dass die Finanzmittel für alle anderen Klassenstufen und Schularten damals nicht gereicht haben, denn neben den Klassenleiterstunden wurde die Stundentafel für einzelne Fächer zusätzlich in der Summe um 15 Stunden erhöht.

Nun allerdings hat die Landesregierung angekündigt, im Rahmen der Eckwerte zum Doppelhaushalt in den Jahren 2010 6,5 Millionen und im Jahre 2011 15 Millionen zusätzlich für den Bildungsbereich in den Doppelhaushalt einzustellen. Wir meinen, dass jetzt die Arbeitsbedingungen für die Klassenleiterinnen und Klassenleiter zu verbessern und auch die Möglichkeiten der Weiterbildung und des Erfahrungsaustausches zu schaffen sind.

Die Heterogenität der Klassen, zunehmende soziale Probleme, die Tendenzen zur Individualisierung der Gesellschaft sind nur einige Belege für die sich verändernden Bedingungen. Besonders die Klassenleiterinnen und Klassenleiter müssen sich diesen neuen Anforderungen stellen. Sie haben den intensivsten Bezugsrahmen zu den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern, als bei den Lehrkräften ansonsten üblich. Sie sind häufig auf sich allein gestellt und müssen unmittelbare Entscheidungen treffen. Mit funktionsbezogenen Weiterbildungen könnten sie aus unserer Sicht nachhaltig unterstützt werden.

Und auch mit der Einführung der Selbstständigen Schule zum nächsten Schuljahr gibt es neue zusätzliche pädagogische und organisatorische Aufgaben, gerade für diese Klassenleiterinnen und Klassenleiter. Ich nenne hier nur exemplarisch die Koordinierung der Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens, die Erarbeitung und Abarbeitung der individuellen Förderpläne, die Einführung des produktiven Lernens, die Integration von Schülerinnen und Schülern nach einem Schulwechsel, die Beratung der Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule, die Umsetzung der Anforderungen des Schulprogramms, die Anforderungen, die mit dem Wettbewerb um jede Schülerin und jeden Schüler durch die freie Schulwahl ab dem Jahr 2010/2011 entstehen werden.

Die Klassenleiterinnen und Klassenleiter, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind praktisch der Trans-

missionsriemen zwischen den Schülerinnen und Schülern ihrer Klasse, der Schule und den Eltern, und das alles bei Beibehaltung gegenwärtiger arbeitsvertraglicher Regelungen. Ihre Arbeit entscheidet maßgeblich, wie die schulinterne Organisation umgesetzt wird und Informationen an die richtigen Stellen kommen. Sie entscheidet aber auch darüber, wie sich Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern mit dieser Schule verbunden fühlen und sich engagieren. Klassenleiterin und Klassenleiter ist eben nicht zuerst eine Funktion, sondern zum überwiegenden Teil eine Berufung der in diesem Bereich Tätigen. Lehrkräfte, die die Arbeit als Klassenleiterin und Klassenleiter machen, sollten deshalb auch die dafür notwendige Unterstützung erhalten.

Die Ausweitung der Klassenleiterstunden auf alle Klassenstufen und Schularten schafft zunächst gleiche Bedingungen für alle. Die Abminderungsstunde wird den tatsächlichen Arbeitsaufwand nicht abdecken, aber es wäre beides für sich genommen ein Signal für eine mehr als moralische Würdigung der Arbeit als Klassenleiterin und Klassenleiter.

Am 12. Juni, meine sehr verehrten Damen und Herren, also letzte Woche am Freitag, war früher Lehrertag. Ich will deshalb die Gelegenheit nutzen, um mich an dieser Stelle bei allen Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern für die geleistete Arbeit zu bedanken. Und auch wenn jetzt wieder ein Raunen durch den Saal geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum denken wir nicht darüber nach, wieder einen Tag der Pädagoginnen und Pädagogen einzuführen?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es müsste ja nicht der 12. Juni sein. Das hat nichts mit Nostalgie zu tun.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Schöner Tag.)

Alle reden von der Steigerung des Ansehens dieses Berufsstandes. Dieses wäre eben auch eine Möglichkeit, es zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte um die Zustimmung zum Antrag meiner Fraktion, die Arbeit betreffend der Klassenleiterinnen und Klassenleiter besser zu würdigen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Schwesig in Vertretung für den Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Das Schuljahr neigt sich dem Ende, die letzten Prüfungen werden abgelegt, die Lehrkräfte schreiben fleißig Zeugnisse und die Urlaubsplanungen in den Familien sind fast abgeschlossen. Nur noch vier Wochen, dann beginnen für die Schülerinnen und Schüler die wohlverdienten Sommerferien. Von ihnen denkt erst einmal noch niemand an das kommende Schuljahr. Dabei läutet das kommende Schuljahr einen Paradig-

menwechsel in der Bildungspolitik des Landes ein. Dafür hat der Bildungsminister seit seinem Amtsantritt geworben.

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Bei den zunehmend steigenden europäischen und internationalen Anforderungen und Bedingungen ist es wichtiger denn je zuvor, dass das Land die entscheidenden Weichen stellt, damit die Kinder und Jugendlichen beste Bildungschancen haben. Im Januar haben Sie mit Ihrer Zustimmung zur Novellierung des Schulgesetzes mehrheitlich den Kurs des Bildungsministers unterstützt und damit den Weg frei gemacht für die Selbstständige Schule. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungsministeriums arbeiten nun daran, dass mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 dieses neue Gesetz reibungslos realisiert werden kann.

Mit wesentlichen Änderungen im neuen Schulgesetz wollen wir deutschlandweit zu den Besten zählen. Stärkung der Eigenverantwortung und Erziehungsfunktion von Schule, Verbesserung der Berufswahlvorbereitung und Maßnahmen zur Verbesserung der Verknüpfung von Schule und Berufsausbildung, all dies ist gerade für ein Flächenland von besonderer Bedeutung. Denn zu einem familienfreundlichen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gehört, dass wir mit einer fortschrittlichen Bildungspolitik und einer innovativen Schullandschaft gerade die Familien und vor allem die Kinder erreichen. Und da ich gerade von Erreichen spreche – von den Regelungen im neuen Schulgesetz profitieren 96 Schulen. Es hat davor noch kein Schuljahr gegeben, in dem alle Beteiligten so gute Lösungen für den Erhalt von Schulen gefunden haben. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

Das haben auch die 20 Modellschulen bewiesen, die drei Jahre lang nach dem Vorbild einer Selbstständigen Schule gearbeitet haben. Aus ihren Erfahrungen ist im Bildungsministerium ein landesweites Konzept erarbeitet worden, das im Zuge des Gesetzesverfahrens von mehr als 600 Schulleitern und deren Kollegien, von Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen auf Herz und Nieren geprüft wurde.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Und
für viel zu leicht befunden wurde.)

Herausgekommen ist ein Schulgesetz, mit dem endlich wieder der Schüler beziehungsweise die Schülerin im Mittelpunkt steht. Der Schüler, die Schülerin – es geht nicht mehr um Schulformen oder Struktur, sondern es geht um Inhalte, es geht um die Unterrichtsinhalte und um die Frage, wie jeder einzelne Schüler beziehungsweise jede einzelne Schülerin im Land individuell nach seinen beziehungsweise ihren Talenten gefördert werden kann.

In der Schulgesetznovelle wird der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, der durch jede Lehrerin und jeden Lehrer umgesetzt werden soll, umfassend beschrieben. Neben der ganzheitlichen Wissensvermittlung sind die Lehrkräfte stärker als bisher für die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers verantwortlich. Es gilt, Stärken zu entdecken, Begabungen zu fördern, Lernkompetenzen zu entwickeln und Lernschwächen in Lernfortschritte umzuwandeln.

Schon allein diese Aufgaben stellen an jede Kollegin und an jeden Kollegen hohe Ansprüche, die man nur bewältigen kann, wenn man mit Leidenschaft Lehrer bezie-

hungsweise Lehrerin ist. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die die Funktion einer Klassenleiterin oder eines Klassenleiters wahrnehmen, haben darüber hinaus eine besondere Funktion bei der Bewältigung des Schulalltages. So sind es die Klassenleiterinnen und Klassenleiter, die den Bildungs- und Erziehungsprozess in ihrer Klasse organisieren und zum Beispiel gewissenhaft dafür Sorge tragen, dass die Klasse pünktlich und umfassend über alle sie betreffenden Angelegenheiten informiert wird. Es sind die Klassenleiterinnen und Klassenleiter, die die Klassengemeinschaft unterstützen, die die fachliche und pädagogische Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer ihrer Klassen zum Wohle der Schülerinnen und Schüler fördern und die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten pflegen.

Damit aber nicht genug. Für viele Kinder sind die Klassenleiterinnen und Klassenleiter neben den Eltern die wichtigsten Vertrauenspersonen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

Für unsere Kinder sind sie eine verlässliche Bezugsperson, die aufmerksam zuhört, Rat gibt und auch manchmal Trost spendet. Ein Klassenleiter wirkt eben manchmal auch als Elternersatz.

Wir schätzen diese Arbeit hoch ein und haben auch hier Prioritäten gesetzt. In der Verordnung über die Kontingentsstundentafel in den Allgemeinbildenden Schulen, die ebenfalls wie das Schulgesetz zum neuen Schuljahr in Kraft tritt, ist für die Jahrgangsstufen 5 und 6 der Orientierungsstufe und die Jahrgangsstufen 7 bis 9 der Regionalen Schule und der integrierten Gesamtschule jeweils eine Klassenstunde ausgewiesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land stellt erhebliche Ressourcen für die Bildung und Erziehung unserer jungen Menschen zur Verfügung. Diese Investitionen werden einen Vorrang unter den öffentlichen Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern behalten. Doch auch hier müssen wir Prioritäten setzen und das wichtigste Ziel der Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist die Verbesserung der Qualität von Unterricht. Dafür schaffen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen und das wird auch in erster Linie von uns erwartet. Es geht in erster Linie nicht um einzelne Gruppen, sondern bei der Schule und Unterrichtsqualität ist das gesamte Kollegium gefragt, wenn es um guten Unterricht geht.

Ich bitte Sie, in den Fokus zu nehmen, dass wir mit der Schulgesetznovelle neue Maßstäbe für die Qualitätsentwicklung an den Schulen unseres Landes setzen. Mehr Selbstständigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir regeln das Notwendige, verzichten jedoch auf zentralistische Detailvorgaben. Keiner kennt die Verhältnisse vor Ort besser als die jeweiligen Verantwortlichen in der Schule selbst. Deshalb sollen sie auch in Eigenverantwortung ihre Inhalte selbstständig gestalten können. Die Schulen können damit spezifischer und flexibler auf ihre konkreten Bedingungen sowie auf veränderte Ziele reagieren.

Stärker als bisher rückt die bedarfsgerechte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt. In der Selbstständigen Schule sprechen wir bewusst nicht mehr von Klassen im ursprünglichen Sinn, sondern mit Blick auf die individuelle Förderung eines jeden einzelnen Schülers und jeder Schülerin von Lerngruppen, ja, sogar von jahrgangsstufenübergreifendem Lernen. Es ist die Chance einer jeden Schule, Schwerpunkte in ihrer Entwicklung zu setzen, wie zum Beispiel

im mathematisch-naturwissenschaftlichen, künstlerisch-musischen oder sportlichen Bereich oder auch bei der Gestaltung des Unterrichts.

Widerspiegeln wird sich das in jedem einzelnen Schulprogramm. An die Stelle der klassenbezogenen Lehrerwochenstundenzuweisungen tritt grundsätzlich eine schülerbezogene Zuweisung. Der nun verfügbare Stundenpool bildet den Rahmen, innerhalb dessen die Schulen eigenverantwortlich planen und entscheiden können. Jede Einzelschule wird die Bildung von Klassen und Lerngruppen entsprechend den pädagogischen Erfordernissen festlegen und die Zusatzbedarfe verteilen können.

Auch die Vergabe von Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden erfolgt zukünftig ohne organisatorische Vorgaben. So kann jede Schule ganz individuell auf die besonderen Bedürfnisse eingehen und eigene Prämissen setzen.

Diese neuen Bedingungen erfordern natürlich eine entsprechende Vorbereitung und Begleitung. Das Bildungsministerium begann deshalb, umfassende Unterstützungssysteme zu implementieren und ein bis hierher noch nie da gewesenes umfangreiches Fort- und Weiterbildungsprogramm zu etablieren. Dazu gehören unter anderem Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die Schulleiterinnen und -leiter in die Lage versetzen, eine Schule managen und führen zu können. Dazu zählen Fortbildungsmaßnahmen zur Diagnostik und zur direkten Verbesserung des Unterrichts im Bereich der Lesekompetenz, der mathematischen Kompetenz und im Bereich der Lernstörung durch Schulung und Einsatz von Lehrkräften. Wir bieten des Weiteren Maßnahmen für Lehrkräfte zur direkten Verbesserung des Unterrichts, im Bereich der Weiterentwicklung der Fach- und Methodenkompetenz zur Förderung sowohl leistungsstarker als auch leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus haben wir 50 Lehrerinnen und Lehrer zu Unterrichtsberatern weitergebildet, die bereits seit einem Jahr mit großem Erfolg tätig sind.

In Vorbereitung des neuen Schuljahres hat das Bildungsministerium außerdem die notwendigen untergesetzlichen Vorschriften geändert. Die erste Staffel ist bereits veröffentlicht, die zweite soll rechtzeitig zum Schuljahresbeginn erscheinen. Ohne diese entsprechend intensive Vorarbeit aller für und in der Selbstständigen Schule Tätigen wäre die Umsetzung dessen, was wir uns vorgenommen haben, nicht möglich.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich sprach am Anfang der Rede von dem neuen Schuljahr und damit möchte ich auch enden. Die Einführung der Selbstständigen Schule erfordert Lehrkräfte, die den gestiegenen Ansprüchen gerecht werden. Mit dem Unterstützungssystem des Bildungsministeriums will die Landesregierung gewährleisten, dass diese Ansprüche auch erfüllt werden können. Darüber hinaus hat der Bildungsminister bereits im November 2008 ein Junglehrerprogramm gefordert. Diesen Vorschlag hat die Landesregierung aufgegriffen. Die geplante verstärkte Einstellung junger, kompetenter, motivierter und gut ausgebildeter Lehrkräfte im Rahmen eines Junglehrerprogramms wird die Innovationskraft der Schulen nachhaltig unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben unsere Prioritäten gesetzt und stellen uns den neuen Herausforderungen. Am Ende sind die Schülerin-

nen und Schüler die Gewinner dieses Prozesses, und nur darum geht es, wenn wir Bilanz ziehen. Der Erfolg dieses Konzepts wird ausschließlich daran gemessen, wie es uns gelingt, gemeinsam die Qualität von Schule und Unterricht zu verbessern im Sinne unserer Kinder. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Arbeit von Lehrern als Klassenleiter ist wichtig für die Umsetzung des Bildungs- und des Erziehungsauftrages der Schule. Als Bindeglied zwischen Lehrkraft, Schülern und Eltern sind die Fähigkeiten und Anforderungen an diese Arbeit nicht zu unterschätzen. Diese Arbeit wird von uns sehr anerkannt und verdient auch meinen allerhöchsten Respekt. Da, denke ich, sind wir uns alle einig.

Seien Sie versichert, und Herr Bluhm und auch Frau Schwesig haben ja schon darauf hingewiesen, dass wir bei der Erarbeitung des Haushaltsentwurfes und in den Haushaltsberatungen für Verbesserungen und Veränderungen gerade in diesem Bereich uns einsetzen würden. Wir haben es eben zum Schluss der Rede der Ministerin gehört, vor allem 15 Millionen mehr gehen in den Bildungsbereich und das engagierte Eintreten zum Beispiel für ein Junglehrerprogramm.

Für unsere Fraktion gibt es jedoch Gründe, diesen so vorliegenden Antrag abzulehnen. Ich muss an dieser Stelle zugeben, dass ich aus pädagogischer Sicht und unter dem Aspekt der Gleichbehandlung der Schularten eine ähnliche Regelung für die Jahrgangsstufen 7 bis 9 des Gymnasiums und der Kooperativen Gesamtschulen befürworte, wie sie bereits in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 in der Regionalen Schule und der Integrierten Gesamtschule und in den Jahrgangsstufen 5 und 6 in der Orientierungsstufe vorhanden sind. Schauen Sie sich das Ganze ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Acht!
Acht, hat die Ministerin gerade vorgetragen.)

Ja, stimmt. Ja, man muss sich korrigieren dürfen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Da
komme ich noch mal drauf zurück.)

Schauen Sie sich das Ganze an, muss ich jedoch berücksichtigen, dass in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 die Bereitstellung der von Ihnen geforderten Extraklassenstunden oder Klassenstunden nur durch Kürzung der Kontingentstundentafel erfolgen kann. Dies würde aber zulasten der Stärkung des Fachunterrichts und der individuellen Förderung gehen beziehungsweise die Möglichkeiten der Profilbildung an der Schule einschränken. Dies kann nicht im Ernst unser Wille sein. Meiner ist es jedenfalls nicht.

Gleiches trifft dann auf die Jahrgangsstufe 10 der Regionalen Schule und der Integrierten Gesamtschule zu. An Gymnasien und den Kooperativen Gesamtschulen stellt die Jahrgangsstufe 10 bereits die Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe dar. In der Kontingentstundentafel sind in dieser Jahrgangsstufe 36 Gesamtwochenstunden ausgewiesen. Somit ist die zu erteilende Höchststundenzahl hier erreicht.

Ein weiterer Grund für mich, Ihren Antrag abzulehnen, ist auch die Forderung unter Punkt 3b. Sicherlich, alle hören es gern im Land und alle sind froh, wenn Sie frank und frei für die als Klassenleiter eingesetzten Lehrkräfte eine Anrechnungsstunde für die mit ihrer Funktion verbundenen zusätzlichen Aufgaben gewähren wollen. Nur verschweigen Sie bei den Erwartungen, die Sie wecken, was das kosten wird.

Da möchte ich an dieser Stelle eine Rechnung aufmachen. Wenn wir uns das Schuljahr 2008/2009 anschauen, haben wir insgesamt 8.898 Klassen gehabt. Ziehen wir dann noch einen Betrag für die Schulen in freier Trägerschaft dazu, kommen wir auf 9.319 zusätzliche Stunden und müssten uns der Realität stellen, dass so eine Maßnahme, so eine Absenkung oder so eine Extrastunde für Klassenleiter circa 22 Millionen Euro für das Schuljahr 2010/2011 kosten würde. Ich muss zugeben, da fehlt mir dann doch etwas die Fantasie. Es fehlt mir schlicht und ergreifend die Vorstellung, sehr geehrter Herr Bluhm, wo wir mal eben so 22 Millionen herholen wollen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Noch ein Grund für mich, diesen Antrag abzulehnen, ist auch Punkt 3c in der Drucksache, in dem Sie spezielle Fort- und Weiterbildungen anbieten wollen. Sie wissen ganz genau, dass sowohl im Rahmen des Modellprojekts als auch jetzt in der Phase des praktischen Arbeitens in der Selbstständigen Schule ein umfangreiches Fortbildungsangebot zu den Themenfeldern der Selbstständigen Schule gemacht wurde und gemacht wird. Zusätzlich gibt es übergreifende Fortbildungsangebote, beispielsweise Gespräche mit Eltern führen, Umgang mit Mobbing und so weiter, die sowohl regional als auch schulintern angeboten und durchgeführt werden. Dieses Angebot wird gezielt durch Befragungen in den Schulen überprüft und angepasst. Ich gehe davon aus, dass den Fortbildungsbedarfen von Klassenlehrern hiermit ausreichend entsprochen wurde. Wir werden deshalb Ihren Antrag ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der LINKEN will das Richtige, betrachtet jedoch aus unserer Sicht nur ein Teilproblem. So wichtig dies auch ist, so wichtig ist es aber auch, das Problem als Ganzes nicht aus den Augen zu verlieren. Die besonderen Leistungen von Klassenleiterinnen und Klassenleitern müssen in einem Gesamtzusammenhang von Lehrerlebensläufen gesehen werden. Es ist daher wichtig, die besonderen Aufgaben von Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern innerhalb eines ganzheitlichen Personalmanagements für Lehrpersonal zu verorten. Dabei gilt es, alle Aspekte des Lehrerberufes von der Arbeitsbelastung bis zu Leistungsanreizen mit zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, noch bestimmt das Lehrpersonal-konzept die Lebens- und Arbeitssituation der Lehrer in unserem Land. Damit kann man niemanden ins Land locken. Junge, qualifizierte Lehrer kann man nur mit der Perspektive auf leistungsgerechte Entlohn-

nung und mit optimalen Arbeitsbedingungen ins Land holen. Die vorliegenden Vorschläge der Landesregierung werden hier nicht annähernd ausreichen. Geben Sie die Schulen wirklich frei und lassen Sie eigenständige Profile entwickeln, ohne die Fesseln von Schülereinzugsbereichen und Schülermindestzahlen! Geben Sie ihnen die Möglichkeit, um die besten Lehrer zu wetteifern und um die meisten Schüler! Es geht dabei nicht so sehr um den Wettbewerb „Schneller, höher, weiter“, sondern um ein passgenaues Profil, um ein Angebot, das einer lokalen Nachfrage entgegenkommt.

Wenn Sie mit den Liberalen, meine Damen und Herren, mehr Freiheit und Dynamik in die Bildungspolitik bringen, dann, glaube ich, kommen wir schneller voran. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der dies mit berücksichtigt. Ich hoffe, dass Sie dem zustimmen können. Und wenn wir das in diesem ganzheitlichen Konzept sehen, dann könnten wir auch Ihrem Antrag zustimmen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So unscheinbar der von der Fraktion DIE LINKE eingebrachte Antrag auch auf den ersten Blick wirken mag, so verdient es dieser Antrag doch durchaus, auch mal inhaltlich abgehandelt zu werden.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist ja äußerst gnädig. – Peter Ritter, DIE LINKE: Machen Sie sich bloß keine Mühe! Das ist ja ganz was Neues. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nach dem Willen der LINKEN würdigt der Landtag die Arbeit von Klassenleiterinnen und Klassenleitern, spricht ihnen zudem seine Anerkennung und zusätzlich noch seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Bis hierhin könnte man dem Antrag folgen.

Im zweiten Teil des Antrages geht es um die angebliche Notwendigkeit, diese Tätigkeit auf alle Klassenstufen in allen Schularten auszuweiten. Ich spreche hier bewusst von der angeblichen Notwendigkeit, weil Sie hier durchaus nicht ungeschickt zwei Dinge vermengen, die getrennt zu behandeln sind. Es geht ja nicht um die Position Klassenleiterin beziehungsweise Klassenleiter an sich, sondern vielmehr um die Umwandlung einer regulären Unterrichtsstunde in eine sogenannte Klassenleiterstunde.

Es ist übrigens verwunderlich, weshalb Sie, wo Sie doch sonst so auf geschlechtsspezifische Ausgewogenheit Wert legen, hier die Bezeichnung Klassenleiterinnenstunde völlig vergessen haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt. Das ist ein echter Mangel. Da habe ich nicht aufgepasst, Herr Lüssow. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind Sie der Gleichstellungsbeauftragte Ihrer Fraktion?)

Ja, klar.

Soweit eine Klassenleiterstunde ein durchaus berechtigtes Anliegen darstellen kann und durchaus auch unsere Unterstützung finden könnte, kann man den letzten beiden Punkten Ihres Antrages nur noch schwerlich folgen. Eine zusätzliche Anrechnungsstunde hätten

Sie gerne auch noch, wo sich allerdings die Frage stellt, wofür die Klassenleiterstunde denn nun genutzt werden soll.

Als dritten Punkt fordern Sie dann noch Weiterbildungsmöglichkeiten ein, damit die Lehrkräfte diesen angeblichen neuen Anforderungen überhaupt gerecht werden können.

Was die LINKE hier für ihre Lehrerklientel einfordert, würde in der freien Wirtschaft bestenfalls Kopfschütteln hervorrufen. In der freien Wirtschaft werden ständig steigende Anforderungen an die Arbeitnehmer gestellt. Anspruch und Inhalt von Arbeitsplatzbeschreibungen werden laufend angepasst und eine gewisse Leistungsbereitschaft ist gang und gäbe.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Die unterstellen Sie den Lehrern jetzt nicht!)

Man kommt nicht umhin, Ihrem Antrag eine ganz andere Bedeutung beizumessen. Ausgehend von Ihrer eingangs so vehement eingeforderten Notwendigkeit einer Danksagung, die man im Übrigen so oder ähnlich auch Pfadfindern, Dorfpolizisten oder Schülerlotsen zukommen lassen hätte können, erinnert Ihr ganzes Anliegen von der Wortwahl her an zum Glück längst vergangene Zeiten. Und man merkt Ihrem Antragschreiber förmlich an, wie er in Wirklichkeit den Begründungstext zur Verleihung der Diesterweg-Medaille der untergegangenen DDR formuliert, zu der es bekanntlich auch gleich den Ehrentitel „Verdienter Lehrer des Volkes“ dazu gab.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die zeitliche Nähe Ihres Antrages von der Antragstellung bis hin zu seiner Behandlung am heutigen Tage erinnert zusätzlich daran, da bekanntermaßen sowohl Medaille als auch Ehrentitel in der SED-Diktatur meist am 12. Juni eines Jahres, nämlich am Tag des Lehrers verliehen wurden.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Und das war gut so.)

Wir werden Ihrem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich sehe mich in Tränen ausbrechen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Lüssow.

Das Wort hat jetzt noch mal der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass der Minister nicht da ist. Eine sehr allgemeine Rede wurde von Ihnen, Frau Ministerin, vorgetragen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der wird aber gut vertreten. Das muss ich jetzt aber sagen.)

Nur punktuell bezog sich diese tatsächlich auf den vorliegenden Antrag. Aber sei es drum, zumindest in der Bewertung der Arbeit der Klassenleiterinnen und Klassenleiter scheinen wir als Fraktion mit der Landesregierung einer Meinung zu sein. Aber dann hört es eben an den einzelnen Punkten auch schon auf.

Mit der Einführung der schülerbezogenen Stundenzuweisung, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Rahmen der Selbstständigen Schule ergeben sich

nämlich offensichtlich Probleme, wenn man draußen vor Ort mit den Lehrerinnen und Lehrern spricht, die die Wahrnehmung dieser Funktionsaufgabe als Klassenleiterin oder Klassenleiter negativ beeinflussen können. Ich sage bewusst „können“, denn die Entwicklung wird sich erst mit der Einführung der schülerbezogenen Stundenzuweisung am ersten Schultag zeigen. Die Klassenleiterstunde ist nämlich anders als bisher in die Gesamtstundenzahl eingerechnet. Sie ist Bestandteil der Gesamtkontingentsstundentafel, allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach der jetzigen Aussage des Ministers nicht mehr in der 9. Klasse, und das bedeutet doch wohl Kürzung, entgegen aller Beteuerung, dass hier nicht gekürzt wird.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

Das bedeutet aber auch, dadurch, dass sie nicht mehr als eigenständige Stundenzuweisung in der Stundentafel auftaucht, dass sie unter Umständen im Rahmen der Umsetzung der zur Verfügung stehenden Stundenvolumina der Erteilung der normalen Stundentafel zum Opfer fallen kann. Und das ist doch etwas, was sozusagen jedem, der sich damit befasst, umtreiben muss. Von daher, denke ich, ist es schon so, dass natürlich die Frage der Erteilung oder zumindest der Vorhaltung einer Klassenleiterstunde nicht nur rein theoretisch Genüge getan werden muss, sondern auch der praktischen Umsetzung eine besondere Rolle beikommt.

Nächste Bemerkung: Also natürlich geht es um hoch motivierte Lehrkräfte in diesem Land und viele von den Lehrerinnen und Lehrern in diesem Lande leisten jeden Tag eine hervorragende, angestrenzte Arbeit im Interesse von Schülerinnen und Schülern und im Interesse der Entwicklung von Qualität von Schule. Aber die meisten Lehrerinnen und Lehrer sind teilzeitbeschäftigt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Hans Kreher, FDP: Ja, genau.)

Sie sind teilzeitbeschäftigt und machen trotzdem die Arbeit als Klassenleiterin und Klassenleiter. Was erwarten Sie denn, dass ein teilzeitbeschäftigter Klassenleiter oder eine Klassenleiterin das vielleicht nur zu zwei Dritteln macht? Von dem erwarten wir natürlich, dass er die gesamte Aufgabe erfüllt,

(Hans Kreher, FDP: Das ist richtig.)

und gleichzeitig hat er sozusagen eine entsprechende Abminderung in seinem Stundendeputat, in seinem zur Verfügung stehenden Unterrichtsvolumen und in seinem Einkommen.

(Hans Kreher, FDP: Ja, richtig.)

Und von denen erwarten wir trotzdem, dass sie volle Pulle arbeiten. Also von daher, denke ich, ist es schon ein Thema, über die Frage zu reden, wie würdige ich denn die Arbeit einer Klassenleiterin oder eines Klassenleiters schon mit einer Abminderungsstunde.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und, Herr Lüssow, das hat nun nichts mit der Frage der Verordnung der Kontingentsstundentafel zu tun, denn das eine ist die Stunde in der Kontingentsstundentafel, das andere ist der Abminderungstatbestand in der Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer in diesem Lande.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es geht natürlich darum, dass die Frage aufgeworfen ist, in welcher Art und Weise denn tatsächlich, insbesondere an den kleinen Schulen in diesem Lande – an den kleinen – die Frage der Ermöglichung der Vorhaltung einer Klassenleiterstunde überhaupt umgesetzt werden kann. Und wenn Sie sich die klassische Diskussion im Bildungsausschuss vor Augen führen, dann kann ich gerne noch mal darauf zurückkommen. Das ist nämlich insbesondere bei den Klassen so, die kleiner sind als 20, wo insbesondere an solch kleinen Land-schulen die Frage steht, ob denn tatsächlich vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Stundenvolumina die normale Stundentafel überhaupt erteilt werden kann. Es bleibt schon eine Frage, ob dann nicht in diesen Stellen die Klassenleiterinnen- oder Klassenleitertätigkeit objektiv in die außerunterrichtliche Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern einfließt, was dann allerdings auch unter Umständen dem ganzen schulorganisatorischen Ablauf widerspricht. Von daher glaube ich schon, dass der vorliegende Antrag nicht vordergründig ein Lobbyantrag ist, sondern dass man ihn entsprechend den sich darstellenden objektiven Rahmenbedingungen im Moment einer Lösung zuführen könnte.

Herr Kreher, Sie haben ja recht, ich glaube schon, dass die Ergänzung der FDP-Fraktion in diesem Duktus, was die Ziffer 1 betrifft, durchaus sinnvoll ist. In Bezug auf Ziffer 3, was die Frage des Konzeptes betrifft, würden wir auch gerne der Änderung entsprechend zustimmen.

Ich möchte die Koalitionäre an dieser Stelle nur noch einmal darauf aufmerksam machen, dass mit der überzogenen Stundenzuweisung nicht das Nonplusultra erreicht wird, sondern dass mit dieser schülerbezogenen Stundenzuweisung auch in anderen Bereichen von Schule die Gestaltung des Schulalltages komplizierter wird. Und wenn wir erklären, dass die Arbeit einer Klassenleiterin und eines Klassenleiters immanent wichtig ist, überhaupt für die Umsetzung des neuen Schulgesetzes, was die Selbstständigkeit betrifft, was die Inbezugnahme auf die Schülerinnen und Schüler betrifft, dann, glaube ich, sollten wir schon darüber nachdenken, wie wir die Tätigkeit dieser Lehrerinnen und Lehrer, die in dieser Funktion arbeiten, vernünftig unterstützen können.

Meine Fraktion beantragt Einzelabstimmung der Punkte.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, wir stimmen über den Antrag der Fraktion ...

Ich bitte um einen Moment Geduld.

Meine Damen und Herren, wir mussten das noch mal beraten. Da der Änderungsantrag der Fraktion der FDP sich auf den Punkt 3 bezieht, werde ich ihn dann erst zur Abstimmung bringen.

Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2625.

Ich lasse jetzt hier über den Punkt 1 abstimmen. Wer diesem Punkt zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Punkt 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2625

bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Punkt 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Punkt 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2625 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2646. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2646 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Punkt 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2625. Wer diesem Punkt zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Punkt 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2625 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD sowie Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, interfraktionell ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 23 im Anschluss an den Zusatztagesordnungspunkt 2 aufzurufen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 28**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Erleichterte Vergaberegeln für Aufträge und Leistungen konsequent anwenden, Drucksache 5/2576.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Erleichterte Vergaberegeln für Aufträge
und Leistungen konsequent anwenden
– Drucksache 5/2576 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist in Mecklenburg-Vorpommern angekommen. Wir sind uns einig darüber, dass die Mittel aus den Konjunkturpaketen ganz schnell in den Wirtschaftskreislauf einfließen müssen. Das Gros der Mittel ist verteilt. Für den Teil, der noch aussteht, ist eine Grundgesetzänderung notwendig. Ob das zusammen mit dem Beschluss zur Schuldenbremse am vergangenen Freitag erfolgte und welche Auswirkungen das hat, wollen wir von der Landesregierung wissen.

Die Grundgesetzänderung weitet die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus. Dann können aus dem Konjunkturpaket II nicht nur Maßnahmen an kommunalen Straßen zum Lärmschutz, sondern auch zur Straßenunterhaltung gefördert werden. Es werden Investitionen in die Bildungsinfrastruktur möglich, die ohne Bezug zur energetischen Sanierung sind. Zusätzlich sind auch

sonstige Infrastruktureinrichtungen, wie beispielsweise Sport- und Kultureinrichtungen, förderfähig. Das wird im Sinne der Kommunen und der Bauwirtschaft sein, aber leider sicher auch zulasten des Klimaschutzes.

Fakt ist, das erste Halbjahr ist nun fast rum und immer noch ist kein Cent bei den Baubetrieben angekommen. Umsatz- und Auftragseinbrüche sind nicht gestoppt. Der Bauverband hat an seinem Verbandstag Ende April eingeschätzt, dass es kaum realisierbar ist, so wie geplant die Hälfte der Mittel aus dem Konjunkturpaket II in diesem Jahr abfließen zu lassen. Für viele Projekte wird gerade erst die Planung vergeben. Der Bauverband befürchtet, dass dann zum Jahresende die Ausschreibungen geballt an den Markt kommen. Das hilft der Baubranche aber wenig.

Warum? Man darf nur Angebote abgeben, wenn man auch in der Lage ist, diesen Auftrag in der vorgesehenen Bauzeit ausführen zu können. Unsere Baufirmen in Mecklenburg-Vorpommern haben überwiegend kleinteilige Strukturen. Viele von ihnen beschäftigen weniger als zehn Leute. Wenn alle Aufträge zugleich ausgeschrieben werden, wird auch gleichzeitig gebaut. Damit stehen die Baufirmen vor dem Problem, nicht alle Aufträge annehmen zu können. So paradox es auch klingen mag, so geht der Kelch womöglich wieder an den regionalen Firmen vorbei. Das darf nicht passieren. Ich kann nur hoffen, dass die Vergabestellen bei ihren Ausschreibungen auf eine zeitlich versetzte Bauzeit achten.

Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag wollen wir, dass die erleichterten Vergabemöglichkeiten konsequent genutzt werden. Wie sieht es beispielsweise bei den Vergabestellen auf Landesebene aus, dem Betrieb für Bau und Liegenschaften, kurz BBL, und den Straßenbauämtern?

Erstes Beispiel: Der BBL, Geschäftsbereich Greifswald, hat am 11. Juni eine neue Ausschreibung veröffentlicht. Für das Universitätsklinikum Greifswald wurden Außenanlagen ausgeschrieben. Es sollten rund 4.000 Quadratmeter gepflastert werden, 99 Bäume gepflanzt, Leitungsgräben gebuddelt und ein alter Weg sollte abgebrochen werden. Auf jeden Fall liegt der Auftragswert unter 1 Million Euro. Damit könnte beschränkt ausgeschrieben werden. Das heißt, regional ansässige Unternehmen könnten gezielt beteiligt werden. Aber weit gefehlt, es wird öffentlich ausgeschrieben und die Angebotsfrist endet erst am 21. Juli 2009. Dabei wäre bei Dringlichkeit eine Fristverkürzung auf zehn Kalendertage möglich gewesen.

Zweites Beispiel: Der BBL, Geschäftsbereich Rostock, hat am 6. Juni den Abriss eines ehemaligen Trafohäuschens ausgeschrieben, selbstverständlich öffentlich. Ich wage zu behaupten, dass der Auftragswert unter 100.000 Euro liegt. Damit hätte eine freihändige Vergabe, aber zumindest eine beschränkte Ausschreibung stattfinden können. Aber es bestätigt sich wieder, wer bis 30.000 Euro nicht freihändig vergibt, wird es auch bis 100.000 Euro nicht tun.

Und ein letztes Beispiel, um Ihnen das noch mal zu verdeutlichen: Im April ist die Vergaberechtsnovelle in Kraft getreten. Für mittelständische Unternehmen soll es einfacher gemacht werden, sich an großen öffentlichen Bauaufträgen zu beteiligen. Deshalb müssen bei öffentlichen Aufträgen die einzelnen Leistungen in Lose aufgeteilt und getrennt nach Art und nach Fachgebiet vergeben werden. Die Gesamtvergabe eines Auftrages ist nur noch im Ausnahmefall möglich.

Das Straßenbauamt Schwerin gab vor einigen Wochen eine öffentliche Ausschreibung bekannt. Eine alte Brücke über die Autobahn A 19 bei Zehlendorf soll abgerissen werden und ein Ersatzneubau soll erfolgen – ein großes Vorhaben, das gut geeignet ist, losweise auszu-schreiben, damit regionale mittelständische Firmen eine Chance haben, etwas vom Kuchen abzubekommen. Aber eine Aufteilung in Lose erfolgte nicht. Ausreden, dass das neue Vergaberecht noch nicht galt, kann man nicht gelten lassen:

Erstens kennen die Fachleute seit Monaten die geplanten Änderungen.

Zweitens gibt es das Mittelstandsförderungsgesetz und das schreibt vor, dass die Ausschreibung in Fach- und Teillose zu erfolgen hat.

Es muss also noch viel getan werden, damit auch alle begreifen, worum es geht. Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen im Baugewerbe. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Lück.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Frau Lück, ich weiß ja, dass es in einem parlamentarischen System Aufgabe einer Opposition ist, die Regierung zu kontrollieren – das nehme ich auch gern an –, auf Versäumnisse zu achten und diese dann möglichst öffentlichkeitswirksam der Regierung entgegenzuhalten. Aber das ist schon ein schwieriges Geschäft, wenn Sie jetzt hier versuchen, sich an zwei, drei Einzelfällen entlangzuhangeln. Ansonsten können Sie uns nämlich Versäumnisse nicht vorwerfen. Das will ich jetzt mal deutlich machen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Sie laufen schlichtweg, das will ich ganz klar sagen, mit Ihrem Antrag der Entwicklung hinterher. Sie haben da was gehört auf dem Baugewerbetag und versuchen, daraus jetzt irgendwie Honig zu saugen. Da kann ich nur sagen, das wird Ihnen nicht gelingen. Wenn Sie das wirklich vorhaben, vielleicht ändern Sie auch Ihre Meinung noch.

Ich will das auch mal an der Frage deutlich machen, wie ist das jetzt mit der Grundgesetzänderung. Ich hoffe doch, dass Sie zur Kenntnis genommen haben und wissen, dass am Freitag der Bundesrat der Grundgesetzänderung zugestimmt hat. Wie Sie richtig sagten, mit der Entscheidung zur Föderalismusreform II ist auch diese Entscheidung getroffen. Also den ersten Punkt, da kann ich Sie schon beruhigen, der ist entschieden.

Zum Zweiten wollen Sie die Landesregierung auffordern, so sagt es Ihr Antrag, alle Möglichkeiten der erleichterten Vergabe von Aufträgen und Leistungen auf Landesebene auszuschöpfen. Das hat die Landesregierung aber getan. Der neue Wertgrenzenerlass enthält die

Erleichterung für die Vergabe öffentlicher Aufträge, die das Land im Rahmen seiner Zuständigkeit regeln konnte. Auf weitere Erleichterungen bei europaweiten Vergaben ist ebenfalls im neuen Fristenerlass ausdrücklich hingewiesen. Es versteht sich natürlich von selbst, da haben Sie recht, dass das Land die Möglichkeiten ausschöpft, die schon nach den bisherigen Vergaberegeln bestehen, etwa bei der Bemessung von Angebotsfristen.

Die Landesregierung, das sagen Sie in Ihrem Antrag, soll den Kommunen außerdem empfehlen, von den Erleichterungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auch Gebrauch zu machen. Da will ich mal deutlich einen Schritt weiter gehen. Ich will das nicht nur empfehlen, ich erwarte das, dass die Kommunen davon Gebrauch machen.

Und im Übrigen: Wozu reden wir denn hier in einer Aktuellen Stunde über die Krise und die Folgen, wenn am Ende alle sagen, wir machen das so weiter und wir empfehlen mal bitte schön, dass Regelungen, die das Land als Erlass herausgegeben hat, die damit auch eine gewisse Rechtswirkung haben, am Ende angewendet werden?

Wir haben mit dem Amtsblatt vom 16. Februar den neuen Wertgrenzen- und Fristenerlass herausgegeben. Ich gehe davon aus, dass die Kommunen auch ihre Pflicht erfüllen und diese Vorschriften nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch danach handeln, zumal sie die Situation im Lande kennen. Nun will ich sagen, da ich auch weiß, wie das Leben läuft, man kann nicht ganz ausschließen, dass es kommunale Bedienstete gibt, die noch ein wenig zögern, weil sie vielleicht eine schlechte Erfahrung gemacht haben. Das will ich nicht ausschließen. Aber genau das war ja die Entscheidung, Regional-konferenzen mit dem Baugewerbeverband durchzuführen, ...

(Michael Rooff, FDP:
Bauverband! Bauverband!)

Entschuldigung, Bauverband heißt er jetzt richtig. Ja, ist richtig.

... mit dem Bauverband durchzuführen, um eben öffentlichen Auftraggebern das Anliegen noch einmal nahezubringen, aber auch, das war genauso wichtig, Beratung zu leisten. Wir haben zu diesen Konferenzen – zwei wurden in Schwerin und in Neubrandenburg durchgeführt und zwei werden am 29. Juni 2009 und 2. Juli 2009 in Greifswald und in Rostock durchgeführt – auch alle uns zur Verfügung stehenden Experten mit dabei, die dann persönlich befragt werden können, um vor Ort dafür zu sorgen, dass man nicht lange Wege hat, sondern dass man unmittelbar Fragen mit den jeweiligen Leuten klären kann.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Im Übrigen wird das auch in Anspruch genommen.

Inzwischen wissen wir übrigens auch, dass unsere Bemühungen fruchten. Jetzt halte ich mal den drei Einzelfällen, die Sie genannt haben, hier entgegen,

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir können
auch noch andere Beispiele bringen.)

da steht ja im Erlass drin, dass auf der Internetplattform des Landes die Vergabeabsicht bekannt gemacht werden sollte. Dort sind inzwischen mehr als 197 Vergabeverfahren bezeichnet. Wir stellen deutlich fest, dass diese Zahl nach dem Vergabeerlass in die Höhe

geschnellt ist und täglich neue Meldungen diesbezüglich dazukommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kommunen nach dem Wertgrenzenerlass zwar gehalten sind, über ihre Vergabeverfahren zu informieren, sie sind aber nicht verpflichtet, die Internetplattform des Landes zu nutzen. Sie können das auch auf anderem Wege machen, sodass die Zahl am Ende noch höher sein wird. Dafür spricht im Übrigen auch eine Auskunft der Auftragsberatungsstelle. Dort sind seit Jahresbeginn rund 600 Anträge auf Zubenennung von Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern eingegangen, davon rund 440 Anträge von Kommunen.

Zum Dritten will ich eine Bemerkung zur losweisen Vergabe machen, die in der Begründung Ihres Antrages angesprochen ist. Wir haben keine Kenntnis darüber, dass öffentliche Auftraggeber sozusagen generell die losweise Vergabe nicht annehmen oder diese nicht nutzen. Der Antrag erhält Ihrerseits allerdings diesbezüglich keinerlei konkrete Aussagen. Nach den einschlägigen Bestimmungen der Verdingungsordnung ist es jedenfalls so, dass eine Loseilung nur ausnahmsweise aus sachlichen Gründen unterbleiben kann. Ich gehe davon aus, dass, wenn dies im Einzelfall geschieht, auch entsprechende Gründe vorliegen. Deswegen bringt es auch wirklich nichts, jetzt hier diese Beispiele, die Sie genannt haben, in den Raum zu stellen. Da müsste man jetzt konkret wissen, warum der BBL an dieser Stelle so gehandelt hat. Ich bin gern bereit – der zuständige Minister ist nach meiner Kenntnis auch noch hier im Hause –, das im Einzelnen zu besprechen.

Drittens will ich etwas sagen zu dem BGH-Urteil, auf das sich Ihr Antrag bezieht. Gegenstand der Entscheidung bei diesem Urteil war die Frage, ob einem Unternehmer nach einem verzögerten Vergabeverfahren ein Mehrvergütungsanspruch wegen einer Bauzeitverschiebung zustehen kann. Die Frage ergab sich in einem europaweiten Vergabeverfahren. Dort hatte ein Bieter einen Nachprüfungsantrag gestellt. Die Zustellung des Antrages führte zu einem vorläufigen Zuschlagsverbot. Dieses Problem kann im Geltungsbereich des neuen Wertgrenzenerlasses so überhaupt nicht auftreten. Hier geht es nur um Aufträge unterhalb des Schwellenwertes, die also nicht europaweit vergeben werden. Zwar, das will ich schon sagen, könnte es auch hier durch einstweilige Verfügung zur Bauzeitverzögerung kommen, Versuche, eine solche Verfügung zu erlangen, haben aber nach bisherigen Erfahrungen wenig Aussicht auf Erfolg.

Das hat auch mehrere Gründe, von denen ich nur einen nennen will. Nicht die Vergabestelle, sondern gerade den antragstellenden Bieter trifft unterhalb des Schwellenwertes ein erhöhtes Haftungsrisiko. Er muss nach Aufhebung einer einstweiligen Verfügung damit rechnen, vom Auftraggeber verschuldensunabhängig auf Schadenersatz in Anspruch genommen zu werden. Die Vergabestelle kann den Zuschlag deshalb in der Regel ohne jede weitere Verzögerung wirksam erteilen.

Wenn Sie hier von einem Haftungsrisiko der öffentlichen Hand sprechen, dann verkennen Sie aber an dieser Stelle zumindest die wirklichen Verhältnisse und, was noch schlimmer ist, das wäre dann eigentlich Verunsicherung von Vergabestellen. Jetzt gehe ich mal davon aus, das wollen Sie nicht. Insofern will ich Ihnen das an dieser Stelle nur verdeutlichen.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal deutlich machen, dass alles das, was in Ihrem Antrag steht, die Landesregierung wirklich seit längerer Zeit bereits tut.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das hat die Praxis vor Ort aber nicht verändert.)

Insofern kann ich nicht erkennen, worin der eigentliche Nutzen dieses Antrages besteht. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Kollegin Lück, vielleicht ganz am Anfang zu den von Ihnen geschilderten Beispielen. Ich denke mal, sofern das zutreffend sein sollte, was Sie da vom BBL geschildert haben, muss man dem nachgehen. Ich vermute mal aus der Erfahrung, die ich selber auch mit dem BBL sammeln durfte, sowohl in der vorherigen Wahlperiode als Mitglied des Finanzausschusses als auch in dieser Wahlperiode, wo sich deswegen auch der Verkehrsausschuss damit befasst hat, gehe ich vom Grundsatz davon aus, dass es tatsächlich Einzelfälle sind. Aber dem muss man nachgehen. Das kann natürlich nicht sein, dass eine Einrichtung des Landes da möglicherweise gegen die Intention, so, wie wir das selber haben wollen, Auftragsvergaben gibt und entsprechend handelt.

Aber es geht in diesem Antrag nicht um Einzelfälle. Einzelfälle dienen ja bestenfalls dazu, das Allgemeine zu konkretisieren, und deswegen gestatten Sie mir auch, auf Ihren Antrag als solchen einzugehen und mich hier nicht mit den Beispielen im Besonderen zu beschäftigen.

Sie möchten, dass die Landesregierung aufgefordert wird, durch den Landtag alle Möglichkeiten der erleichterten Vergabe von Aufträgen und Leistungen auf Landesebene auszuschöpfen. Da stehe ich einfach auf dem Standpunkt, wenn die Landesregierung sich selber ernst nimmt, und das muss man von ihr erwarten, und wenn der Landtag sich selber ernst nimmt – davon gehe ich mal aus, dass wir das alle tun, fast alle zumindest in diesem Haus, von einigen Herren will ich jetzt nicht sprechen –,

(Udo Pastörs, NPD: Warum nicht? –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dann unterstelle ich auch, dass die Landesregierung ohnehin alle Möglichkeiten ausschöpfen wird, in ihrem Verantwortungsbereich Vergabe von Aufträgen und Leistungen so auszuschreiben oder so zu vergeben, um es korrekterweise zu sagen, dass die einheimische Wirtschaft von den erleichterten Vergabemöglichkeiten tatsächlich profitieren kann.

Und dann komme ich auch zu dem zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben, den Kommunen zu empfehlen, von den Erleichterungen bei der Vergabe von Aufträgen und Leistungen konsequent Gebrauch zu machen. Wir haben hier – und das wissen Sie auch, wir sind ja nun beide auf dem Verbandstag der Bauwirtschaft hier gewesen – die Anmerkungen, Kritik ist nicht der richtige Ausdruck, aus dem Bauverband angehört und sicherlich verinnerlicht.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das war schon Kritik.)

Wir haben natürlich hier ein grundsätzliches Problem. Wir haben das Problem, dass schon unter dem alten Wertgrenzenerlass, ich gehe jetzt mal von der 30.000-Euro-Regelung aus, der eine oder andere Sachbearbeiter vielleicht aus Hemmung von den Möglichkeiten, die er tatsächlich auszuschöpfen hat, nicht Gebrauch gemacht hat, sodass dort, wo freihändig oder wo beschränkt vergeben werden konnte, trotzdem ausgeschrieben wurde.

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Wer das bei 30.000 Euro nicht tun wollte, aus welchen Gründen auch immer, der hat natürlich auch bei 100.000 Euro ein Problem damit. Das ist aber ein Problem in den Menschen, in der Person. Da kann man sich nur bemühen, dann tatsächlich innerhalb der jeweiligen Verwaltung die Informationen und das Selbstbewusstsein der betroffenen Mitarbeiter so zu stärken, dass dann auch die Bereitschaft besteht, andere Entscheidungen zu treffen. Da ist es richtig, was Herr Minister Seidel eben ausführte, das Land führt Regionalkonferenzen durch. Vier sollen es insgesamt werden, zwei haben stattgefunden. Diese dienen gerade diesem Zweck. Ob sie damit letztendlich jeden einzelnen Mitarbeiter dazu motivieren können, dann entsprechend davon Gebrauch zu machen, das weiß ich nicht.

Ich kenne das Problem schon aus der letzten Wahlperiode mit dem vorhergehenden Wertgrenzenerlass. Ich kann mich daran erinnern, dass ich mit dem damaligen Innenminister Herrn Dr. Timm und mit Herrn Ebnet genau das gleiche Problem diskutiert habe, gerade was die Frage der freihändigen Vergabe anging. Auch damals hat dann noch mal das Land durch beide Ministerien ein entsprechendes Rundschreiben an die Kommunen geschickt und offensichtlich hat es aber immer noch den einen oder anderen gegeben, der tatsächlich Hemmungen hat. Da muss man dranbleiben und ich gehe davon aus, dass die Landesregierung, Herr Minister Seidel hat es eben deutlich gemacht, an diesem – Problem ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck – Thema dranbleibt und alles tun wird, um das durchzuführen.

Zum letzten Punkt, auf den Sie in der Einbringung Ihres Antrages zwar nicht in dem Maße eingegangen sind, möchte ich trotzdem noch einen Satz sagen oder zwei Anmerkungen dazu machen, Möglichkeiten zu prüfen, Kommunen vom Risiko für Kostensteigerung beim verzögerten Vergabeverfahren zu entlasten. Ich möchte jetzt nicht das wiederholen, was Herr Minister Seidel eben gesagt hat, aber eins, denke ich, muss man auch an dieser Stelle sagen: Das Land kann – und ich bleibe jetzt mal unterhalb der Schwellenwerte – natürlich Möglichkeiten eröffnen, zum Beispiel eine Veränderung des Wertgrenzenerlasses vorzunehmen, den Kommunen mehr Freiraum zu geben. Aber wenn es aus irgendwelchen Gründen zu Verzögerungen kommt, die innerhalb der Kommune zu verantworten sind, dann kann es nicht sein, dass die Kommune hinterher sagt, wenn sie selber diese Verzögerung zu verantworten hat: Du, liebes Land, stell uns bitte frei von den Kosten, die dann möglicherweise zusätzlich entstanden sind.

Es ist so, dass wir hier bei dem Urteil, das auch in Ihrer Begründung zitiert ist, eine ganz andere Situation hatten, dass es da tatsächlich um eine Ausschreibung oberhalb der Schwellenwerte ging mit dem entsprechenden Primärrechtsschutz, der auch dort vorhanden ist, den wir im unterschwelligen Bereich – das wissen Sie ja –

ohnehin nicht haben. Herr Minister Seidel hat auch kurz darauf hingewiesen. Das ist ohnehin eine andere Thematik, sodass sich diese Frage in dem Bereich eigentlich nicht stellt.

Und, Herr Minister, Sie haben recht, gegen eine Vergabe als nicht bezuschlagte Bieter unterhalb der Schwellenwerte anzukommen, das ist schon eine Schwierigkeit, und die Erfolgsaussichten sind relativ gering, da überhaupt etwas zu tun. Meistens reduziert es sich dann tatsächlich auf Schadensersatzansprüche, die man möglicherweise geltend machen kann.

Alles in allem, Frau Kollegin Lück, die Intention hinter Ihrem Antrag können meine Fraktion und ich persönlich auch nur teilen. Das Problem ist da in vielen Fällen nur der Ansatz, der hier gewählt worden ist, die Landesregierung aufzufordern, etwas zu tun, was sie ohnehin schon macht. Das ist in diesem konkreten Fall sicherlich nicht der richtige Weg. Was wir machen sollten – und das biete ich Ihnen und Ihrer Fraktion ganz persönlich an –, wir sollten natürlich am Ende dieses Kalenderjahres oder im Herbst nach der Sommerpause tatsächlich schauen, wie alle die Maßnahmen, die wir gemacht und in die Wege geleitet haben, erfolgreich umgesetzt worden sind. Möglicherweise gibt es dann wenigstens die Chance für das nächste Jahr, in dem einen oder anderen Bereich noch umzusteuern. Das ist dann sicherlich sinnvoller, als hier Empfehlungen an die Landesregierung auszusprechen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Roolf von der Fraktion der FDP.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der hier vorliegende Antrag der LINKEN ist eine Bestätigung der Dinge, die gemeinsam im Land erarbeitet worden sind, und es ist im Ergebnis eine Protokollierung des Willens der Beteiligten. Wir haben mit dem Bauverband gesprochen, wir haben mit den Beteiligten der Regionalkonferenzen gesprochen und der Titel der Regionalkonferenzen für die beschleunigte Auslösung öffentlicher Bauaufträge und die Veranstaltung am 03.06.2009, an dem es ein Grußwort von Herrn Minister Seidel und auch ein Grußwort von Herrn Minister Caffier gab, Einladende waren das Wirtschaftsministerium, das Innenministerium, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und die GSA ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Das wissen wir.)

Es wird positiv, Frau Lück, bleiben Sie ganz entspannt.

Alle Beteiligten sagen, ob uns das nun gefällt oder nicht, was die LINKEN hier als Antrag formuliert haben, ist genau das, was das Ergebnis der Veranstaltung gewesen ist.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Es gibt auch an den Formulierungen, so, wie sie hier stehen, gar nichts rumzumäkeln und zu ändern, denn das ist auch genau die Position des Bauverbandes. Und da verwundert mich das schon sehr, dass wir Regionalkonferenzen machen, dass wir Gespräche mit Verbänden machen, wenn wir im Ergebnis dieser Gespräche sagen, eigentlich brauchten wir die Gespräche gar nicht, denn wir machen sowieso schon alles. Dann können wir uns nämlich auch diese Gespräche und die Regionalkonferenzen sparen.

Also zusammenfassend will ich sagen, das, was hier beantragt worden ist, ist das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen. Ich habe mir extra die Arbeit gemacht, um die Einladenden noch einmal vorzutragen. Wir als Fraktion werden uns diesem Ergebnis einer solchen Regionalkonferenz, den Empfehlungen des Bauverbandes an dieser Stelle nicht verwehren und wir werden es dann beobachten und sehen, wie der Bauverband die Verweigerung der Koalition, dieses als Bekenntnis des Landtages zu sehen, betrachtet. Und es ist formuliert, dass wir uns dafür einsetzen, dass wir empfehlen und prüfen. Also es ist ganz klar und deutlich diese Willensbekundung hierin definiert. Wir werden es dann dementsprechend mit den Betroffenen zu diskutieren haben.

Ich meine, dass, wenn wir dieses heute hier beschließen, wir für die Kommunen einen guten Dienst leisten, dass die etwas haben, an dem sie sich orientieren können, und dass die etwas haben, an dem sie sich besser dran entlanghangeln können, was die Vergabe anbelangt. Unsere Fraktion wird Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Regine Lück, DIE LINKE: Sehr schön. Danke.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roof.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bauwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, das wissen wir, befindet sich in einer sehr schwierigen Wirtschaftslage und aus diesem Grund wurden seitens des Bundes natürlich die Konjunkturprogramme I und II aufgelegt.

Dennoch sind Sie, meine Damen und Herren der Linksfraktion, der Auffassung, dass weitere Maßnahmen, gerade hinsichtlich der Nutzung der Konjunkturprogramme und des Mittelabflusses, notwendig sind. Dabei ignorieren Sie, dass die Landesregierung – es wurde auch schon öfter ausgeführt heute, es wiederholt sich – im Rahmen des neuen Wertgrenzenerlasses, der wiederum Bestandteil der Verwaltungsvorschrift Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen des Konjunkturpaketes II ist, Möglichkeiten zur Erleichterung von der Vergabe für öffentliche Aufträge geregelt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Herr Waldmüller,
das haben wir schon dreimal gehört.)

Ja, das ist klar, es wird sich auch nichts Neues ergeben, weil die Begründungen immer die gleichen sein werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Dieser Wertgrenzenerlass ist bereits seit dem 30. Januar 2009 in Kraft getreten. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten der Erleichterung bei der europaweiten Vergabe im Fristenerlass hervorgehoben. Es wurde da auch schon ausgeführt. Dies ist Ihnen, meine Damen und Herren von der Linksfraktion, aber auch bekannt und dennoch versuchen Sie, den Eindruck zu erwecken, dass die Landesregierung nicht alle Möglichkeiten ausschöpft, um die Mittel der Konjunkturpakete zu nutzen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Es kommt
nichts an. Das ist das Problem.)

Schon vor den Konjunkturpaketen hat die Landesregierung alle Möglichkeiten im Rahmen der Verdingungsordnung genutzt, um die Vergabefristen so kurz wie möglich zu gestalten. Dennoch bin ich der Auffassung, dass wir

bei allen Maßnahmen bedenken müssen, dass bei der öffentlichen Ausschreibung durch Kommunen Steuergelder eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung alle Möglichkeiten genutzt, um die Vergabe öffentlicher Aufträge im Interesse der Entwicklung der Baukonjunktur zügig abzuwickeln.

Meine Damen und Herren, unter Punkt 2 des Antrages wollen Sie die Landesregierung auffordern, den Kommunen zu empfehlen, von der Erleichterung bei der Vergabe von Aufträgen und Leistungen konsequent Gebrauch zu machen. Es ist meines Erachtens nicht nur die Aufgabe der Landesregierung, sondern auch die Aufgabe der Politiker, aber auch der Kommunen, sich über die Möglichkeiten von Erleichterungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Leistungen zu informieren und von diesen konsequent Gebrauch zu machen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Inwieweit hierbei eine Empfehlung von Nutzen ist, bleibt fraglich.

Auch Sie, meine Damen und Herren, wir alle stehen neben den kommunalen Spitzenverbänden, aber auch die Landesregierung steht in der Pflicht, die Kommunen zu informieren. Die Landesregierung kommt dieser Pflicht, wie bereits von Herrn Schulte und von dem Herrn Minister vorgetragen, im Rahmen der Regionalkonferenzen nach. Die entsprechenden Verwaltungsvorschriften wurden im öffentlichen Amtsblatt veröffentlicht. Weitere Möglichkeiten der Information stehen den kommunalen Vertretern im Bereich des Dienstleistungsportals zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund besteht meines Erachtens für die Landesregierung kein weiterer Handlungsbedarf.

Auf Punkt 3 haben der Herr Minister und mein Kollege Herr Schulte ausreichend hingewiesen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, da der Antrag für die Aufforderung bereits Bestandteil des Handelns der Landesregierung ist. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Lück, ich kann ja verstehen, dass Sie sich als Retter der Bauwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern profilieren möchten.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Aber Ihr Antrag, so, wie er gestellt ist, bedeutet nichts anderes, als Eulen nach Athen zu tragen.

Herr Holter, und auch Sie sitzen doch mit mir im Wirtschaftsausschuss und daher ist auch Ihnen bekannt, dass die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern recht frühzeitig die Möglichkeiten, die die Konjunkturprogramme I und II bieten, den Städten und Gemeinden zur Kenntnis gebracht hat und auch der Wirtschaftsminister Herr Seidel – und das wird Sie vielleicht wundern, dass ich das sage – in diesem Falle im Wirtschaftsausschuss wie auch hier im Parlament glaubhaft dargestellt hat, dass da in engem Kontakt und in Kooperation mit den Städten und Kommunen die Sache bereits angelauten ist.

Das Grundproblem jedoch, mein sehr geehrter Herr Holter, ist aus unserer Sicht allerdings, dass sowohl das Konjunkturprogramm I als auch II rein auf Schulden beruhen und wir von der NPD grundsätzlich größte Bedenken hegen, wenn frei respektive im vereinfachten Verfahren Aufträge vergeben werden können. Vetternwirtschaft, Vorteilsnahme, ja Korruption sind hierbei Tür und Tor geöffnet. Sie, Herr Holter, wissen doch gerade als Linker ganz genau, was der Begriff „Seilschaften“ bedeutet.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich erinnere nur an die Zeit, als Sie Arbeitsminister waren und Ihre Ehefrau in der Umlaufbahn des roten Klüngels gutes Geld verdiente.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Lassen Sie meine Frau aus dem Spiel, Herr Pastörs!
Lassen Sie meine Frau aus dem Spiel!)

Sie wissen genau, wovon ich rede, Herr Holter, und getroffene Hunde bellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist völlig falsch, Herr Pastörs.)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Pastörs, ich möchte Sie trotzdem darauf hinweisen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Lassen Sie doch mal die freie Rede zu!)

dass Sie hier nicht Familienangehörige von Abgeordneten dieses Hauses mit in diese Sache hineinziehen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Udo Pastörs, NPD: Aber wenn hier anrühige Geschäfte gemacht worden sind,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist eine Verleumdung!)

die auch in den Medien publiziert wurden, dann nehme ich mir das Recht, das hier auch zur Sprache zu bringen, Herr Präsident.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist eine
Verleumdung! Das können Sie nicht
zulassen! – Peter Ritter, DIE LINKE:
Wer hier wohl schwarze Geschäfte
gemacht hat, das ist wohl klar.)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

ich habe Sie darauf hingewiesen und Sie kommentieren mich jetzt. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Udo Pastörs, NPD: Kontrolle muss sein und diese Kontrolle, so befürchten wir von der NPD, wird, wie ich schon vorhin andeutete, wohl zu kurz kommen. Außerdem, um Ihrem Antrag ein wenig mehr Seriosität zu verpassen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Pastörs und seriös!)

wäre es erforderlich gewesen, zunächst einmal genau in Erfahrung zu bringen, was quantitativ und qualitativ im vereinfachten Verfahren vom Land und den Kommunen bedarfsorientiert – und das ist uns wichtig – bisher noch nicht ausgeschöpft wurde. Denn es kann nicht sein, dass, nur um das Volumen der Konjunkturpro-

gramme auszuschöpfen, hier sinnlose Investitionsaktivitäten ausgelöst werden sollen. Wir erinnern uns noch alle an die überdimensionierten Klärwerke und sonstige aberwitzige Investitionen, nur um die Fördertöpfe in Anspruch nehmen zu können, meine Damen und Herren.

Im Übrigen, Herr Fraktionsvorsitzender der LINKEN, geht es nach meiner Auffassung nicht in erster Linie darum, Konjunkturprogramme voll auszuschöpfen, sondern die Mittel effizient und in nachhaltige Strukturprojekte zu investieren,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

bedarfsorientiertes Denken und Handeln also.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Rote Lampe! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ihren Antrag lehnen wir als Nationalisten selbstverständlich ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Als National-
sozialisten, müssen Sie sagen, Herr Pastörs! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss einfach noch mal über die Regionalkonferenzen sprechen.

Wirtschaftsminister Seidel, Innenminister Caffier beziehungsweise sein Staatssekretär Lenz und mit ihm ein ganzer Stab von Referenten waren auf den beiden Regionalkonferenzen der Baubranche in Schwerin und in Neubrandenburg zugegen. Auch die jeweiligen Regionalvertreter des Bauverbandes, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer, Landräte, Bürgermeister waren da. Damit waren diese beiden Regionalkonferenzen ganz hochkarätig besetzt. Aber leider waren zu wenige Vertreter der Vergabestellen und der Baubetriebe dort, für die diese Konferenzen ja eigentlich gedacht waren.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Genau.)

Und das muss hier auch mal auf den Punkt gebracht werden. Die Konferenz in Neubrandenburg drohte zwei Tage vorher sogar zu platzen, weil sich kaum jemand angemeldet hatte.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Ja, so ist das mit den Fakten.)

Manche Teilnehmer/-innen erhielten erst einen Tag vor der Konferenz, manchmal sogar nur per Telefon, eine Information, dass eine Regionalkonferenz stattfindet.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja interessant.)

Da frage ich mich, wie das sein kann. Das sollte den noch kommenden beiden Konferenzen in Rostock und Greifswald doch wohl nicht passieren, sonst waren die ganze Mühe und der Aufwand umsonst.

Deutliche Worte fanden die Vertreter der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer auf diesen Konferenzen. Der Präsident der Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern und Präsidiumsmitglied des Bauverbandes Peter Diedrich stellte in Neubrandenburg fest, dass die Bauwirtschaft zum Jahresbeginn 2008 eine positive Erwartungshaltung hatte. Man

dachte, dass es endlich wieder besser wird, denn entgegen des Bundestrends hatte sich die hiesige Bauwirtschaft trotz Wirtschaftswachstums nicht erholt. Die Talfahrt ging weiter. 2008 sollte es endlich wieder bergauf gehen. Diese Hoffnungen wurden aber jäh begraben. Für 2008 ging der Umsatz noch mal um 11 Prozent zurück. Die Bauwirtschaft ist auf einem Tiefstand angelangt und es geht rapide weiter bergab. Umsatz- und Auftragseinbrüche bis zu 30 Prozent im ersten Quartal 2009 sprechen doch wohl eine deutliche Sprache, meine ich.

Herr Diedrich gab auch zu bedenken, dass auf der Insel Riems für Hunderte Millionen Euro gebaut wird, aber keine Impulse für kleine und regionale Firmen zu erkennen sind. Das muss uns doch zu denken geben.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Und Herr Diedrich stellte fest, dass die Vergabestellen, die bei Auftragssummen bis 30.000 Euro nicht freihändig vergeben haben, das auch jetzt nicht tun werden. Genau das ist doch der Punkt und deshalb reden wir hierüber. Das ist nämlich gängige Vergabepaxis. Deshalb muss den Vergabestellen der Rücken gestärkt werden, damit sie den Mut haben, erleichterte Vergaben vorzunehmen.

Frau Hintze von der IHK Neubrandenburg drang auf ein gemeinsames, unkompliziertes und pragmatisches Handeln. Sie forderte Rechtssicherheit für die Vergabestellen. Sie dürfen nicht Angst haben, nach Jahren zur Rechenschaft gezogen zu werden. Frau Hintze spielte damit auf die angekündigten Kontrollen durch die Rechnungshöfe an. Bei allem Respekt, aber diese Ankündigungen sind dann auch kontraproduktiv. Den Vergabestellen schon mal vorsichtshalber zu unterstellen, dass sie mauscheln, hilft da nicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Vergabestellen brauchen Rückhalt und die klare Ansage, dass sie die Möglichkeiten zur unkomplizierten und schnellen Vergabe voll ausschöpfen sollen. Und diese Rückendeckung kann nur die Politik geben. Die Minister, die Landräte, die Bürgermeister müssen diese Verantwortung übernehmen.

Ich will Ihnen sagen, mein Vater ist Fregattenkapitän a. D., der würde sagen: Nur ein guter Kapitän kann ein Schiff durch einen starken Sturm sicher in den Hafen bringen. Das heißt, nur wenn die erleichterte Auftragsvergabe zur Chefsache erklärt wird und die Vergabestellen endlich Dienstanweisungen in die Hand bekommen, wird sich etwas ändern, sonst ändert sich nämlich nichts. Solange selbst für die Aufträge unter 100.000 Euro mehrere Angebote eingeholt werden müssen, weil eine interne Dienstanweisung das so vorsieht,

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist gar nicht so dumm.)

werden auch die gut gemeinten Regionalkonferenzen nichts bewirken. Hier muss der Landtag ein Zeichen setzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich bitte also deshalb nochmals um Zustimmung und werbe für unseren Antrag.

Und, Herr Schulte, Sie können es mir glauben, am Thema dranbleiben ist einfach zu wenig. Sie müssen das Problem lösen und das heißt konkret handeln.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Lück.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2576. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2576 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der FDP sowie Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt 1:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Standort von Scandlines in Rostock-Warnemünde erhalten, Drucksache 5/2644.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Standort von Scandlines in
Rostock-Warnemünde erhalten
– Drucksache 5/2644 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich beim Hohen Haus, bei den Abgeordneten aller Fraktionen bedanken, dass dem Dringlichkeitsantrag stattgegeben wurde und wir hier und jetzt dieses Problem beraten können.

Wir haben heute Vormittag in der Aktuellen Stunde sehr eindringlich über die wirtschaftliche Situation auf den Werften, konkret auf den Wadan-Werften, in Mecklenburg-Vorpommern gesprochen und selbstverständlich auch über die Situation der damit verbundenen Zulieferunternehmen. Jetzt geht es uns und durch Ihre Zustimmung allen um die Zukunft des Standortes von Scandlines in Rostock-Warnemünde. Sie alle haben sicherlich wie ich auch am Ufer des Alten Stroms gestanden und die Fähren vorbeiziehen sehen. Mir geht es jetzt nicht um die Fähren, die werden sicherlich auch in Zukunft fahren, sondern mir geht es um das Gebäude, welches gegenüber zu sehen ist, nämlich den Sitz von Scandlines in Rostock. Die Fähren befördern jährlich fast 18 Millionen Passagiere, 4 Millionen Pkw und mehr als 1 Million Lkw und Trailer über die Ostsee und damit ist Scandlines eine der größten Fährreedereien Europas.

Wir alle wissen, dass Scandlines aus dänischem und mehr oder weniger deutschem Staatsbesitz über die Deutsche Bahn privatisiert wurde, das war 2007, und dafür eine Kaufsumme von 1,56 Milliarden Euro gezahlt wurde. Die neuen Besitzer sind die 3i Group, die Allianz Capital Partners GmbH und die Deutsche Seereederei GmbH. Mit dem Vertrag zur Privatisierung wurde auch eine Hauptsitz- und Beschäftigungsgarantie ausgesprochen, die sich ganz konkret auf den Standort in Rostock bezog.

Scandlines gehört zu den bedeutendsten Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und logischerweise gehört dieses Unternehmen zur maritimen Wirtschaft. Es ist neben den Werften sicherlich auch eins der wirtschaftlichen Standbeine in Rostock und strahlt wie andere große Unternehmen in die Region aus. Scandlines und die Beschäftigten in der Fährreederei, sowohl auf den

Schiffen als auch an Land, gehören zu Mecklenburg-Vorpommern, gehören zu Rostock, zu Sassnitz ebenso wie all die anderen Unternehmen und die Beschäftigten in der maritimen Wirtschaft.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bereits Anfang des Jahres gab es die ersten Informationen, dass die Zahl der Beschäftigten reduziert werden soll um 400, und es ging auch über die Medien, dass der Standort, sprich die Verwaltung, von Rostock und Sassnitz nach Puttgarden verlegt werden soll. Das hat bereits zu einer gewissen Verstimmung geführt und auch den Betriebsrat auf den Plan gerufen.

Aber auch wir, Herr Schulte, im Wirtschaftsausschuss haben uns im März zu Recht mit dieser Frage beschäftigt. Es gab damals – und das will ich hier noch einmal betonen – die Übereinkunft, dass wir das gemeinsam im Wirtschaftsausschuss ansprechen und dieses Landesthema, welches uns allen am Herzen liegt, tatsächlich auch gemeinschaftlich bearbeiten und unsere Position zum Ausdruck bringen.

Wie bei den vielen anderen Themen gibt es auch hier vielfache Ursachen. Eine Ursache für die entstandenen Probleme ist darin zu sehen, dass im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise das Frachtaufkommen um circa 25 Prozent zurückgegangen ist, aber auch das Passagieraufkommen ist gesunken. Entscheidend für die Probleme, die bei Scandlines entstanden sind, sind aber tatsächlich die Privatisierung, vielmehr die finanziellen Belastungen, die aus der Privatisierung entstanden sind. Denn, so berichtete der Betriebsrat, es ist der Kredit für den Kaufpreis auf das Unternehmen von den neuen Eigentümern umgeschuldet worden. Und so verwundert es nicht, dass das Unternehmen 2007 noch schwarze Zahlen schrieb, aber in den Jahren 2008 und jetzt auch in den ersten Monaten des Jahres 2009 mit roten Zahlen dasteht.

Das ist die konkrete Situation. Deswegen halten wir es nach der Entscheidung, nach dieser Hiobsbotschaft, die uns Ende der vergangenen Woche erreicht hat, für notwendig, dass heute der Landtag ein deutliches Signal für den Erhalt des Standortes und der damit verbundenen Arbeitsplätze ausdrückt,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

und dazu haben wir den Dringlichkeitsantrag vorgelegt mit den bekannten drei Punkten. Wir wollen, dass wir auf der einen Seite gemeinsam unsere Besorgnis zum Ausdruck bringen, und zweitens, dass wir die Landesregierung, die Bundesregierung in die Pflicht nehmen, sie dabei aber auch unterstützen, die Bemühungen fortzusetzen, dass der Standort gesichert werden kann, und zwar in der Überzeugung, dass das, was uns bei der Telekom gelungen ist in einer gemeinschaftlichen Anstrengung, auch bei Scandlines gelingen kann, wenn wir tatsächlich hier zusammenstehen und das Landesinteresse nicht nur betonen, sondern auch über politischen Druck gegenüber dem Unternehmen, aber auch gegenüber der Bundesregierung sehr deutlich machen. Die Worte von Herrn Tiefensee heute in der Presse, ja, sie geben Anlass zur Hoffnung, aber Herr Tiefensee wird sich an seinen Taten messen lassen müssen und nicht nur an den Worten, die er öffentlich verkündet. Es muss hier agiert werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es muss jetzt vor der Sommerpause ganz konkret gehandelt werden und deswegen sind harte Verhandlungen notwendig. Wir wollen nicht – ich hoffe, dass Sie das auch nicht wollen –, dass die Verlagerung des Standortes nach Puttgarden Realität wird und damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz in Mecklenburg-Vorpommern verlieren. Bekannt ist, dass in der Verwaltung in Rostock viele Frauen beschäftigt sind, alleinstehende Frauen mit Kindern, junge Frauen, aber auch ältere Frauen über 50 Jahre, und damit ist für beide Gruppen ein Umzug nach Schleswig-Holstein, nach Puttgarden ein schwieriges Unterfangen. Deswegen droht in dieser Situation für viele tatsächlich die Arbeitslosigkeit. Das kann nicht unser politischer Wille sein. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Holter.

Meine Damen und Herren, es wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Seidel. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

Minister Jürgen Seidel: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal, Herr Holter, darstellen, was die Landesregierung getan hat. Ich will allerdings gleich deutlich machen, ich glaube, darüber müssen wir nicht lange reden, dass wir im Ziel absolut einig sind, dass diese angedachte, das ist nicht richtig, nicht angedachte, sondern von Scandlines klar vorgesehene Standortverlagerung nicht hingenommen werden kann und natürlich für Mecklenburg-Vorpommern ganz schlecht ist.

Ich will auch sagen, was der eigentliche Grund nach meiner Auffassung bei der ganzen Geschichte ist. Wir haben, nachdem im Januar erste diesbezügliche Meldungen kamen – es war ja, wenn Sie sich erinnern, glaube ich, sogar ein anonymes Schreiben, das rumgeiserte, was schon darauf aufmerksam machte, dass solche Überlegungen stattfinden –, am 09.02. bereits mit dem Betriebsrat, mit Herrn Kobrow, über dieses Thema gesprochen, um uns zu vergewissern, was denn da konkret gespielt wird. Dieses Gespräch war für mich sehr aufschlussreich. Es wurde mir bestätigt, dass in der Tat Befürchtungen zumindest bestehen, dass solche Aktivitäten, wie sie auch jetzt schon hier genannt wurden, dort bestehen. Unmittelbar danach hat sich unser Verkehrsminister Herr Schlotmann an den Geschäftsführer Herrn Hassing gewandt. Ich glaube, er hat eine entsprechende Antwort bekommen, die vermutlich, ich habe sie nicht gelesen, so ein Wischiwaschi war. So ging es ja zunächst los.

Ich habe meinerseits am 11. Februar mit dem Geschäftsführer, mit Herrn Hassing, das ist der dänische Geschäftsführer, in Rostock selbst über die Dinge gesprochen. Ich habe ihm in diesem Gespräch natürlich den Standpunkt der Landesregierung zunächst klargemacht, aber dann auch Angebote unterbreitet – darüber habe ich übrigens im Wirtschaftsausschuss berichtet –, um zu erreichen, dass wir Standortsicherung betreiben können in Rostock. Ich kenne das Argument, das Gebäude dort zu verkaufen, was für meine Begriffe in der gegenwärtigen Phase auch nicht so wunderbar intelligent ist. Aber sei

es, wie es sei, das muss jeder für sich bewerten. Deswegen habe ich angeboten, dass wir helfen könnten beim Bau einer Hauptverwaltung, wir haben Möglichkeiten und könnten dies auch unterstützen.

Ja, welchen Eindruck ich dann hinterlassen habe, das will ich jetzt mal stehen lassen. Ganz offensichtlich war der nicht zu gewaltig, weil dieses wohl nicht so die Intention war. Ich habe dann meine Überlegungen in einem Schreiben an Herrn Hassing hinterhergeschickt, weil ich mir gesagt habe, du wirst das auch gleich noch mal schriftlich machen, dass man dir nicht sagen kann, du hättest dort nicht deutlich Angebote unterbreitet.

Ich will auch sagen, natürlich muss ich Verständnis haben für die Situation im Unternehmen, zunächst auch für die Maßnahmen, die getroffen werden müssen. Ich kann jetzt lange darüber klagen, was da mit dem Verkauf gelaufen ist – das kennen Sie alles, abstruse Zahlen über 1,5 Milliarden, doll in die Höhe getrieben. Das Unternehmen ist jetzt mit einem 1,1-Milliarden-Kredit belastet, was es wahrscheinlich im Falle, die Entwicklung wäre weitergelaufen wie im ersten Halbjahr letzten Jahres, auch weggesteckt hätte, das wäre wohl so, was aber jetzt natürlich bedingt durch 30-prozentiges Absinken des Frachtvolumens zu Schwierigkeiten führt.

Insofern, denke ich, muss man für die betriebswirtschaftliche Situation natürlich Verständnis haben. Aber ich habe klargemacht, dass eine Strukturanpassung nicht vorrangig nur auf Rostock runterprasseln kann, sondern dann muss es eine gerechte Verteilung von solchen Maßnahmen geben. Dieses habe ich parallel untersetzt mit entsprechenden Schreiben an den Bundesminister Tiefensee und an den Aufsichtsratsvorsitzenden der DB AG, an Herrn Müller. Das hat man mir geraten, das wäre wohl gut. Ich bin dem Rat gefolgt. Hier habe ich darauf hingewiesen, dass ich dringendst darum bitte, dass die Auflagen aus dem Kaufvertrag, nämlich Sicherung des Standortes Rostock und keine betriebsbedingten Kündigungen zumindest bis 2010, jetzt auch eingefordert werden.

Ich habe hier auch entsprechende Antworten bekommen, ein Schreiben des damaligen Vorstandsvorsitzenden Mehdorn. Das war etwas ausweichend, wir wissen nicht so richtig und wenn da Probleme entstehen, werden wir uns kümmern. Deswegen, wie gesagt, hatte ich mich parallel auch an den Minister gewandt, weil ich mir dachte, es wäre besser, wenn wir auch die aufsichtsführende Stelle diesbezüglich mit in die Pflicht nehmen. Es gibt im Übrigen auch, das ist mir zugegangen, ein Schreiben von Mehdorn in seiner Amtszeit, wo er sagt, er wird auf die Einhaltung der Garantien hinwirken. Also er hat dem Bundesverkehrsminister deutlich gemacht, er wird sich dort einsetzen für die Einhaltung der entsprechenden Garantien.

Ich will Sie auch gar nicht in Unkenntnis lassen, parallel dazu hat es Bemühungen gegeben über den Aufsichtsrat bei Scandlines. Dort habe ich ein Angebot bekommen von der Deutschen Seereederei, die im Aufsichtsrat auch anteilig Gesellschafter ist. Allerdings muss ich sagen, hier geht es um einen Neukauf oder eine Neuverteilung der Anteile, wo am Ende eine Zahl steht, die mich doch hat etwas erschrecken lassen, nämlich 900 Millionen Euro, die man bräuchte. Auch da haben wir zumindest den Versuch unternommen, Gesprächsebenen herzustellen mit der Bundesregierung in Richtung des sogenannten Deutschlandfonds. Man kann es ja mal versuchen. Aber das klemmt im Moment daran,

dass keine Bank bereit ist, hier zu finanzieren, was man dann vielleicht über den Fonds verbürgen könnte, wie auch immer. Das ist zumindest der gegenwärtige Stand der Dinge.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe nach dem Wechsel des Vorstandes mich erneut an den heutigen Vorstand, an Herrn Grube, gewandt und darauf hingewiesen, dass wir immer noch darauf warten, was denn nun der konkrete Einfluss der Bahn in diesem Bereich ist. Ich habe mich auch in einem persönlichen Gespräch – das konnte ich in Waren realisieren, dort war der Bundesminister Tiefensee – sehr dafür eingesetzt, dass man wenigstens auch mal dem Unternehmen Scandlines deutlich machen muss, dass dies vonseiten der Bundesregierung, wenn es denn so kommt, die Frage der Standortverlagerung, und das war zum Zeitpunkt März/April bereits klare Haltung des Unternehmens selbst, auch als ein unfreundlicher Akt angesehen wird. Ich glaube, allein dies zu sagen, wäre schon wirkungsvoll. Ja, der Erfolg war bisher jedenfalls ganz offensichtlich mäßig diesbezüglich.

Ich will an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass ich dann ein zweites Gespräch hatte bei mir am Tisch mit dem Unternehmen. Und da muss ich Ihnen sagen, das war insofern unerfreulich, als schlichtweg von mir erwartet wurde, dass wir mit Möglichkeiten der Arbeitsmarktförderung auch noch unterstützen sollen, dass die Standortverlagerung vonstatten geht. Ich habe der Geschäftsführung, konkret Herrn Hassing, ganz klar gesagt, dass es wohl undenkbar ist,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

dass ein Minister dieses Landes auch noch Förderung dafür leistet oder den Steuerzahler in Anspruch nimmt, so muss man es ja korrekt sagen,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

um diesen Prozess einigermaßen erträglich zu gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE –

Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, richtig. –

Udo Pastörs, NPD: Da können Sie mal sehen!)

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Geschäftsführung gesagt hat, das haben wir jetzt verstanden,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und mir einen weiteren Brief angekündigt hat. Diesen Brief habe ich mit Datum 08.06. dann auch erhalten. Nur, und das ist das Verrückte, auch dieser Brief geht noch einmal genauso, wie das Gespräch verlaufen ist, auf die Bitten ein, die mir gegenüber dort geäußert wurden, was die Fragen der arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien betrifft, um diese Geschichte wie gesagt einigermaßen erträglich zu machen. Ich werde auch diesen Brief so beantworten, dass ich es als Ungehörigkeit empfinde, zumal man gesagt hat, verstanden, wörtlich, das habe ich noch genau im Ohr. Mir genau diese Intention noch mal zu schreiben, empfinde ich wirklich als eine schwierige Art und Weise des Umgangs miteinander, auch von einem Unternehmen, das darf man auch mal sagen, was immer alle Unterstützung hier in Mecklenburg-Vorpommern erfahren hat. Da darf ich jetzt mal sagen, der Hafen wurde ausgebaut speziell für Scandlines. Das muss man so deutlich machen. Ich kann jetzt nicht die genaue Summe bezeichnen, aber es sind mit Sicherheit zweistellige Millionenbeträge, die hier eingesetzt wurden.

(Udo Pastörs, NPD: Die lachen Sie aus mit dem Brief. Das ist das Schlimme, das muss man mal sagen.)

Nun will ich deutlich sagen: Ich teile die Intention Ihres Antrages, aber ich bitte Sie jetzt einfach mal, auf die Punkte zu schauen:

Erstens. Sie sagen, wir – also der Landtag – nehmen das Ganze mit großer Besorgnis entgegen. Na ja, gut, können wir von mir aus machen. Aber das ist nun auch nicht gerade ein Riesenschritt.

Zweitens. Sie fordern uns, die Landesregierung, auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Ich habe mich bemüht, Ihnen deutlich zu machen, dass wir unsere Möglichkeiten ausgeschöpft haben.

Der dritte Punkt ist wichtig, das stimmt, dass wir klar und deutlich und mit Nachdruck den Bundesminister Tiefensee nicht nur bitten müssen, sondern wir müssen fordern, dass die Dinge auch wirklich so vollzogen werden, wie sie uns zugesagt worden sind.

Und wenn ich heute die Zeitung lese, dann bin ich einverstanden, wenn ich hier lese: „Tiefensee: Scandlines muss erhalten bleiben“. Man will sich dafür einsetzen, alles in Ordnung, wunderbar. Da kann ich nur sagen, Herr Bundesminister, machen Sie das wahr, was Sie mir geschrieben haben, was Sie offensichtlich der Presse auch gesagt haben. Ich glaube nur nicht, dass der Antrag so hilft.

Und deswegen mache ich Ihnen einen Vorschlag: Machen Sie ein Schreiben des Landtages fertig, lassen Sie die Fraktionen unterschreiben. Sie müssen die Kameraden da rechts, die sich als Kameraden immer titulieren, nicht ansprechen, denn die, glaube ich, haben nicht die Intention, dass die Wirtschaft dieses Landes vorankommt.

(Stefan Köster, NPD: Sie können auch noch Kamerad werden.)

Aber machen Sie ein Schreiben mit den Unterschriften der Fraktionen, schicken Sie das an den Bundesminister. Fordern Sie schlichtweg das ein, was uns zugesagt ist. Das, glaube ich, könnte helfen. Ich bitte um Verständnis, wenn ich das so klar und deutlich hier sage. Das wäre vielleicht ein Weg. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Kollege Holter, zunächst vielleicht mal an dieser Stelle auch meinen Dank oder meinen Respekt an Sie, dass Sie hier zu Beginn Ihrer Rede deutlich gemacht haben, dass das, was hier mit Ihrem Antrag verfolgt worden ist oder die Zielsetzung Ihres Antrages ist, über alle Grenzen der demokratischen Fraktionen hinaus in diesem Landtag seit Monaten schon gemeinsames Interesse ist,

(Udo Pastörs, NPD: Eine wichtige Feststellung. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das kann man nicht oft genug wiederholen, Herr Pastörs, dass Sie keine Rolle spielen.)

ich denke, unabhängig davon, wie Sie zu den Beschäftigten und zu den Unternehmen in diesem Land stehen. Ich glaube, dazu habe ich das Passende heute Morgen schon gesagt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, sehr treffend formuliert, Herr Schulte, sehr treffend.)

Und was für Wadan und für seine Beschäftigten gilt, das gilt auch für Scandlines.

(Udo Pastörs, NPD: Das gilt für alle.)

Ja, gut, wenn Sie das selber schon einräumen, Herr Pastörs,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

dann brauche ich das ja nicht zu wiederholen.

(Udo Pastörs, NPD: Das gilt für alles aus Ihrer Sicht. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber jetzt vielleicht mal zu denjenigen unter uns, die nicht nur hier sitzen und rumpöbeln

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dadurch Ihre Diäten absitzen wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Sie sahen doch ab auf anderen Gebieten.)

sondern die tatsächlich auch hier sind, um arbeiten zu wollen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind doch ein Absahner.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Holter, ich denke, das kann ich nun nicht nur, weil ich auch Rostocker bin und dort meinen Wahlkreis habe. Das wird sicherlich für alle Kollegen, ob CDU, FDP, SPD, Linkspartei gelten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich glaube, es wird in diesem Raum keinen geben, der nicht tatsächlich großes Interesse an dem Erhalt nicht nur des Verwaltungssitzes, des rein formalen Verwaltungssitzes hat. Ich habe gestern noch mit einem leitenden Mitarbeiter der DSR gesprochen. Der Verwaltungssitz soll zumindest formal zunächst noch in Rostock bleiben genauso wie in Kopenhagen. Nein, es geht letztendlich auch um die Beschäftigten, die dahinterstehen, unabhängig davon, wie man ...

(Udo Pastörs, NPD: Auf die Idee wären wir gar nicht gekommen, Herr Schulte.)

Können Sie nicht mal den Mund halten?! Es hört Ihnen doch eh keiner zu.

(Udo Pastörs, NPD: Das tue ich eben nicht, Herr Schulte. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber das Problem hier mit diesem Antrag ist, wir müssen uns nun nicht über Monate katholisch reden,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Na dann reden Sie doch mal protestantisch! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

indem wir regelmäßig wiederholen, dass wir mit großer Besorgnis die Entscheidung der Fährreederei zur Kenntnis nehmen. Der springende Punkt an der Angelegenheit ist folgender: Sie werden in der Vergangenheit Gespräche geführt haben, ob es der Betriebsratsvorsitzende Herr Kobrow ist, ob es Vertreter von Scandlines sind

oder von den Gesellschaftern, den Aufsichtsratsmitgliedern. Herr Seidel hat ausgiebig über seine Gespräche informiert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der eine oder andere, auch ich, in diesem Raum hat sicherlich das eine oder andere Gespräch geführt. Die Besorgnis ist bei allen da. Und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das hier in diesem Raum auch so deutlich sage: Ob wir dies hier jetzt heute noch mal erklären oder nicht ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich hole mal die Anträge raus, wo Sie und andere ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht haben.)

Gut, Herr Kollege Holter, wollen wir uns an dieser Stelle nicht darüber streiten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich bin allerdings auch ganz ehrlich: Ich halte auch nichts von dem Vorschlag von Herrn Minister Seidel,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Besorgt.)

dass jetzt hier alle Fraktionen gemeinsam einen Brief schreiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, was machen wir denn dann überhaupt?)

Der springende Punkt, Herr Kollege Ritter,

(Udo Pastörs, NPD:
Das erklärt Herr Schulte jetzt.)

ist vielleicht tatsächlich ein anderer.

(Udo Pastörs, NPD: Reden, reden, reden.)

Ich will es mal ganz deutlich sagen: Aus den Gesprächen, die ich in der letzten Zeit geführt habe,

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie kommen vor lauter Sprüngen überhaupt nicht zum Punkt.)

da bin ich ganz ehrlich, habe ich nicht allzu viel Hoffnung, dass wir konkret wirklich etwas tun können.

(Irene Müller, DIE LINKE: Aha!)

Ja, Frau Müller,

(Irene Müller, DIE LINKE: Und deswegen fangen wir gar nicht erst an.)

Frau Müller, das mag Sie ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und beim nächsten Antrag versuchen wir es auch wieder bei einem Thema, das wir gemeinsam jahrelang behandeln. Das stört mich.)

Herr Ritter, das mag Sie ja vielleicht stören. Aber sollen wir jetzt allen Ernstes zu den Beschäftigten hingehen und sagen, wir retten die Welt, und wissen ganz genau, dass heute Abend die Sonne wieder untergeht? Denn der springende Punkt ist doch der,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die geht für Sie bald unter.)

Sie und ich, wir wissen das. Und was wir sicherlich auch wissen, ich vermute es jetzt jedenfalls, ist, es gibt diese Vereinbarung zwischen der Deutschen Bahn und der dänischen Seite und den Erwerbern damals im Zusammenhang mit Scandlines, dass der Verwaltungssitz hier in Rostock-Warnemünde in dem konkreten Fall erhalten

bleiben soll. Aber wenn meine Informationen stimmen, und das unterstelle ich jetzt einfach mal, ist die Vereinbarung daraus, die Betriebsvereinbarung, die ja letztendlich dahintersteht, gleich so formuliert, dass natürlich, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten im Unternehmen bestehen, das auch hinfällig wird.

Und das Problem, Herr Minister Seidel hat darauf hingewiesen, an der Sache ist, das Unternehmen, aus welchen Gründen auch immer, darüber mag man nun diskutieren, befindet sich offenkundig in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ich bedauere es an dieser Stelle, dass alle diejenigen, und damit meine ich in erster Linie meine eigene Heimatstadt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Hansestadt Rostock, nicht an der Stelle, wo sie helfen konnten, geholfen haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber hinterher zu rufen, das Kind ist in den Brunnen gefallen, das hätte nicht passieren dürfen, das ist sicherlich auch nicht der Sinn der Sache. Ich habe gestern noch mit einer Mitarbeiterin von Herrn Minister Tiefensee gesprochen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich weiß, dass Herr Minister Tiefensee das, was er tun kann, auch im Zusammenhang mit der Deutschen Bahn, tun wird. Davon bin ich fest überzeugt, auch unabhängig davon, ob wir das heute beschließen. Nur, wollen wir mal ganz ehrlich sein: Ob dann die Deutsche Bahn daraufhin tatsächlich Einfluss auf Scandlines nehmen kann, dass die ihre betriebswirtschaftliche Entscheidung revidieren, ohne dass irgendjemand das Geld dazulegt – und die Forderung, das hat Herr Minister Seidel ja letztendlich beschrieben, können wir hier gar nicht umsetzen –, das glaube ich nun tatsächlich nicht. Was wir machen können, was wir machen sollen, ist, dass bei all den Beschäftigten, um die es möglicherweise noch geht, wo die Frage tatsächlich offen ist mit dem Unternehmen, ob die Arbeitsplätze verlegt werden oder nicht, mit dem Unternehmen Lösungen zu finden, dass die Arbeitsplätze hier in Rostock-Warnemünde, in Sassnitz sind es auch zehn Beschäftigte, zehn Arbeitsplätze, die davon betroffen sind, erhalten bleiben. Aber das wird wahrscheinlich auch alles sein. Und Sie mögen mir das jetzt persönlich übel nehmen, das kann ich dann nicht ändern, wenn man offene Worte spricht.

(Udo Pastörs, NPD: Ha, ha! Sie und offene Worte!)

Es hat in manchen Punkten dann auch keinen Sinn mehr, Erwartungen zu wecken,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

die man tatsächlich nicht, auch in keinem Fall erhalten kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Also haben Sie kein Vertrauen in
Minister Tiefensee. Das höre ich da so.)

Das hat nichts, Herr Kollege Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich, das ist doch da offensichtlich die Hemmschwelle, weil es Ihr Minister ist. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

mit Herrn Minister Tiefensee zu tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, aber ganz klar.)

Ich könnte das auch an Frau Bundeskanzlerin Merkel verweisen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, da würde Ihnen das leichter fallen. Da bin ich hundertprozentig sicher. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

denn da stehe ich auf dem Standpunkt, das Unternehmen ist groß genug, damit kann sich auch die Bundeskanzlerin beschäftigen oder vielleicht Herr von Guttenberg. Der ist ja für so was prädestiniert.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Aber der springende Punkt ist der: Ich lehne das einfach ab und das dürfen Sie mir persönlich nicht übel nehmen, oder Sie können es von mir aus übel nehmen, ich lehne es ab, Versprechungen zu geben, Erwartungshaltungen zu wecken, wo man sich nicht sicher sein kann, dass man wenigstens eine Chance hat, sie zu realisieren. Das können Sie tun, das ist Ihr gutes Recht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir erwecken keine Erwartungshaltung, wir stellen Forderungen an die Bundesregierung.)

Ich werde es nicht tun. Ich werde in dem Rahmen, in dem die Möglichkeiten bestehen, und meine Fraktion wird es sicherlich auch tun, Einfluss zu nehmen auf die Entscheidungsträger, das so tun.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Aber wir werden nicht bei den Beschäftigten den Eindruck erwecken,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass wir hier die Heilsbringer sind, die letztendlich in der Lage sind, ihre Arbeitsplätze zu retten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das steht an keiner Stelle in diesem Antrag. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn für die Entscheidung – Herr Kollege Ritter, da können Sie sich auch gerne ereifern – ist das Unternehmen zuständig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Ihre Ausreden diesmal wirklich schwach sind, Herr Kollege.)

Ich weiß das, Herr Kollege Ritter, dass es aus dem Aufsichtsrat genug Überlegungen gegeben hat, auch Versuche, entsprechende Entscheidungen zu realisieren. Offensichtlich funktioniert das nicht, aus welchen Gründen auch immer, und das muss man dann zu einem gewissen Zeitpunkt auch ehrlich konstatieren. Wir werden diesen Antrag ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sie wird es vielleicht wundern, warum ich zum Wirtschaftsthema rede,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Sie Rostocker sind. Warum sonst?!)

aber als Rostocker Abgeordneter ist das so.

Ich begrüße den Antrag der LINKEN. Wir beantragen an dieser Stelle aber Einzelabstimmung, weil wir mit einigen Punkten noch nicht einverstanden sind. Aber, Herr Schulte, ein Anliegen habe ich. Wenn wir so ehrlich zu den Leuten sind, dann soll doch endlich mal einer diesen Vertragstext offenlegen, was da drinsteht. Der wird geheim gehalten, das ist die wahre Wonne.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und sind da nun Strafzölle vereinbart oder nicht?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn das nur ein Blabla ist, dann gehört das auch zur Ehrlichkeit, den Beschäftigten zu sagen, ob da nun Vertragsstrafen geregelt sind. Sie sind Jurist. Ich gehe davon aus, man macht Verträge nicht nur, um nett mal Ja und Nein zu sagen, sondern dann müssen dort Handlungsanweisungen drin sein, dann müssen Vertragsstrafen drin sein. Die sind bis heute nicht auf den Tisch gelegt worden. In jeder Runde, an der ich teilnehme und solche Sachen frage, stehen die Sachen nicht zu Buche. Und das wäre die erste Offenheit der Mitarbeiter: Hat die Bundesregierung ihre Pflicht hier im Vertragstext vernünftig wahrgenommen oder hat sie die nicht wahrgenommen? Wenn sie die nicht wahrgenommen hat, dann muss sie sich an die Nase fassen und hier auch an der Sache mitarbeiten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

und kann sich da bitte nicht rausziehen.

Zum Sachverhalt ist hier ganz viel schon gesagt worden. Ich glaube, dazu brauche ich als Rostocker gar nichts mehr zu sagen. Ich wollte nur eins noch sagen: Nach meiner Kenntnislage hat die Hansestadt Rostock sich schon beteiligt. Ich denke an die Hafengebühren. Hier haben wir vielleicht keinen riesigen Schritt getan, aber ich bin schon zufrieden – Rostock ist ja nicht immer ganz einfach –,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist wohl wahr.)

dass es da zumindest schon mal Beschlüsse gegeben hat. Ich würde mich freuen, wenn wir endlich auch mal wüssten, was steht in diesem Vertrag. Und da würde ich es gut finden, dass wir das den Mitarbeitern dann auch sagen, denn im Augenblick wird daraus ein riesiges Geheimnis gemacht. – Danke.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch am 17. Januar dieses Jahres hat der Vorstandsvorsitzende von Scandlines bekräftigt, dass eine Verlagerung der Verwaltungszentrale von Rostock nach Puttgarden nicht in Betracht kommt. Bereits Anfang Mai wurde diese Aussage auf den Kopf gestellt. So soll der komplette Standort mit knapp 100 Mitarbeitern nach Puttgarden, nach Fehmarn verlegt und das Verwaltungshochhaus in Rostock verkauft werden. Weiterhin will Scandlines bis 2010 bis zu 400 der derzeit 2.400 Stellen streichen. Aus diesem Grund, Herr Holter hat es erwähnt, haben wir uns im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des Landtages im März mit dieser Thematik befasst und die Landesregierung hat hier ausführlich Stellung genommen, auch heute, welche Maßnahmen zur Rettung der Arbeitsplätze am Stand-

ort Rostock und zur Verhinderung der Abwanderung von Scandlines durch die Landesregierung ergriffen wurden.

Scandlines wurde 2007 privatisiert. Der Zuschlag ging seinerseits an das Konsortium, bestehend aus Fondsgesellschaft mit 40 Prozent, Allianz 40 Prozent, Deutsche Seereederei 20 Prozent. Der damalige Kaufpreis, wir haben schon darüber gesprochen, 1,56 Milliarden Euro, wurde zum überwiegenden Teil aus Krediten finanziert. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise stellt sich heraus, dass dieses Finanzierungsmodell nicht tragfähig ist und der Kaufpreis völlig überhöht war.

Das Unternehmen Scandlines wird derzeit durch, das haben wir auch schon gesagt, zwei Hauptprobleme in der Rentabilität belastet, zum einen durch den Fakt, dass das Transportaufkommen 30 bis 50 Prozent zurückgegangen ist, und zum anderen durch die wahnsinnig hohen Kreditverpflichtungen aus dem Kaufpreis. Aus diesem Grund sucht das Unternehmen nach Möglichkeiten für Kosteneinsparungen und zusätzliche Einnahmen durch Grundstücksverkäufe.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich bereits an die Alteigentümer, also an den zuständigen Bundesminister, gewandt. Der Bundesminister war gestern vor Ort. Seitens der Deutschen Bahn AG wurde darauf verwiesen, dass der Kaufvertrag Positionen hinsichtlich des Hauptsitzes und der Beschäftigungssicherung enthalte. Standortgarantien und Regelungen zur Beschäftigungssicherung sind im Kaufvertrag bis 2010 festgeschrieben. Seitens der Bundesregierung wurde über die Umfinanzierung des Kredites aber auch eine Unterstützung des Unternehmens durch das Konjunkturpaket Wirtschaftsfonds Deutschland beraten.

Insgesamt wird deutlich, dass sowohl Landes- als auch Bundesregierung alle Maßnahmen getroffen haben, um die Verlagerung des Hauptstandortes der Rostocker Reederei Scandlines nach Puttgarden zu verhindern. Gleichzeitig laufen aber, und das wurde hier ausgeführt, weitere Gespräche.

Ich denke, das Ansinnen des Antrages ist gut, und nach wie vor bin ich der Meinung, dass auch die Bundesregierung, die Bahn und Herr Tiefensee in der Verantwortung stehen. Der Antrag ist gut, aber wir sind trotzdem der Meinung, dass die Landesregierung alles, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Besser ist als der Antrag.)

Nein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, ich dachte.)

... dass die Landesregierung wirklich alle notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, die sie tun kann. Das soll uns aber nicht hindern, weiterhin gemeinsam für den Erhalt des Standortes zu kämpfen. Ich denke, es ist auch unsere Pflicht, politischen Druck auszuüben, und vielleicht sollten wir doch, Herr Schulze,

(Irene Müller, DIE LINKE: Er heißt Schulte.)

über den Vorschlag des Ministers nachdenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Kollegen von der LINKEN! Die drei Punkte könnte man umschreiben mit:

1. Man macht sich Sorgen.
2. Die Landesregierung möge alle Möglichkeiten ausschöpfen.
3. Der Herr Tiefensee soll es doch richten.

Ein bisschen dünn, wie ich finde.

(Regine Lück, DIE LINKE: Was haben Sie denn für einen Vorschlag?)

Man kann das Ganze unter folgenden Gesichtspunkten beleuchten aus unserer Sicht:

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Erst privatisiert man, dann fällt das Ganze kopfüber und dann soll der Staat wieder einspringen für die Defizite, die die private Wirtschaft erwirtschaftet hat. Wir haben es gehört: 1,1 Milliarden Schulden, Kaufpreis 1,56 Milliarden, nach oben getrieben, und das ist auch wichtig, mal anzusprechen, um die Bahnprivatisierung überhaupt etwas beschleunigen zu können. Man hübschte die Braut auf, indem die Substanz der Bahn für den Börsengang attraktiver gemacht werden sollte, und an diesem weit überhöhten Preis, wie Fachleute festgestellt haben, krankt unter anderem das Unternehmen heute.

Worum geht es? Es geht um 70 Arbeitsplätze, die gefährdet sind. In anderen Wirtschaftszeitungen liest man 100 und ich habe auch schon 120 Arbeitsplätze gelesen. Ganz gleich, wie viele es sind, festzuhalten ist: Der Staat wird dieses Unternehmen nicht dazu bewegen können, am Standort zu bleiben. Die Strategie des Unternehmens ist festgelegt und damit ist das, was Sie fordern, zwar populistisch und vielleicht auch schon ein bisschen Bundeswahlkampf, aber in der Substanz null.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist Sorge um die Arbeitsplätze. Das verstehen Sie ja nicht.)

Tatsache ist auch, dass die Frachtraten um 28 Prozent heruntergebrochen sind aufgrund der Situation, die wir alle kennen.

Und Tatsache ist auch, dass der Schuldendienst so gewaltig ist, dass man jetzt auch darüber nachdenkt, vielleicht Anteile umzuschichten, und da braucht man nicht weniger, wie der Herr Wirtschaftsminister uns eben mitgeteilt hat, und das war für mich neu, als 900 Millionen Euro. Die zu beschaffen, ja, das wird wohl nicht ganz so einfach sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es wird dieser Standort nicht gehalten werden können, denn der Einfluss des Staates und der Landesregierung, da etwas zu verändern, tendiert gegen null. Wir haben hier die Freiheit des unternehmerischen Handelns und da verstehe ich dann die FDP mit ihrem Schaukelkurs zwischen totalliberalem Markt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo ist denn Ihr Lösungsansatz, außer große Reden halten?)

auf der einen Seite und ständigem Kokettieren mit den Wünschen der LINKEN – in den letzten Monaten doch sehr auffällig –, da verstehe ich die liberale, marktwirtschaftlich orientierte Staatsenthaltssamkeit, die Sie immer empfehlen, überhaupt nicht, vonseiten der Liberalen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie verstehen so manches nicht. Das wissen wir ja.)

Wir von der NPD sagen jetzt schon, es wird wieder viel geschwätzt werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wo ist denn Ihr Lösungsansatz?)

Und Sie, Herr Holter, sind mal von einer Genossin von Ihnen als falscher Prophet bezeichnet worden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Frau Dr. Linke hat recht,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

denn das, was Sie hier heute vorgetragen haben, erfüllt diese Analyse auf den Punkt. Sie werden ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und wo ist denn Ihr Lösungsansatz? Sie erzählen den ganzen Tag bloß Unsinn hier.)

Wo sie recht hat, hat sie recht.

Sie werden Hoffnungen wecken und haben das ansatzweise heute schon getan und am Ende werden die Arbeitsplätze verloren gehen. Das zu ändern, liegt nicht in der Hand der Politik, sondern das liegt in den Händen eines sogenannten freien Marktes, den Sie ja alle über den grünen Klee loben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie irren, Sie irren, Herr Pastörs, Sie irren wieder. Außerdem ist Ihre Redezeit abgelaufen.)

Ich frage mich, wie lange Sie das noch tun können

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir tun das nicht.)

in Anbetracht der katastrophalen finanziellen und wirtschaftlichen Realitäten in dieser absterbenden Republik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Raimund Frank Borrmann, NPD: Bravo!)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie groß ist der Abstand zwischen Freude und Enttäuschung? Er ist so dünn wie dieses Blatt Papier. So sehr ich mich über die Zustimmung zur Aufsetzung des Antrages gefreut habe, umso enttäuschter bin ich über die Debatte, die hier gelaufen ist. Das, was Sie hier geleistet haben, ist eine blanke Bankrotterklärung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich will Ihnen etwas vorlesen. Das Hohe Haus hat heute behandelt den „Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit“. Ich darf zitieren, auf Seite 17 steht: „Die neuen Eigentümer wollen Scandlines als europäisches Fährschiffsunternehmen im Ostseeraum weiter stärken und ausbauen. ... Bis zum 31. Dezember 2010 sollen keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Der Unternehmenssitz ist weiterhin in Rostock-Warnemünde. Damit wurden wesentliche Forderungen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern erfüllt.“ Zitatende.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wie ernst nehmen wir uns selber?)

Das hat vor Stunden gerade hier in diesem Saal stattgefunden. Wie ernst nehmen Sie sich selbst?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wie ernst nehmen wir uns selber?)

Wie ernst nehmen wir uns?

(Udo Pastörs, NPD: Was würde ein Jahr überhaupt helfen, Herr Holter?)

Und wenn es dann heißt, Herr Minister, alle Möglichkeiten wurden ausgeschöpft, ist das dann Ihre Bankrotterklärung, dass Sie keine Möglichkeiten mehr sehen, als Landesregierung auf die Entscheidungen des Unternehmens Einfluss zu nehmen? Sie empören sich, Herr Seidel, zu Recht über den Umgang des Managements mit Ihnen und mit den Ministerien. Da haben Sie meine Solidarität und Unterstützung.

Übrigens, Herr Schulte, es geht nicht um menschliche Enttäuschung oder persönliche Enttäuschung. Wir beide diskutieren immer, auch mit anderen, auf einer fachlich-sachlichen Ebene, nie auf der persönlichen Ebene. Ich mache das auch nicht mit Herrn Seidel. Ich will das hier nur mal deutlich sagen.

Bei Ihnen ist das was anderes. Volksverhetzer gehören nicht in diesen Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Genau, dann müssten Sie schon längst hier draußen sein. – Peter Ritter, DIE LINKE: Gerade Sie, Herr Köster, Sie als Verurteilter hier im Parlament müssen jetzt den Hals aufreißen.)

Aber, Herr Seidel, das, was Sie hier vorgetragen haben, ruft bei mir das Bild vom Nasenring hervor. Und was haben wir denn hier alles für Diskussionen geführt? Wir haben auch oft zusammengestanden, ob es um das CD-und-DVD-Werk in Dassow ging, ob es um die Zuckerfabrik in Güstrow ging,

(Udo Pastörs, NPD: Ist doch alles platt, trotz des Gelabers hier.)

die Molkereien, die hier eine Rolle gespielt haben, Kaufhäuser oder heute Morgen auch Wadan. Und wie war das, meine Damen und Herren von der CDU, vor einigen Jahren, als Coca-Cola in Stralsund einen Standort schließen wollte? Einen kleinen Standort! Welchen Aufstand haben Sie hier in diesem Landtag veranstaltet, um diesen Standort zu retten?!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Dringlichkeitsantrag. Besorgnis!)

Zu Recht übrigens. Und heute erklären Sie, dieser Landtag kann für Scandlines nichts mehr tun?

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Wir stehen, meine Damen und Herren, doch vor der Frage, und das ist immer die Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern, auch hier im Landtag gewesen: Wenn die Fehmarnbeltquerung gebaut wird, die feste Fehmarnbeltquerung, was kann Mecklenburg-Vorpommern dagesetzen? Fatalistisch dann vor diesem Bauwerk stehen, oder?

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wir haben mit dem maritimen Schifffungskonzept auch Diskussionen und Verkehrskonzepte auf der Ostsee.

(Udo Pastörs, NPD: Stell dir vor, die Brücke wird gebaut und keiner fährt rüber.)

Ist es nicht ein Auftrag und eine Herausforderung, die Fährverkehre so wettbewerbsfähig zu entwickeln und so attraktiv zu machen, dass sie bevorzugt werden gegenüber dieser Brücke? Ich bin der Meinung, wenn Scandlines seinen Sitz in Rostock aufgibt und die Verwaltung verlagert, wird der Fährstandort, der Logistikstandort Mecklenburg-Vorpommern einen großen Nachteil erleiden. Und das können wir doch nicht hinnehmen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Das sieht die Geschäftsleitung von Scandlines anders.)

Und deswegen verstehe ich Ihre Debatte nicht.

Ich bitte Sie also, noch mal in sich zu gehen und sich klar zu diesem Standort zu bekennen. Und ob das nun Besorgnis ist oder nicht Besorgnis, ich glaube, wir sind alle besorgt,

(Udo Pastörs, NPD: Sehr besorgt.)

entscheidend ist doch das politische Signal, welches vom Landtag ausgeht, wie auch in vielen anderen Fällen. Wenn der Landtag heute erklärt, wir wollen nichts beschließen, weil wir den Standort schon aufgegeben haben, dann können Sie mir alle nur leidtun. Gehen Sie noch mal in sich! Wie die FDP beantragen wir auch Einzelabstimmung der drei Punkte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Es hat noch mal um das Wort gebeten der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Holter! Meine Damen und Herren! Ich habe nur deswegen noch mal das Wort ergriffen, damit hier kein Missverständnis entsteht. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass der Landtag, egal welche Fraktion, alles das tun muss, was in seiner Möglichkeit steht, auch die Landesregierung, das heißt, jeden Arbeitsplatz, den es in diesem Land gibt, jedes Unternehmen, das in diesem Land ist, mit den Möglichkeiten dieses Landes zu unterstützen und hier zu halten.

Sie haben das Beispiel Dassow genannt, Sie haben andere Beispiele genannt. Und ich denke, gerade die Diskussion, die wir heute Morgen zu Wadan geführt haben, zeigt, dass es einen breiten Konsens gibt, über alle demokratischen Fraktionen hinaus, Möglichkeiten wirklich bis zum Rahmen dessen, was irgendwie machbar ist, auszuschöpfen, um tatsächlich hier Arbeitsplätze zu erhalten. Ich bin auch ganz ehrlich, das, was Sie als Betroffenheit benannt haben, ich weiß nicht, ob ich den Ausdruck auch nehmen würde, aber das ist eine persönliche Sache, das teile ich natürlich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und die Ausführungen, die Sie zum Logistikstandort Warnemünde oder Mecklenburg-Vorpommern auch mit Sassnitz gesagt haben, die würde ich jeden Moment unterschreiben. Aber der Punkt, um den es mir ging,

gerade vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir heute Morgen zu Wadan geführt haben: Ich glaube daran und ich bin davon überzeugt, dass dieses Land eine Chance hat, die Arbeitsplätze bei Wadan zumindest zu einem überwiegenden Teil, ich will mal ganz vorsichtig sein, zu erhalten. Aber wenn ich das selber ernst nehmen will, was ich hier sage zu dem einen Tagesordnungspunkt, dann muss es mir auch gestattet sein und dann muss es meiner Fraktion auch gestattet sein, zu einem Tagesordnungspunkt, wenn man der Meinung ist, dass dieser Landtag, ich rede hier nur von diesem Landtag, diese Möglichkeiten, die er hat, oder die Ministerien, die Landesregierung die Möglichkeiten, die sie haben, ausgeschöpft hat/haben, dann muss es auch richtig sein, das in dem Moment zu sagen.

Es bleibt Ihnen unbenommen, das wissen Sie, dass ich mich darüber auch nie als Richter hermachen würde, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, großzügig.)

Dass ich das an der einen oder anderen Stelle anders machen würde, das liegt vielleicht auch in der unterschiedlichen Persönlichkeit, aber das ändert nichts daran, dass wir gemeinsam diese Ziele, die wir heute Morgen diskutiert haben, weiterverfolgen sollten, und das ändert auch nichts daran, selbst wenn meine Fraktion oder die Koalitionsfraktionen heute diesen Antrag ablehnen, wenn es denn da Möglichkeiten geben sollte, doch noch auf Scandlines einzuwirken, wie auch immer, wir diese Chancen selbstverständlich auch nutzen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, sehr schön.)

Das wollte ich hier noch mal deutlich machen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ich bin immer noch nicht überzeugt.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schulte.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2644. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Ziffern 1 bis 3 des Antrages einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer 1 des Antrages auf Drucksache 5/2644 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2644 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer der Ziffer 2 des Antrages auf Drucksache 5/2644 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2644 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer der Ziffer 3 des Antrages auf Drucksache 5/2644 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimment-

haltungen? – Damit ist die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2644 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Zusatzta-
gesordnungspunkt 2:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Rechtsstreit zum Bombodrom sofort beenden, Drucksache 5/2650.

**Antrag der Fraktionen der
SPD, CDU, DIE LINKE und FDP:
Rechtsstreit zum Bombodrom sofort beenden
– Drucksache 5/2650 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Interfraktionell ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/2650. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/2650 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU sowie zwei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD angenommen.

(Zuruf aus dem Plenum: CDU! CDU!)

Entschuldigung, ich korrigiere, zwei Gegenstimmen der Fraktion der CDU.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Volksaufstand vom 17. Juni 1953, insbesondere im Schulunterricht angemessen berücksichtigen, Drucksache 5/2618.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Volksaufstand vom 17. Juni 1953,
insbesondere im Schulunterricht
angemessen berücksichtigen
– Drucksache 5/2618 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Worte der Parlamentspräsidentin zum 17. Juni 1953 zu Beginn der heutigen Sitzung sind für unsere Fraktion ein weiterer eindeutiger Beleg für die Haltung der Altparteien zum Volksaufstand im Juni 1953. Nach Ansicht unserer Fraktion las Frau Bretschneider eher gelangweilt den Text zum Gedenken an die Frauen und Männer des 17. Juni 1953 vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Gelangweilt sind Sie jetzt.)

Die Abgeordneten ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter!

Stefan Köster, NPD: ... der Systemparteien ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Köster, das weise ich hier als unparlamentarisch zurück.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Stefan Köster, NPD: Die Abgeordneten der Systemparteien blieben diesem Gedenken in großer Anzahl fern. Und Aufstehen zum Gedenken ist in diesem Hause offensichtlich nur besonderen Opfern vorbehalten. So gehen Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, SPD, CDU und FDP, mit unserer Geschichte um. Schämen Sie sich!

„Ein Volk steht auf“ ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Köster, auch dies weise ich als unparlamentarisch zurück und bitte Sie, die Würde des Hohen Hauses zu beachten.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Stefan Köster, NPD: „Ein Volk steht auf und kämpft sich frei – Zeit einen neuen Aufstand zu wagen!“ Unter diesem Motto führt die Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, die Jungen Nationaldemokraten, am heutigen Abend eine Gedenkveranstaltung in Halle an der Saale durch.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dass ihr
das missbraucht, das ist einfach ekelhaft. –
Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie erinnern an den Volksaufstand vom Juni 1953 in der sowjetisch besetzten Zone, als sich die schaffende Bevölkerungsschicht entschloss, die von der eingesetzten DDR-Regierung stets und ständig erhöhten Arbeitsnormforderungen nicht länger hinzunehmen. Ich erinnere Sie gerne noch einmal an die Ereignisse jener Tage.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die sowjetischen Besatzer forderten Anfang der 50er-Jahre stetig steigende Produktionsserien, längere Arbeitszeiten und unmenschlichere Arbeitsbedingungen. Unser gepeinigtes Volk erhob sich innerhalb der sowjetisch besetzten Zone, forderte gerechte Arbeitsbedingungen und stellte sich folgerichtig gegen die sowjetischen Besatzer,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

welche einen kompletten Umbruch der Gesellschaft und der Volksgemeinschaft beabsichtigten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Haben sie auch geschafft, ja.)

Teil dieser Sowjetisierungswelle war unter anderem, Selbstständige durch Erhöhung der Abgabemengen zur Aufgabe ihrer Unabhängigkeit zu zwingen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Besatzer forderten zudem horrenden Reparationsleistungen,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

um zum Beispiel die ausufernden Militärausgaben auf Kosten der unterdrückten Völker bestreiten zu können. Dieser Aufstand gegen die Fremdbestimmung und für die Souveränität unserer Heimat wurde bekanntlich von den Besatzern blutig niedergeschlagen, ein Ereignis in unserer Geschichte, das Sie als bekennende Antideutsche gerne vergessen lassen wollen.

(Reinhard Dankert, SPD: Na, na, na! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was sind wir?)

In diesen Zusammenhang passt eine Aussage aus dem Jahr 2003, Zitat:

„Die deutsche Erinnerungskultur hat erhebliche Schlagseite. Der mutigste, entschlossenste und mit den meisten Opfern verbundene Aufstand gegen den Kommunismus in Deutschland ist uns seit über einem Jahrzehnt nicht einmal den offiziellen Feiertag wert. Der Freiheitswille der Revolutionäre vom 17. Juni 1953 passte vielen nicht mehr in die politisch korrekten Zeiten des Statusquo-Denkens mit seiner Ost-West-Blockkonfrontation.“

Ich finde es bedauerlich, dass in den fast 13 Jahren seit Wiederherstellung der Deutschen Einheit der Trend des Vergessens nicht gestoppt wurde. Mehr als 100 Straßen sind im Osten nach führenden SED-Funktionären des Jahres 1953 benannt. Aber nur ganz wenige erinnern an den Aufstand und die Helden des 17. Juni. In diesem Jahr ist ein guter Anfang gemacht. Aber wir brauchen weitere Straßenumbenennungen, Ehrenbürgerschaften für die Kämpfer des 17. Juni.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

„Wir brauchen Schulbücher, die den 17. Juni als Volksaufstand für Freiheit und Einheit würdigen. Und wir brauchen eine angemessene Ausstattung von Gedenkstätten, die wesentliche Daten aus der SED-Diktatur betreffen, allen voran den 17. Juni. Einem Land, das sich beständig auf den antitotalitären Konsens seiner Gründungsgeschichte beruft, darf es am politischen Willen nicht ermangeln, hier klar Farbe zu bekennen.“ Zitatende.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

So der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Nooke zum 50. Jahrestag der Volkserhebung am 17. Juni 2003.

Dr. Arnswald vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main veröffentlichte vor wenigen Jahren eine Arbeit zur Behandlung des 17. Juni in den Schullehrplänen. Kurz zusammengefasst wurde festgestellt, dass zwar die Behandlung des 17. Juni 1953 in der Mehrheit der Lehrpläne des Faches Geschichte in der Sekundarstufe I, also Klassen 9 und 10, und Sekundarstufe II, vor allem Klassenstufen 12 und 13, durch entsprechende Hinweise angeregt wird, in den Lehrplänen der Fächer Sozialkunde, Gemeinschaftskunde, Politik, Religion, Deutsch und Erdkunde, die das Thema in verschiedener Weise aufgreifen, findet jedoch der 17. Juni 1953 überhaupt keine Erwähnung.

Und es wurde in der Untersuchung festgestellt, dass die Einordnung des 17. Juni in den Lehrstoff in der Regel nicht über die Nennung des Datums als Eckpunkt in dem zu behandelndem Zeitabschnitt hinausgeht. Deshalb darf die Wertung, wonach die Platzierung des Themas 17. Juni 1953 in den Lehrplänen der bundesdeutschen Länder der historischen Bedeutung des Ereignisses für die gesamtdeutsche Geschichte nicht gerecht wird, nicht verwundern. Schüler in Mecklenburg-Vorpommern, und dies ist ja auch in der Gegenwart noch so, erhalten in der Regel bis zur 6. Schulklasse keine Informationen über den 17. Juni 1953, zumindest wenn man nach den verwendeten Schulbüchern geht. In Schulbüchern der höheren Klassen sind den Ereignissen in den Junitagen 1953 häufig maximal zwei Seiten gewidmet.

Dabei löste der 50. Jahrestag des 17. Juni im Jahr 2003 eine Welle von Beschwörungen bei Politikern und Medienleuten aus, sich künftig diesem Erbe stärker verpflichtet zu fühlen. Doch zwischen Wort und Tat müssen bei den Systemvertretern wohl Jahrzehnte

vergehen, und dies, obwohl durch das Projekt die DDR im Schulunterricht des ehemaligen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Jörn Mothes durchaus wichtige Aufklärungsarbeit bei Jugendlichen geleistet wurde.

Diese Aufklärungsarbeit war aber wohl schon des Guten zu viel. Im Rahmenplan für die Vorstufe des Fachgymnasiums Geschichte und politische Bildung Mecklenburg-Vorpommerns aus dem Jahr 2007 kommt dem 17. Juni 1953 in der Geschichte des geteilten Deutschland keine ausdrückliche Bedeutung zu. Auch im Kernlehrplan für die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe findet sich über den 17. Juni 1953 nichts. Es ist daher Auslegungssache der Lehrkräfte, ob und in welcher Art und Weise den Schülerinnen und Schülern die Ereignisse der Junitage 1953 vermittelt werden, wobei ich sicherlich nicht außer Acht gelassen habe, dass im Rahmenplan für die Regionalen Schulen, verbundene Haupt- und Realschule, Hauptschule, Realschule und Integrierte Gesamtschule aus dem Jahr 2002 die Rolle des 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte, zu bewerten im Themenbereich „Das geteilte Deutschland“, Berücksichtigung fand. Gleiches gilt auch für den Rahmenplan für Gymnasien aus dem Jahr 2002. Gespräche in Kameradenkreisen ergaben aber, dass eine Vermittlung in mehreren Schulstunden nur selten erfolgte.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da haben Sie wohl nicht zugehört. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Oder er hat es nicht begriffen.)

Angesichts des immer geringer werdenden Zuspruches bei der politischen Mitwirkungsmöglichkeit in der BRD, vor allem bei Wahlen, ist es an der Zeit, gerade den Schülerinnen und Schülern unseres Landes deutlich zu machen, dass man sich gegen unhaltbare Zustände in seinem persönlichen Umfeld und auch auf politischer Ebene zur Wehr setzen kann und muss. Hierfür ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler die Bedeutung des 17. Juni 1953 für die damalige Zeit, aber auch für die Gegenwart und Zukunft erfahren können. Die Schülerinnen und Schüler sollen demzufolge den Wert des Widerstandes gegen Ungerechtigkeiten und Fremdbestimmung sowie die Notwendigkeit des Einsatzes für die Freiheit und Gerechtigkeit beurteilen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das haben wir
ja Gott sei Dank nicht mehr nötig.)

„Ein Volk steht auf und kämpft sich frei“ – damals und hoffentlich bald in Zukunft.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Nicht unter Ihrer Führung. – Zuruf
von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Köster.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

(Udo Pastörs, NPD:
Nicht weinen, Herr Kreher! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nicht weghören, Herr Pastörs!)

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der 17. Juni 1953 war der erste Schritt einer Volksbewegung in Europa. Diesem ersten Schritt dieser mutigen Männer und Frauen 1953 folgte dann der Volksaufstand in Ungarn 1956. Es folgte nach dem Mauerbau 1968 der Prager Frühling, der ebenfalls eine Bewegung von unten war, der demokratische Verhältnisse anstrebte, freiheitliche Verhältnisse anstrebte. Ich habe das damals hautnah miterlebt.

(Udo Pastörs, NPD: Ich auch.)

Es kam dann in Polen, in Danzig, in Stettin die Bewegung der Solidarność, die dann schrittweise zum Jahr 1989 führte, und mit dem Jahr 1989 wurde das verwirklicht, was die Menschen 1953 bei diesem Volksaufstand in Berlin wollten – aber auch, das ging bis Wismar, das war in Stralsund, ich kann mich entsinnen, wie in Wismar die Panzer auffuhren –,

(Michael Andrejewski, NPD:
Aber dann kamen Sie!)

das, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang, als Bewegung der Demokratie, für Freiheit, für Menschenrechte, das ist das, was damals die Menschen anstrebten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

worum sie rangen, wo sie nach anderem, zum Beispiel auch in die Bundesrepublik, guckten und sagten, jawohl, in diese Richtung wollen wir uns entwickeln.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist
aber vermessen, was Sie da sagen.
Da habe ich andere Sachen gelesen.)

Meine Damen und Herren, in diesem großen Zusammenhang, als europäische, demokratische Entwicklung, so soll es auch in der Schule, im Unterricht und wo immer es möglich ist, vermittelt werden, jawohl, in diesem Sinne.

(Udo Pastörs, NPD: Das war ja
auch gar nicht so, was Sie da sagen. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist alles sehr richtig.)

Aber, meine Damen und Herren, ach, Damen ja nicht, meine Herren, das, was Sie jetzt wollen, wäre eine Ironie der Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Denn es waren ja gerade die Stalinisten, die den Volksaufstand abwerteten, indem sie sagten, er wäre von den Neonazis, von den Faschisten angezettelt worden. Und wenn wir jetzt Ihrem Antrag zustimmen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn wir jetzt Ihrem Antrag so zustimmen würden in dieser einseitigen Auslegung, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann nämlich würden alle,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die sich damals deutlich von jeder nazistischen Bewegung abgegrenzt hatten, die wirklich etwas wollten, was Sie auf keinen Fall wollen, denn Sie wollen ja nicht Demokratie, Sie wollen keine freiheitliche Gesellschaft,

(Udo Pastörs, NPD: Was Sie alles wissen!)

Sie sagen sogar, das, was im Iran jetzt geschieht,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ist Ihre Sache, da unterstützen Sie solche Diktaturen, wie das im Iran der Fall ist, deshalb, meine Damen und Herren, wir müssen aufpassen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir in dieser Frage nicht einer Sache nachgehen, nur weil Sie meinen, jetzt im Namen der damaligen Menschen reden zu dürfen. Sie dürfen nicht im Namen dieser Menschen von damals reden, dazu haben diese Leute kein Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, im Namen,

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind
aber ganz schön faschistisch.)

meine Damen und Herren,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

im Namen der Demokratie

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und der Verhinderung jedes diktatorischen Extremismus bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Herr Pastörs, für den letzten Zwischenruf erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf, das war eine Verunglimpfung.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warum wird aber der 17. Juni 1953 in den Schulen insgesamt so mangelhaft behandelt? Für unsere NPD-Fraktion ist dies am Verhalten der Fraktionen von der LINKEN, SPD, CDU und FDP sehr, sehr deutlich geworden. Während sich die DDR als antifaschistischer Staat verstehen wollte, zu dessen Schutz ein antifaschistischer Schutzwall, auch Mauer genannt, errichtet wurde,

(Udo Pastörs, NPD:
Hören Sie gut zu, Herr Kreher!)

befinden sich Ihre Fraktionen und Parteien aus unserer Sicht in einem vergleichbaren Zustand. Auch Sie sind mehr oder minder in einem antifaschistischen Schutzwall gefangen. Indem Sie die angebliche antifaschistische Tradition der DDR in Ihrem Handeln übernommen haben und all jene, die sich Ihrer politischen Korrektheit nicht unterwerfen, diskriminieren, verunglimpfen und verfolgen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir übernehmen
die Intention von allen Antifaschisten, von
einem Bonhoeffer, von der Weißen Rose,
davon haben Sie keine Ahnung.)

kann und muss durchaus von einem ähnlich gelagerten Zustand gesprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Besonderen Stellenwert beim Thema Opposition in der DDR hat der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, so der schon erwähnte Dr. Arnswald. Und aus dieser Erkenntnis heraus forderte Dr. Arnswald: „Es ist an der Zeit, diese“ neuen Erkenntnisse über den Volksaufstand „in den Unterricht einzubeziehen und über eine Vertiefung des Themas nachzudenken sowie Lehrplanangebote und Lehrbücher ... zu aktualisieren.“ Geschehen ist in Mecklenburg-Vorpommern nahezu nichts. Dabei hatte der CDU-Landesverband noch im Jahr 2003 einen landesweiten Geschichtswettbewerb veranstaltet. Das war es dann aber auch schon.

Der heutige Tag belegt, dass es wieder notwendig ist, sich gegen Lohn- und Arbeit-Drückerbanden in Gestalt des globalen Kapitalismus zu wehren.

(Die Abgeordneten der Fraktion der NPD erheben sich von ihren Plätzen.)

1953 fand der Traum der Menschen ein jähes und blutiges Ende, als die bereits enthobene Regierung den kommunistischen Besatzerfreund um Hilfe bat. Panzer und Militärfahrzeuge mit bis an die Zähne bewaffneten russischen Soldaten stellten sich gegen deutsche Demonstranten. Der Besatzer schlug mit aller Gewalt den Aufstand nieder.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es kamen mindestens 55 Zivilisten ums Leben, 6.000 wurden verhaftet und später durch Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit und sowjetische Militärs gefoltert und verhört. Sie verschwanden teils für Jahre und Jahrzehnte in Zuchthäusern. Die Helden vom Juni 1953 sind heute wichtiger denn je. Freiheit und Gerechtigkeit ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ich beantrage im Namen meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2618. Es wurde durch die Fraktion der NPD namentliche Abstimmung gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beantragt.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns jetzt in der Abstimmung.

Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben.

(allgemeine Unruhe)

Wenn jetzt Ruhe eingetreten ist, bitte ich den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Mathias Brodkorb, Wolfgang Griesse und Jörg Heydorn werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch jemand im Hause, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für zwei Minuten.

Unterbrechung: 17.06 Uhr

Wiederbeginn: 17.09 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

An der Abstimmung haben insgesamt 59 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 53 Abgeordnete, eine Stimmabgabe war ungültig. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2618 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 18. Juni 2009, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen für den heutigen Abend ein schönes Sommerfest.

Schluss: 17.10 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Werner Kuhn und Mathias Löttge.

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion der NPD

Volksaufstand vom 17. Juni 1953,

insbesondere im Schulunterricht angemessen berücksichtigen

– Drucksache 5/2618 –

Jastimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Lochner-Borst, Ilka
Reinhardt, Marc
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Strenz, Karin
Waldmüller, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Reese, Sigrun
Schnur, Toralf

CDU

Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Lietz, Matthias
Liskow, Egbert

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	59
Gültige Stimmen	58
Jastimmen	5
Neinstimmen	53
Enthaltungen	-